

telegraph



ostdeutsche quartalschrift++

3/4/1998 9 DM

Doppelnummer

++ brauner osten

++ antifa in polen

++ exil in montevideo

++ die uck und der volksaufstand im kosovo

++ totale kontrolle

Alles Nazis?

Hoyerswerda, Lichtenhagen, Dolgenbrodt sind ostdeutsche Ortsnamen, die das politische Alltagsbewußtsein tief geprägt haben. Osten und Rassismus scheinen dabei zusammenzugehören – das ist zumindest der Tenor der öffentlichen Meinung. Zwischen Realität und Deutung ist dabei kaum noch zu unterscheiden und erklärende Analysen sind absolute Mangelware.

Ist der Osten wirklich braun? Was und wer macht ihn dazu? Und wie könnten linke Gegenstrategien aussehen? In diesem Heft setzen wir uns mit den Besonderheiten des, nach unserer Meinung, schon immer existenten Faschismus zwischen Elbe und Oder auseinander.

Wie kaum anders zu erwarten, fanden unsere Autoren gleich eine ganze Latte von Antworten auf die hier formulierten Fragen. Das Thema „faschistische Bewegungen in Ostdeutschland“ erwies sich bei der Bearbeitung als immer komplexer und umfangreicher und so ist aus dem vorliegenden Heft eine Doppelnummer geworden.

Dabei fangen wir mit einer eher allgemeinen Reflexion zum Thema an und beleuchten anschließend Einzelaspekte der Geschichte, der Gegenwart und der Wahrnehmung ostdeutscher Nazi-Bewegungen.

Neben der ungebrochenen Kontinuität von nationalsozialistischen Wertemustern in der DDR beleuchten wir vor allem die aktuellen Entstehungsbedingungen. Insbesondere gehen wir dabei auf die speziellen Ausgangsbedingungen seit dem Anschluß ein, die wesentlicher Bestandteil einer Auseinandersetzung mit dem Bewegungskaraktters ostdeutscher Nazistrukturen sind.

Mit dem Abdruck eines Gesprächs mit antifaschistischen Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen ostdeutschen Städten wollen wir eine Anregung zur Strategiediskussion geben.

Außerdem im Heft: ein Beitrag über den Guerillakrieg im Kosovo, ein Interview mit deutschen Kommunisten aus Montevideo und eine Analyse des legislativen Weges zum freiheitlich-demokratischen Überwachungsstaat.

Bis zum nächsten Heft
Eure **telegraph** – Redaktion

INHALT

3	EDITORIAL	
6	KOLUMNE Braunzone!-Braunzone? von Wolfram Kempe	
8	NOWOSTI	
	BRAUNER OSTEN	
14	Zwischen DDR-Tradition und Ethnisierung Historische und aktuelle Entstehungsbedingungen für rechte Bewegungen im Osten von Andrej Holm & Malte Daniljuk	
24	Nicht die Nazis sind das Problem, sondern der Kapitalismus ist es oder: Was uns Ostdeutschland wirklich lehren könnte von Hans-Jochen Vogel	
37	Läßt sich mit linker Repression eine rechte soziale Bewegung stoppen? von Achim Detjen	
48	„Die Lust ist da, auf jeden Fall“ Gespräch über offensiven Antifaschismus, Bündnisse und Erlebnispädagogik	
68	Neofaschismus als Problem der Ostdeutschen Der Umgang der westdeutschen Presse mit dem „Braunen Osten“ von Rainer Rutz	

74	„Ausgrenzung hilft auch nicht weiter ...“ Politik, ihr Ruf nach Jugendarbeit und der Rechtsextremismus im Osten von Klaus Lederer
81	Faschistische Vergangenheit in der DDR von Dirk Teschner
86	Antifa-Ausschüsse und ihre Zerschlagung in der SBZ/DDR von Dietmar Wolf
90	Vom Kampf gegen den „Kosmopolitismus“ zum Kampf gegen den „Aggressorstaat“ von Thomas Leusink
102	Junge Faschisten in der DDR von Dirk Teschner
108	Ausländerinnen und Ausländer und die Staatspolitik der DDR von Dirk Teschner
110	INTERNATIONALES Interview mit einem polnischen Antifaschisten
116	Willi Israel und Ernesto Kroch - Deutsche Antifaschisten in Montevideo von Wolfgang Kaleck
124	ARMEERUNDSCHAU Der lange Weg in den Volkskrieg Die UCK und der Volksaufstand im Kosovo von Matthias Bernt
132	NETZ UND KRITIK Totale Kontrolle von Andreas Schreier
136	MEDIALES Neues aus der Bücherwelt von Knobi
140	ECHO

Braunzone! -Braunzone?

Wolfram Kempe

Eigentlich ist es ja so, daß acht Jahre nach dem Anschluß der DDR nur deren ehemaligen Bewohnern ein hoher Bedarf an Memorabilien zugesprochen wird – in Form ihrer sogenannten „Ostalgie“. Das dies nicht stimmt, zeigt die Erfindung des Begriffes „Braunzone“ durch westdeutsche Medien und seinen massiven Gebrauch seither. Der Begriff meint die ehemalige DDR in ihrer Gesamtheit und ein paar Regionen in Brandenburg und Mecklenburg/Vorpommern im Besonderen. Durch diesen Kunstgriff kann die westdeutsche Journaille wieder getrost von einer „Zone“ schreiben und reden, wenn sie die Gegend jenseits der alten, innerdeutschen Grenze meint. Jahrzehntlang eingeübte Stereotypen gehen eben doch leichter von Feder und Zunge. Obendrein enthebt häufiger Gebrauch von der Pflicht, den Inhalt eines Begriffes genau zu fassen und zu prüfen, ob er denn für eine gewünschte Aussage wohl der richtige sei. So entsteht aus einer journalistischen Metapher ein Totschlagsargument: Alle, die aus der ehemaligen DDR kommen oder dort leben, werden unter Generalverdacht genommen, Nazis zu sein – mindestens im Grunde ihres Herzens. Da sollen sie sich dann erstmal rauswinden.

Auch die Geschichte des Begriffes und seiner Verwendung ist interessant. Öffentlich-bewußt wird er seit 1995/96 verwendet, als über zunehmende Überfälle dumpf-rechter Dorfjugend oder organisierter Jungnazis auf (deut-

sche) Schulklassen oder (deutsche) Reisegruppen berichtet werden mußte. Solange neofaschistische Übergriffe „nur“ Ausländer oder Linke trafen, waren es lediglich „neofaschistische Übergriffe“ – wenn überhaupt: gerade konservative Kommentatoren und Beobachter sahen häufig genug nur „normale“ Rangeleien der Dorfjugend. Seitdem das Wort von der „Braunzone im Osten“ sich jedoch in allen Zeitungsspalten findet, dient jede noch so kleine Hakenkreuzschmiererei und jeder noch so lächerliche Aufmarsch von Reichskriegsflaggen seiner Bestätigung. Gerade so, als handele es sich mittlerweile um eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Damit aber wird von dieser „Braunzone“ zu sprechen zu einem politischen modus operandi, sogar zu einem Kampfbegriff. Berechtigtes Erschrecken und berechnete Abscheu werden auf die fünf neuen Bundesländer fokussiert und damit abgelenkt vom alltäglichen Neofaschismus, der überall in der Bundesrepublik gleichermaßen auftritt. In dem man über das Wahlergebnis der DVU in Sachsen-Anhalt erschrickt, erschrickt man nicht über die DVU – die eine westdeutsche Partei war und ist –, sondern man erschrickt über Sachsen-Anhalt. Oder kann sich jemand daran erinnern, daß von der „Braunzone Bremen“ die Rede gewesen wäre, als die DVU dort mit einem ähnlichen Wahlergebnis in die Bürgerschaft eingezogen war?

Und schließlich wird das Wort von der „Braun-

zone im Osten“ zu einem Symbol für Amnesie und Denkfaulheit.

Seit dem Winter 1990 (damals existierte die DDR noch!) weisen ostdeutsche Antifaschistinnen und Antifaschisten darauf hin, daß Neofaschismus ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem in der DDR war und ist. Schon sehr früh wurde dezidiert nachgewiesen, worauf er sich gründete, wie er organisatorisch durch Kader aus dem Westen strukturiert wurde und wie er sich durch die Aufnahme von Versatzstücken aus der SED-Demagogie ideologisch erneuerte. Die Untätigkeit der Sicherheitsbehörden, ja ihre teilweise familiäre Verquickung auf dem platten brandenburgischen Land wurde öffentlich gemacht. (Die erste explizit neonazistische Zusammenrottung ereignete sich am 20.4.1990 auf dem Alexanderplatz in Ostberlin; sein zögerliches Verhalten erklärte der polizeiliche Einsatzleiter damit, daß er sich erst von seinem Innenminister erklären lassen wolle, „wie rechts und links definiert“ seien.) In den frühen neunziger Jahren mit all ihrer Vereinigungshuberei und Deuschtümelei wollte das niemand hören. Im bis ins Nationalistische verzerrten Überschwang nationaler Gefühle sah man einerseits großzügig über die neofaschistischen Schmuddelkinder hinweg, diffamierte die Warner und Mahner, die genau in diesem gesellschaftlichen Klima eine Gefahr für einen allgemeinen Rutsch nach rechts sahen, aber gleichzeitig als „schlechte Deutsche“, weil sie ja die sogenannte „Wiedervereinigung“ madig machten. Teilweise geben sich die gleichen Leute heute dem Geschwätz von der „Braunzone“ hin. Auch, damit die alten Einschätzungen heute möglichst vergessen gemacht werden. Genauso wie das Geschwätz vom „staatlich sanktionierten Antifaschismus“, das sich erhob, als nach den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen das Problem nicht mehr zu übersehen war. Zu dieser Zeit beginnt die Denkfaulheit westdeutscher Analytiker.

Einerseits konnten sie aus mangelnder persön-

licher Erfahrung nicht sehen, daß durch die Politik Honeckers und seiner Adlati seit 1976 breiteste Teile der Bevölkerung zu Kleinbürgern wurden, und die Kinder dieser Generation nur die „gewalttätige Fratze“ dieses Kleinbürgertums präsentierten. Andererseits hätten sich die Analytiker – wenn sie diese Einschätzung denn ernst genommen hätten – von der Vorstellung verabschieden müssen, Neofaschismus entstehe an den Rändern der Gesellschaft. Das nämlich war das Grundtheorem, um zu erklären, wie eine so „vorbildliche“ Demokratie wie die Bundesrepublik zu einer neofaschistischen Szene kommt. Erkenntnisse, Beobachtungen und Analysen aus dem Osten des wiedervereinigten Deutschlands legten nun statt dessen nahe, daß Neofaschismus gerade im Zentrum einer Gesellschaft entsteht – immer und überall! Denn das Kleinbürgertum macht in den entwickelten westlichen Ländern eben dieses Zentrum aus, um nicht ganz aktuell von der „neuen Mitte“ zu reden. Und eben dieses zentrale Kleinbürgertum ist vom ökonomischen Neoliberalismus am stärksten bedroht. Glaubte irgend jemand ernsthaft, die Leute würden das nicht merken? Bevor man sich in Westdeutschland jedoch zu dieser Erkenntnis durchringt, spricht man eben lieber von einer „Braunzone“.

Zum guten Schluß wäre eigentlich noch ein Wort dazu zu sagen, warum sich der Begriff von der „Braunzone“ ausgerechnet auch in Kreisen sogenannter „Autonomer AntifaschistInnen“ einer gewissen Beliebtheit erfreut. Wenn man jedoch bedenkt, daß „Autonome“ sich heutzutage ebenso nur aus kleinbürgerlichen Strukturen reproduzieren, erübrigt sich das (oder wäre – wahlweise – ein weites, aber anderes Feld). Es ist ein Trauerspiel, daß eine wirksame Bekämpfung des Neofaschismus in Deutschland am Ende dieses Jahrhunderts durch Blindheit, Arroganz und politische Opportunitäten gelähmt ist. Insbesondere gilt dies für seine zukünftigen Opfer.

NowOSTi

Bonzen wieder in Wandlitz

Wandlitz hat seine Anziehungskraft auf Funktionäre aller Couleur nicht eingebüßt. Ausgerechnet in der bekannten "Waldsiedlung" will die 170 Mitglieder umfassende Sportgemeinschaft des Deutschen Bundestags ihr neues Refugium beziehen. Vom Frühjahr 1999 wartet hier die Tennisakademie von Günter Bosch, dem Ex-Trainer von Boris Becker mit einer Sechsfelderhalle, acht Sandplätzen sowie Schwimmbad und einer Mehrzweckhalle (für 19 Millionen Mark) auf Kunden.

5 Sorten Ossis

Auch als Forschungsfeld sorgt die DDR für immer neue Überraschungen. So bringt derzeit gerade im fernen Passau eine neue anthropologische Studie über das Ossi neues Licht an den akademischen Himmel. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die Ostdeutschen allgemein pessimistischer und unflexibler als die Westdeutschen seien – dafür aber auch gründlicher, bescheidener und verlässlicher. Doch auch hier muß differenziert werden – denn nach Ergebnissen der Studie gibt es derzeit immerhin fünf verschiedene Ossi-Typen, die fein unterschieden werden müssen.

Die größte Gruppe von Ossis sind „die perspektivlos Resignierten“. Immerhin 33

Prozent zählen sich zu dieser Gruppe, sehen sich als Verlierer der Einheit, wollen vom Staat versorgt werden. Erfreulicherweise gibt es zwischen Oder und Elbe aber auch "aktive Realisten", die hoffnungsmachende 25 Prozent der Gesamtpopulation ausmachen. Sie sind anpassungsfähig, einsatzbereit und lernfähig. Ihr Leben nehmen sie selbst in die Hand und nutzen die neuen "Freiräume". Hauptvertreter sind Unternehmer, Politiker, höhere Angestellte und frühere Funktionäre, die einen neuen Start erfolgreich gemeistert haben.

Aber auch die Anarchie feiert in Ostelbien fröhliche Urstände: Der dritte Ossi-Typ ist mit 20 Prozent die "Gruppe der unangepaßten Idealisten", junge Leute um die 30, die von einer neuen linken Gesellschaft träumen und äußerst kritisch und politisch aktiv sind. Ganz anders die vierte Gruppe: Die „konsumorientierten Materialisten“ (16 Prozent) lieben das Shopping über alles, wollen etwas erleben, Spaß haben. Politik ist für sie ein Fremdwort, sie verdienen ausgezeichnet. Der letzte Ossi-Typ, den die Studie erwähnt: Ordnungsliebende Konventionalisten (6 Prozent) – alte Leute, denen traditionelle Werte wie Ordnung und Tugend besonders wertvoll sind.

Zwischen Anarchie, Erlebnisshopping und Blockwardsyndrom ist also im Osten alles dabei. Nur: Wer erklärt uns jetzt das Wessi?

Biermann unter Alzheimer

Nach den Puhdys (telegraph 2/98) muß sich jetzt auch Wolf Biermann sein Altenteil bei der herrschenden Klasse der BRD verdienen. Immerhin zweieinhalb Stunden lang gab der 61jährige Liedermacher neulich im Leipziger Gewandhaus gemeinsam mit dem Schriftsteller Jürgen-Auschwitz-in-den-Seelen - Fuchs ein Benefizkonzert für die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung. Schon im Januar war Biermann auf der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth aufgetreten.

Das eigene Eintreten gegen die Haftbedingungen von Gefangenen aus der RAF in den 70er Jahren scheint unserem Barden völlig aus dem Gedächtnis gefallen zu sein „Das ist das Schöne an der Demokratie, daß man mit Leuten streiten kann, die anderer Meinung sind und nicht im Hintergrund Gefängnisse haben.“ sagte Biermann auf Nachfragen der Presse über das Verhältnis zu seinen Auftraggebern.

Der Honeymoon ist vorbei

Auch in Berlin werden Beziehungen zwischen Osis und Wesis immer mehr zu einer Rarität, während der Wunsch nach einem Partner aus dem gleichen Teil des Landes zunimmt.

Nach Informationen des Statistischen Landesamtes Berlin fanden 1997 ganze 405 Eheschließungen zwischen Partnern aus Berlin-Ost und Berlin-West statt. Das sind nur 2,6 Prozent aller Trauungen in Berlin. Die Scheu vor dem Partner von „drüben“ scheint zu wachsen. So stieg zwar die Quote der Ost-West-Trauungen von 1991 mit 2,6 auf 3,4 Prozent 1995, seitdem sank sie aber wieder, und zwar auf 3,2 (1996) und 2,6 (1997) Prozent. Zehnmals mehr Eheschließungen gibt es zwischen Deutschen und Ausländern in Berlin. Und die Zahlen steigen – im Gegensatz zur Ost-West-Quote

– kontinuierlich an: von 14 auf 26 Prozent in nur sechs Jahren.

Zusammenwachsen out...

Die Mehrheit der Ostdeutschen ist überzeugt, daß es auch außerhalb des Bettes mit dem "Zusammenwachsen" nichts mehr wird. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie. Der These, daß Ost und West im Grunde immer zwei getrennte Staaten bleiben werden, stimmten 37 Prozent der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und 27 Prozent der Westdeutschen zu. Im Jahr zuvor waren im Osten nur 30 und im Westen 23 Prozent dieser Ansicht.

Diese Meinung wird weitgehend von den Führungskräften in Wirtschaft, Politik und Verwaltung geteilt: 36 Prozent der "Topleute" in den westdeutschen Chefetagen glauben, daß Ost- und Westdeutschland sich voneinander entfernen. Von ihren ostdeutschen Kollegen stimmten sogar 45 Prozent dieser These zu. Daran, daß Ost- und Westdeutsche sich näherkommen, mag von der Elite in Ost wie West nur eine Minderheit glauben: 49 Prozent in den alten und sogar nur 39 Prozent in den neuen Ländern.

...Demokratie auch

Fast zwei Drittel der Bundesbürger sind mit der Demokratie als Regierungssystem unzufrieden. Zu diesem Schluß kommt eine vorgelegte Studie des Wahl- und Parteienforschers Richard Stöss von der Freien Universität Berlin.

Besonders unzufrieden sind wieder einmal die Osis. Hier fanden nur 21 Prozent der Befragten die Demokratie in Ordnung, während 29 Prozent ihre politische Praxis und 43 Prozent sie grundsätzlich negativ bewerteten. Damit

übertrifft der Anteil der Systemverdrossenen im Osten denjenigen in der Altbundesrepublik (27 Prozent) um mehr als das Eineinhalbfache.

Befragten sowie der ADAC. Insgesamt kommen die Medien in Ostdeutschland besser weg als in den alten Bundesländern.

Dshihad in Suhl

Daß der "große Satan" McDonalds gerade in Suhl seine weltweit erste entscheidende Niederlage hinnehmen muß, hätte wohl niemand erwartet. In der Heimat der Thüringer Klöße mußte neulich die erste Filiale des Konzerns aufgrund von Gästemangel schließen – und das, ohne daß das tapfere Bergvölkchen die Erzeugnisse der berühmten Suhler Jagdwaffenproduktion zu Hilfe hätte nehmen müssen. Die Berliner "tageszeitung" sieht's mit Grausen. "Wenn McDonalds in Suhl kapitulieren muß, bleibt nur der Schluß, daß jede Filiale des Konzerns eine zivilisatorische Errungenschaft ist." heißt es in einem Kommentar.

Ost- und Westdeutsche geben sich gegenseitig Schuld an Kriese

Ost- und Westdeutsche geben sich gegenseitig die Schuld an der Krise des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Während 78 Prozent der Westdeutschen den ihrer Meinung nach zu teuren Aufbau Ost als Ursache für die Standortkrise sehen, liegt das Hauptproblem für die Ostdeutschen in teuren Beamten (89 Prozent) sowie der Macht der Banken und des Großkapitals (79 Prozent). Immerhin einig ist man sich, die Zuwanderung von Ausländern zu begrenzen (48 Prozent/54 Prozent).

Bei der Bewertung von Institutionen steht der Bundespräsident in ganz Deutschland mit 69 Prozent an der Spitze. Danach folgen Greenpeace, karitative Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände, die jeweilige Tageszeitung der

Zu wenig Gotteskrieger

Der Anteil der Soldaten in Ostdeutschland, die der evangelischen oder katholischen Kirche angehören, ist sehr gering. Nach Angaben von Superintendent Werner Krätschell auf der Landessynode der Evangelischen Kirche gehören nur 18,5 Prozent der Soldaten der evangelischen, 6,5 Prozent der katholischen Kirche an. 40 Pfarrer sowie acht Pfarrhelfer sollen den bedauerlich unchristlichen Zustand der Armee nunmehr auf Vordermann bringen.

Zwangsverschickung I

Wenn West-Studenten Tränen vergießen, dann haben sie vermutlich gerade einen Studienplatz in Ostdeutschland zugeteilt bekommen "Nur jeder zwanzigste Studienanfänger geht in den jeweils anderen Teil Deutschlands", teilte das Hochschulinformationssystem in Hannover mit. Im vergangenen Wintersemester wagten sich – Berlin ausgenommen – nur 5000 Westdeutsche an ostdeutsche Hochschulen, und viele von ihnen nicht einmal freiwillig, sondern weil sie von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) einen Platz im Osten zugewiesen bekommen hatten. Die ZVS hat deshalb besonders unter Medizinstudenten ihren Spitznamen weg: Zentrale Verschickungsstelle.

Zwangsverschickung II

"Die jammern und klagen", sagte Holger Thuß vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) über die in den Osten verschickten West-Studenten, "als müßten sie eine Haftstrafe

antreten". Immer wieder meldeten sich Anrufer in der Studienplatz-Tauschbörse des RCDS, die ihren Platz im Osten gegen "irgendeinen Platz im Westen" tauschen wollten.

Solche Vorurteile wollte der unionsnahe Studentenverband nicht länger hinnehmen und startete eine Werbekampagne an westdeutschen Schulen. "Im Osten viel Neues", verkündete eine Broschüre, die im Frühjahr an 3000 Gymnasien verschickt wurde. Die Vorzüge eines Studiums in Ostdeutschland wurden anschaulich beschrieben, und auch an ein Gewinnspiel war gedacht. Eine Postkarte genügte, um eine Fahrt an eine ostdeutsche Hochschule nach Wahl zu gewinnen, inklusive Übernachtung im Studentenwohnheim und Mitropa-Verpflegung. Zehn Fahrten wollte der RCDS verlosen, doch das war zuviel: Weniger als zehn Schüler machten überhaupt mit.

in den USA noch lagernden und unter strengem Verschluss gehaltenen Akten des Auslandsnachrichtendienstes HVA herauszugeben.

"Ohne amerikanische Unterstützung", heißt es in dem wirren Schreiben, sei „dem Fortwirken von Geheimdienstgruppierungen aus DDR-Zeiten“ nicht mehr beizukommen. Da ein amerikanischer Präsident die "Destabilisierung der deutschen Demokratie" nicht hinnehmen könne, wird um Eingreifen gebeten. Verdächtig "nachvollziehbar" finden die Bürgerrechtler, daß "eine Großmacht den Überblick über geheimdienstliche Aktivitäten innerhalb eines befreundeten Landes behalten will." Ob dabei an die Erfahrungen mit der CIA in Chile und Nicaragua gedacht wurde, bleibt unerwähnt.

US-Präsident Clinton zum Republikgeburtagstag:

Der von seiner Sex-Beziehung mit der Praktikantin Monica L. schwer gezeichnete US-Präsident Bill Clinton hat am Vortag des 49. Republikgeburtagstages dazu aufgerufen, die aktuellen Finanzkrisen als Chance für die Schaffung einer „Weltwirtschaft mit menschlichem Antlitz“ zu nutzen. Wir meinen: Oh là là, Billy-Boy!

(Quelle: Berliner Zeitung 07.10.1998)

Onkel Tom des Quartals

Ausgerechnet an die CIA wendeten sich neulich "Bürgerrechtler", um die deutsche Demokratie zu retten. In einem offenen Brief an den amerikanischen Präsidenten Bill Clinton bitten u.a. Christian Führer, Freya Klier, Erhart Neubert, Gerd Poppe und Wolfgang Templin darum, die



Schwerpunkt



Zwischen DDR-Tradition und Ethnisierung

Historische und aktuelle Entstehungsbedingungen für rechte Bewegungen im Osten

Malte Daniljuk & Andrej Holm

Seit geraumer Zeit verging kaum ein Tag, an dem wir keine neue Horrormeldungen von marschierenden Nazis, prügelnden Ausländerfeinden oder irgendwelchen anderen Formen der völkischen Ausgelassenheit im Osten des Landes hören konnten. Reportagen von mutigen Journalisten, die sich bis nach Rathenow und Luckenwalde, Dranske und Marzahn wagten, brachten uns die schaurigen Geschichten des Braunen Ostens auf die Mattscheiben und in die Zeitungsspalten. Es scheint die einzig legitime und akzeptierte Wahrnehmung vom Leben in den ostdeutschen Provinzen geworden zu sein, rechtsradikale Bewegungsbilder zu spiegeln. Soziale Verelendung, industrielle Verödung und die finanzielle Handlungsunfähigkeit der Kommunen ist in der Regel nur noch ein abgeleitetes Thema der Berichterstattung. Der Osten: Nazis statt Armut. Die seltenen Versuche von Erklärung bleiben meist in der sozialpädagogischen Verkürzung von Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst und Anfälligkeiten für rechtsradikale Haltungen verhaftet, verweisen im Oberlehrerton der westdeutschen Mittelklasse auf die fehlende Erfahrung der Ostdeutschen mit den humanistischen Werten der bürgerlichen Demokratie oder stellen sich naiver DDR-Verteidigung schützend und behütend vor unsere Kinder. Eine tatsächliche politische Analyse von rechter Jugendbewegung, die ja zugleich eine Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein

muß, die diese hervorbringt, blieb bisher aus.

Der folgende Text versucht daher, sich den Phäno-

menen rechtsradikaler Bewegung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von verschiedenen Richtungen zu nähern. Zunächst soll versucht werden, die tatsächlichen Veränderungen von Werthaltungen und politischen Positionen in Ostdeutschland zu beschreiben. In einem zweiten Schritt werden historische Erklärungen für die erstarkte rechte Bewegung gesucht und am Ende werden aktuelle Entstehungsbedingungen und ihre Wahrnehmung in der westdeutschen Öffentlichkeit diskutiert.

1. Rechtsextremer Wertewandel in Ostdeutschland – Die Einheit ist vollzogen

Der Anstieg von rechtsextremen Straftaten in Ostdeutschland und auch die Verankerung von fremdenfeindlichen Werten in großen Teilen der Bevölkerung ist wohl unumstritten. Immer wieder wurden Zahlen von Umfragen präsentiert, die je nach Art der Umfrage und Auswahl der Untersuchten bei 10–30% der Befragten fremdenfeindliche Überzeugungen ausmachten. Soziologen debattierten bereits seit 1992 über einen spezifischen ostdeutschen Rechtsextremismus. Der „Bildungsforscher“ Detlef Oesterreich von der Berliner Max-Planck-Gesellschaft eröffnete damals den Reigen der immer beliebter werdenden „Ossi-These“ mit seinem Aufsatz „*Leben die häßlichen Deutschen im Osten*“. Dabei kam er selbst in seiner Untersuchung unter Ost- und Westberliner

Jugendlichen zu etwa gleich verteilten Anteilen von rechtsextremistischen Tendenzen: 31,5% im Osten und 30,4% im Westen. Auch andere Studien können bei Einstellungsfragen nur geringe Unterschiede feststellen. Dr. Wilfried Schubarth aus Dresden kommt zu dem Schluß: *„Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine spezifisch ostdeutschen Phänomene“*. Was also fremdenfeindliche und rechtsextreme Grundorientierungen angeht, ist es in der DDR im Gegensatz zu den meisten anderen politischen Einstellungen (z.B. Akzeptanz des politischen Systems, soziale Sicherheit, Ökologie etc.) zu einer Normalisierung auf westdeutsches Niveau gekommen.

Unterschieden werden von dieser Angleichung muß die Entwicklung von fremdenfeindlichen Straftaten. Waren es in der BRD bis 1990 jährlich etwa 250, so stieg diese Zahl in Ost- und Westdeutschland 1991 auf 2.427 und 1992 auf 6.336 (alle Zahlen vom Bundeskriminalamt). Der größte Teil von diesen Straftaten konzentrierte sich mit über 5.000 auf den Westen. Pro Kopf gerechnet jedoch war der Anteil in Ostdeutschland höher. Nach 1993 sind die Zahlen der amtlich festgestellten Straf- und Gewalttaten deutlich zurückgegangen. Erst 1997 gab es wieder einen kleinen Anstieg. Innerhalb von rechten Weltbildern überwiegen im Osten ausländerfeindliche und im Westen revanchistische Werte. Nazis können im Osten auf eine höhere Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber ihrer praktischen Politik rechnen – im Westen stehen ihre ideologischen Grundmuster höher im Kurs. So äußerten im Osten bezüglich ausländerfeindlicher Pogrome 15% der Befragten „Verständnis für die Leute, die solche Anschläge verüben“. Im Westen hingegen hatten 14% „eine gute Meinung“ über Hitler.

Rechtsextreme Bewegungen in Ostdeutschland haben zahlenmäßig (Anhänger, Sympathisanten und potentielle Wähler) schon Anfang der

Neunziger Jahre Westniveau erreicht. Unterschiedlich jedoch sind die Bewegungsmuster und Motive von rechten Mobilisierungen. Stärker auf konkrete politische und lokale Bedingungen ausgerichtet, stehen wesentlich häufiger gewalttätige Aktionen im Vordergrund als im Westen.

Ost- und westdeutsche faschistische Bewegungen offenbaren also eine ganze Reihe von Unterschieden. Warum sich eine rechte Bewegung im Osten so deutlich entwickeln konnte und warum sie so ist, wie sie ist, muß in seinen historischen *und* aktuellen Bedingungen untersucht werden. Dabei muß sowohl auf die Erfahrungen aus der DDR, als auch auf die Folgen der kolonialen Situation in Ostdeutschland eingegangen werden.

2. Nazis im Osten – Erbe der DDR?

Das „Zentrum Demokratische Kultur“ veröffentlichte Anfang des Jahres eine Studie zu Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Bernd Wagner – Autor der Studie – hat sich in den letzten Jahren zu einem der kenntnisreichsten und bekanntesten Experten in Sachen Rechtsextremismus in DDR und Ostdeutschland entwickelt. Neben seinen Analysen, wie so eine rechte Bewegung organisiert ist, welche Motive einzelne Akteure treibt und warum eine rechte soziale Bewegung im Osten so erfolgreich ist, beschäftigt er sich mit der „historischen Entwicklung von Skinhead-, Hooligan- und Fascho-Scenen in der DDR“. Die „kollektive Annäherung an die rechtsextremen Ideen“ waren, so Wagner „geprägt durch die Erfahrungen in der DDR, die von Autorität, Vormundschaftlichkeit und Konformität bestimmt waren“. Auf diesem Boden haben sich bereits zu DDR-Zeiten die ersten faschistischen Gruppen herausgebildet. Vor allem die „entindividualisierte Unter-

werfung des einzelnen unter die Gruppe“ ist ein Grund, warum sich “auch heute wieder Jugendliche in streng hierarchischen, bestimmte Normvorgaben setzende Gruppen zusammenfinden“ würden. Die „völkischen Stimmungen gegen Ausländer, die sich heute in ostdeutschen Kommunen offen und brutal artikulieren“ sind folgerichtig „keineswegs lediglich einer spezifischen Wendeproblematik geschuldet“. Mit der Konzentration auf die historische Genese von rechter Bewegung führt Wagner das Entstehen einer rechten Jugendbewegung in Ostdeutschland auf die DDR, ihr Bildungssystem und ihre staatlich vermittelten Werte zurück.

Diese historischen Reduktionen auf den Zeitabschnitt DDR greifen jedoch zu kurz und stehen einer Analyse eher im Wege. Zum einen können sie nicht erklären, warum die DDR gerade bei der Ausprägung von so genannten deutschen Sekundärtugenden (Ordnung und Disziplin) langfristige Glaubwürdigkeit haben soll, zum anderen klammern sie konsequent die aktuellen Entstehungsbedingungen von Nazis aus.

Deutlich ist, daß die DDR es nicht geschafft hat, rassistische und damit auch nationalsozialistische Geisteshaltungen endgültig aus der Gesellschaft zu verbannen. Jede Kritik daran, speziell in diesem Heft, wird jedoch vorbehaltlich der unbestrittenen Leistungen formuliert, die in der DDR auf dem Gebiet des Antifaschismus vollbracht wurden. Das heißt die Enteignung der industriellen und landwirtschaftlichen Stützen des Nationalsozialismus, die akribische Verfolgung der NS-Verbrecher, die Entwicklung einer breiten antifaschistischen Kultur und schließlich die konsequente Unterdrückung neonazistischer Ansätze waren eine Normalität, in deren Gegensatz sich die BRD befand und befindet.

Kritik bezieht sich auf die Unvollständigkeit, sie wird also nicht gegen eine, sondern trotz grundsätzlich positiven Einstellung zum Antifaschismus in der DDR formuliert und weist

sowohl auf die Ausnahmen hin, die es in der DDR von den obengenannten Punkten gab, als auch auf die sozio-ökonomische Begrenztheit dieses Antifaschismus.

Diese lag hauptsächlich in der schematischen Sicht auf den angeblich objektiven, hauptsächlich wirtschaftlichen Hintergrund des Nationalsozialismus. Dahinterstehende Wertemodelle, seine ideologische Kompatibilität zur Ideologie der Unterklassen, blieb von der Analyse, also auch von der antifaschistischen Politik vor 1933 und nach 1945 unberührt.

Die KPD/KOMINTERN wollte vor 1933 den Erfolg der Nazis innerhalb der Mehrheit der Bevölkerung nicht zur Kenntnis nehmen, weil sie selber befangen war in einem deterministischen Modell, nachdem die proletarische Revolution kurz bevorstand. Die Basis, die der NS auch unter den Unterklassen gewonnen hatte, wirkte sich jedoch dahingehend aus, daß die KPD vor, aber noch stärker nach, 1945 selber stark nationalistisch und zum Teil antisemitisch argumentierte.

Eine analytische Annäherung an die subjektiven und mentalen Grundlagen des Nationalsozialismus, die Voraussetzung für eine tiefgreifende gesellschaftliche Auseinandersetzung gewesen wäre und eine selbstkritische Auseinandersetzung um das eigene Bild von der deutschen Arbeiterklasse, als auch um die eigenen Wertevorstellungen innerhalb der Partei vorausgesetzt hätte, fand jedoch nicht statt.

Die Entnazifizierung, die den Rahmen für eine solche mentale Umwälzung hätte stellen müssen, blieb befangen in der aufklärerischen Vermittlung der imperialistischen Interessen und der NS-Verbrechen – und wurde darüber hinaus zugunsten des Wiederaufbaus sehr früh abgebrochen: „Strengste Bestrafung der Nazi-Verbrecher, Gerechte Sühnemaßnahmen gegen die aktivistischen Nazis, Weg der Eingliede-



nung der Zwangs-PG's in die demokratische Gemeinschaft.“ hieß es im Oktober 1945 in der Resolution der Einheitsfront der Parteien in der SBZ.

Die Summe der Wertevorstellungen des Nationalsozialismus stellte die Basis von strukturellem Konservatismus, die nach dem Krieg im wesentlichen unangetastet blieb.

Für die Geschichte des Rassismus ist neben den aus der Romantik kommenden Werte- und Schönheitsidealen und dem modernen Nationalismus vor allem die Arbeitsmoral als derjenige Bereich interessant, der sich aus dem Nationalsozialismus in den verschiedenen Bereichen der DDR-Gesellschaft fortsetzte. Dieses Wertesystem der Fabrik, galt ungebrochen sowohl in der aus dem Nationalsozialismus kommenden Arbeiterklasse, als auch in der Partei selber.

Für Deutschland war der NS der Prototyp des fordistischen Gesellschaftsideals, das heißt die Entwicklung nationalen Wohlstands auf der Basis einer korporierten, qualifizierten Industriearbeiterschaft und des Mittelstandes. Er war der historische Punkt, an dem eine Modernisierung (für die NS-Kriegswirtschaft) geschaffen wurde, mit der sich die Bevölkerung identifizierte. Dazu gehörte die Vollbeschäftigung, eine stabile Versorgungslage bis Kriegsende, die Einführung zentraler Wirtschaftsorganisation, der Bevölkerungspolitik, Melderegister ... Diese Modernisierung bestimmte und bediente eine Mentalität (verstanden als Werte und Vorstellungen die auf ihre Stellung im Produktionsprozeß, im Staatsapparat sowie der familiären Situation fußten), in der die Moral eng mit den Werten des NS-System korrespondierte. Ihr Ausdruck ist eine kompensatorische Arbeitsmoral, die die deutschen Sekundärtugenden – Sauberkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Selbstbeherrschung, Pflicht und Arbeitsehre, Respekt vor der Orga-

nisation/Rationalität, Identifizierung mit dem Arbeitsplatz – in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Identität stellte. Diese Moralvorstellungen sind sowohl vom Arbeitsprozeß erzwungen und bieten gleichzeitig vermeintlich positive Werte zur Selbstidentifikation. Ihre Funktion zur Selbstaufwertung verläuft über die systematische, rassistische Abwertung anderer. Wer den DDR-Alltag in der Produktion kennengelernt hat, wird ausreichend Beispiele für den klassischen Vorbehalt des deutschen Arbeiters, – seinen Stolz auf die eigene Qualitätsarbeit, während andere als die gesehen werden, die nicht arbeiten können – kennengelernt haben. In der DDR äußerten sie sich im wesentlichen in einem explizit antislawischen Rassismus, der sich speziell gegen „Polen“ und „Russen“ richtete. Ein anderer gesellschaftlicher Bereich in dem die Kontinuität rassistischer Ideologie, unabhängig von der offiziellen Ideologie, deutlich erfahrbar war, sind die bewaffneten Organe, speziell die NVA gewesen, wo auf unterschiedlichen Rängen, das Zelebrieren von Wehrmachtstraditionen inoffizielle Normalität war.

Die Differenz mit dem System DDR entstand, zumindest was die deutsche/fordistische Arbeitsmoral betrifft, aus der Nichterfüllung gemeinsam vertretener Werte durch die Partei- und Staatsführung. Klassisches Beispiel ist die Unzufriedenheit der Facharbeiter über die tatsächlich schlechte Arbeitsorganisation, die sich in der Feststellung „Hier geht's ja zu wie bei den Russen“ äußerte. Ähnliches ließ sich auch für den, an den Maßstäben des „Originals“ lächerlichen Versuch eines DDR-Nationalismus feststellen, oder für die, aus antiimperialistischer Sicht möglicherweise gerechtfertigte, Kritik an der Politik Israels, die im nationalsozialistischen Bevölkerungskontinuum antisemitische Vorbehalte bedienen mußte.

Die Nichtauseinandersetzung mit diesem strukturellen Konservatismus als einem Teil

von DDR-Realität bewirkt bis heute die Handlungsunfähigkeit der in dieser Tradition stehenden Linken, z.B. der PDS, gegenüber Neonazis. Das fehlende kritische Bewußtsein im Bezug auf rassistische Normsetzungen und Wertemodelle reicht so bis in die Gegenwart.

Wenn die DDR, als System, in die Verantwortung für die ostdeutschen Jungfaschisten genommen werden soll – und es ist sicher nicht falsch, daß auch zu tun – so vor allem indirekt als Erklärung für das unsichere und feige Verhalten der gesellschaftlichen Mehrheit. War es doch üblich, Angriffe von z.T. organisierten Faschisten auf Punks und Ausländer in der Öffentlichkeit zu verschweigen oder als „Rowdytum“ zu verharmlosen, obwohl die Formen der staatlichen Verfolgung und Bestrafung nicht zimperlich ausfielen. Der offizielle Antifaschismus schloß somit faschistische Reorganisierung aus und versperrte gleichzeitig die Möglichkeit einer breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung, obwohl ja gerade eine konsequente und auch öffentliche staatliche Vorgehensweise die Akzeptanz der Partei möglicherweise noch einmal hätte festigen können. Die Aufdeckung von faschistischer Gewalt und auch die politische Auseinandersetzung mit Nazis in der DDR wurde einer dissidentischen Gegenöffentlichkeit und einer kleinen, z.T. verfolgten Subkultur überlassen. Daran hat sich bis heute wenig geändert – eine gesellschaftlich übergreifende Bewegung gegen Nazis – wie auch zu anderen Themen – ist in Ostdeutschland nicht entstanden.

Eng verknüpft mit der antifaschistisch nicht qualifizierten Öffentlichkeit muß der staatlich repressive Charakter des offiziellen Antifaschismus in der DDR gesehen werden. Die Nomenklatura des Landes bestand in ihrer Mehrheit bis zum Ende aus Kämpfern gegen und Opfern des Faschismus. Nach dem Krieg war es einerseits Konsens, eine Gesellschaft als

„antifaschistische“ aufzubauen, zum anderen gab es das sicher nicht unberechtigte Mißtrauen „Hitlers willigen Vollstreckern“ gegenüber, die ja die breite Mehrheit der neuen Gesellschaft stellten. Der Antifaschismus der DDR war deshalb immer Repression und zumindest (nur) auf der Erscheinungsebene erfolgreich. Erst mit dem ordnungspolitischen Vakuum, welches sich in den achtziger Jahren entwickelte, konnten sich rechtsextreme Organisationen breiter entwickeln und öffentlich auftreten.

Das Erbe der DDR in Bezug auf eine entstehende rechte Jugendbewegung muß also einerseits auf das hilflose und naiv-unbeteiligte Verhalten gesellschaftlicher Mehrheiten bezogen werden, und andererseits auf die „untergründige“, tradierte Existenz eines strukturellen Konservatismus. In zweiter Linie begünstigte die wegfallende Repression das Entstehen von faschistischen Organisationen.

Bereits im Januar 1990 wurde von der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) ein „gesamtdeutscher Aufbauplan“ verabschiedet. Die in den Osten entsendeten Kader – meist ehemalige Gefangene, die aus den Knästen der DDR freigekauft wurden – begannen in den verschiedenen Regionen ein Netzwerk von Organisationen aufzubauen. Bis heute erweisen sich diese flexiblen Zellenstrukturen als handlungsfähig, vor allem weil sie sich den wechselnden Verbotslagen faschistischer Parteien anpassen können und trotzdem relativ stabile lokale Kerne (autonome Kameradschaften) herausgebildet haben.

3. Koloniale Situation – aktuelle Entstehungsbedingung für rechte Bewegung

Neben den beschriebenen und historisch begründeten günstigen Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer rechten Jugendbewe-

gung muß eine gesellschaftliche Erklärung vor allem nach den Ursachen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Realität fragen. Diese sind wesentlich in den Bedingungen und den Folgen des Anschluß zu finden.

Die erfahrene Entwertung individuellen Selbstbewußtseins in fast allen Lebensbereichen sowie die gleichzeitige Zerstörung der kollektiven Strukturen einer ganzen Gesellschaft führt notwendigerweise zu Reaktionen der Betroffenen, die sowohl ihre augenblickliche Situation verbessern wollen als auch ein Trauma zu bewältigen haben und sich selbst gegenüber Erklärungen für die eigene mißliche Lage finden müssen. Eine unreflektierte Flucht in die einfache Negation – also den eigenen Wert in einer kollektiven Überlegenheitstheorie aufzuwerten – erscheint vor allem angesichts fehlender Alternativen für einfache Gemüter nahezu zwingend. Sie ist nach Fanon neben dem Selbsthass der naheliegendste Reflex von Kolonisierten. Die Verlusterfahrung der eigenen Biografie (z.B. des Arbeitsplatzes, der Qualifikation etc.), des gesellschaftlichen Wertesystems und auch materieller Sicherheiten wird dabei durch die Flucht in eine imaginierte Realität kompensiert. Im konkreten Fall Ostdeutschland wird dabei vor allem auf den über die DDR hinüber geretteten Wertekanon der fordistischen Arbeitsgesellschaft (s.o.) rekurriert. Denn er bestimmt nicht nur die historisch ungebrochen Vorstellungen ganzer Generationen, sondern kann zugleich die erfahrenen Verluste (vor allem die ökonomische und soziale Marginalisierung) in einfacher Weise abbilden. Das fordistische Versprechen von Arbeit und Konsum sind für viele also Osten genug, um darauf zurückgreifen zu können und zugleich ausreichendes Idealbild, um eine Vorstellung von einem besseren Leben daraus zu entwickeln. Dieser Bezug auf eine Wertvorstellung ohne Basis (es gibt in Ostdeutschland keine materielle Grundlage für einen industriellen Wohlstand mehr) je-

doch wird zum Ausgangspunkt einer hilflosen und zum Teil aggressiven Formulierung einer normativer Selbstsetzung.

Seit der Übernahme der staatlichen und Herrschaftskompetenz durch die BRD sympathisieren große Teile der ostdeutschen Bevölkerung mit der „Wiedervereinigung“, obwohl doch gerade diese zu ihrer Krise geführt hat. Diese „Verbrüderung“ mit den Besatzern blockiert einen politischen Konflikt der massenhaft wahrgenommenen Unzufriedenheit. Statt Machtverhältnisse zu benennen, wird das Konstrukt von „Deutschland“ aufrechterhalten, zu dem sich der braune Mob auch gewaltsam Zutritt verschaffen will. Verstärkt wird diese Tendenz dadurch, daß die Kommunikationszusammenhänge der ostdeutschen Gesellschaft weitgehend zerschlagen sind. In dieser Lage muß das Material für die Re-formulierung ostdeutscher Identitäten verstärkt aus den in der veröffentlichten Meinung gemachten Erklärungs- und Deutungsangeboten gesucht werden, also von dem Bild anderer über einen selbst darauf geschlossen werden, wer man ist. Wenn diese Zuschreibungen sich zunehmend auf einen „Braunen Osten“ konzentrieren, wirken sie zunehmend wie sich selbst erfüllende Prophezeiungen.

Ganz wesentlich begünstigt wurde eine rechte Mobilisierung durch fehlenden Alternative. Gesellschaftliche Perspektiven in Ostdeutschland werden seit der Zerschlagung der '89er Bewegung nicht mehr emanzipativ und sozialistisch besetzt. Die Institutionalisierung der dissidentischen Opposition war nicht nur die Basis für eine selektive Integration ostdeutscher Eliten in die neue Administration, sondern auch für einen Legitimationsverlust oppositioneller Gruppen innerhalb der Gesamtgesellschaft. Genau die Gruppen, die nach '89 Ausgangspunkt für eine mögliche antirassistische Initiative in der ostdeutschen Zivilgesellschaft hätten sein müssen, hatten sich durch ihren Anschluß an „Deutschland“

der Basis dazu beraubt. Daß sie heute gegenüber Nazis in der DDR sprachlos geworden sind und nirgends mehr eine bedeutendere Rolle spielen, ist das konsequente Ergebnis.

Aber auch die PDS – zumindest formell und dem eigenen Anspruch nach eine antifaschistische politische Kraft – vermochte es nicht durchgehend eine konfrontative Haltung gegenüber Nazis aufzubauen. Der pauschale Verteidigungsreflex von DDR und Ostdeutschland sowie das Streben nach breiter Akzeptanz blockierte bisher die Teilnahme der Partei an der Entwicklung von sozialen Basiskämpfen und auch die Herausbildung von klaren politischen Grundsätzen. Vor allem das von Teilen des Parteivorstandes angestrebte „Ankommen in der Bundesrepublik“ und das Bemühen als PDS ein „ganz normaler demokratischer Faktor“ zu werden verhindert langfristig die Auseinandersetzung

mit den Desintegrierten, Herausgefallenen und Verweigerern in Ostdeutschland.

Die bestehende Antifabewegung ist heute mindestens genau so ghettoisiert wie zu DDR-Zeiten. Als Ableger westdeutscher Jugendkulturen aus den 80er Jahren zieht sie sich selbst in subkulturelle Nischen zurück und kann mit den aus dem Ausland übernommenen Parolen und Aktionsformen auch inhaltlich keine gesellschaftliche Wirkung erzielen.

Eine wesentliche Folge der sozialen, ökonomischen und politischen Realitäten des Anschluß ist ein weitgehender Verlust von Basislegitimität des gesellschaftlichen Systems. Bei Umfragen und Wahlen: das Ostvolk überrascht immer wieder durch ungewöhnliche und unerwartete Meinungen und Entscheidungen, wie zuletzt die sturzartigen Veränderung der Anzahl von



DVU-Wählern in Sachsen-Anhalt zwischen Landtags- und Bundestagswahl oder auch der anhaltende Glaube der Ostler, der Sozialismus sei das gerechtere System, medienwirksam zeigten. Dieses Mißtrauen gegenüber den neuen Herrschenden führt sowohl zu resignativer Erstarrung, als auch zu spontaneren, direkteren und auch gewalttätigeren Ausbrüchen der politischen Willensbildung. Wo in Umfragen noch 1992 davon ausgegangen wurde, daß im Osten „Gewalt als Lösungsvariante eigener Probleme und Konflikte allgemein nicht antizipiert wird“, haben inzwischen gewalttätige Tendenzen bei Protesten zugenommen. In einem soziologischen Langzeitprojekt zur „Protestforschung“ (PRODAT) wurde im Osten ein Typ des „Krisenprotestes“ festgestellt. Dieser ist im Gegensatz zu den westdeutschen „Wohlstandsprotesten“ schlechter organisiert, aber wesentlich gewalttätiger. Nach Ergebnissen dieser Studie verlaufen inzwischen im Osten mehr als die Hälfte aller Proteste gewalttätig – und die Beteiligten daran würden sich zu einem großen Teil auch erneut in einer ähnlichen Situation genau so verhalten. Im Wissenschaftszentrum Berlin – Träger der Studie – werden die Ergebnisse folgendermaßen zusammengefaßt: „Die ... dominierenden gewaltfreien, demonstrativen und konfrontativen Protestformen werden ... zunehmend durch gewalttätige Proteste abgelöst. Die Protestlandschaft in den neuen Bundesländern kippt in dieser Hinsicht regelrecht um, und gewalttätige Proteste überschatten fortan jede andere Protestform.“ Diese bewegungsnahen Potentiale der Gesellschaft haben sich in der Vergangenheit vielfach auch im Kontext von fremdenfeindlichen Angriffen geäußert. Die politischen Vorgaben der Bundestagsparteien in der Frage der Asylrechtsänderung wurde gerade im Osten von rechten Gruppen aufgegriffen und „in die eigenen Hand genommen“. Wenn denen da oben keine Lösungskompetenz zugetraut wird, muß man eben selbst zur Brandflasche greifen... Rechte Bewegung in diesem Sinne ist also der

staatlich angeregte Reflex auf einen weitestgehende Identitäts- und Sicherheitsverlust, der in den traditionellen Werten des strukturellen Konservatismus positiv aufgehoben wird und sich zugleich spontan und eruptiv äußert. Ein Verständnis des braunen Mob als „verlängerter Arm des Systems“ ist viel zu kurz gegriffen – offenbart doch gerade die Stärke der Nazis die Schwäche des Staates in Ostdeutschland.

Von den Faschisten wird diese Schwäche mit der Abwertung der BRD als „Judenstaat“ und auch mit der Errichtung „national befreiter Zonen“ – die ja auch weitgehend als „staatsfrei“ und unabhängig verstanden werden – in der eigenen Strategiebildung aufgegriffen. Die meisten demokratischen Forderungen gegen die „Zunahme rechtsextremer Gewalt“ jedoch reflektieren diese grundlegende Schwäche des Staates in Ostdeutschland nur ungenügend. Der Ruf nach einem „Polizeistaat gegen Rechts“ wirkt dabei ebenso hilflos wie die parlamentarische Versessenheit der PDS. Durch die fehlende Verankerung des Staates in Ostdeutschland kann Antifaschismus nur dann erfolgreich sein, wenn er einen gesellschaftlichen Prozeß in Gang setzt, der durch die Entwicklung eigener Strukturen und Diskussionen im Osten getragen wird. Das kann dann auch als Chance begriffen werden.

4. Ethnisierungsstrategie: Brauner Osten – weiße(r) Westen

Inhaltlich funktional für politische Debatten und staatliche Entscheidungen der „rechten Demokraten“ doch zugleich unberechenbar in seinen Formen ist die rechte Bewegung in Ostdeutschland in den letzten zwei Jahren auch ein Problem für den Westen geworden.

Die Reaktion westdeutscher Mittelschichten ähnelt immer mehr dem Versuch, das Problem los zu werden, in dem man sich von ihm abgrenzt. Folgerichtig startete gerade die alternativ-humanistischen-Medienöffentlichkeit in diesem

Sommer eine Offensive gegen Ostdeutschland, in der „Brauner Osten“ zum Ausgangspunkt einer westdeutschen Ethnisierungsstrategie wird. Nach den Berichten über wiederholte Übergriffe auf Berliner Schulklassen und Touristen in Brandenburg wurde mit der Parole „Kolonisiert den Osten“ in der taz, dem Zentralorgan der Grünen, zu bewaffneten Gruppenfahrten ins Umland und zum Boykott von brandenburgischem Gemüse aufgerufen. Nach dem NPD-Aufmarsch in Rostock-Dierkow beschrieb der westdeutsche „Jugendforscher“ Seidel-Piehlen zum wiederholten Male die mangelnden demokratischen Potentiale in Ostdeutschland (es waren nur 8.000 statt 20.000 Bürger der Stadt zu der Gegendemonstration gekommen) und forderte den „Westen auf, endlich die Hemmungen gegenüber dem Osten fallen zu lassen“. Das kann nur als Drohung verstanden werden.

Nazis im Osten werden erst ein Problem, wenn die eigenen Kinder und westdeutsche Touristen zu den Opfern zählen. Solange sich die Gewalt auf örtliche Punker und ein paar Ausländer beschränkte, war die Welt eigentlich in Ordnung.

Wenn der Osten die neue Gesellschaft nicht endlich akzeptieren will, dann muß man sie ihm wohl aufzwingen. Gerade mit der Klassifizierung als „faschistisch“ kann fast alles gerechtfertigt werden. Der „braune Osten“ ist so etwas wie der „Schwarze Peter“, der moderne Sündenbock für das Ende des Sozialstaates, für den Abbau von Demokratie, für die Verschärfung der polizeilichen Repression, für alles, was das Alternativbürgertum früher nicht wollte. Der Ruf „Gegen die rechte Gewalt im Osten“ wird letztendlich zu einem Mittel, die eigene Anteile an Herrschaft im Osten zu sichern. Wenn der Osten braun wählt, möchten die Linksliberalen die Gelder streichen und wenn er rot wählt, möchten es die Konservativen. Die dauerhafte Alimentierung erscheint im Westen zunehmend als ökonomischen Hebel zur Zwangsdomesti-

zierung, die Zunahme von Rechtsextremismus als Legitimation für deren Anwendung. Allein die Sache mit den Nazis rückt dann ein wenig in den Hintergrund.

Nicht die Nazis sind das Problem, sondern der Kapitalismus ist es

oder: Was uns Ostdeutschland wirklich lehren könnte

Hans-Jochen Vogel

1. Kürzlich noch schien der Aufstieg der neuen Nazis zwischen Werra und Oder unaufhaltsam. Inzwischen ist der erste Schreck verflogen. Davon haben zwar jene nichts, die in von braunen Schlägern dominierten und terrorisierten Gegenden oder Ortschaften diesen unangenehm ins Auge stechen. Aber die Mehrheit haben schließlich nun doch anders gewählt. Ein Phänomen, das es nicht gibt, muß nicht untersucht werden. Auch wenn hier und da im Dschungel dieser unübersichtlichen Welt genau dies weiter passieren wird, daß nämlich per erfinderischer Analyse erst geschaffen wird, was beklagt werden soll. Tatsächlich mögen etliche Wähler noch bis zuletzt geschwankt haben, welcher der „Protestparteien“ sie ihr Kreuzchen geben sollen, DVU (bzw. NPD, Rep) oder PDS. Es mögen auch eher mehr als weniger die PDS aus Gründen gewählt haben, die dieser peinlich sein müßten. Dennoch haben sie am Ende die PDS angekreuzt und nicht die Schwarzweißbrotd Braunen.

2. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus, Tribalismus, Nationalismus, (Neo-) Faschismus, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus... Wie viele Bezeichnungen haben wir noch aufzureihen vergessen? In der Medizin nennt man komplexe Krankheitsbilder, die erst einmal nur als Bündelung verschiedener Symptome bestimmbar sind, Syndrome. Das

Wort kommt aus dem griechischen und ist mit „Zusammenlauf“ übersetzbar: Verschiedene Symptome laufen zu einem in sich geschlossenen und kohärenten Krankheitsbild zusammen. So scheint es sich auch mit den oben aufgeführten Erscheinungen zu verhalten. Symptome eines komplexen Krankheitsbildes. Allen einzelnen Vokabeln lassen sich einigermaßen klar abgrenzbare Bedeutungen zuordnen. Teils allerdings überlappen sie sich, teils schließen sie an einander an. In der außersprachlichen Wirklichkeit kommen die bezeichneten Tatbestände meist miteinander kombiniert vor (jedoch nicht immer: es gibt eine rassistische und faschistische „Internationale“). Umstritten bleibt jedoch, inwiefern die ins Auge fallenden und von der „demokratischen Öffentlichkeit“ mißbilligten Erscheinungen nur Ausdruck oder Auswuchs, Folge oder Bestandteil von gesellschaftlichen Tendenzen und Realitäten sind, die allgemeine Akzeptanz genießen und als normal betrachtet werden. Lassen sie sich – eben womöglich noch mit „normalen“ Sachverhalten zusammen – zu einem Gesamtbild vereinen, für das es dann auch einen Sammelbegriff geben müßte, der präziser wäre als das Pauschaletikett „rechts“? Oder kommen bei näherem Hinsehen und genaueren Nachdenken gar Fragen nach unserer bisherigen Wahrnehmung dessen auf, was sich gegenwärtig in unserer Welt und in diesem Lande abspielt? Fragen, die auch unser Selbstbild,

unser Bild von der Rolle, die wir spielen, unsere Ziele und Engagements berühren? Sollten wir es uns vielleicht doch zu einfach machen, wenn wir uns nur als „Linke“ zusammenschließen und gemeinsam Front machen gegen „rechts“?

3. Ostdeutschland stellt gegenwärtig so etwas wie ein gesellschaftliches Laboratorium dar. Dies ist das genaue Gegenteil dessen, was sich viele seiner Bewohner vorgestellt hatten, als sie 1990 „keine neuen Experimente“ wollten und deswegen konservative Parteien wählten. Mit Rasanz vollzog sich hier eine Entwicklung, die nicht nur in ihrer Zeitraffer-Wirkung und hemdsärmeligen Brutalität manches von den der Gesellschaft zugrunde liegenden Mechanismen deutlicher hervortreten ließ als im Westen, sondern sie traf hier auch auf eine Bevölkerung, die gerade eben noch in anderen Verhältnissen gelebt hatte und vergleichen konnte – nicht nur ihre Erfahrungen als neue Gesamtdeutsche mit denen als DDR-Bürger, sondern auch ihr Bild vom Westen zu DDR-Zeiten mit ihren neuen „West“-Erfahrungen, ihr Selbstbild mit dem Bild, das sich Westdeutsche, die über administrative und ökonomische Mittel verfügten, dieses Bild auch als normatives durchzusetzen, von ihnen machten. Schließlich das Bild der Westdeutschen von sich selbst mit den Erfahrungen, die sie nun mit ihnen machten.

Durch den „Anschluß nach Artikel 23 GG“ hatten zwei Gesellschaften schlagartig fusioniert, die bisher über Jahrzehnte dazu angehalten worden, ja darauf trainiert waren, sich als wechselseitig antagonistisch zu verstehen. Plötzlich wurden offizielle Gegner, ja Feinde, ein „einig Vaterland“. Von westlicher Seite wurde einfach unterstellt – und viele Unzufriedene im Osten sahen es zuerst nicht anders, daß hier ohnehin nur endlich vollzogen wurde, was immer schon feststand: „Wir sind ein Volk“, und daß hier ein „widernatürlicher“ Zustand sein Ende gefunden hatte. Daß der Anschluß eine Kapitulation war,

mußte dabei nicht einfach geleugnet werden, Kapitulation ja, aber die der SED, des „Systems“, der „Bonzen“, der Stasi usw. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die DDR nicht in eine immer schon zum Westen gehörende Bevölkerung und eine dieser aufgezwungenen Führung aufzuteilen war, sondern eben ein Staat – mit allen seinen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen und seiner Lebenswirklichkeit, die den Alltag seiner Bewohner bestimmte. Daß auf die Zerstörung aller dieser Zusammenhänge mit – wenn schon nicht Widerstand – doch mit Resentiments und Irritationen reagiert werden und so etwas wie eine posthume DDR-„Identität“ entstehen würde, war abzusehen. Auch daß der Frust sich autoritär und „fremdenfeindlich“ äußern könnte, war zu ahnen, vollzogen sich doch Enteignung und Entmächtigung für die Ostdeutschen als Bevölkerung insgesamt unter liberal-demokratischem Markenzeichen, und pflegt sich doch bei lang eingeübter und wieder abverlangter Untertänigkeit die Wut der Untertanen für gewöhnlich an Sündenböcken zu entladen und nicht an den Verursachern ihrer Unbill.

Dennoch: ein schlüssiges Bild von einer insgesamt nach „rechts“ driftenden Gesellschaft ergibt sich aus alledem nicht, eher die Frage, ob und wie denn dem, was da an Konfliktstoff entstanden ist, eine andere Deutung gegeben und eine andere Richtung gezeigt werden kann.

4. Erst in unserer Zeit hat sich der Kapitalismus als das die ganze Welt durchdringende und sich ihrer total (fast?) bemächtigende System durchgesetzt, als das es Marx im vorigen Jahrhundert beschrieben hat. Der Spätkapitalismus hat jene merkwürdige Gesellschaft zum Verschwinden gebracht, die wir u.a. Realsozialismus nennen, und die wir noch immer nicht ausreichend beschrieben und charakterisiert haben. In Zeit und Raum stellten sich die „realsozialistischen“ Länder unterschiedlich dar, wie auch der „freie

Westen“ etwa zwischen BRD und Haiti eine breite Palette an Variationen bot. Die Ostdeutschen hatten die ganze Zeit des Bestehens der DDR hindurch vor ihren Augen eine Art Musterland des Kapitalismus. Dies war kein Zufall, sondern (wie jetzt immer klarer auch von westlichen Historikern beschrieben wird) Absicht: im Gefolge eines radikalen Kurswechsels der US-Politik in

den 40er Jahren sollte, wenn schon nicht ganz Deutschland, dann doch wenigstens der Teil, der von den Westmächten besetzt war, möglichst schnell wieder wirtschaftliche (und militärische) Stärke, sowie politische und soziale Stabilität erlangen, um eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Kommunismus zu spielen. Die Spaltung Deutschlands war der Preis, der dafür zu zahlen war. Die Rechnung ging auf: bald konnten sich die Verursacher der Teilung als Verfechter ihrer Überwindung

(„Einheit in Freiheit“) profilieren, und die schwächere Seite mußte immer verbisseneren Anstrengungen unternehmen, ihre Bevölkerung davon überzeugen, daß sie die bessere war, und ihnen das Bleiben im Lande durch eine Mauer zwingend gestalten.

Was sich zeigte, als die Stunde der Wahrheit kam (ohne daß die Wahrheit sich zu ihrer Stunde auffällig in den Vordergrund geschoben hätte),



war, daß der Versuch der DDR, kapitalistische Verheißungen und Wertvorstellungen auf sozialistischem Wege zu verwirklichen, in der Bevölkerung ein Bewußtsein erzeugt hatte, das diese für allerhand Täuschung anfällig machte. Als sie („Leistung muß sich wieder lohnen“ = West-Lösung; „Ich leiste was, ich leiste mir was“ = DDR-Lösung) Leistungsbereitschaft zeigen

wollten, wurden den Ostdeutschen die Betriebe dichtgemacht und sie auf die Straße gesetzt. Der Belagerungszustand an der Staatsgrenze West hat heute dem an der Staatsgrenze Ost Platz gemacht; die Reisefreiheit und die freie Wahl des Wohnortes (erinnert sich noch jemand an diese Forderung) erweisen sich als Größen, die in direkter Beziehung zum Geldbeutel stehen. Ohne Ortswechsel fanden sich viele Ostdeutsche auf einmal als Fremde wieder in einem Land, das sie noch so sehr als eigenes betrachtet hatten, als

jetzt nachträglich enteignet und fremdbestimmt. (Ich denke z.B. an den Arbeiter, der mit eigenen Händen an einem Betriebsferienheim gebaut hat, das inzwischen als „herrenloses“ Volkseigentum einem Westhotelier geschenkt oder dem Verfall preisgegeben wurde.) Als eine Zwangsmaßnahme mußte es auch wirken, als die fünf „Neuen Länder“ (was ist an diesen Ländern so neu?) in den Verteilerschlüssel für die Verarbeitung von Asylbewerbern einbezogen

wurden. Weder gab es hierzu eine gründliche Vorbereitung der Bevölkerung, noch wurde etwas unternommen, um durch die Art der Unterbringung und begleitende Maßnahmen eine Integration der Immigranten und eine sinnvolle Kommunikation mit ihrem deutschen Umfeld zu gewährleisten.

Die Art, wie die Regierung in Bonn handelte, legt die Vermutung nahe, sie habe von vornherein Mißtrauen und Feindschaft organisieren wollen und von den Ostdeutschen geradezu Hilfe zur Abschreckung unerwünschter Einwanderer erwartet. Während einerseits Asylrecht abgeschafft und gegen die „Ausländerflut“ gehetzt wurde, wurden jährlich „interkulturelle Wochen“ zelebriert und über die „multikulturelle Gesellschaft“ diskutiert. Menschenketten mit Prominenten und Sonntagsreden über Toleranz einerseits und Abschiebeknäste andererseits: eine Flut von sich widersprechenden Signalen, nach deren innerem Zusammenhang zu fragen den Menschen jedoch alles andere als leicht gemacht wurde.

5. „Die ideale Form der Ideologie dieses globalen Kapitalismus ist natürlich der Multikulturalismus, die Einstellung, die gewissermaßen aus einer leeren globalen Position heraus jede

lokale Kultur so behandelt, wie der Kolonisator die Kolonisierten behandelt – als ‚Eingeborene‘, deren Sitten sorgsam studiert und ‚respektiert‘ werden müssen. Das Verhältnis zwischen traditionell imperialistischer Kolonisierung und der globalen kapitalistischen Selbstkolonisierung ist

also genau das gleiche wie das Verhältnis zwischen dem westlichen Kulturimperialismus und dem Multikulturalismus: Wie der globale Kapitalismus das Paradox der Kolonisierung ohne den kolonisierenden Nationalstaat beinhaltet, so beinhaltet der Multikulturalismus die herablassende eurozentrische Distanz und/oder den Respekt für lokale Kulturen ohne die Verankerung in einer bestimmten, eigenen Kultur. Der Multikulturalismus ist, anders gesagt, eine verleugnete, auf den Kopf gestellte, selbstbezügliche Form von Rassismus, ein ‚Rassismus auf Distanz‘ – er ‚respektiert‘ die

Identität des Anderen, indem er den Anderen als eine in sich geschlossene, ‚echte‘ Gemeinschaft begreift, der gegenüber er, der Multikulturalist, eine Distanz hält, die ihm seine privilegierte universelle Position ermöglicht. Der Multikulturalismus ist ein Rassismus, der seine eigene Positionen von allem positiven Gehalt entleert. Der Multikulturalismus ist kein direkter Rassismus, er hält dem Anderen nicht die *besonderen* Werte seiner eigenen Kultur entgegen, sie aber



nichtsdestotrotz als privilegierte *Leerstelle der Universalität* aufrechterhält, aus der man besondere andere Kulturen erst richtig würdigen (und entwürdigen) kann – der multikulturalistische Respekt für die Besonderheit des Anderen ist die Form, in der die eigene Überlegenheit sich bestätigt.“

(Slavoj Žižek. Das Unbehagen im Multikulturalismus, Das Argument 224, 1-2, 1998)

Multikulturalismus ist kein Internationalismus, heißt das. Das Engagement für Flüchtlinge und für Minderheiten kann das Engagement gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Gesellschaft (in weltweiter Dimension) nicht ersetzen.

Es gibt offensichtlich jedoch nicht nur einen immanenten Widerspruch des kapitalistischen Globalisierungsprozesses, demzufolge die weltweite Unterwerfung unter ein Regime mit seinen vielen Vernetzungen und Interaktionen neben allen möglichen zerstörerischen Wirkungen auch die möglicherweise erfreulichste besitzt, daß so auch der Widerstand globale Tendenzen annehmen und eine Alternative wirklich als Menschheitsprojekt gesucht werden kann. Vielmehr scheint ja gerade auch ein Teil der (ehemals) Linken gar nicht mehr so viel Wert auf diese letzteren Aspekte zu legen, sondern sich mit den angenehm-konsumistischen Seiten des Kapitalismus angefreundet zu haben, ohne noch an einer Änderung interessiert zu sein, die eher Angst vor Verlust bereitet. Wenn also jemand gegen „rechte“ Dumpfheit, Fremdenfeindlichkeit, usw. kämpft oder redet und sich dabei als Linker definiert – was meint er/sie damit wirklich? Verteidigt er/sie am Ende nur die „Segnung“ eines Weltzustandes, die er/sie selbst zu genießen in der Lage ist, gegen jene, von denen er/sie eine Bedrohung für den eigenen Status ausgehen spürt? Nimmt er/sie die Kolonisierung im eigenem Land vielleicht nur nicht wahr und entledigt sich der Pflicht, am Aufbau

einer länderübergreifenden Solidarisierung der Kolonisierten mitzuarbeiten, dadurch, daß er/sie die sich (glücklicherweise) „rechts“ artikulierende Opposition einfach zum Nennwert nimmt, die Menschen, die sich da artikulierten, als „Rechte“ einordnet und im Schulteranschluß gegen sie mit allen Demokraten für Toleranz und gegen „rechts“ Mahnwachen hält?

Die Frage ist doch wohl, warum Verunsicherte und Frustrierte, Unzufriedene und Wütende von den Formulierungsangeboten der Rechten Gebrauch machen. Doch wohl auch, weil sie keine „Linke“ sehen und weil das, was als „Linke“ in der Öffentlichkeit präsentiert wird, weder ein Bewußtsein der Probleme erkennen läßt, die und wie sie der „kleine Mann/die kleine Frau“ erfahren, noch glaubwürdige Alternativen zeigen und zum Kampf für diese Alternativen mobilisieren würde.

6. „Wir vermuten also, daß die heutzutage sich durchsetzende Problematik des Multikulturalismus (die hybride Koexistenz verschiedener kultureller Lebenswelten) die Erscheinungsform ihres Gegenteils ist, nämlich der massiven Präsenz des Kapitalismus als universellem Weltsystem. Sie bezeugt die beispiellose Homogenisierung der heutigen Welt. Tatsächlich ist es, als habe die kritische Energie in einer Zeit, wo der Gedanke an ein mögliches Ende des Kapitalismus den Horizont der sozialen Phantasie überschreitet – wo sozusagen jeder stillschweigend akzeptiert, *daß der Kapitalismus bestehen bleibt* – ein Ersatzventil im Kampf für die kulturellen Differenzen gefunden, der die grundlegende Homogenität des kapitalistischen Weltsystems intakt läßt. So kämpfen wir unsere politisch korrekten Kämpfe für das Recht der ethnischen Minderheiten, der Schwulen und Lesben oder abweichender Lebensstile etc. pp., während der Kapitalismus seinen Triumphzug fortsetzt.“ Žižek, ebenda

Als die traditionelle Linke immer tiefer in die

Krise geriet, sah es für eine Weile so aus, als sollte sie von dem beerbt werden, was man „Neue soziale Bewegungen“ oder „Zivilgesellschaft“ nennt. Auch da gab es allerdings zwei konträre Tendenzen: Einmal gab es die Vorstellung, die Zeit der Utopien und radikaler Alternativen sein nun zu Ende und es komme darauf an, die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung bürgerrechtlich zu zivilisieren und ökologisch zu bändigen. Zum anderen sah man in den neuen Bewegungen, die ja oftmals inhaltlich punktuell ansetzten oder Anliegen von Minderheiten artikulierten, so etwas wie eine Keimzelle oder Bausteine für ein sich darin neu herausbildendes linkes Projekt mit einem weiter gesteckten Anspruch.

Sowohl die ökologische Krise, die spätestens seit den 70er Jahren Publizität erlangte, als auch die Frage des atomaren Wettrüstens, in dem das „sozialistische Lager“ seine wirtschaftliche Zukunft und seine Attraktivität als gesellschaftliche Alternative endgültig verspielte, trugen zur Delegitimierung der traditionellen Linken bei.

Der große Teil der Arbeiter- bzw. sozialistischen oder kommunistischen Bewegung hat seine Wurzeln in den Widersprüchen des Kernbereichs des Kapitalismus nie ausreichend problematisiert. Leider sind viele der Schriften von Marx, die seine differenzierte, undogmatische

Sicht der Probleme zeigen, erst seit den 30er Jahren dieses Jahrhunderts an die Öffentlichkeit gelangt, haben also gerade für die Herausbildung und einen großen Teil der Geschichte einer sich auf Marx beziehenden linken Bewegung keine Bedeutung gehabt. So wenig es zu bestreiten ist, daß es in der Geschichte der Menschlichkeit bestimmte Tendenzen und Entwicklungslinien gibt, bestimmte „Fortschritte“ gemacht werden, bestimmte „Aufgaben“ in einer gegebenen geschichtlichen Situation stehen, so wenig war Marx von einem quasi mechanischen Determinismus des Geschichtsablaufs überzeugt, so wenig auch sah er die Geschichte

als linearen Aufstieg vom Niederen zum Höheren, als einen fortlaufenden Fortschrittsprozeß. Bei ihm steht einer positiven Bewertung der Rolle des Kapitalismus, als einer Gesellschaft der Entfesselung gewaltiger Produktiv- und



Emanzipationskräfte eine radikal negative gegenüber: als Klassengesellschaft mit ihren Funktionsmechanismen verwandelt der Kapitalismus die Produktivkräfte zwangsläufig in Destruktivkräfte, die Emanzipationspotentiale in Versklavungspotentiale.

Die Arbeiterbewegung hat sich, je stärker sie zahlenmäßig zunahm und je stärker sie in der Gesellschaft Präsenz zeigte und Einfluß gewann, eher mit dem Fortschrittsdenken des Bürgertums, mit dessen Wissenschafts- und Technikglauben linearem Geschichtsdenken verbündet, aus dem naturwissenschaftlichen Positivismus entstand, die „wissenschaftliche Weltanschauung“. Dem entsprach die Einbindung der linken Bewegung in bürgerliche Parteistrukturen und die Demokratie, ihre Wendung zum Reformismus, zu Sozialpartnerschaft und ihre Beteiligung am nationalen Projekt des Imperialismus (der „Sündenfall“ von 1914).

Zwangsläufig muß eine Linke, die sich derart tief in das kapitalistische Projekt verstrickt hat, und deren „realsozialistischer“ Flügel ja ebenfalls keine bleibende Alternative dazu darstellte, sondern eine Gesellschaft der nachholenden Industrialisierung auf staatskapitalistischer Grundlage war, mit in die Krise geraten, wo sich abzeichnet, daß der Kapitalismus durch die

technologische Entwicklung und die Verwandlung der ganzen Welt in einen Markt selbst an eine innere Grenze stößt.

Wir stehen heute an einem Punkt, an dem zwar fast alles machbar ist – nur eben für wen und für welchen Preis und mit welchen Folgen, für die dann wer aufkommt? Die „Grenzen des Wachstums“ erreichen endgültig den Geldbeutel eines jeden, und damit die realen Lebenschancen.



Es wird deutlich, daß der Markt keine Menschen auf Dauer in eine Gesellschaft integrieren kann. Wenn ihm einmal alles zum Fraß vorgeworfen worden ist, was Menschen bisher zusammengeführt und –gehalten und ihrem Leben miteinander Sinn und Form gegeben hat, bleibt nichts sonst übrig, schon gar nicht für die Verlierer des Marktgeschehens. Sie haben die Wahl zwischen Selbsterstörung oder Abgeräumt–werden.

Eben an dieser Stelle aber erhebt sich noch einmal die Frage. Sollen wir auf eine bunte Vielfalt der Minderheiten im zivilgesellschaftlich-demokratisierten Kapitalismus setzen oder auf Klassenkampf, d.h. einen Kampf, der auf breiter Front und mit –notwendig!– weiter gesteckten Zielen stattzufinden hätte. Aber wo findet sich denn nun das Subjekt für ein solches Unternehmen mit längerem Atem und höherem Anspruch? Nicht mit neu zu erfindenden Menschen sind

Veränderungen zu erkämpfen, sondern mit den existierenden (die sich ändern können und werden, wenn sie beginnen, etwas ändern zu wollen). Und da sind wir wieder bei jenen, die ihre Unzufriedenheit, ihren Frust, ihr Unglück (und das muß nicht nur materielle Bettelarmut sein!), ihre Ängste leider nicht nur politisch korrekt artikulieren

- und denen wir dabei natürlich nach Kräften widersprechen und entgegentreten müssen, um sie aber im nächsten Augenblick ernster zu nehmen, als sie sich selbst nehmen.

„Auf streng homologe Weise funktioniert die gegenwärtige ‚politisch korrekte‘ liberale Haltung, die sich (als ‚in Weltbürgertum‘ ohne Verankerung in einer besonderen Gemeinschaft) die Beschränkung ihrer ethnischen Identität überwinden sieht, *in ihrer eigenen Gesellschaft* als ein enger, elitärer Kreis von Leuten aus der oberen Mittelschicht

- im deutlichen Gegensatz zur Mehrheit der gemeinen Menschen, auf die man herabsieht, weil sie in den engen Grenzen ihrer Ethnie oder Gemeinschaft gefangen sind.“ (Zizek, ebenda)

Aus diesem Kreis müssen wir heraus. Die Vielfalt der Kämpfe der Minderheiten und für sie, der Kämpfe für oder gegen bestimmte

lokale oder aktuelle punktuelle Anliegen, darf nicht die Frage nach den ökonomischen und politischen Machtverhältnissen insgesamt und nach Alternativen zum Verschwinden bringen.

„Die Sphäre der Vielfältigkeit besonderer Kämpfe mit ihren fortwährenden Verdichtungen und Verschiebungen wird gerade durch die ‚Verdrängung‘ der Schlüsselrolle des ökonomischen Kampfes aufrechterhalten - die linke Politik der

‚Äquivalenzenketten‘ in der Pluralität der Kämpfe ist das genaue Gegenstück zur stillschweigenden Preisgabe der Analyse des Kapitalismus als eines globalen ökonomischen Systems und zur Hinnahme seiner ökonomischen Verhältnisse als einem hinterfragbaren Rahmen.“ (Zizek, ebenda)



Aus den besonderen Kämpfen hätte sich vielmehr ein Subjekt tiefgreifender Veränderungen zu entwickeln. Gegen die Gleichschaltung unter dem Diktat des

Profits ist ein neuer Universalismus zu stellen, der in Lage ist, die wesentlichen Unterschiede zwischen Ausbeutern und ihren Opfern zu artikulieren.

„Es ist deshalb kein Mehr an Toleranz, an Mitgefühl und multikulturellem Verständnis nötig, sondern die *Wiederkehr des eigentlichen Politischen*, d.h. die Rehabilitierung der Dimension des Antagonismus, der die Allgemeinheit keineswegs

negiert, sondern ihr gleichkommt. Darin liegt das entscheidende Element der wirklichen *linken* Haltung gegenüber der rechten Bejahung der je besonderen Identität: in der Gleichsetzung des *Universalismus* mit der militanten, *trennenden* Position dessen, der sich im Kampf befindet. Die wirklichen Universalisten sind nicht diejenigen, die das weltweite Tolerieren von Unterschieden und die allumfassende Einheit predigen, sondern die, die sich im leidenschaftlichen Kampf für die Wahrheit engagieren, die ihnen am Herz liegt.“ (Zizek, ebenda)

7. Kommen wir jedoch noch einmal auf die Krise der traditionellen Linken zurück. Wir hatten ihre enge Beziehung zum Kapitalismus als ihrem Nährboden und ihrem Aktionsrahmen, zunehmend auch ihres „Partners“ schon als einen Grund für ihren Bedeutungsverlust bzw. ihre Kapitulation benannt. Das Auftauchen der Neuen sozialen Bewegungen erklärt sich ja gerade auch daraus, daß deren Anliegen (gerade da, wo sie legitim waren) nicht in die Programme und die Praxis der traditionellen Linken integrierbar schienen. Diese schien auch wo sie noch ernsthaft etwas verändern und sogar eine neue Gesellschaft schaffen wollte, in ihren Zielen und Wünschen, in ihren Strukturen und Methoden, immer noch so stark in Bestehendem (Industrialismus, Fortschritt, usw.) verhaftet, daß sie gerade für jene, die ein tieferes Verständnis der über uns hereinbrechenden Probleme (z.B. der ökologischen) gewonnen hatten, nicht attraktiv und glaubwürdig war.

Es ist also mit einer Entscheidung für einen Kampf auf breiter Front und mit weiter gesteckten Zielen gerade keine Entscheidung gegen die Minderheiten und gegen die sozialen Bewegungen an sich getroffen. Denn in der Tat besitzen wir gegenwärtig weder schon ein Subjekt, das die gewünschten Veränderungen mit einiger Aussicht auf Erfolg anschieben

könnte, noch eine genaue Vorstellung davon, wohin die Reise gehen soll. Insofern muß mit denen und bei denen begonnen werden, die heute schon ihr Ungenügen artikulieren und sich in Bewegung setzen.

Wechseln wir die Perspektive. In erdgeschichtlichen Dimensionen ist die bisherige Geschichte der Menschheit sehr kurz. Wenn alles mit rechten Dingen zugehe, müßte sie ihre längste Zeit noch vor sich haben. Finden wir ein Leben als Menschen auf diesem Planeten sinnvoll, erfreulich, der Mühe wert, schön und gut? Selbst wenn wir es nicht täten, hätten wir kein Recht, andere daran zu hindern, sich ihres Lebens zu freuen. Wenn es aber dafür in Zukunft Raum geben soll, dann müssen wir von Vorstellungen eines quantitativen Wachstums und linearen Fortschreitens Abschied nehmen.

Das Ziel muß eine über längere Zeit überlebensfähige Gesellschaft sein, die stabil genug ist, um einen Rahmen für das Leben der Menschen zu liefern, aber auch flexibel genug, um mit möglichst vielen Herausforderungen fertig zu werden. Es geht nicht einfach darum, alle „Fortschritte“ wieder rückgängig zu machen, sondern darum, Kriterien zu entwickeln dafür, was wir wo, wofür, wozu brauchen und nutzen wollen und welche Lösungen für die Probleme unseres Lebens sinnvoll sind. Wirtschaft muß wieder ein Teil des Lebens der Gesellschaft sein, nicht ihr Alles, dem sich das übrige einfügen hat, nur ihr Teil zu werden. Neue Strukturen müssen von „unten“ entstehen. Statt alles einem „Weltmarkt“ zu unterwerfen, werden Kreisläufe unterschiedlichster Reichweiten entwickelt werden: lokal, regional...in ausgewählten Bereichen auch global. Eine Rückgewinnung von Gemeinschaften wirklicher Menschen, die miteinander arbeiten und leben, als primärer Bezugsgrößen für unser Handeln wird mit einer Rückeroberung menschlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten und einer Neubestimmung unserer

Wünsche und „Bedürfnisse“ Hand in Hand gehen, müssen und können.

Wenn diese Annahmen stimmen, dann wird es nötig sein, eine neue Form von Gesellschaft praktisch und theoretisch zu erfinden, die auch auf vieles zurückgreift, was der Kapitalismus nieder gewalzt hat. Es wird keine einförmige und gleichgeschaltete Gesellschaft sein, sondern eine Plurale. Allerdings werden wir fast alle die Konzepte und „Wertvorstellungen“ mit denen sich die bisherige Gesellschaft so erfolgreich über sich selbst betrogen hat, wegwerfen müssen.

„Engels sagt...: `Nicht zu vergessen, daß das recht ebenso wenig eine eigene Geschichte hat, wie die Religion. `Was von diesen beiden gilt, das gilt erst recht, auf eine entscheidende Weise, von der Kultur. Die Daseinsform der klassenlosen Gesellschaft uns nah dem Bilde der Kulturmenschheit zu denken, wäre widersinnig“ (Walter Benjamin).

Die Frage ist also: Welche unserer Vorstellungen, Gewohnheiten, Wünsche, Ziele, Ansprüche lassen sich nur realisieren, wenn die gegenwärtigen, von uns als im Kern als verderblich erkannten, Zustände noch weitergeschleppt werden? Ich meine: eine Gesellschaft, in der die Veränderung stattfinden oder stattgefunden haben, die wir für notwendig und erstrebenswert halten (sollten), wird einen anderen Menschentyp (und nicht nur einen!) hervorbringen, Menschen die sich von jenen unterscheiden müssen, die wir selbst heute noch (mehr oder weniger gern) sind, sein möchten oder zu sein vorgeben. Dabei werden wir vermutlich auch auf sehr altmodische und von der traditionellen Linken zu ihrem eigenem Schaden leider übersehene Fragen stoßen, die sich m.E. jedoch hinter vielen verstecken, was sich gelegentlich pseudopolitisch ausgedrückt und eben auch in den Rechten rumort. Da ist z.B. das Problem der Zugehörigkeit (manche sprechen von Identität, was nicht ganz das

gleiche ist und für mich eine problematische Bezeichnung).

Menschen müssen irgendwo zugehören. Welche Möglichkeiten (auch mehrere komplementäre) gibt es dafür jenseits von Kleinfamilienidylle im eigenem Häuschen und „Volksgemeinschaft“? Wie können Zugehörigkeit solidarisch und kooperativ über den eigenen Tellerrand hinaus ausgeweitet werden? Wie kann Regionalismus, kultureller, sozialer, lokaler Widerstand der kleinen Gruppen, Gemeinden, „Stämme“ zum „internationalistischen“ Netzwerk für eine geschwisterliche Welt werden? Wie kann daraus ein neues Subjekt von grundlegenden Veränderungen werden? Vor Jahren – als ich noch DDR-Bürger war – diskutierte ich einmal im Souterrain einer WG in Frankfurt/M mit einem jungen Mann aus Argentinien, religiöser Sohn jüdischer Eltern mit einem sehr berühmten Namen, die vor den Nazis über den Atlantik geflohen waren. Er sagte damals einen Satz, den ich noch heute für bedeutsam halte: „Vielleicht ist die Frage nach einer gerechten oder guten Gesellschaft eigentlich eine religiöse Frage“. Hier aber verschärft sich noch einmal unsere Fragestellung: Muß unter den Menschen, die auf der Suche nach einer anderen Gesellschaft sind (weil eine solche andere Gesellschaft zur Überlebensbedingung geworden ist), muß dann in einer solchen Gesellschaft selbst nicht mit einigen sehr menschlichen Problemen produktiv und kreativ umgegangen werden? Ich denke dabei etwa an das Bedürfnis nach Anerkennung, nach Akzeptanz und Achtung, oder an die Last von Schuld und die sich aus scheinbar unvereinbaren Ansprüchen ergebende Unüberwindlichkeit von Konflikten; oder alle die Folgen die sich aus unserer Begrenztheit und Sterblichkeit ergeben, nicht zuletzt auch die Vielfalt im Gelingen und Scheitern der Beziehungen der Geschlechter und der Generation.

Kürzlich im Krankenhaus sah ich gelegentlich,

ohne Ton, mit, was mein Bettnachbar im Fernsehen anschaute: westdeutsche Filme aus den 50ern. Vor der '68 Generation- und vielleicht mehr deren Vorspiel und Voraussetzung, als uns lieb ist- gab es die Wirtschaftswunderkinder. Muntere junge Gymnasiasten, die sich mit List und Frechheit gegen die verstaubte Moral und autoritäre Verklemmtheit ihrer alten Pauker auflehnten. Jugend, Freiheit, Aufinüpfigkeit- aber in Wirklichkeit ging es darum, nach der Aufbauphase mit dem eng geschnallten Gürtel nun den Konsum anzukurbeln, und dazu braucht es ein neues Lebensgefühl, eine neue Ideologie.

Wir sind heute gefragt, eine andere Kultur zu entwickeln. Wir sind dabei nicht die einzigen und nicht die ersten, die daran arbeiten. Wir können, jenseits von Elitedenken an vieles anknüpfen, was bei den Leuten rings um uns- trotz allem- vorhanden ist. Lesen wir manche Äußerungen, die uns nicht gefallen, AUCH als Signal, das die Brüchigkeit von Verhältnissen anzeigt, die wir so auch nicht mehr wollen, und das Bedürfnis nach Änderung, nach einem befriedigenden und erfüllenden Leben. Verteidigen wir nicht die falschen Dinge, das, woran wir selbst nicht mehr glauben!

Ein neues emanzipatorisches Projekt muß mehr im Blick haben, als wir es meist hatten. Wir dürfen aus lauter Blindheit, Denkfaulheit und Trägheit die vielen unsicheren Menschen nicht in die alten tödlichen Sackgassen rennen lassen, und vor allem: selbst nicht hineinlaufen. Mag auch der Geist einiger noch nicht aus dem Labyrinth des Kalten Krieges herausgefunden haben, so gilt doch inzwischen: Kein Mißstand, keine Katastrophe kann mehr mit dem Ost-West-Konflikt entschuldigt werden; an keine Kritik paßt mehr die Aufforderung „Geh doch rüber“ oder die Anklage, im Dienste des Feindes zu stehen. Insofern sind die Verhältnisse heute klarer; es kann ohne Umschweife und Rückversicherung zur Sache gehen.





Läßt sich mit linker Re- pression eine rechte soziale Bewegung stoppen?

Achim Detjen

„Früher war alles anders ...“ lautet ein beliebter Satz für den Grauschleier zwischen Wehmut und Nostalgie, wie ihn sonst unsere Großeltern von sich zu geben pflegen. Um noch ketzerischer zu werden: vielleicht war es früher sogar „besser“ - die Gnade der frühen Geburt, das Recht auf Unschuld und Utopie der Wendegeneration: Nach dem Herbst 1989 befand sich die DDR in einem Zustand der Lähmung. Die gesellschaftlichen Organisationen waren in Auflösung begriffen, die sozialen Kontrollorgane weitgehend ausgefallen. Damit wurden unvorstellbare Spielräume geöffnet. Während sich die Oppositionsbewegung hochgradig institutionalisierte, Perspektivdiskussionen (Dritter Weg, eigenständige DDR) von hektischen Parteigründungen überlagert wurden und ihr im Herbst 1989 gewonnener relativer Einfluß zwischen Volkskammervwahl im März und gesamtdeutscher Bundestagswahl im November 1990 quasi zur Bedeutungslosigkeit verkam, bildete sich in der gesamten DDR seit Frühjahr 1990 eine nicht weniger hektische Bewegungswelle aus. Neben ostspezifischen Einflüssen adaptierten diese Bewegungen sehr schnell und mit tatkräftiger Unterstützung und Dominanz westdeutscher Akteure, alte „klassische“ Bewegungsmuster der neuen sozialen Bewegungen (NSB) der BRD. Es entstand eine neue Hausbesetzerbewegung, eine diffuse ostautonome Szene und eine Vielzahl von alter nativen, selbstverwalteten Kneipen, Jugendzentren usw. Diese 1:1 Übernahme im Westen erprobter NSB-Bewegungsmuster, der die 1990 einsetzende, emanzipativ orientierte „linke“ Bewegungswelle in der allgemeinen

Aufbruchstimmung und Verunsicherung verfiel, muß aber als unreflektiert und überstürzt bezeichnet werden. Schließlich hatten sich diese doch vor dem Hintergrund einer völlig anderen gesellschaftlichen Realität herausgebildet und waren zum damaligen Zeitpunkt in der BRD im Prinzip bereits gescheitert. Folglich wurden die entstandenen Freiräume - anders als in der BRD - nicht nur von linken Gruppierungen ausgefüllt, sondern, wenn auch in einem viel geringeren Ausmaß, auch von rechtsradikalischen Gruppen. Als Beispiel genannt sei nur das der Nationalen Alternative vom Bezirk übergebene und quasi „von rechts besetzte“ Haus Weitlingstraße 122 im Ostberliner Stadtteil Lichtenberg, das zum unbestrittenen Zentrum und Identifikationsobjekt der neofaschistischen Szene in der Noch-DDR wurde.

Im weiteren soll hinterfragt werden, wie es dem Rechtsradikalismus gelingen konnte, sich von einer vormals isolierten Subkultur zu einer rechten sozialen Bewegung seit Anfang der 90er Jahre zu entwickeln. Es soll geklärt werden, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen soziale Bewegungen in der BRD entstanden und inwieweit sich diese seit der Zäsur von 1989/90 grundlegend verändert haben. Was eigentlich sind soziale Bewegungen? Welche Struktur besitzt das aktuelle rechte Bewegungsphänomen? Und vor allem: welche Konsequenzen ergeben sich daraus für ein mehr als aktionistisch orientiertes antifaschistisches Engagement?

1. Neue soziale Bewegungen und das Wendetrauma

Der Begriff der neuen sozialen Bewegungen beschreibt den Protest- und Bewegungszyklus, der seit den sechziger Jahren in allen entwickelten kapitalistischen Staaten Westeuropas wirksam wurde. Die NSB machten zwischen 1975 und 1989 rund 75% der westdeutschen Protestmobilisierung aus. Die den entstehenden Bewegungen zugrunde liegende Unzufriedenheit verwies gleichermaßen auf Überfluß wie auf Defizite. Vergleichsweise „hohe“ Reallöhne und staatliche Sozialleistungen begründeten das Modell des *nationalen Wohlfahrtsstaats*. Die Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse aufgrund der stark expandierenden Ökonomie von den fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre, die Stilllegung und Institutionalisierung des Klassenkonflikts sind allgemeine Voraussetzungen einer nachhaltigen Interessensverlagerung. Durch die Basisbefriedigung materieller Bedürfnisse war ein Potential immaterieller Bedürfnisse freigesetzt worden. Materialistische Werte wie Einkommen oder soziale Sicherheit verschoben sich zugunsten postmaterialistischen Werten wie bspw. Ökologie oder Partizipation. Seit 1980 kam es zu einem ungeahnten Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen: Ökologie-, Friedens- und Alternativbewegung, Hausbesetzer- und Autonome Bewegung. Dominierendes und verbindendes Glied war der Punk, eine No-Future-Haltung, eine Aufbruchstimmung, die sich nicht mehr – auch von linker Politik – verplanen und instrumentalisieren lassen wollte, sondern die Entscheidung im heute, hier und jetzt suchte. Eine materialistische Herangehensweise im Sinne einer sozialrevolutionären Perspektive trat mehr und mehr in den Hintergrund: Häuser wurden nicht mehr besetzt, um sich gemeinsam mit den alteingesessenen Bewohnern gegen Spekulation oder Kahlschlagsanierung zu wehren, sondern um Freiräume für die eigene Bewegung zu erkämpfen. Es entstand eine quasi

Gegengesellschaft und damit verbunden eine Selbstmarginalisierung der Akteure: „man stieg einfach aus“ und wollte mit dem Rest der Gesellschaft nichts mehr zu schaffen haben. Hieraus resultiert eine heute fatal anmutende Blindheit gegenüber sich abzeichnenden gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Spätestens mit der „geistig-moralischen Wende“ der CDU/CSU-FDP-Koalition 1982/83 setzte die entscheidende Weichenstellung zur Restrukturierung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells auch in der BRD ein: die Umstrukturierung der Wirtschaft von der Industrie- zur Dienstleistungsökonomie, die Abkehr vom Typ des fordistischen Modells der Massenproduktion und -konsumtion mit schon damals bekannten Folgen wie massenhafter Freisetzung von Arbeitskräften, einem damit verbundenen rasanten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und einer Marginalisierung der vom Umstrukturierungsprozeß zuerst erfaßten Bevölkerungsgruppen. Anspruch und Wirklichkeit der NSB klappten deutlich auseinander: Die Bewegungen gaben sich auf einer vordergründigen Ebene radikal antiimperialistisch und antikapitalistisch (gegen den Atomstaat und die Atomindustrie, gegen Reagan als imperialistischen Kriegstreiber usw.), im praktischen Alltag aber folgten sie einem postmaterialistischen Wertekanon, der sich gegenüber dem „Angriff des nationalen Kapitals“ auf die Gesamtgesellschaft – Selbstausbürgerung hin oder her – als blind erwies. So verwundert es denn auch nicht, daß eine der 80er Parolen wie „ES GIBT VIEL ZUTUN – NICHTSWIE WEG!“, in Anspielung auf einen Werbeslogan des Bundesverbands der Deutschen Industrie, die Nachhaltigkeit der damals einsetzenden Entwicklung unendlich selbstkarikierend zum Ausdruck bringt und die damals zentrale und provozierende Position des „sich Verweigerns“ ad absurdum führt – wer heute aussteigen will, bitte sehr, Du wirst eh nicht gebraucht, sieh zu wie Du klar kommst.

1990 bot dieses Bewegungsmuster zwar auf der einen Seite die Möglichkeit zur emanzipativen Selbstbehauptung und Selbstidentifikation angesichts einer schier unaufhaltsamen Wiedervereinigung und der von Selbsthaß geprägten Stimmung in der Noch-DDR; andererseits verbaute sie sich von vornherein den Weg zu einer auch nur ansatzweise breiteren gesellschaftlichen Bewegung auf Grundlage einer gemeinsamen Problemdefinition in der von sozialen Bewegungsmustern „unvorbelasteten“ DDR-Gesellschaft.

Ein thematischer Zusammenhang zwischen z.B. den gerade in Ostberlin massenhaft vollzogenen Hausbesetzungen und der weit verbreiteten Furcht vor den durch die Übernahme des westdeutschen kapitalistischen Gesellschaftsmodells entstehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen wurde ignoriert, bzw. zugunsten des eigenen Bewegungsprojekts zurückgestellt.

Diese Tendenz gilt für fast sämtliche, sich als emanzipativ verstehende Bewegungsansätze in Ost- und Westdeutschland seit 1990. Eine diffuse Protestbewegung, die sich angesichts epochaler Veränderungen auf identitäre und postmaterialistische Werte und Bewegungsmuster reduziert, war von vornherein marginalisiert und zum Scheitern verurteilt. Im Westen wurde allmählich realisiert, daß die Vereinigung nicht umsonst zu haben sei und im Osten waren die Anschlußversprechungen

der „blühenden Landschaften“ als nicht zutreffend erkannt worden. Vor diesem Hintergrund (hohe Arbeitslosigkeit, soziale Verunsicherung, Identitätsverlust, Orientierungslosigkeit, Ausschaltung ostdeutscher Akteure, Etablierung eines Billiglohn-Sektors auf dem Gebiet der ehemaligen DDR als mustergültiges Beispiel im Kampf um Standortfaktoren im globalen Wettbewerb) standen diese Bewegungsansätze abseits der gesellschaftlichen Realität.



Das von links bestehende Vakuum einer gemeinsamen, radikalen Formulierung real immer vorhandener „materieller Interessen“ und fehlende Interventionskonzepte konnten von rechts schnell gefüllt werden: so gelang es den Rechtsradikalen, das Thema Ausländer und Asyl mit den Problemen der Systemtransformation, des politisch-sozialen Umbruchs der deutschen Vereinigung zu verknüpfen. Viele Ostdeutsche unterstellten den seit Ende 1990 in den neuen Bundesländern untergebrachten Asylbewerbern pauschal kriminelle Absichten, bzw. ihre Versorgung ohne entsprechende Vorleistung wurde als Verletzung elementarer Gerechtigkeitsnormen empfunden. Die „Ausländer/Asylbewerber“ wurden somit als die Schuldigen an allen Notständen interpretiert. Damit konnte erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Rechte eine „soziale Frage“ aufgreifen, in der sie mit weiten Teilen der Bevölkerung übereinstimmte, die wie auch einige Politiker bereit waren, die nachfolgenden Ereignisse als „Auswüchse“ eines im Grunde berechtigten „sozialen Protests“ der Ostdeutschen zu sehen. Heute ist das rechtsradikale Lager der BRD, speziell auf dem Gebiet der früheren DDR, vom politisch isolierten Provokateur der Vorwendezeit zur „völkischen Avantgarde“ und einer Art „nationalem Volkstribun“ mit fester Verwurzelung in nicht unerheblichen Teilen der Gesellschaft avanciert.

Bereits im Jahre 1992 konstatierte der Bewegungsforscher Hans-Gerd Jaschke: „Wir haben es heute nicht mehr, wie noch bis in die 80er Jahre, mit einer politischen Subkultur von Außenseitern und Ewiggestrigen zu tun, die auf breite Ablehnung in der Mehrheitsgesellschaft stößt und in ihrem abgeschotteten politisch-sozialen Milieu verbleibt. Verschiedene Anzeichen deuten daraufhin, daß nach der Studentenbewegung ... und den neuen sozialen Bewegungen nun eine neue, von ihren Zielen gänzlich andersartige, nun von rechts kommende

Bewegung ihren Anfang nimmt“.

Exkurs: Was macht eine soziale Bewegung aus?

Unter einer *sozialen Bewegung* sind mobilisierte *Netzwerke* von Individuen, Gruppen und Organisationen zu verstehen, die mittels *Protest* grundlegenden *sozialen Wandel* herbeiführen oder verhindern wollen (ohne daß bloße Einstellungen oder kollektive Handlungspraktiken unter den Bewegungsbegriff fallen würden). Das klingt nach starkem Tobak. Allerdings stehen wir vor dem Problem, spätestens an dieser Stelle eine am aktuellen Diskussionsstand orientierte Definition von sozialer Bewegung vornehmen zu müssen, damit dieser nicht (un)willkürlich mit Subkultur oder „Szene“ gleichgesetzt und somit ins Beliebigere verwässert wird. Deshalb eine kurze, möglichst präzise Begriffsbeschreibung in drei Punkten:

1. Die Kategorie des *Netzwerks* setzt voraus, daß relativ enge kommunikative Zusammenhänge zwischen Gruppen und Organisationen als den kollektiven Bausteinen einer Bewegung bestehen. Die auf der untersten Ebene angesiedelten Elemente einer Bewegung können einen sehr unterschiedlichen Organisationsgrad aufweisen. Das Spektrum reicht von informellen Zirkeln bis hin zu straff geführten Parteien und Verbänden. Entscheidend bleibt jedoch, daß die Verknüpfung der Bewegungselemente auf den verschiedenen Ebenen niemals den Verbindlichkeitsgrad einer alle Gruppen der Bewegung verpflichtenden Organisation erreicht. Bewegungen haben Organisationen, aber sie sind keine Organisation.

2. Das Merkmal der *Protestbewegung* weist daraufhin, daß es sich bei Bewegungen nicht um rein ideologische Übereinstimmungen handelt, sondern daß eine zielorientierte Handlungspraxis vorliegen muß, in der eine massive

Unzufriedenheit mit bestimmten politischen Verhältnissen oder sozialen Gruppen zum Ausdruck gebracht wird. Proteste reichen von rhetorischen Bekundungen bis hin zu Gewalttaten. Die damit verbundenen argumentativen bzw. expressiven Darlegungen gegenüber Gegnern und/oder Publikum sind der lediglich äußerlich sichtbare Teil von Bewegungen, welche nach innen hin ein weitaus facettenreicheres Handlungsspektrum aufweisen.

3. Das Kriterium einer auf *sozialen Wandel* gerichteten Protestpraxis besagt, daß von einer Bewegung nur dann die Rede sein soll, wenn sie Grundfragen gesellschaftlicher und politischer Ordnung aufwirft. Definitorisch ausgeschlossen werden damit einzelne Protestaktivitäten, die sich lediglich auf singuläre Ereignisse beziehen (z.B. bestimmter Amtsträger/konkrete administrative Maßnahmen). Erst wenn derartige Aktivitäten einen Bestandteil wesentlich weitreichenderer Bestrebungen um sozialen und politischen Wandel darstellen und zudem mit anderen nach grundsätzlichem Wandel strebenden Kräften verknüpft sind, können solche thematisch sehr begrenzten Protest(kampagnen) einer Bewegung zugerechnet werden.

Gemäß dieser ideologisch neutralen Definition können wir dann von einer sozialen Bewegung sprechen, wenn die drei aufgezählten konstitutiven Elemente miteinander verknüpft sind und – ganz entscheidend – in der Protestmobilisierung zusammentreffen.

2. NSB in den Neunzigern: Rechtsradikalismus als neueste soziale Bewegung

Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich mit dem Zusammenbruch des Ostblocks der Kapitalismus nahezu grenzenlos ausgeweitet. Vor dem ideologischen Hintergrund der Globalisierungsdebatte und den damit verbundenen

Sachzwängen (Sicherung von Standortfaktoren usw.) sind weitreichende gesellschaftliche Umstrukturierungen durchgesetzt worden, die eine massive Umverteilung von unten nach oben, eine Verschärfung des allgemeinen Arbeitszwangs und eine drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen, gekoppelt mit einem Rückbau der Sozialstaatlichkeit zur Folge haben.

Vor diesem Hintergrund verschieben sich die gesellschaftlichen Konfliktlinien nicht mehr von materialistischen zu postmaterialistischen (=libertären) Werten. Die gesellschaftlichen Konfliktlinien der 90er sind eine Kombination aus der klassischen, eher ökonomisch-sozial geprägte Konfliktlinie (zwischen „Arbeit und Kapital“) mit der zwischen libertären und autoritären Wertorientierungen (Hierarchie, Paternalismus, wirtschaftliche Größe, Fremdenfeindlichkeit) als Folge des forcierten Modernisierungsprozesses.

Und das hat weitreichende Konsequenzen: nicht zufällig sind die neuen sozialen Bewegungen fast gänzlich verschwunden, hat sich das klassische, an postmaterialistischen Werten orientierte Bewegungsmuster nach der Zäsur

1989/90 als von der „neuen“ gesellschaftlichen Wirklichkeit des nationalen Wettbewerbsstaats überholt erwiesen. Soziale Bewegungen entstehen nicht aus dem Nichts, sie stürzen sich auf Realentwicklungen und spitzen sie zu. Die fortschreitende und sich verschärfende soziale und materielle Verelendung von immer mehr Menschen in der Metropole BRD ist heute gesellschaftliche Realität. Große Teile der Bevölkerung sind angesichts beschriebener Umstrukturierungsprozesse massiv verunsichert. Diese Verunsicherung spiegelt sich auch in Wahlergebnissen wider, wie wir sie in den letzten Jahren etwa in Großbritannien, Frankreich oder unlängst der BRD als Erfolge für sozialistische/sozialdemokratische/grüne Parteien erlebt haben. Freilich ohne daß dem Bedürfnis nach „sozialer Gerechtigkeit“, Wohlfahrtsstaatlichkeit

oder gar einer „gerechten Verteilung der Güter“ auch nur ansatzweise ein adäquates Reformprojekt dieser politischen Kräfte (sozusagen ein „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz“) gegenüberstünde.

Der sich vor diesem Hintergrund vollziehende Anbruch „neoklassischer“ sozialer Bewegungen

existierenden rechten sozialen Bewegung ist von Politik wie Wissenschaft lange Zeit nicht erkannt worden, oder – was noch schlimmer ist – er sollte nicht erkannt werden. Über Struktur und Entwicklung der rechtsradikalen Szene und ihrer Strukturen sind neben aktuellen Zeitschriften eine Reihe hervorragender Werke in den letzten Jahren entstanden, erwähnt seien



am Ausgang des 20. Jahrhunderts, also Bewegungen, die sich primär materialistisch positionieren, wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt eindeutig von rechts dominiert.

Dieser Bewegungszusammenhang der real-

nur die beiden Bände „Drahtzieher im braunen Netz“ von 1992 und 1996, die die Geschichte der Entstehung einer neofaschistischen Szene in der DDR und ihre Transformation zum internationalen Netzwerk detailliert beschreiben. Was dagegen so gut wie überhaupt nicht reflektiert

wird, ist auch hier die Bewegungsförmigkeit des aktuellen Rechtsradikalismus. Die Binnenstruktur der rechten Bewegung läßt sich grob in folgende Bestandteile gliedern:

- Rechtsradikale Parteien: vor allem die NPD mit ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) als integrative, legale Basisorganisation – die Partei versteht sich inzwischen auch explizit als (Teil der) Bewegung.

- Außerparlamentarische neofaschistische Organisationen und Netzwerke (v.a. autonome Kameradschaften aus dem Umfeld der verbotenen FAP, aber auch versch. Bildungs-Kultur- und Schulungsgemeinschaften bis hin zur „Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener“ (HNG) einer Art „Braunen Hilfe“).

- Neurechte intellektuelle Zirkel wie die Lesekreise der Jungen Freiheit oder Kreise nach dem Vorbild der Berliner Dienstagsrunde (hier saßen auch schon hohe Senatsmitarbeiter am Tisch).

- Rechtsradikale/neofaschistische Subkulturen wie z. B. *Hammerskins*.

Zentrale Themenschwerpunkte sind die Besetzung der „sozialen Frage“ von rechts im Sinne einer völkisch-antikapitalistischen Position (wie sie vom Strasserflügel der NSDAP vertreten wurde) gekoppelt mit dem Aspekt der Massenarbeitslosigkeit und „Ausländerthematik“. An Aktionshöhepunkten dieser Bewegung ist hier neben dem (vorläufig fehlgeschlagenen) Versuch, als Teil der Erwerbslosenproteste aufzutreten, ist hier vor allem der 1. Mai als „Tag der nationalen Arbeit“ („soziale Gerechtigkeit gibt es nicht ohne nationale Solidarität“) zu nennen (seit 1992 Demonstrationsversuche mit wenigen Hundert Teilnehmern in Ostberlin, 1998 mehrere tausend in Leipzig). Weitere Schwerpunkte sind geschichtsrevisionistische Kampagnen, wie die gegen die Wanderausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht („unsere Großväter sind keine Mörder“), die sog. „Anti-Antifa-

Arbeit“ – die Erstellung potentieller Todeslisten von „Volksfeinden“, die neben linken Personen und Projekten auch das bürgerliche und konservative Spektrum erfaßt sowie der Ausbau der rechten Infrastruktur unter technischen (verschiedene Infotelefone, Mailboxen oder z.B. das Computernetzwerk *Thule-Netz*), thematischen (diverse Diskussions- und Schulungszirkel, bzw. Publikationen), praktischen (Wehrsport/ Nahkampftechniken) und kulturellen Aspekten (Schaffung „national befreiter Zonen“, Ausbau von Treffpunkten wie Klubs, Diskos und Kneipen, „nationale Konzertveranstaltungen“, rechte Platten- und Klamottenläden usw).

Vielerorts besitzt die rechte Bewegung inzwischen die kulturelle Hegemonie und beeinflußt das Massen- und Alltagsbewußtsein der Bevölkerung nachhaltig. Was also will die Linke, d.h. speziell ihr Teilbereich Antifa, tun, um der galoppierenden rechten Bewegung noch Einhalt zu gebieten? Die aus den Ereignissen der letzten Wochen, Monate und Jahre erwachsene Dimension ist bedrohlich – wöchentlich durchgezogene Demonstrationen, Großkonzerte und Veranstaltungen mit oft mehreren tausend Teilnehmern sind inzwischen genauso Realität und Normalität wie „national befreite Zonen“, also bestimmte Straßenzüge, Wohnviertel, Dörfer oder Landstriche in denen die Rechte die kulturelle Hegemonie und die „Herrschaft der Straße“ besitzt. Jugendklubs und Diskos – nur für Rechte, „no-go-areas“ für alles was undeutsch erscheint – Andersdenkende fühlen sich allein gelassen, haben angesichts brauner Terrormethoden und kommunaler wie staatlicher Beschwichtigungs-, Verheimlichungs- oder offener rechter Protegierungspolitik längst resigniert und ihre Stimme verloren. Es wäre müßig und den Rahmen bei weitem sprengend, die vielen hundert Orte, die tausenden konkreten Einzelfälle und beteiligten Funktionsträger republikweit noch einmal aufzulisten. Lassen wir an dieser Stelle den Generalstaatsanwalt von Brandenburg sprechen, der im Dezember 1997

eine „Einheitsfront von stramm Konservativen bis zum autonomen Spektrum“ forderte, um dem (auch von Polizei und Staatsanwaltschaft) nicht mehr kontrollierbaren Phänomen dieser Gebiete noch Herr zu werden.

3. Antifastrategien vor dem Neubeginn

Vielleicht ist es für zukünftige Antifastrategien eine Erleichterung, die rechtsradikale Szene endlich als das zu begreifen, was sie nunmehr ist: eine soziale Bewegung mit allen daraus folgenden Konsequenzen, also auch der Tatsache, daß die bisherigen Mittel antifaschistischen Engagements sich vor diesem Hintergrund als stumpf erweisen.

Bereits aus der Definition sozialer Bewegungen dürfte deutlich geworden sein, welch komplexe Struktur eine zumindest halbwegs entwickelte soziale Bewegung ausmacht. Für die Unmöglichkeit, mit den in unseren Breitengraden üblichen, rein repressiven Mittel eine soziale Bewegung zu zerschlagen, gibt der Staat in seinem Kampf gegen verschiedene NSB der alten BRD unfreiwillig ein vorzügliches Lehrstück ab. Nehmen wir als Beispiele den Westberliner Häuserkampf von 1980-82 und den Kampf gegen die WAA-Wackersdorf 1985-88: In Wackersdorf prügeln 1985 SEK-Kommandos die Bauplatzbesetzung auseinander. Fast sämtliche Demonstrationen in den Jahren 1986/87 wurden von riesigen Polizei- und BGS-Aufgeboten brutal angegriffen, CS-Granaten aus Hubschraubern in die Menge gefeuert, tausende Menschen aus der Region Oberpfalz von Strafverfahren überzogen. Ergebnis: der Widerstand konnte weder isoliert noch gebrochen werden, der Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage wurde aufgegeben. Auch der auf dem Nährboden einer verfehlten (Kahlschlags-) Sanierung entstandene Westberliner Häuserkampf konnte durch reine Repression nicht zerschlagen werden. Trotz

der Inkaufnahme von Toten (Klaus Jürgen Rattay), über 5.000 Ermittlungsverfahren und brutalen Polizeiattacken, brachten erst taktische Zugeständnisse des Senats und die dadurch ausgelöste Spaltung der Bewegung in Verhandler und Nichtverhandler allmählich den erhofften Erfolg.

Da – wie bereits erwähnt – sozialen Bewegungen immer real vorhandene gesellschaftliche Konflikte zugrunde liegen, die diese erst zuspitzen, bedarf es zur erfolgreichen Bekämpfung eben nicht nur der „großen Keule“, die allzu leicht Ursache und Wirkung miteinander verwechselt, sondern der Isolation und Austrocknung. Das wiederum bedeutet, an den Wurzeln des „eigentlichen Problems“, das der Bewegung nämlich erst Auftrieb und Substanz verliehen hat, mit verschiedenen Mitteln zu sägen und durch eigene Argumentations- und Handlungsmuster nachhaltig zu schwächen.

Was hat nun dieses Beispiel mit Antifastrategien und dem rechten Bewegungsphänomen zu tun?

Die repressiven Mittel der antifaschistischen Gegenbewegung sind äußerst beschränkt. Es ist richtig und wichtig, rechtsradikale Strukturen und ihre Akteure physisch anzugreifen – und doch erscheint dies als ein Kampf gegen Windmühlen. Keine der diversen Großdemonstrationen dieses Jahres konnte ernsthaft verhindert werden; die Nazis immer und überall von der Straße und aus ihren Stützpunkten zu prügeln ist 1998 nichts anderes als ein frommer Wunsch.

Nach 1992/93 ist es nicht gelungen, eine antirassistische und antifaschistische „Bürgerrechtsbewegung“ aufzubauen. Und nach wie vor orientiert sich antifaschistisches Engagement vordergründig an humanistischen Werten und appelliert primär an ein schlechtes bürgerliches Gewissen, anstatt eine ernsthafte, eigenständige emanzipativ-sozialrevolutionäre Perspektive, im Gegensatz zum nationalrevolutionären,

völkisch-antikapitalistischen Treiben der rechten Bewegung zu praktizieren.

Sinnbildliches Beispiel: AntifaschistInnen verlassen nach kurzer Zeit Proteste gegen Sozialabbau, weil sich dort gar keine Nazis gezeigt haben und sie scheinbar nicht von Sozialabbau betroffen sind. Der antifaschistische Recherche-dienst leistet beständig hervorragende Arbeit, durchleuchtet die gegnerischen Strukturen und erstellt aktuelle Lagebilder, tatsächlich profitiert jedoch eher der Verfassungsschutz von diesen Erkenntnissen, als daß sie praktische und strategische Konsequenzen für die eigene Bewegung haben.

Der bislang weitreichendste Versuch geht schließlich in die Richtung, gesamtgesellschaftliche Bündnisse aller fortschrittlichen Kräfte zu schmieden und den Rechtsradikalismus gesellschaftlich zu isolieren. In letzter Konsequenz bedeutet aber die bisherige Art der Herangehensweise, im Zusammenspiel von Politik, Medien und Wirtschaft in regelmäßigen Abständen durch Bündnisdemonstrationen und Lichterketten Humanismus, religiöse Toleranz und Multikulturalismus im multinationalen Standort Deutschland zu manifestieren, anstatt eben diese „Deutschland G.m.b.H.“ grundsätzlich in Frage zu stellen und Schritt für Schritt zu demontieren. Ob das reicht?

Vielleicht sollte sich die Antifa von der Funktion als „Freiwillige Feuerwehr“ unabhängiger machen und sich von der fixierten Rolle als (selbst-)marginalisierte Gegenbewegung endlich lösen. Erste wichtige Schritte in diese Richtung sind auf jeden Fall gesellschaftliche Bündnisse, wie sie etwa in Rostock und z.T. in Leipzig („Bündnis gegen Rechts“) geschlossen wurden. Mittelfristig bedeutet dies, integraler Bestandteil eines teillereichsübergreifenden linken Bewegungsansatzes zu werden. Dreh- und Angelpunkt wäre eine emanzipative, sozialre-

volutionär orientierte Strategie, die sich aus der Exklusivität des selbstbeschränkten Rahmens löst und mit allen fortschrittlichen Kräften an den sozialen Realitäten vor Ort ansetzt – sei es das Sozialamt, der Stadtteil, das Jugendzentrum oder alle sonstigen Schnittstellen gesellschaftlicher Konflikte. Die soziale Frage stellt sich für alle – auch für die Linke. Und für langfristig erfolgreiches antifaschistisches Engagement ganz besonders. Die sozialpsychologischen Deformierungen als Erklärung rechtsradikaler Einstellung werden sich so nicht lösen lassen, aber die Reduktion der rechten sozialen Bewegung zur politischen Subkultur wäre schon ein echter Erfolg.

Quellen:

Antifaschistisches Infoblatt, 12 Jahrgänge, Berlin.
Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1994): Eine soziale Bewegung von rechts? Entwicklung und Vernetzung einer rechten Szene in den neuen Bundesländern, in: *Forschungsjournal NSB* Heft 2.

Drahtzieher im braunen Netz (1992): Der Wiederaufbau der NSDAP, Berlin-Amsterdam.

Drahtzieher im braunen Netz (1996): Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich, Hamburg.

Geronimo (1992): Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, 3. Aufl. Berlin - Amsterdam.

Hirsch, Joachim (1980): Der Sicherheitsstaat. Das Modell Deutschland, seine Krise und die Neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt a.M.

Jaschke, Hans-Gerd (1993): Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Über die Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte, in: Institut für Sozialforschung, Mitteilungen Heft 2.

Koopmans, Ruud/Rucht, Dieter (1996): Rechtsradikalismus als soziale Bewegung?, in: Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke, Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus: Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: PVS Sonderheft 27.

Raschke, Joachim (1988): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a.M.- New York.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern. Studie, Berlin.



„Die Lust ist da, auf jeden Fall“

Gespräch über offensiven Antifaschismus, Bündnisse und Erlebnispädagogik

Auch in der DDR gibt es seit den 80er Jahren eine aktive, wenn auch zahlenmäßig kleine antifaschistische Bewegung, die versucht, entstehenden faschistischen Strukturen direkt entgegenzutreten. Die Erfahrungen dieser Gruppen sind heute wichtig, wenn es um die Frage geht, wie erfolgreiche Antifaarbeit aussehen kann. Gilt es doch gerade in und aus für Ostdeutschland eine antifaschistische Perspektive zu entwickeln, die mehr will, als jedes Wochenende schneller zu sein als die NPD und andere Faschisten. Diese Diskussion kann nur von den aktiven Antifagruppen geführt werden. Deshalb haben wir uns entschlossen für dieses Heft ein Gespräch von verschiedenen Antifas zu dokumentieren. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen zur Entwicklung von Antifabewegung in Ostdeutschland, zu Perspektiven von Bündnissen und dem Verhältnis von offensivem Antifaschismus, Militanz und Organisation.

*Um einen regionalen und vielleicht auch inhaltlichen Querschnitt des offensiven antifaschistischen Spektrums in Ostdeutschland zu erfassen haben wir Aktivisten und Aktivistinnen aus **Cottbus**, **Erfurt** und*

***Rostock** eingeladen. Das Gespräch fand am 10.10.1998 in Berlin statt.*

telegraph: *Wie hat sich die direkte Auseinandersetzung mit Nazis bei euch entwickelt, ist das eine aufgezwungene Sache oder eine strategische Entscheidung gewesen, die man angefangen hat, weil man es sinnvoll fand?*

Erfurt: Der Höhepunkt der direkten Auseinandersetzung, also auch der Auseinandersetzung mit körperlicher Gewalt, lag Anfang der 90er Jahre – also '90 bis '93, und ich denke, daß die Auseinandersetzung eher aufgezwungen war. Sie ist nicht strategisch diskutiert worden, sondern sie hat sich daraus ergeben, daß die Nazis uns, also das autonome Zentrum, angegriffen haben. Wir mußten uns einfach aus diesem Zentrum heraus wehren. Das hat dazu geführt, daß in den Jahren bis '93 die Situation auf der Straße ziemlich eskaliert ist, es hat fast keinen Tag



gegeben, an dem es nicht zu Zusammenstößen auf der Straße gekommen ist. Die sind damals von beiden Seiten sehr offensiv geführt worden und haben sich, glaube ich auch gegenseitig hochgeschaukelt. Höhepunkte waren ein Angriff von 150 -200 Skinheads auf das AJZ, wo die Polizei in einer Seitenstraße stand und zugeschaut hat. Das war am 9. November 1990. Und dann noch zwei scharfe Schüsse aus einer Pistole auf dieses AJZ Anfang 1991. Es hat dann 1993 ein „Rock gegen Links“ gegeben, von Nazis in einem städtischen Jugendzentrum und dieser „Rock gegen Links“ sollte von etwa 200 Leuten angegriffen werden. Das waren vor allem Punks, aber auch Antifas und das ist nur ganz knapp von den Bullen verhindert worden – es ist also nicht zu einer offenen Feldschlacht gekommen.

Es hat später ein massives Agieren der Polizei gegeben, auch gegen Nazis auf der Straße. Das heißt, es sind Personenkontrollen durchgeführt worden, gegen Skinheadbands, die in städtischen Jugendräumen geprobt haben, hat es Razzien gegeben. Ich denke, diese doppelte Repression (von uns und den staatlichen Organen) ist der eine Faktor dafür, daß dann die Nazigewalt zurückgegangen ist und das andere ist, daß die Antifa auch zunehmend mehr in Bündnissen agiert hat und das auch öffentlich gemacht hat. Es hat einen „Monitor“-Bericht gegeben über die Nazigewalt in Erfurt und das hat ziemlich für Aufregung gesorgt in der Stadt, damals. Ab 1993 ist das dann alles aber wesentlich ruhiger geworden.

Cottbus: Ich kann, zu dem was 1990 bis '92 passiert, nicht soviel sagen, aber ein autonomes Zentrum gab es nicht zu dieser Zeit. Es gab eine Kneipe und einen Konzertveranstalter, die ein linkes Publikum angezogen haben und von wo aus auch die ersten Auseinandersetzungen losgingen. Inwieweit diese Auseinandersetzungen aufgezwungen waren oder nicht, weiß

ich nicht, aber es ging natürlich darum, daß die Leute keinen Bock darauf hatten, daß die Nazis den Innenstadtbereich kontrollieren, also haben sie sich gewehrt. Das war dann erstmal auch ziemlich erfolgreich.

Es gab später mehrere besetzte Häuser oder Versuche Häuser zu besetzen, die dann auch von den Nazis angegriffen wurden, wobei sie allerdings wenig Erfolg hatten. Es waren ja auch wirklich sehr viele Leute, die angefangen haben sich zu wehren und die Innenstadt von den Nazis freizuhalten. Und irgendwann war es in der Innenstadt auch wirklich ruhig, was Nazis angeht. Man konnte sich da ohne Probleme bewegen. In den Außenbezirken hingegen sah es für viele Leute finster aus, da gab es riesige Probleme.

Nachdem es die Probleme in der Innenstadt nicht mehr gab, haben sich viele Leute zurückgezogen. Ein paar Leute haben dann 1994/95 einen Verein gegründet und machen kontinuierlich Infoladenarbeit. Eine Weile ist es dann sehr ruhig gewesen, doch seit dem letzten Jahr ist es wieder so, daß es eine Faschokneipe gibt, die sich nur hundert Meter neben einem linken Projekt befindet. Dadurch ist uns eine neuerliche Auseinandersetzung aufgezwungen worden. Das heißt, im letzten Jahr gab es für uns relativ überraschend sehr massive Auseinandersetzungen – dabei traten die Faschos als Organisation in der Stadt überhaupt nicht auf. Es gab dieses Jahr einen Infostand der NPD, aber der ist auch nur gelaufen, weil Leute von denen aus Berlin da waren. Trotzdem hatten wir im Sommer ein richtig akutes Naziproblem auf der Straße.

telegraph: *Und wie hat sich das in Rostock entwickelt?*

Rostock: In Rostock gab es ja schon ab 1988/89 die ersten besetzten Häuser und dann

später den oder das JAZ, gegründet von Leuten die auch aus dieser Szene kamen – also Schwarzwohner. Es gab dann auch bei uns ab 1990 eine Steigerung von Auseinandersetzungen. Vor allem in der Innenstadt, Höhepunkt war aber ganz klar 1992, das Pogrom in Lichtenhagen.

Die Auseinandersetzungen der Rostocker Antifas mit den Nazis war in der Zeit nach Lichtenhagen ziemlich heftig, weil die Nazis durch das Pogrom starken Aufwind bekommen hatten. Es gab wöchentlich ein bis zwei versuchte Angriffe auf das JAZ. Nachdem aber auch die Bullen das immer sehr schnell mitbekommen und die Faschos ziemlich früh abgefangen haben, hatten die dann auch kein Bock mehr. Das hat sich dann bei denen totgelaufen. Das war also kein Erfolg für die Antifa, die in dem Moment doch eher stark in der Verteidigungsposition war. Die meisten waren doch darauf bedacht, das JAZ zu schützen. Später wurde das aber offensiver, vor allem in der Innenstadt. Da ist es gelungen, daß dort kaum bis gar keine Nazis mehr auftauchten. Das war dann auch lange Zeit der Stand.

Ab 1993/94 fingen Diskussionen über die Militanz an, über Sinn oder Unsinn dieser Geschichte. Daraufhin hat sich eine ziemlich große Gruppe, die dafür gesorgt hat, daß die Innenstadt nazifrei war, fast vollständig ins Private und in alles Mögliche zurückgezogen. Dann kam dazu, daß das JAZ ein halbes bis dreiviertel Jahr wegen baulicher Veränderungen dicht war. Ohne zentralen Treffpunkt kam so die Antifa- und auch die kulturelle Arbeit fast vollständig zum Erliegen. Es gab aber in dieser Zeit auch kaum Auseinandersetzungen mit den Nazis. Irgendwann gab es zwar noch eine „Anti-Antifa-Woche“ von der wir ziemlich viel zu spüren bekommen haben. Da waren die Faschos auf dem Weihnachtsmarkt und haben gnadenlos alles was anders aussah gejagt. Ansonsten war es von deren Seite aber wirklich

ruhig. Auch aus den Jugendzentren in der Stadt hat man eigentlich nie gehört, daß es dort Streß mit Nazis gegeben hätte, oder daß sie sich dort irgendwo festgesetzt hätten. Die Älteren sind einfach ein bißchen familiärer geworden und von den jüngeren Nazis ist, was Gewalt anbelangt, nicht mehr viel gekommen. Die Folgen dieser äußerlichen Ruhe bekommen wir jetzt zu spüren, denn an den Schulen gab es natürlich immer noch jede Menge Nazis, nur daß wir es da nicht mehr so mitbekommen haben.

telegraph: *In allen Städten gab es also nach 1990 sehr direkte Konfrontationen mit Nazis, die dann irgendwann abflauten. Und in allen Städten haben sich die Aktiven dann anderen Dingen zugewandt. So weit ähneln sich die Berichte, aber was waren denn das für Diskussionen in Rostock, die ganze Gruppen zum Aussteigen brachten?*

Rostock: Bei dieser Diskussion war es so, daß leider solche Sachen kamen, wie „ich laß mir doch nicht für andere Leute auf den Kopfhauen und muß mich danach auch noch dafür rechtfertigen!“, das heißt, Leute aus dieser Gruppe hatten keine Lust sich dafür zu rechtfertigen, warum sie losziehen und die Nazis aus der Innenstadt vertreiben. Sie sind dafür auch mehr als einmal ziemlich hart kritisiert worden, mit dem Argument, daß diese körperliche Auseinandersetzung nicht sein muß. Da haben sie sich dann gesagt „wir müssen das nicht machen, wir machen das ja nicht für uns und wenn euch das nicht gefällt, dann stop.“ Und dann haben sie sich zurückgezogen und haben aber auch nicht danach gesucht, wie man Antifa-Arbeit mit anderen Mitteln weitermachen kann.

telegraph: *Den Luxus über Militanz zu reden hat es in Rostock offensichtlich erst gegeben, als die Innenstadt „nazifrei“ war. Was würdet ihr sagen, wie erfolgreich war euer offensives Agieren, also das Angreifen von Nazistrukturen in den anderen Städten?*

Erfurt: Also ich würde erstmal nicht von „euch“ sprechen und ich würde nicht von „Nazistrukturen“ sprechen.

Wenn das „euch“ gerichtet ist, auf so eine kleine Gruppe von Leuten die sich ganz bewußt mit Nazis geprügelt haben, weil sie das auch wollten, dann stimmt „euch“. Aber nicht für diejenigen, die sich ganz allgemein mit Nazis auseinandersetzen mußten, das waren unheimlich viele Leute, die mit „Antifa“ überhaupt nichts zu tun hatten, sondern die mußten sich einfach wehren.

Von „Nazistrukturen“ würde ich auch so nicht reden, weil Zentren/Kader von denen überhaupt nicht explizit angegriffen worden sind. Die befanden sich unter denen, die da auf der Straße agiert haben und die vielleicht auch mal etwas abgekriegt haben, aber das war kein organisiertes und konzentriertes Agieren.

Trotzdem denke ich, daß „sich wehren“ und den Nazis zeigen, daß, wenn sie die Zentren angreifen, sie mit Verteidigung zu rechnen haben, dazu geführt hat, daß die Zentren weiterbestehen konnten. Ich würde aber nicht sagen, daß die Nazis eingeschüchtert waren. Dafür haben sie zu schnell nach den gescheiterten Angriffen weiter agiert. Richtig Ruhe hat es in Erfurt eigentlich nie gegeben.

telegraph: Du beschreibst immer wieder das „Zentrum“ als ein Teil von antifaschistischer Aktivität und daneben diese aufgezwungenen Auseinandersetzungen. Was sollte in dem „Zentrum“ eigentlich passieren und waren die militanten Kämpfe in der Stadt, Anfang der 90er, die dann ja weg gebrochen sind, nicht euer Faustpfand dafür, daß die Stadt euch als Ansprechpartner überhaupt ernst genommen hat?

Erfurt: Diese Auseinandersetzungen sind nicht „weg gebrochen“. Das klingt so nach „die Qualität war nicht mehr da“. Die sind einfach

ausgelaufen. Die Kämpfe um die Zentren und besetzten Häuser, die von den Nazis angegriffen wurden, haben immer eine negative Rolle bei den Verhandlungen mit der Stadt gespielt. Die Gewalt war immer ein Argument für die Vermieter – also meistens der Stadt – zu sagen, da sind Unruheherde da. Also ein Faustpfand im umgekehrten Sinne – wir mußten immer wieder beweisen, daß man mit uns überhaupt Mietverträge eingehen kann, obwohl es diese Auseinandersetzungen mit den Nazis gibt.

telegraph: Seit Faschos immer mal wieder auf's Maul bekommen haben, gab es da auch im Hinblick auf die Antifa eine Repression und wenn ja, was hatte die für eine Wirkung?

Erfurt: Also es hat 1990 die erste Räumung eines Hauses gegeben, noch in der DDR. Da hat ein SEK ein Haus geräumt, kein Zentrum oder sowas, sondern eine einfache Wohnung die es in einem leerstehenden Haus gab. Aber das hatte nicht direkt mit Antifa zu tun. Daneben gab es natürlich immer wieder low-level-Repression, also Personalienkontrollen oder mal eine kleine Razzia, also nichts von Bedeutung. Es hat keine nennenswerte Repression gegen die Antifa gegeben. Im Gegenteil: 1991 wurde eine Demo mit 1000 Leuten durch Jena gemacht – das war die erste autonom organisierte Antifademo – wo ein Block von 600 Leuten „RAF-RAF“-skandierend durch Jena gezogen ist. Das war nach dem Rohwedder-Attentat und die Bullen hat das überhaupt nicht interessiert.

Cottbus: So was „Großes“ haben wir nie auf die Beine gestellt, aber Repression gab es auch nie so richtig. Es gab und gibt zwar immer mal wieder Versuche dazu, bis jetzt aber eigentlich ohne größere Auswirkungen, zumal die Betroffenen immer ganz gut wieder aus solchen Situationen raus gekommen sind. Im Herbst '95 gab es zum Beispiel einen Prozeß gegen 7 Antifas wegen einer Aktion am 20. April '94 –

das sah erstmal ziemlich heftig aus, zumal die Bullen totalen Streß gemacht haben. Da es bei denen aber auch viele Pannen gab, sind alle okay wieder da raus gekommen

telegraph: *Haben sich die Erfahrungen, daß die Nazis relativ einfach und mit einem offensichtlich berechenbarem Repressionsrisiko aus der Innenstadt vertrieben werden können, darauf ausgewirkt, wie über Antifa-Arbeit diskutiert wurde? Gab es Überlegungen, das in kleinere Städte zu exportieren, oder war von Anfang an klar, daß ihr etwas anderes machen wolltet?*

Cottbus: Wir wollten klar etwas anderes machen. Aber inzwischen sind es hauptsächlich jüngere Leute, die jetzt diese Auseinandersetzung um und in der Innenstadt haben. Aufgrund der Tatsache, daß sie viele sind, gehen sie immer noch davon aus, daß diese Auseinandersetzungen eine Lösung des Problems sind. Uns, den Älteren geht das nicht mehr so. Gerade durch die Vernetzungstreffen mit den kleineren Städten versuchen wir, Leuten in Streßsituationen zu helfen, durch Info's, aber auch indem wir Probleme und verschiedene Herangehensweisen diskutieren und Lösungen suchen. Wichtig sind diese Treffen, weil in manchen Städten nur Einzelpersonen aktiv sind. Insofern ist das Vernetzungstreffen auch eher eine feste Gruppe als ein Bündnis, wo verschiedene Vertreter von Irgendwas zusammensitzen.

telegraph: *Es ging ja jetzt hauptsächlich um die Innenstädte, die Cottbusser haben inzwischen ein Vernetzungstreffen mit den umliegenden Kleinstädten organisiert. Wie sah und sieht die Situation mit Nazis im „flachen Land“ denn sonst so aus?*

Rostock: Bei uns – also da wo ich herkomme – ging es ein bißchen später los. Etwa 1992 waren wir in so einer Kreisstadt in der Nähe von Schwerin 5-8 Leute, die nicht auf diesen Nazi-Mainstream abgefahren sind. Anfangs

hatten wir als Punks relativ wenig Probleme, da sich auch alle aus der Schule kannten, man hat sich auf der Straße noch abgegrüßt. Das haben wir natürlich nur gemacht, weil wir Schiß hatten. Der Großteil der Jugendlichen waren Nazis/Skinheads und Ende 92 kamen dann die Westnazis, zum Beispiel aus Hamburg, und haben angefangen, diesen Haufen zu organisieren. Die haben dann zum Beispiel einen Überfall auf ein Asylbewerberheim gestartet und haben angefangen, die richtig gegen uns aufzuhetzen. Danach ging es dann böse ab in der Stadt. Wir haben ständig auf die Fresse gekriegt. Vor allem aber hatten wir keinen Treffpunkt, es gab ein paar Privatwohnungen oder wir saßen draußen. Dann hat der Kreis, der dann später auch die Antifa war, gesagt: „Da muß sich etwas ändern. Wir brauchen Räume. Wir brauchen ein Haus.“ Zuerst wurde es auf der Schiene Stadt und Bürgermeister versucht. Von denen wurde immer auf die zwei bereits bestehenden Jugendklubs verwiesen. Da gab es einen richtig betreuten, und dann gab es noch einen, in dem nur Nazis waren, wo also ein Jugendarbeiter rumstand, um den Nazis Kaffee zu kochen. Die Stadt hat also gesagt, da gibt es doch zwei Klubs, also geht dahin. Das war für uns natürlich völlig unmöglich. Daraufhin haben wir dann beschlossen, daß es wohl nur über die Schiene geht, daß wir Streß machen in der Stadt. Dann haben wir uns ein paar Leute von außerhalb geholt und haben angefangen die Konfrontation mit den Nazis in der Stadt zu suchen. Das hat dann auch dazu geführt, daß wir ein Haus bekommen haben. Da ist dann aufgegangen, was wir uns überlegt hatten, daß nämlich die ganzen Kids, von denen wir das niemals gedacht hätten, zu uns kamen. Die hatten auch keinen Bock auf die Nazis.

Wir haben uns dann der JRE („Jugend gegen Rassismus in Europa“) angeschlossen, um uns irgendwo mehr einzubinden. *(Mußte es den ausgerechnet diese Sekte sein?; der Sätzer)* Dann

war das Arbeiten wirklich möglich – wir haben sogar eine Demo gemacht. Irgendwann nahm die Konfrontation mit den Nazis wieder zu. Die haben uns wirklich permanent angegriffen. Wir haben dann ganz massiv Leute von außerhalb geholt, die auch ein bißchen älter waren als wir. Dann gab es jedes Wochenende krasse Auseinandersetzungen, zum Teil Straßenschlachten. Aber es hat irgendwie dazu geführt, daß man uns in Ruhe gelassen hat. Die Nazis haben dann gemerkt, daß es ihnen nichts bringt, daß sie gleich nachdem sie uns angegriffen haben, wieder auf die Fresse kriegen. Erst dann hatten wir ein bißchen Ruhe, um antifaschistische, kulturelle Arbeit zu machen. Es ist seitdem in dieser Gegend wirklich ruhiger geworden.

Anfangs lief kulturell ja wirklich nichts. Da war es nur so, daß es da Räume gab, die man benutzen konnte, ohne daß die Nazis da waren.

Das war für viele Jugendlichen wichtig, weil sie einfach keinen Bock auf diese Nazis hatten, und darauf, was die den ganzen Tag machen. Sie hatten dann eine Alternative, und später haben sie gemerkt, daß es cool ist, dahinzugehen, weil sie da sicher sind. Wir können da machen, was wir wollen und da sind Leute, die uns beschützen und mit denen zusammen können wir sogar mal hingehen und den Nazis zeigen, wer wir sind. Als wir dann angefangen haben, Konzerte und Diskussionen zu machen, oder Filme zu zeigen, da wurden es dann immer mehr Leute. **telegraph:** *Die Auseinandersetzungen waren eigentlich in allen Städten Verteidigungskämpfe. Ist Antifa immer nur dann stark, wenn es eine Bedrohung durch die Nazis gibt?*

Erfurt: Es war auch bei uns nicht so, daß es da nur eine Konfrontation gab, daß also die Nazis kommen und wir uns wehren, sondern



aus diesen Zentren heraus ist man initiativ geworden. Ein Beispiel dafür war der Versuch der DVU, sich in Thüringen zu etablieren, mit einem Besuch von Gerhard Frey. Da ist aus dem damaligen Zentrum demonstriert worden, gegen diesen Versuch der DVU und da waren relativ schnell viele Leute da. Das war ein bestimmter Höhepunkt, auch an zielgerichteten Aktionen. Einem Bus, der die Leute zu dem Parteitag bringen sollte, ist die Luft ausgegangen, der Mercedes von Dr. Frey ist vor dem Veranstaltungsort verschrottet worden. Das waren aber nur Teilaspekte von einem Leben in den Zentren.

89/90 hat es die Besetzungen von einer leerstehenden Fabrik für ein autonomes Jugendzentrum gegeben – das hat es bis 90 gegeben. Dann fand ein Umzug statt, das war damals noch in der Innenstadt. Dann kamen die Räumungsdrohungen und eine eigene Dynamik hat sich entwickelt...

Später hat sich aus einem Bündnis zum Thema Antifa ein ganz breites Bündnis für ein Projekt entwickelt. Es wurde irgendwann ein Haus für ein neues Zentrum besetzt und die Besetzung ist von Parteien und von Gewerkschaften unterstützt worden, weil gesagt worden ist: „die Stadt hat einen Ratsbeschluss – Räume zu Verfügung zu stellen. Sie kommt dem nicht nach, also unterstützen wir die Besetzung der Jugendlichen als legitime Form“. Da hat sich in aller Deutlichkeit gezeigt, daß es in der Stadt Gruppen gibt, die bereit sind, unsere Geschichten mitzutragen, in einem Maße, daß bis dahin nicht für möglich gehalten wurde.

Dieses Bündnis war 1991 für einen antirassistischen Ratschlag entstanden. Da haben sich damals Gewerkschaften, also DGB, HBV, Bildungswerk, Antifas, VVN, BDA und PDS zusammengesetzt. Mittlerweile sind dann auch die Grünen dazugekommen. Das ist ein kontinuierliches Bündnis, was sich 1997 den Namen LAG (Landesarbeitsgemeinschaft) antifa/

antira gegeben hat, und aus dem heraus der Ratschlag vorbereitet wird, aus dem sich aber auch zu anderen Dingen verhalten wird. Zum Beispiel wäre die Antifademo in Saalfeld ohne dieses Bündnis nicht in dieser Form zustande gekommen.

Cottbus: In Cottbus ist es völlig anders gelaufen – so eine Kontinuität hat sich nie entwickelt. Am Anfang, als es diese Bedrohung gab, waren sehr viele Leute zusammen gekommen und als es sie dann nicht mehr gab, ist das in der Form auch kaputt gegangen. Übriggeblieben sind der Verein und die Räume und einige wenige Leute, die versucht haben, etwas anderes zu machen. Es gab dann sehr viele Diskussionen, aber die waren anders. Es gab Leute die diesen Verein gemacht haben und das war eher so ein Laberkreis, und es gab die, die sich als Antifa bezeichneten. Von denen wurde der Verein und auch der Versuch eine andere Antifa-Arbeit zu machen überhaupt nicht akzeptiert. Es gab dann '96 einen ganz großen Bruch zwischen den Leuten. Der Teil der Leute, also eher der praktische Flügel, hat danach auch nicht mehr soviel gemacht, sondern ist auf Party und Sonstetwas. Wobei die Unterteilung in „praktischer“ Flügel, ja nicht genau stimmt, weil die Leute, die diese politische Arbeit machen ja auch praktisch sehr viel tun. Es gab den Infoladen, es gibt eine Zeitung, es gab mehrere Frauengruppen, Filme wurden gezeigt und Diskussionen gemacht und jetzt gibt es dieses Wohnprojekt, um von dieser Ebene wegzukommen auf der man sich trifft und sich politisch definiert und danach wieder nach Hause, in seine 2-Zimmerwohnung geht.

Rostock: Ich würde das ähnlich sehen. Bis zu dem Zeitpunkt, wo es mit den Bauarbeiten im JAZ losging, also dieser Bruch da war, gab es eine kontinuierliche Arbeit, es gab alle möglichen Infoveranstaltungen zu vielen Themen, z.B. Internationalismus, das ganze Spektrum. Dann war einfach zu und diese Bedrohung gab

es wirklich nicht mehr in dem Maße, daß es irgendwas zusammengehalten hätte. Dann war Party und Privatleben angesagt. Wenn da nicht zwei, drei Leute gewesen wären, die diese Arbeit fortgeführt hätten – die Kontakte mit der Stadt usw., weil es ja Gelder von der Stadt gibt – dann würde es das JAZ heute nicht mehr geben.

Danach, als es wieder aufgemacht hat, konnte man dann nicht einmal mehr den Kaffeebetrieb aufrechterhalten – so wenig Leute waren noch aktiv. Während es früher sieben Tage die Woche, rund um die Uhr geöffnet war, ist es heute so, daß das es nur noch vier oder fünf sind, die da seit der Wiedereröffnung wieder dazugekommen sind. Es ist hauptsächlich kulturelle Arbeit und wenig bis gar keine politische Arbeit mehr. Die ist dann erst wieder mit der Antifa gekommen, die sich neu oder überhaupt erstmal wieder vor 1 ½ Jahren organisiert hat. Obwohl es natürlich personelle Überschneidungen gibt, war das erstmal getrennt voneinander, das JAZ und die Antifa.

telegraph: *Erstens, wieso ist das so und zweitens, ist die Antifa alleine, also ohne ein Projekt im Hintergrund, nicht beschränkt – im Sinne eine fehlenden Stabilität?*

Rostock: Das eine ist natürlich diese Sache mit der schwindenden Bedrohung und dadurch haben viele Leute gesagt, wenn das nicht mehr notwendig ist, dann konzentriere ich mich mehr auf meine Sachen. Wir versuchen jetzt gerade diese Antifa einzubetten in ein Bündnis gegen Rechts, um von dort aus andere Leute zu erreichen, mehr Leute zu erreichen, andere – mit wirklich ganz anderen Geschichten ...

Anfänglich waren in dem Bündnis Leute von der Gewerkschaft und der Gewerkschaftsjugend, Einzelpersonen, der Stadtjugendring und die Antifa. Im Zuge der Vorbereitung auf den 19. September, also die geplante Abschluß-demon-

station der NPD vor den Bundestagswahlen, sind Unmengen von Leuten dazugekommen. Das geht bis zu diversen Wohnungsgenossenschaften, Firmen und PR-Agenturen, die diese Geschichte „bunt statt braun“ promotet haben, sich sogar die Rechte daran sichern lassen, also das hat wirklich Ausmaße angenommen, die wir nicht erwartet hatten. Das ist auch ein Punkt, wo wir jetzt im nachhinein stark diskutieren, ob dieses Bündnis was bringt. Es gab jetzt nachher ein zwei Treffen auf denen noch Leute aus der Bürgerschaft, die Antifa und der Ausländerbaufrakte übriggeblieben sind. Es gab am Anfang, als das Treffen noch relativ klein war, die Hoffnung, daß das Bündnis auch nach der Wahl weiter arbeitet. Da muß man jetzt aber erst mal sehen, wie das weitergeht.

Erfurt: Es ist natürlich die Last von jemandem, der das jetzt seit zehn Jahren macht, zu beobachten, wer macht Antifa, wer ist Antifa. Inzwischen sind es drei verschiedene Jahrgänge die jeweils angefangen und wieder aufgehört haben. Jetzt sind wir bei der vierten Generation. Interessanterweise auch bei uns wieder seit einem halben Jahr. Antifa hat da jetzt aber einen höheren Anspruch, sie organisiert und vernetzt sich. Aber bis zu diesem Zeitpunkt kann man sagen: Jugendliche gehen in diese Häuser, in diese Zentren, machen das Leben da mit und arbeiten vielleicht auch mit, aber nach maximal zwei, drei Jahren hört das wieder auf. Dann gehen sie entweder studieren, oder machen Zivildienst, gehen in eine andere Stadt, nehmen einen Job an und alles, was sie vorher gemacht haben, spielt keine Rolle mehr. Das wiederholt sich wirklich seit 1990 permanent. Wenn man das mit einer politischen Perspektive verknüpft, dann heißt das, daß wir eine viel geringere Reichweite haben als wir zumindest am Anfang immer gedacht haben. Wir machen Zentrumsarbeit um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich zu politisieren, einen eigenen Lebensweg, der politisch ist, zu entwickeln und dann stellen

wir fest, daß gerade das nicht passiert.

Neben den ganzen Fraktionierungen und Diskussionen, die es auch bei uns gegeben hat, kann man sagen, daß die Frage Bündnis und die Entscheidung für ein kontinuierlich arbeitendes Bündnis, nochmal zu einer Ausdifferenzierung dieser sowieso schon ziemlich kleinen Politszene geführt hat. Die einen haben gesagt „wir machen weiter Zentrumsarbeit“ – die machen mittlerweile gar nichts mehr, haben privatisiert, Esoterik, Drogen und dann ist ein kleiner Teil übrig – die „harte Politfraktion“ – der weiter in dem Bündnis arbeitet. Das geht auch persönlich dann weiter, in eine andere Richtung, die sind jetzt also bei PDS, Grünen und Gewerkschaften und machen da die Arbeit, die sie früher bei den Autonomen gemacht haben, auch durchaus mit den gleichen Inhalten, die sie also mitgebracht haben aus der autonomen Szene und unterscheiden sich darin

auch von dem, was sie in den neuen Vereinen umgibt. Aber sie haben mittlerweile entschieden, daß wenn sie weiter Politik machen wollen, in einem organisierten Rahmen, dann müssen sie sich eine Partei, eine Gewerkschaft oder einen Verein suchen.

telegraph: *Ihr habt jetzt fast alle von „Bündnissen“ gesprochen. Ist das nur so eine Mode, oder tatsächlich*

ein zumindest im Osten neuer Weg des Antifaschismus und vor allem - kann er erfolgreich sein?

Erfurt: Ich denke das Bündnisse ganz stark davon leben, wer die Einzelpersonen sind, die die Bündnispartner in den Treffen vertreten. Wenn diese Einzelpersonen eine linke oder sogar linksradikale Geschichte haben, gibt es eine viel größere Offenheit, eine größere Bereitschaft Sachen mitzutragen, als wenn sie es nicht sind.

Das ist gerade im Osten so. Und wir haben in dieser Beziehung auch einfach Glück gehabt in Erfurt, da ist nach wie vor sehr viel möglich. Zum Beispiel Saalfeld, wo es möglich war, daß die autonome Antifa und der DGB zusammen eine Demo machen. Das ist etwas Neues, für Thüringen, aber auch für den ganzen Osten. Es gab eine sehr starke Repression von der SPD, die ganz klar gesagt hat: „Gewerkschafter entscheidet euch

zwischen Antifa oder SPD, wir oder die Autonomen!“ Und der DGB in der Landesbezirkskonferenz entscheidet: „die Autonomen, die Antifademo“. Das wäre nicht möglich gewesen ohne eine gemeinsame, lange inhaltliche Arbeit im Rahmen dieser Ratschläge.

telegraph: *Gab es diese Effekte auch zu anderen von euch eingebrachten Themen die auf dem Ratschlag*



beraten wurden und dann von verschiedenen Seiten aufgegriffen wurden?

Erfurt: Zunächst war es das ganze Spektrum von Antifaschismus und Antirassismus. Dann sind natürlich Sachen wie die Solidarität mit der „radikal“, mit eingeflossen und in den allermeisten Fällen hat es dann eine Reaktion aus dem Bündnis gegeben. Aber zum Thema Castor z.B. wird natürlich an anderen Orten diskutiert, aber es ist klar, daß aus der Zusammenarbeit in der LAG Kontakte geknüpft worden sind, die sich an ganz vielen Orten in der Stadt und im Land auswirken. Wenn die PDS und die Grünen die Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung unterstützen, dann hat das auch etwas damit zu tun, das es in der LAG eine gute Zusammenarbeit gegeben hat.

Cottbus: Bei uns gab es im Zusammenhang mit den Arbeitslosenprotesten einen Runden Tisch gegen Sozialabbau, an dem sich unter anderem auch von uns die „Initiative gegen Sozialabbau“ beteiligt hat. Wir waren bei diesem Runden Tisch ein bißchen die Jungen, die viele gute Ideen haben. Das geht uns sehr oft in der Stadt so, daß man es ganz wunderbar findet, wie wir die Sachen so sehen und was wir machen, aber richtig ernst werden wir dabei nicht genommen. Das Ganze lief ungefähr

ein halbes Jahr. Am Anfang des Jahres ging es los, auch sehr erfolgreich und alle haben etwas dafür gemacht. Aber diese Treffen, die es gab, waren dann später nur noch Demovorbereitung – sehr technisch. Wir haben dann diese Demos personell und auch durch die Redebeiträge sehr stark bestimmt. Auf den Bündnistreffen aber hat es dann im Laufe der Zeit merkwürdige Diskussionen gegeben, inwieweit auf jeder Demo ein Politiker sprechen sollte, wo die

einen meinten, daß es nicht zu einer Wahlveranstaltung verkommen sollte, während andere es wichtig fanden, das es zu einer „politischen“ Auseinandersetzung kommt. Das waren die ersten Probleme, bei denen Leute von uns nicht mehr mitgemacht haben. Zum Ende gab es dann den Versuch, das ein bißchen umzuwandeln, in ein „Bündnis gegen Rechts“. Seit Frühjahr war klar, daß auch in Cottbus rechte Parteien zur Wahl antreten,

und das war vor allem der Versuch überhaupt etwas dagegen zu machen. Dann gab es mehrere schriftliche Beiträge zur Perspektive der Zusammenarbeit. Der DGB hat etwas geschrieben, der Arbeitslosenverband und wir. Es wurde dann versucht die verschiedenen Positionen zusammenzufassen, um sich auf etwas zu einigen. Da wurde es dann ganz merkwürdig zusammengeworfen und es ist nicht weitergegangen.



Als immer weniger Leute zu den Demos kamen, haben wir dann versucht etwas anderes zu machen. Es wurde also keine Demo, sondern so eine Art Fest zu diesem Arbeitslosenaktionstag gemacht. Da haben wir dann ein Fußballturnier organisiert, es gab Stände und Musik. Da hat sich aber kaum noch jemand von diesem Bündnis beteiligt. Das waren nur noch Leute vom Behindertenverband, von der „lila villa“ und von uns.

telegraph: *Werdet ihr bei Bündnissen in den anderen Städten auch darauf reduziert, die „Jungen“ zu sein, die in die praktische Vorbereitung mit einbezogen werden, oder gibt es auch Punkte, in denen das politische Wissen, vielleicht sogar Expertenwissen in den Bündnissen anerkannt sind?*

Rostock: In Rostock haben wir innerhalb des Bündnisses eine sehr gute Position. Die beiden, die von uns da drin waren, sind auch als Einzelpersonen – unabhängig davon, daß sie aus der Antifa, oder dem JAZ kommen – sehr gut angesehen in der Stadt und gelten als kompetent. Schon seit den Ereignissen '92 waren sie immer wieder Ansprechpartner für die Stadt, den Bürgermeister, die Polizei, wenn es um Antifa oder bestimmte Spannungen in der Stadt ging.

Die Idee und der Anspruch für das ganze Bündnis ist bei uns aus einer Diskussion entstanden, in der wir uns überlegt hatten, was eine Perspektive für Antifapolitik sein könnte. Irgendwann hatten wir mal gesagt, ein Ziel, was wir anstreben, ist einfach wieder so einen gemeinsamen Nenner gegen die Nazis in die Gesellschaft zu bringen. Das wird jetzt leider, wieder etwas weg diskutiert. Egal, was das erstmal bedeutet, daß irgend so eine Grundstimmung da ist, wie sie jetzt auch letztlich zum 19.9. in Rostock rüber gekommen ist: die gesamte Stadt hat den Naziaufmarsch abgelehnt. Das war das Ziel, mit dem wir in das Bündnis rein gegangen

sind, und wir denken auch, daß genau dieser Punkt das Ziel ist, was in solchen Bündnissen angestrebt werden kann – nach außen erstmal eine Ablehnung zu zeigen, und man die nach und nach, über innere Auseinandersetzungen mit Inhalten füllt. Dazu ist es wichtig in diesen Bündnissen drin zu stecken, als Bündnispartner voll akzeptiert zu werden, aber nicht, was viele Gruppen fordern, von vornherein zu sagen: „wir haben diese und jene linksradikalen Inhalte, und wollen die in das Bündnis reinbringen!“ So etwas ist unsinnig, es geht darum, ein Bündnis als gemeinsamen Prozeß zu begreifen.

Wir haben das Gefühl, wir überfordern in den Bündnissen viel zu oft die Leute, die mit einsteigen und dann ist es wirklich nur noch ein Bündnis aus Leuten, die sowieso schon eine linksradikale Einstellung haben – und damit isolieren wir uns. Ich denke, daß haben wir die letzten Jahre gemacht und jetzt müssen wir diese Bündnisse mit allen machen. Da muß man auch viel wegstecken können, denn da kommen ganz viele Leute, mit denen wir auch politisch Probleme haben. Das fängt ja schon bei der SPD an und in Rostock war letzten Endes sogar die CDU vom Bündnis sehr angetan. Da muß man sehr genau sehen, was sinnvoll ist und einschätzen können, wo der Spaß aufhört, richtig lustig zu sein. Aber zunächst mal ging es uns darum, diese Ablehnung den Nazis gegenüber aufzubauen.

telegraph: *Noch mal grundsätzlich zu Bündnissen. Sind das nur die Einzelpersonen die auf den Bündnistreffen sitzen oder geht es dabei tatsächlich um gesellschaftliche Stimmungen. Hattet ihr in Rostock beispielsweise das Gefühl, daß tatsächlich die Mehrheit der Leute gegen Nazis eingestellt ist?*

Rostock: Das Gefühl hatte ich. Es ist ja so, daß wenn irgendwelche Linksradikalen einen Artikel in der Zeitung bringen können, dann lesen die Leute das und wissen „naja, das sind die Linksradikalen...“, und lassen das nicht an

sich ´ran. In dem Bündnis saßen wirklich alle links von der CDU drin, und das hat vielen Leuten – jedenfalls was wir jetzt im nachhinein an persönlichen Gesprächen mitbekommen haben – den Anstoß gegeben sich damit auseinanderzusetzen und auf die Straße zu gehen. Das lag wirklich daran, daß das Spektrum derartig breit war. Es war für die Leute eine coole Sache, es war in Ordnung, es war nicht zuerst die Distanz zu uns „Chaoten“ da. Insofern haben wir auch das wesentlichste Ziel erreicht, daß nicht nur die auf die Straße gehen, die eh schon politisiert sind.

Erfurt: An dem Punkt unterscheidet sich das Bündnis in Rostock sicher von dem in Thüringen. Wir hatten eine einzige Situation, in der wir mit der CDU an einem Tisch gesessen haben und das war in der Zeit der Lichterketten. Da hatte der DGB zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen, in der es darum ging herauszukriegen, was man machen kann – Demonstration oder Lichterkette. Da hat sich ziemlich schnell an der inhaltlichen Diskussion gezeigt, daß es einen Dissens gab, zwischen der CDU und der SPD auf der einen, und Gewerkschaften, PDS und uns auf der anderen Seite. Das hat sich dann letztendlich darin ausgedrückt, daß die einen, nämlich wir, eine Demo gemacht haben und die anderen eben eine Lichterkette. Es ist uns also aufgrund unserer inhaltlichen Aussagen, im Rahmen einer Resolution zum Beispiel, wo es um weit mehr geht, als nur gegen Nazis zu sein, immer so gegangen, daß relativ schnell klar war, daß die CDU und die SPD nicht mit uns kann. Die Positionen, die wir vertreten sind klar humanistische, linke Positionen und so weit gehen die nie. Das ist auch gleichzeitig unser Erfolg, daß nämlich dieser Ratschlag und die Diskussionen, die es in Arbeitsgruppen und in Plena gegeben hat, dazu geführt haben, unseren gemeinsamen Nenner zu suchen. Und das war damals eine klare Position für den Artikel 16, 91/92 war das noch die Abschaffung des

Verfassungsschutzes und das ist immer noch Konsens. Aber da geht es um weit mehr, als nur darum, gegen Nazis zu sein.

Cottbus: Wir hatten zwar noch nie konkret die Situation, langfristig in einer Art „Bündnis gegen Rechts“ mitzuarbeiten, aber ich glaube, daß eher immer geguckt werden muß, was im einzelnen erreicht werden soll. Wir sind ja nicht so stark oder präsent, daß wir das Nazi-Problem lösen werden und wir sind auch nicht in der Lage, Nazi-Aufmärsche zu „verhindern“. Wo liegt auch der Sinn, eine Gruppe von 1.000 Leuten zu mobilisieren und dann von einem Ort zum nächsten zu fahren... Ich denke, daß so etwas nur Sinn macht, wenn Leute aus der betreffenden Stadt auch tatsächlich ein Problem haben und dem auf ihre Weise entgegenzutreten wollen. Und diesen vielleicht auch nur Einzelpersonen müßte dazu auch Gelegenheit gegeben werden – und dabei hilft eine reine Antifademo überhaupt nicht weiter.

Ich denke es muß viel stärker differenziert werden, bei dem, was man wie tut. Gerade bei Bündnissen muß geguckt werden, wie weit man selbst gehen kann für einen Konsens. Wenn in einem taktischen Moment die „politischen Gegensätze über Bord“ geworfen werden, heißt das doch noch lange nicht, sie grundsätzlich aufzugeben. Ich denke – und das fehlt mir oft eine bißchen – wir sollten wieder stärker in der Lage sein, verschiedene Wege zu probieren und zuzulassen, neue Ideen zu entwickeln, nicht nur darüber nachdenken: Bündnis ja oder nein, Militanz ja oder nein. Was wir brauchen, ist endlich wieder Phantasie, um unberechenbar und unvorhersehbar zu werden.

telegraph: Habe ich richtig heraus gehört, daß wir hier von zwei verschieden Typen von Bündnis reden? Einmal - wie in Rostock - soll eine breite Akzeptanz auf der Grundlage eines Minimalkonsens (gegen Nazis) hergestellt werden. Das Bündnis in Erfurt zielt

eher auf die Erarbeitung ganz konkreter inhaltlicher Positionen, die eine öffentliche Diskussion beeinflussen sollen - klappt das wirklich?

Erfurt: Genau an diesem Punkt, wo es um die Einzelpersonen aus der Gewerkschaft geht, oder sonstige, die mit dem Status „antirassistische Spinner“ in ihren Organisationen arbeiten, ist bei uns klar geworden, daß es keine Einzelpersonen mehr sind, sondern daß es Personen sind, die inzwischen eine Hegemonie haben. Das hat sich zum Beispiel bei der zweiten Demo in Saalfeld gezeigt. Die SPD hat ein klares Angebot gemacht: wir machen eine gemeinsame Aktion. Und die Gewerkschaften haben gesagt, ja, wir machen gerne eine gemeinsame Aktion mit euch, aber die mit denen wir das letzte Mal das Bündnis gemacht haben, die Demonstration, die ihr verboten habt, also die Autonomen, die machen mit – mit ihren Inhalten und mit ihren Aktionsformen. Da hat die SPD gesagt „nein danke, dann nicht“. Und die Teile der Gewerkschaften, die in den letzten Jahren lange Diskussionen mit den Autonomen und ihren Inhalten geführt haben, die haben sich durchgesetzt. Das heißt es sind nicht mehr nur Spinner, sondern mehrheitsfähige Positionen und eine mehrheitsfähige Politik innerhalb dieser Organisationen gewesen.

telegraph: *Du beschreibst jetzt einen institutionellen Effekt von Bündnissen, eine Diskussion, die über politische Schwerpunktsetzungen zu einem Konsens kommt. Kamen zu Euren Aktionen auch die ganz normalen, also nichtorganisierten Personen wie in Rostock, bringt so ein „politisches Bündnis“ auch eine Vermassung voran?*

Erfurt: Ich sehe im Moment gar nicht, daß das Rostocker Bündnis den breiteren Teil der Bevölkerung erreicht hat. Ich weiß nicht genau, wieviel Leute in Rostock demonstriert haben. In Saalfeld waren es bis 7000 Leute und ich glaube, das ist eine ähnliche Zahl wie in Rostock.

Das PDS-Klientel, was in Saalfeld auf die Straße gegangen ist, das sind für mich normale Leute. Das sind keine Leute die sowieso immer kommen, sondern da sind weitaus mehr hingekommen. Gleichzeitig ist es nicht der Mensch aus dem Ghetto, der ansonsten denkt: „das die Nazis die Ausländer totschiessen ist scheiße, aber abgeschoben werden, sollen sie doch!“ Die kommen nicht zu unserer Demo, und das ist auch richtig.

Das ist auch den Leuten mit den Lichterketten nicht gelungen. Das was die Lichterketten im Westen geschafft haben (ich will jetzt nicht die Diskussion über Zivilgesellschaft Ost/West anfangen), das ist in Erfurt definitiv nicht gelungen. Ihr Aufruf, Zeichen zu setzen im Fenster oder auch draußen, hat keine Wirkung gezeigt.

Rostock: Bei uns wurde und wird da noch sehr viel und sehr kontrovers diskutiert. Da gibt es zur Zeit auch keine einheitliche Meinung, über Sinn und Folgen des Bündnisses. Du hast wahrscheinlich recht, wenn du sagst, daß die Masse der Leute noch nicht mobilisiert wurde. Man muß allerdings danach sehen, wo die 6– 8000 Menschen in Saalfeld hergekommen sind, und wo sie in Rostock herkamen. Bei der Bündnisdemo waren es fast ausschließlich Rostocker oder Leute aus dem Umland, während die Leute von außerhalb – sprich die autonome Antifa – sich am Steintor getroffen haben. Aber es war natürlich trotzdem nur die Hälfte von dem was die Veranstalter erwartet haben. Von daher hatte ich nicht nur das Gefühl, daß es jetzt ganz Rostock gezeigt hätte.

Aber das ist natürlich Quatsch zu behaupten, die Stadt hatte sich mit dem Friedensfest usw. eingewaschen von der „Schande in Lichtenhagen“. Das war auch nur ein ganz kleiner Prozentsatz von den Leuten, die 1992 Beifall geklatscht haben und auch jetzt, zur Antifa-Demo Beifall geklatscht haben. Die meisten haben sich das, genau wie damals, aus dem Fenster angeguckt.

Zur Aufgabe der eigenen Positionen im Bündnis ist es auch wichtig, zu sagen, daß für uns die eigenen Ansprüche im Bündnis nicht im Vordergrund standen. Das erfordert natürlich enormes Fingerspitzengefühl, die Entscheidung, mit welcher Radikalität man im Bündnis auftritt. Am Anfang, als das Bündnis noch kleiner war, ist es Konsens gewesen: das Ziel ist die Verhinderung des Naziaufmarsches mit politischen, sowie auch allen anderen möglichen Aktionen. Im Laufe der Vorbereitung hat sich dieses Ziel auf den Anspruch ein Zeichen zu setzen, zurückgeschraubt. Persönlich bin ich der Meinung, daß das auch daran lag, daß wir nicht präsent genug waren. Es waren eben nur zwei Leute, die fit und anerkannt waren, die aber ein bißchen vorsichtig sein mußten, wenn sie an den Positionen im Bündnis arbeiten wollten und sollten, da sie ja an einer längerfristigen Arbeit interessiert waren und diese nicht gefährden

wollten. Da haben mehr Leute von uns gefehlt, die mit in dem Bündnis sitzen und unsere Position mit einbringen. Da hat ein bißchen der Wille und auch das Engagement gefehlt, weil viel drum herum los war, da gab es einfach auch personelle Grenzen. Daneben wurde viel zu wenig darüber diskutiert, was mit zivilem Ungehorsam erreichen kann, mit Sitzblockaden und so weiter, etwas zu verhindern. Da wurde am Anfang kurz drüber diskutiert und das wurde leider nicht weiter verfolgt.

Erfurt: Das ist für mich der Knackpunkt. Wenn es Naziaktionen gibt, steht immer die Frage im Raum, wo wir demonstrieren, da wo die Nazis sind oder an einem Platz, den wir bestimmen. Dran scheiden sich ganz oft die Geister in den Bündnissen. Da stehen dann in den allermeisten Fällen die autonomen Kräfte isoliert da und sagen „Wir sind da wo die Nazis sind, weil wir



konkret verhindern wollen“. Dieser Punkt ist einer der spannendsten überhaupt in Bündnissen – die Leute in den Bündnissen für eine Position zu gewinnen, die ziviler Ungehorsam heißen kann. Und wenn es darum geht, die Leute dafür zu begeistern, dann ist ganz klar, daß wir da nicht rein gehen und sagen können „den Nazis keinen Millimeter!“ Aber wo man sagen kann: Wir blockieren alle zusammen (wie in Passau) diese Halle, in der jedes Jahr die große Versammlung der DVU stattfindet und große Teile des Bündnisses, des bürgerlichen Lagers, gesagt haben „Wir wollen das verhindern! Wir behindern das mit einer Sitzblockade!“, dann ist das für mich Ausdruck dafür, was in Bündnissen möglich ist. Viel mehr kann man eben von den Gewerkschaften, der PDS und den meisten Grünen auch nicht erwarten. Finde ich auch akzeptabel, weil sie ein ganz anderes Spektrum vertreten, als wir. Die müssen sich an bestimmte Spielregeln halten.

Wo es nicht gelungen ist und das ist eine Diskussion wert, war der 1. Mai in Leipzig. Was da passiert ist, ist politisch eine Katastrophe. Daß es also rund um die Nazikundgebung zu Straßenschlachten kommt, daß das Bündnis irgendwo weitab eine Kundgebung macht und dann vereinzelt Leute dahingehen und sich rundherum die Autonomen mit der Polizei kleinere Geplänkel liefern. Ich fände das völlig legitim in dem Moment, wo gesagt wird „das Bündnis ist an einem Ort, an dem wir nicht sein wollen, wir versuchen die Nazis zu behindern“. Aber mit dem Bündnis – wenn man sich einmal darauf eingelassen hat – hätte versucht werden müssen zu klären, was an Aktionen möglich ist. Der Verzicht auf solche Auseinandersetzungen ist letztendlich der Verzicht auf politisches Agieren oder aber Zeugnis für ein absolut taktisches Verhältnis zu solcher Zusammenarbeit.

telegraph: Aber diese Ersatzbefriedigung ist doch ein generelles Problem, daß an Stelle der unmittelbaren

Auseinandersetzung - einem funktionalen Verhältnis zur Verhinderung von Naziveranstaltungen - dann Auseinandersetzungen mit der Polizei laufen. Das sagt ja auch viel über das Verhältnis zur Militanz, wenn man nicht bis zu den Nazis kommt, dann werden eben die Bullen genommen...

Erfurt: Das Problem liegt vorher, nämlich da, wo autonome Leute oder Gruppen, nicht bereit sind, sich mit Bündnissen so auseinanderzusetzen, daß man einen gemeinsamen Punkt findet. Das an dieser Frage der Gewalt einfach alles abgebrochen wird. Wenn aus dem Bündnis gesagt wird, wir wollen keine militanten Auseinandersetzungen, dann wird sich verabschiedet, anstatt danach zu suchen, was man gemeinsam an Aktionen im Bereich zivilen Ungehorsams machen kann.

telegraph: Dahinter steht doch ein völlig taktisches Verhältnis zu Bündnissen, es geht um ein ergebnisfixiertes Abwägen: „Wenn man sich in einem Bündnis soweit ideologisch zurücknimmt, mit einem riesigen Kraftaufwand zu allen Treffen geht und den ganzen Reformismus dort ertragen muß... und das Ergebnis sind sechstausend Leute, dann kann man doch auch sagen, schieß auf die Bündnissäule, wir sind stark genug, „Antifa heißt Angriff“, wir machen die Geschichten für uns alleine und wenn wir uns ein halbes Jahr vorbereiten, kriegen wir auch 6000 Leute zusammen, aber mit unseren Inhalten“. Das ist ja auch genau das, was gewisse Organisationen vielleicht vorziehen würden....

Erfurt: Was heißt denn von Inhalten verabschieden? Nach meinem Dafürhalten werden die militanten Teile in solchen Bündnissen sogar politisiert. Diese Szene, die wir auf den Demos, in Saalfeld oder Erfurt haben, ist nicht per se politisch, sondern eben ein lebenskultureller Abschnitt und die Selbstverständlichkeit des Ratschlages, bei dem es jedes Jahr mehr als zehn Arbeitsgruppen gibt, führt dahin, daß diese Szene aus der wir kommen, Diskussionen

führt, politisiert wird, also nicht nur in diese Institutionen hinein sondern vor allem in die Szene hinein.

Aber es kann natürlich Punkte geben, an denen die Politik von Bündnissen, nicht mehr unsere Politik sein kann. Wir hatten das bei der ersten Saalfeld Demo. Das Bündnis hat sich dafür entschieden, daß es wegen des Verbotes keine Demos geben soll. Das war eine Entscheidung, die führende Leute in dem Bündnis gefällt haben. Bis zu dem Tag, an dem das Verbot faktisch durch die Polizei durchgesetzt wurde. Dann haben Leute aus dem autonomen Spektrum entschieden, gut das mag Position des Bündnisses sein, wir versuchen trotzdem wo wir können Demos zu machen. Und das ist auch passiert. Das ist in Leipzig, in Jena und in Erfurt gemacht worden, gegen den Aufruf von Leuten aus dem Bündnis.

telegraph: *Woran liegt das? Brauchen jugendliche Antifarebellen immer ein militantes Abenteuer oder ist es die mangelnde Kommunikation zwischen den meist jüngeren „Praktikern“ und den gesetzteren Bündnisantifas?*

Erfurt: Das Konzept „haut die Nazis aus der Innenstadt“ hat es bei uns nicht gegeben. Kann sein, daß das in Berlin anders war und ist. Die Auseinandersetzungen waren nicht auf dem Niveau. Die jetzt aufgemachte Trennung kann man bei uns einfach nicht machen. Für mich ist es vielmehr eine Frage von Kontinuität. Diese hätte sich eigentlich in längerfristigen Strukturen wie Infoläden und Zentren niederschlagen müssen. Diese Zentren jedoch entstehen und gehen wieder – meistens scheitern sie an der Eigendynamik solcher Projekte und gehen an sich selber kaputt. Gleichzeitig sehen wir, daß die Bündnisse, bei uns also z.B. die Zeitung „Zonennachrichten“, was sehr viel ist, aber nicht ausreichen, Jugendliche zu politisieren. Diese Treffen bieten keine allgemeine Möglichkeiten für Jugendliche sich einzubringen.

Für Einzelne ist das eine Möglichkeit, aber nie für viele, also für alle die, die bei Aktionen und Demonstrationen gebraucht werden. Dafür müßte es weiterhin Zentren geben.

Dabei tritt für mich auch das Problem des Älterwerdens auf. Es ist klar, daß 28jährige nur noch sehr begrenzt mit 16jährigen kommunikationsfähig sind. Ich kann zwar in einem Seminar irgend etwas referieren, aber die Erfahrungen liegen doch weit auseinander. Bestimmte Aktionen mache ich nicht mehr und bestimmte Sachen, die ich machen will, macht ein 16jähriger nicht mit. In der Antifa-Arbeit müssen also Aktionen, Zentrumsarbeit, Bildungsarbeit, Bündnisgeschichten zusammenstehen. Die Frage ist nur „was gewährleistet darin die Kontinuität?“ – damit es nicht nur dieser kulturelle Lebensabschnitt, von 16–22 ist.

Da bieten sich natürlich diese Organisationen an, die nach meinem Geschmack einen sehr autoritären Stil der Politisierung von Jugendlichen fahren. Wir haben im Gegensatz dazu aber keine stabile Szene mehr. Die Erfahrungs- und Diskussionsorte sind nicht vorhanden. Das sind im positiven Sinne die Sachen, die Organisationen bieten müssen: die Möglichkeit sich über einen sehr langen Zeitraum zu betätigen, sich zu bilden, Positionen zu gewinnen. Das ist auch die Stärke der Organisationen. Ich sehe das mit den Organisationen vielleicht auch deshalb unverkrampfter, weil es sie bei uns nicht gibt.

telegraph: *Stellt sich da nicht die Frage nach einer Organisation oder einer Klammer, die diese drei Seiten Zentrum/Bündnis/Bildungsarbeit zusammenhält?*

Erfurt: Ich glaube, es sind die Einzelpersonen, die auch in Zukunft dafür sorgen werden, daß bestimmte Dinge möglich sind und andere verunmöglicht werden. Das es eine ähnliche Generation gibt – von 24 bis 28 – sage ich mal, die mittlerweile bei der PDS sind, oder beim

DGB. Das ist für mich die Klammer, die, zusammen mit den immer wieder neu entstehenden Grüppchen, Politik machen wird. Da werden Dinge ermöglicht, die so Anfang der 90er nicht möglich gewesen wären. Mittlerweile muß man also sehen, daß das nicht nur Leute sind, die sich anpassen, sondern daß die individuellen Wege und Erfahrungen bestimmte Dinge dann irgendwann ausschließen.

Das Problem bei den bestehenden Organisationen ist, daß sie sich an Mythen abarbeiten und sich an ihnen identifizieren, die wir dann mit dem schwarzen Block und „meine Hassi ist mir das wichtigste bei einer Demo“ wiederfinden.

telegraph: Gut, das sind die Leute, die zumindest kulturell in den 80ern stecken geblieben sind. Aber im Gegensatz zu Anfang der 90er, was ist denn notwendig, was ist möglich - und ist das eine zufriedenstellende Perspektive?

Erfurt: Zufriedenheit ist doch das Schlimmste, was revolutionärer Politik passieren kann.

Es ist mittlerweile möglich, daß Autonome zusammen mit dem DGB, und zwar per Beschlußlage desselben, demonstrieren können, in Bündnissen sitzen können, Zeitungen erstellen, es ist möglich für Projekte, zum Beispiel Hausbesetzungen, Unterstützung zu bekommen, so man das will. Es ist möglich, Anfragen zu stellen und zu bestimmen, ohne sich groß durchzuarbeiten und Vertrauen schaffen zu müssen - jahrelange Arbeit ist da die Basis. Es ist möglich, Finanzen zu bekommen und der mediale Rahmen, der dir geboten wird, wenn du aus einem Bündnis mit DGB, PDS und Grünen heraus Presseerklärungen machst, ist natürlich um einiges größer als wenn du es als Grüppchen machst.

Der gesellschaftliche Einfluß, der zu jetzigen Zeiten relativ begrenzt ist, ist in solchen Zusammenhängen einfach größer. Das gilt dann

auch absolut für andere Themen. Das alles heißt aber überhaupt nicht, daß wir eine Massenbasis haben, oder so.

telegraph: Heißt das, daß es um eine Professionalisierung der verschiedenen Einzelbereiche, also den Bereichen offensiver Antifaschismus, politische Arbeit oder Bündnisarbeit und in dem Bereich der kulturellen Arbeit/Bildungsarbeit geht?

Erfurt: Professionalisierung auf jeden Fall, aber die findet ihre Grenzen da, wo es um autonome Jugendarbeit geht. Das funktioniert nicht, sondern läßt sich offenbar nur mit einem autoritären Stil organisieren.

Rostock: Erstmal sehe ich das genauso. Das ist in Rostock wirklich genauso. Da ist sicher sehr viel mehr machbar, als jetzt an Einzelpersonen hängt. Die Jugendarbeit ist die Grenze. Organisationen gibt es nicht und wenn die kommen, hört man sich das an und schüttelt nur noch mit dem Kopf darüber, was die Leute sich so vorstellen. Das hat mit autonomer Politik nichts mehr zu tun. Ihre Stärke ist, daß sie viel Erlebnispädagogik machen, was jüngere Leute einfach zieht. Das ist auch nachvollziehbar. Also wenn ich mir meine Geschichte ansehe, na klar, Demos und bumm. Das war das, was am Anfang dazu geführt hat, daß ich öfter hingegangen bin und mich dann intensiver mit Sachen beschäftigt habe. Ich habe zwar immer eine antifaschistische Grundhaltung gehabt, weil ich so erzogen wurde - autoritärer Osten, ihr kennt das ja alle ... ne, aber - das war wichtig und da werden die Leute rangeholt, indem erst einmal was passiert. Da muß man dann ansetzen und fragen, wie bekommt man die Leute zum selber Handeln.

Erfurt: Nur wenn diese Leute anfangen, selber zu denken, also auch nach den Widersprüchen ihres eigenen Handelns sehen, oder des Handelns der Organisationen, wenn sie diesen Schritt machen, der für mich dazu gehört - also das

„Die Lust ist da, auf jeden Fall“

selber Denken nicht der Organisation überlassen – dann werden sie sich von der Organisation verabschieden...

Rostock:... und werden dann vielleicht oder hoffentlich richtig aktiv. Aber ein gewisser Prozentsatz ist dann für immer draußen. Organisationen verschleifen häufig auch, aber stimmt schon, wer übrig bleibt hat 'ne ganz gute Schule hinter sich.

telegraph: *Wäre jetzt also dem Erfurter Modell, Bündnis-Zentrum-Bildungsarbeit noch der Aspekt der Erlebnispädagogik - als Teil eines offensiven Antifaschismus - hinzu zu stellen?*

Erfurt: Das trifft nur irgendwann an individuelle Grenzen. Ich weiß nicht wie es euch geht, ob ihr auf so etwas noch Lust habt?

Rostock: Die Lust ist da, auf jeden Fall. Wo das aufhört ist, daß offensiver Antifaschismus für uns schon lange nicht mehr heißt, sich mit den Bullen zu prügeln. Und das war etwas in Rostock, um nochmal auf die NPD-Demo und das Bündnis zurück zu kommen, was wir absolut verhindern wollten. Wir wollten keinen Streß mit Bullen. Was natürlich nicht heißt, sie nicht mehr als Gegner zu sehen. Wir haben gesagt, daß es an solchen Tagen einfach völliger Blödsinn ist, Streß mit ihnen anzufangen – das war nicht das Ziel, sondern Ziel war es, die Nazikundgebung zu verhindern. Da muß man noch ein bißchen Arbeit

leisten, bei anderen Gruppen, die dann trotz Warnungen in Riesen-Bullensperren fahren, wo der Ärger vorprogrammiert ist. Da gibt es ganz offensichtlich keinen Blick mehr für das Ziel.

Erfurt: Ohne Bullensperren? Da reduziert ihr aber unzulässigerweise die Erlebnissqualität, wenn ihr das nicht wollt.

Rostock: Bei der Geschichte die ich jetzt angesprochen habe, geht es um Leute mit Erfahrung, in unserem Alter ... aber aus Westdeutschland! (Gelächter) ...ich hab's gesagt, jetzt ist es raus ... es ist wirklich so. Das sind so die Leute, die zu einer Demo noch, oder wieder, ganz in schwarz kommen und die einfach immer die Sixpacks (gemeint sind Polizeifahrzeuge, Anm. Red.) hintendran haben. Man kommt mit solchen Leuten einfach nie bis zu den Nazis.

telegraph: *Professionalisierung muß da also heißen, eben nicht so aufzutreten, sich nicht so zu bewegen, sondern etwas zielorientierter vorzugehen, was sicher nicht heißen muß, die Erlebnissqualität, wohl aber die Verhaftungsquote zu senken.*

Rostock: Was zu wünschen wäre.

Erfurt: Man könnte provokant sagen, daß wenn diese Leute jedesmal in die Bullensperren fahren und ich will es nicht allen von ihnen unterstellen, aber es scheint doch dazu zu gehören, zur Erlebnispädagogik.



Rostock: Für die vielleicht. Aber wenn wir außerhalb dieser Organisationen Jugendpolitik machen, dann denke ich, sollten wir das nicht so tun, daß wir die Leute verheizen. Vor allem wenn die erst das erste oder zweite mal mitkommen. Da muß man sich wirklich etwas anderes einfallen lassen. Das läuft dann auf eine gute Kombination aus Erlebnis und nicht zu vergessenden Zielen hinaus. Antifa darf nicht als die Wiederholung von bestimmten Mythen enden.

Und für mich ist das einfach nur ein Teil, weil ich sehe, daß in Rostock, vor allem durch diesen Bruch fast ein ganzes Jahr nichts passiert ist. Da gab es keinen Anlaufpunkt, wo vorher ein ganz normaler Prozeß war, um irgendwie dazuzukommen. Da waren Leute, die zum Teil organisiert waren, da gab es den Infoladen, das Café, da waren immer Ansprechpartner, da waren Jugendliche aus dem Ghetto (Neubausiedlungen Rostocks, Anm. Red.), aus den Schulen. Weil dort auch Kultur lief, sind die dahin gekommen, haben Kontakte geknüpft und sind dann zum Teil auch dabei geblieben. Nach diesem Bruch ist das nicht mehr passiert und das ist bis heute ziemlich schwierig. Da muß einfach auch inhaltlich gearbeitet werden. Man kann die nicht nur auf die Straße jagen, um Nazis zu verkloppen, immer mit der Gefahr, daß sie auch verhaftet werden können und das dann aushalten müssen.

telegraph: *Heißt Antifa dann nicht vor allem, eine neue sozialpolitische Basis unter den Jugendlichen zu entwickeln, damit die keine Nazis werden, oder gibt es noch darüber hinaus gehende gesellschaftliche Perspektiven?*

Rostock: Nein, die Jugendarbeit kann nur einer von mehreren Schwerpunkten sein, aber sie sollte es auch bewußt sein. Gerade in der Jugend ist aber auch das Potential an Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Veränderungen am größten.

Das ist natürlich sehr langfristig.

telegraph: *Werden diese Möglichkeiten da mit dem Thema Antifa überhaupt ausgeschöpft, oder ist Antifa einfach die beste Einstiegsdroge?*

Rostock: Weiß ich nicht, ob das auch mit anderen Sachen geht. Da muß man vielleicht sehen, daß die Bedrohung von den Nazis kam und kommt und da kann man erstmal nicht mit Lateinamerika kommen. Das sind Schritte die später sicher stattfinden, als Teil von einer politischen Arbeit. Das sind aber immer nur wenige, die über ein gewisses gegenkulturelles Engagement verfügen.

Erfurt: Das war auch beim Castor so. Nix³ und Nix⁴ (bundesweite Kampagnen gegen die Atommülltransporte nach Gorleben, Anm. Red.) haben bei uns eine ähnliche Wirkung gehabt wie Antifaaktionen. Das war auch ein ähnliches Spektrum. Nach dem Nix³ hat es die Gründung des Thüringer Antiatomplenums gegeben. Dieses Plenum hat es in der kurzen Zeit, von einem halben Jahr geschafft, auch mit so einer Professionalisierung, etwa 150 Leute von Thüringen nach Gorleben zu bringen. Das könnte man also auch unter Erlebnispädagogik subsumieren. Aber letztendlich geht es ja nicht so sehr um das Heranlocken, sondern darum, was wir zu bieten haben, welche politischen Konflikte wir führen wollen und was dabei am Ende für die Leute rausspringt, die da mitmachen. Und genau in diesem Bereich haben wir wohl noch am meisten zu tun.

telegraph: *Danke für das Gespräch.*

„Die Lust ist da, auf jeden Fall“

Neofaschismus als Problem der Ostdeutschen

Der Umgang der westdeutschen Presse mit dem „Braunen Osten“

Rainer Rutz

Wer je das zweifelhafte Vergnügen hatte, mit einem 35-Mark-Ticket durch die ostdeutsche Provinz zu tingeln, dem dürfte nicht entgangen sein, daß Rechtsradikale hier über weite Strecken das Straßenbild dominieren.

Das ist nicht neu und nicht sensationell. Vielleicht erscheinen gerade deswegen kontinuierliche rechte Angriffe auf Flüchtlinge, Antifaschisten und Punks, Obdachlose, Lesben und Schwule mittlerweile nur noch als Randnotiz in der Presse oder wandern eben schlichtweg in den Redaktions-Papierkorb.

Doch Anschlag ist nicht gleich Anschlag: Ganz anders stellt sich die Lage dar, wenn Westdeutsche Opfer von Übergriffen werden. Wenn Westberliner Schulklassen in Brandenburg überfallen werden, wird dazu aufgerufen, Beelitzer Spargel zu boykottieren oder eben gleich den ganzen Osten am besten noch einmal zu kolonialisieren.

Medienwirksam wird der Neofaschismus in Ostdeutschland also erst, wenn die eigene westdeutsche Befindlichkeit getroffen ist oder aber einer Nachricht etwas Spektakuläres anhaftet. Beispiele für Letzteres sind der Einzug der Deutschen Volksunion in den Landtag von Sachsen-Anhalt mit fast 13% der Wählerstimmen oder der Fall des brandenburgischen Dorfes Dolgenbrodt. Ein ganzes Dorf, das kollektiv einen Brandanschlag auf ein Asyl-

werberheim finanziert, läßt sich unkomplizierter in den Medien verarbeiten als die beschissene Gesamtsituation. Differenzierungen sind nicht nötig, denn das will man in Bochum oder Tuttlingen auch gar nicht so genau wissen. Die Existenz von „national befreiten Zonen“ wird in Nebensätze gepackt, denn da passiert ja nichts medienrelevantes.

Antifaschistische Gegenveranstaltungen zu Naziaufmärschen sind dagegen immer einen brutal übertitelten Erlebnisbericht aus einem ansonsten gänzlich unbekannten ostdeutschen Kaff wert. Dabei geht es jedoch in den meisten Fällen nicht darum, den Sinn und Zweck dieser Gegendemonstration zu verdeutlichen, sondern die erwartete Eskalation zwischen Rechts und Links zu thematisieren. Gab es dann auch wirklich Kloppe, egal von wem für wen, dann gibt jeder ungefragte Kommentator seinen Senf dazu.

Mitleids- und Bevormundungsmotive

Der Ton, in dem sich ein Gros der Kommentatoren am „Braunen Osten“ abarbeitet, schwankt zwischen Mitleid und Bevormundung, zwischen offensichtlicher Hilflosigkeit und missionarischem selbstzufriedenem Eifer. Solche Betrachtungsweisen haben sich jedoch nachweislich als unfähig erwiesen, mögliche

Ursachen hinlänglich zu diskutieren beziehungsweise wirksame Lösungsstrategien zu entwickeln. Wenn dennoch von rechtskonservativen bis sich linksliberal gebenden Journalisten immer wieder die gleichen abgedroschenen Argumentationen angebracht werden, dann lassen sich hinter diesem Verhalten nur Motive vermuten, die nicht zwingend mit dem behandelten Thema selbst zusammenhängen.

Mitleid zeigen meistens die Besorgten. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der ewige Versager im Kampf um ein Direktmandat für das Parlament, ist beispielsweise so ein Kandidat. Wie er, der Alibi-Ossi der Nation, werben überwiegend ostdeutsche Kommentatoren um Verständnis für die „armen Hascher!“ im Osten, die sind und geschweige denn zur haben. Die westdeutsche Presse greift immer wieder gern auf ehemals Bürgerbewegte zurück, die ihnen in ihrer Anpassungsfähigkeit an die bundesdeutsche FDGO als einzige demokratische Vertreter des „wilden Ostens“ erscheinen. Wer mit seinen Äußerungen eigentlich besser im Axel-Springer-Haus Westberlin als im eigenen Ostberliner Wahlkreis untergebracht wäre, wird bevorzugt zitiert. Besorgt und betroffen geben sich diese wiederum nicht zuletzt auch deshalb, um zu demonstrieren, daß man selber die „Mühsal der Demokratie“ total klasse findet, was man auch schon immer all den westdeutschen Kollegen und Kolleginnen mitteilen wollte.

Hinter der zweiten Variante, der Bevormundung, steckt da schon ein subtileres Motiv: Ostdeutsche werden per se zu Neonazis, um den Rassismus unter den Westdeutschen zu negieren. Mit den Mitleidigen haben diese den Hang gemein, sich als bessere Deutsche darzustellen. Die Formulierung der Zeit-Autorin Andrea Böhm: könnte in dieser Hinsicht nicht eindeutiger sein. Wenn es sich je gelohnt hat, die abzubestellen, dann jetzt, was man da erwidern.

Gleiches gilt für die in letzter Zeit besonders regierungsnahen taz, deren bedeutendstes Merkmal wohl bescheuerte Leser sind. In einer abgedruckten Leserbriefschwemme im Juni dieses Jahres zu den besagten Überfällen auf Westberliner in Brandenburg waren die unter sich unsicher, ob sie mit Brandenburg lieber so verfahren sollen, wie die USA mit Kuba und Libyen (Wirtschaftssanktionen) oder doch eher wie die USA mit Bin-Laden-Stützpunkten im Sudan und Afghanistan. Eine Frau Manzke, die mit ihrem Fahrrad in die Zone machte, um die Brandenburger zu begutachten, ist Verfechterin der „Aushungern!-Taktik“. Denn ihre „Erkundungsfahrten“ brachten Erstaunliches zu Tage: . Und sie erinnerte sich an eine , von der sie erfahren hatte, . So sieht’s nämlich aus. Und weil alle im Osten noch „ sind, als Frau Manzke das aus ihrem Wilmersdorfer Bio-Laden kennt, scheint ihr Damit kennt sich der Westdeutsche spätestens seit der Hallstein-Doktrin aus. Wenn taz-Leser Heinz „was-ich-zuletzt-so-gehört-habe“ Eckel schreibt, daß , sollte, dann bezieht sich „mensch“ auf Westberliner und Westdeutsche. Grundvoraussetzung dieser Überlegungen ist nicht nur das Gefühl der eigenen Überlegenheit, sondern auch die Tatsache, den Kapitalismus als führende Gesellschaftsform verinnerlicht zu haben: Der Mensch als Konsument. Bezeichnenderweise finden sich Forderungen nach der Macht des Geldes in einer sich alternativ gebenden Tageszeitung.

Alle gegen die Zivilgesellschaft

Erlebnisberichte auf der einen Seite und die moralischen Kommentare auf der anderen Seite sind fast immer durch Vereinfachung und Einseitigkeit gekennzeichnet. Rechtsextremismus und Rassismus werden in den meisten Fällen als Problem der Ostdeutschen vermittelt.

Dabei zieht sich seit Hoyerswerda ein Grundmuster durch die Berichterstattung: Alles so

schlimm im Osten, überall, Böse gegen Gut, Ost gegen West, Neonazis und Antifaschisten vereint gegen irgendeine. Eine klare, vorurteilsfreie Analyse fällt zugunsten immer wiederkehrender Phrasen und heuchlerischen Gebrabbls aus.

Selbst libertäre Kreise sind für diese Vereinfachungen und Einseitigkeiten anfällig. In der, dem Zentralorgan der westdeutschen Grünen und damit der neuen Bundesregierung, war im November dieses Jahres von dem Redakteur und ehemaligen Hausbesetzer Ivo Bozic zu lesen, daß Rechts und Links im Osten eine Suppe seien: „Feindbild ist der Kapitalist, der kein Ostler sein kann, sondern ein Westler, vielleicht auch ein Vertreter des 'transnationalen Kapitals' oder eben auch ein ausländischer Bauarbeiter, auf jeden Fall aber ein Fremder, eben keiner 'von uns'.“ Und weil alle Ostler gleich sind und die Situation so leicht zu durchschauen ist, sind auch alle Ostdeutschen Nazis. Das ist der Boden, auf dem jede linke Intervention im „braunen Osten“ unmöglich wird.

Die bürgerliche Westpresse, so scheint es, kann über „braunen Osten“ hinaus mit der Ex-DDR nicht besonders viel anfangen. Es bleibt ihr unverständlich, warum die dort Ansässigen nicht das gleiche Politik- und Parteienschema im Kopf haben, wie sie selbst: Mal wählt der Ostler die Nazis, mal die PDS, mal die CDU. Was sich in Westdeutschland als Möglichkeit „Rassismus light“ hinter ordentlichen Klinkerfassaden von CSU- bis Grünen-Wählerschaft versteckt, tritt im Osten ohne Frage viel wahrnehmbarer auf öffentlichen Plätzen in Erscheinung. Nur macht das den westdeutschen Rassismus nicht besser und entschuldigt gar nichts.

Ursachenforschung in Brutalbetonlandschaften

Die Suche nach den Ursachen und Hintergründen der ostdeutschen Nazi-Szene und der beschränkt sich von der bis zur auf ein

Sammelsurium aus Allerweltsweisheiten: Die hohe Arbeitslosigkeit sei schuld und natürlich die Perspektivlosigkeit der ostdeutschen Jugend. Auch die oder – alternativ – gibt immer einen prima Erklärungsansatz ab.

Der ehemalige Oberlehrer und -Kommentator Eberhard Seidel-Pielen weiß außerdem, daß ganz im Gegensatz zu Westdeutschland, ganz im Gegensatz zu Mölln, Solingen und Lübeck, im Osten Deutschlands die „ sind und eintreten. Der Griff in die Geschichtskiste fördert ähnlich monokausale bis kuriose westdeutsche Glaubensgrundsätze zu Tage. So sieht irgendein Peter Schmalz von der Westberliner nach der Sachsen-Anhalt-Wahl eine blumig ausformulierte. Was dieser Schmalz (und mit ihm ein Großteil der westdeutschen Journalisten) offen läßt, ist die Frage, wie die beispielsweise 1992 mit 10,9% der Wählerstimmen in Form der Republikaner nach Baden-Württemberg dringen konnte. War das nicht typisch ostdeutsch, oder wie war das doch gleich? Auch die Tatsache, daß neofaschistische Kader aus Westdeutschland vor und nach 1989 tatkräftig beim Aufbau von ostdeutschen Nazi-Strukturen mitwirkten und das organisatorisch einbetteten, was an rassistischem Potential bereits vorhanden war, wird eifrig verdrängt.

Wüsten- und Hinterlassenschaftsmetaphern erweisen sich auch in den Kommentaren des Pfaffen und letzten SPD-Fraktionschefs in der Volkskammer, Richard Schröder, als unvermeidlich. Sein am 4.5.1998 im Spiegel erschienener Artikel „Schluß mit dem Mitleid“ hat abgesehen von der passablen Überschriften den Charme eines christlichen Gottesdienstes.

Auch er hat gleich "die Wahrheit, der sich nicht nur Parteien stellen müssen" parat, die da lautet: "Zur Hinterlassenschaft der Diktatur gehören die verwüsteten Seelen und ein gewaltiges Potential an Ressentiments. Die Diktatur hat eine entstrukturierte Gesellschaft hinterlassen."

Solche Sätze gehen den bundesdeutschen Konservativen runter wie Öl, erst recht wenn sie von einem „mutigen Bürgerrechtler“ aus dem Osten stammen.

Bildungsarbeit und Nationalismus - Zwei tolle Lösungsansätze

Der einseitigen Pressedarstellung von eventuellen Ursachen des ostdeutschen Rassismus folgen zumeist ebenso vereinfachte Lösungsvorschläge. Die bereits beschriebenen Boykott-Vorstellungen der -Leserinnen und Leser sind zu ignorieren, weil politisch perspektivlos. Problematischer stellen sich Lösungskonzepte dar, die administrativ auch befolgt werden.

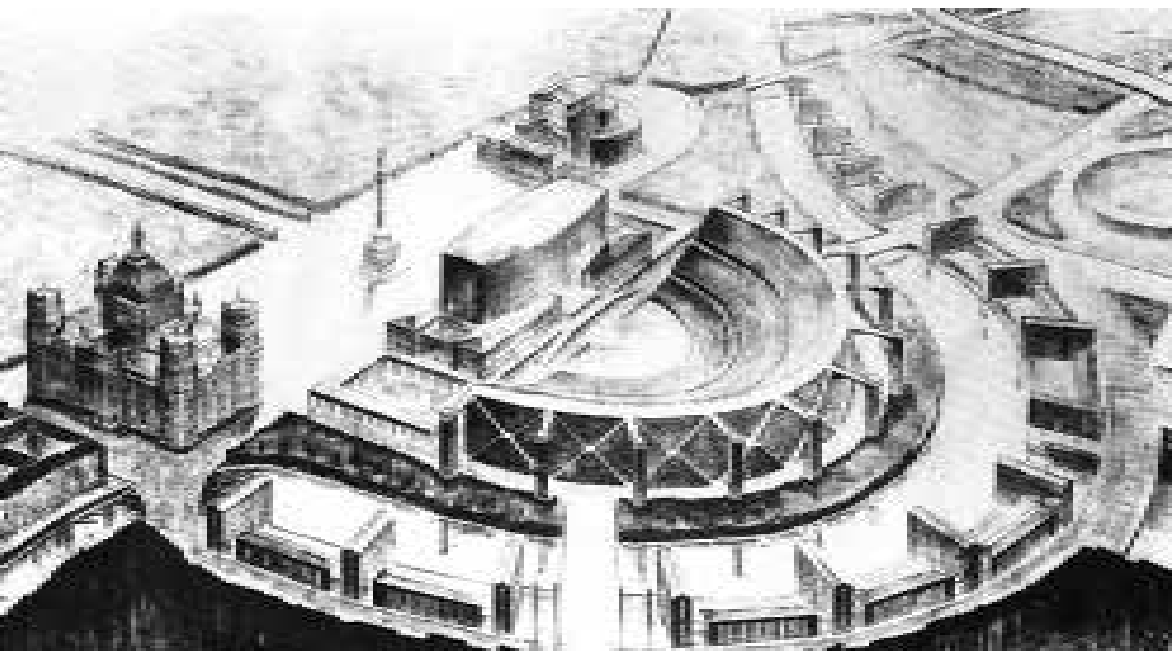
Ehemalige Bürgerrechtler wie Thierse und Schröder fordern beispielsweise immer noch ein Aus unerfindlichen Gründen setzen sie auf ein seit Jahren wirkungsloses Konzept. Ihre Forderungen sind der logische Kurzschluß aus ihren im Jahr 1989 steckengebliebenen und verfehlten Denkmodellen. Wolfgang Thierse sagt dann solches: Richard Schröder ist noch

ein bißchen radikaler. Auf seine eigene Frage „?“ antwortet er sich selbst in Anlehnung an seinen Parteigenossen Matthias Platzeck mit dem unvergleichlichen Wortspiel:

Die westdeutsche Oberlehrerfraktion, personifiziert in Eberhard Seidel-Pielen, sähe es lieber, wenn vorher noch „würde, der Westdeutschen seien, aufmunternde auszusenden, Und was für Jugoslawien gilt, gilt für Ostdeutschland schon lange: Denn: Die Probleme bleiben ostdeutsch. Die Lösung kommt aus dem Westen.

Eine andere, nicht minder missionarische, Variante zur Bekämpfung des Neofaschismus läßt sich wohl am ehesten mit einer völkisch-rassistischen Motivation der Schreiber selbst erklären. Besonders unter rechtskonservativen Journalisten und Journalistinnen ist eine Tendenz erkennbar, die Thematik des „Braunen Ostens“ nur als Vehikel zu benutzen, um die planmäßige Umsetzung der eigenen ausländerfeindlichen Gesinnung in geltendes Recht voranzutreiben.

Ginge es nach bereits zitiertem Schmalz von der könnte die Lösung des ostdeutschen Problems



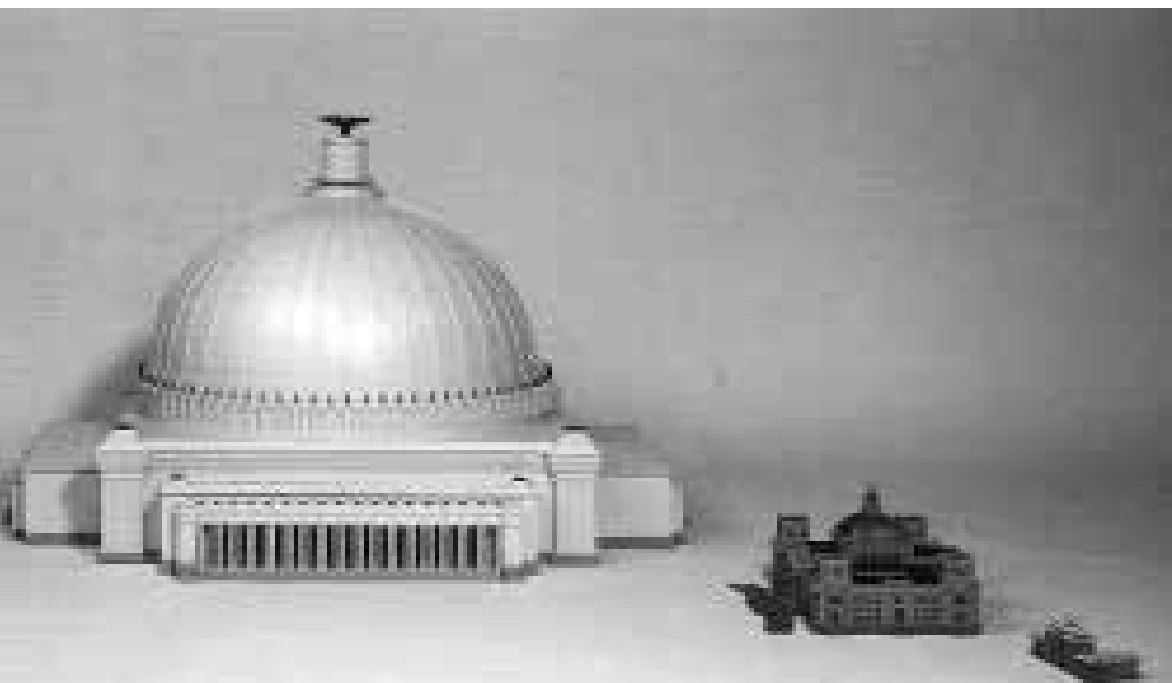
nicht simpler sein: „(gemeint ist immer noch das Abschneiden der DVU in Sachsen-Anhalt,)

Ähnliches gab es 1992 nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen schon einmal zu lesen. Damals schrieb die Kölner Provinzpostille: So weit, so richtig. Das „Problem“ sieht die Journalistin des jedoch nicht im Rassismus, sondern im Recht auf Asyl und dem Image Deutschlands: Folgt man der Logik dieses Artikels, waren die Asylbewerber also selbst daran schuld, daß ihre Wohnheime von Neofaschisten überfallen wurden. Hätten ja schließlich nicht nach Deutschland zu kommen brauchen. In einem anderen westdeutschen Provinzblatt, der, hieß es zum selben Thema: Das Recht auf Asyl wurde am 01.07.1993 in Bonn abgeschafft. Planziel erreicht, Problem „Asylrecht“ beseitigt, Mission erfüllt. An „national befreiten Zonen“ im Osten hat dies nichts geändert. Und das war vorher klar.

Stereotyp Ostdeutschland

Die hier angeführten Zitate geben lediglich Negativbeispiele dafür wieder, wie Konservative und Neoliberale in ihren Zentralorganen, den westdeutschen bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften, ihr Weltbild konstruieren: verkürzt, vereinfacht und undifferenziert. Ein nur für das Gebiet der ehemaligen DDR diagnostizierter Neofaschismus paßt da nur allzu gut rein.

Es stellt sich jedoch die Frage, weshalb die Presse des westdeutschen Mittelstandes in ihrer großen Mehrheit darauf verzichtet, sich intensiver mit der Thematik des „Braunen Ostens“ auseinanderzusetzen. Die Vermutung liegt nahe, daß eine tiefergehende Beschäftigung mit dem ostdeutschen Rassismus deshalb nicht stattfindet, weil eine grundsätzliche Auseinandersetzung über Ostdeutschland nicht erwünscht ist. Denn diese müßte zweifellos nicht nur auf Defizite



im System der DDR hinweisen, sondern auch auf westdeutsche Fehlentscheidungen auf dem Gebiet der sogenannten Fünf Neuen Länder nach 1989. Da Selbstkritik nicht unbedingt ein bestimmendes Merkmal der Medien ist, wird Ostdeutschland in und auch in Zukunft nur über Stereotypen wahrnehmbar bleiben.

„Ausgrenzung hilft auch nicht weiter ...“

Politik, ihr Ruf nach Jugendarbeit und der Rechtsextremismus im Osten

Klaus Lederer

1. In der Medienöffentlichkeit wurden braune Umtriebe in den letzten Jahren immer nur dann wahrgenommen, wenn sie sich in Form von Überfällen oder Gedenkstättenschändungen als „gesellschaftliche Randerscheinung“ zeigten. Für den jüngsten Aufschrei sorgten faschistische Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt. In Wolfen-Bitterfeld etwa erhielt allein die DVU Ende April 17,5 % Stimmanteil, der aber im September wieder auf 3,6 % geschwunden ist /1/. Würde sich daran die Entwicklung rechtsextremer Entwicklung messen lassen, wären wir Zeugen ihres stillen Verblühens.

Hingegen spricht einiges für das Gegenteil. Der breiteren öffentlichen Wahrnehmung entziehen sich viele weitere Facetten rechtsextremer Aktivitäten. Rechtsextremismus zeigt sich in bedrohlich zunehmendem Maße in Ideologien und Wertmustern von vermeintlich ganz „Normalen“, aus Subkultur wird Alltagskultur. Im Osten geschieht dies in ungleich größerem Maße als in den Westländern. Auch bestehen Unterschiede im Auftreten rechtsextremer Aktivisten. Vollzogen sich die Anschläge von Mölln, Solingen und Lübeck heimlich und im Schutze der Dunkelheit, so konnte sich der Mob in Hoyerswerda, Rostock und Dolgenbrodt des Beifalls oder sogar der Initialzündung aus der Bevölkerung sicher sein. Dies zeigt, daß die Nazis im Osten

in einem Umfeld agieren, welches ihren Parolen und Taten entschieden höhere Akzeptanz entgegenbringt. Ich folge der These, daß der unterschwellige Siegeszug dieser Wertvorstellungen im Osten auch im Zusammenhang mit Erscheinungen der DDR-Realität stehen, die Stefan Heym als „Dumpfheit und Mief, Phrasengedresch und bürokratische Willkür“ /2/ bezeichnet hat: der Umgang mit Abweichung, mit „Dekadenz“ und Anderssein – egal ob dies Punk-, Schwulsein oder Hirschbeuteltragen war oder sich in Widerworten an der „falschen“ Stelle äußerte. Zumindest in diesem Bereich bewegte sich die Partei- und Staatsführung und der Apparat in Übereinstimmung mit der Masse der Bevölkerung.

Dies führt zu einem in der Tat kulturellen Problem, wenn in Ostdeutschland von politisch Verantwortlichen, LehrerInnen, Eltern, SozialpädagogInnen die oben beschriebenen Erscheinungsformen offenen Naziterrors zum Anlaß genommen werden, Gegenstrategien zu entwickeln, ohne sich dem eigentlichen Problem zu nähern. Dies läßt sich an folgendem Beispiel illustrieren. Als der Bürgermeister von Saalfeld einen nationalen Jugendklub befürwortete, weil er „gefährdete Jugendliche dem Kern der rechten Szene und dem Gewalteinfluß“ entziehen wollte, trug er genau zur Etablierung eines solchen Kernes bei. Bei dem Sprecher der Jugendlichen, die als Gruppe der Stadtver-

waltung entgegentraten, handelte es sich um Tino Brandt, einem Redakteur der „Neuen Thüringer Zeitung“, die dem „Nationalen Medienverband“ angehört. Einer Umfrage der örtlichen Medien zufolge begrüßte die Bevölkerung die Einrichtung eines solchen Klubs /3/.

2. Es steht fest, daß westdeutsche Nazikaderstrukturen bereits in der Wendezeit auf ein wirkungsvolles Netz ostdeutscher Naziaktivisten zurückgreifen konnten. Auffällig ist, daß die existenten Hochburgen der Nazis, etwa Saalfeld, Wurzen oder Schwedt, und die dort verzeichneten Überfälle und Aufmärsche, immer wieder zum lokalen Anknüpfungspunkt von staatlichen Interventionen wurden. Zur Bekämpfung einer unterschwellig empfundenen Bedrohung, für die es kein allgemein getragenes Erklärungsmuster gab, fiel dem Bundesjugendministerium nach der Plattmache ostdeutscher Infrastruktur durch Treuhand und Kommunen und der Umstellung von Jugendarbeit auf ABM nichts Besseres ein als ein plakatives Symptombekämpfungsprogramm. Es trug den Titel „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG), womit erneut deutlich wird, daß es aus Sicht der Verwalter allein diese Erscheinungsformen sind, die der Gegensteuerung bedürften. Personal- und Sachmittel wurden in lokaler Fixierung auf rechtsextreme Hochburgen in Größenordnungen zur Verfügung gestellt, um mit Akzeptanz und basierend auf dem Freiwilligkeitsprinzip mit Jugendlichen zu arbeiten. Auch in Kommunen wurde, wie in Saalfeld, Geld zur Verfügung gestellt. Ziel: Orientierung und Halt für eine verwirrte, durch den Umbruch verunsicherte Jugend schaffen. Jahrelang aus dem Staatshaushalt gefördert wurde das Projekt Brunnenhof in Magdeburg-Nord. Hier hatte sich die Evangelische Kirche vorgenommen, mit Jugendlichen zu arbeiten, „gleich welcher Szene sie angehören“. In der Einrichtung gedieh die Akzeptanz gegenüber den „verunsicherten Jugendlichen“ soweit, daß man selbst damit

leben konnte, daß die bundesweit bekannten Nazicompos „Elbsturm“ und „Doitsche Patrioten“ dort probten. Diese Bands spielten auf illegalen Konzerten, die der Naziführer Heise, unter anderem in Sachsen-Anhalt, organisiert hatte. Die Projektleitung sah das Problem nicht, solange keine verfassungsfeindlichen Haltungen postuliert und Nazikader Einfluß nehmen würden. Als von den „Doitschen Patrioten“ eine CD in Dänemark hergestellt wurde, auf der sich explizit rechtsextreme Texte befanden, wurde ihnen mit Verständnis begegnet, denn es handelte sich nach eigenem Bekunden um eine unautorisierte Fassung. Thematisiert werden mußte all das, damit die Jugendministerin von Sachsen-Anhalt unter Bezug auf den Beschluß der Jugendministerkonferenz mitteilen konnte: „Durch eine Ausgrenzung kann letztendlich nichts bewegt werden“ – die Gruppen würden „in die Illegalität ausweichen“ – also läßt man sie legal machen und sorgt für die Ausgrenzung der übrigen Jugendlichen, denn „normale“ Jugendliche fühlten sich verdrängt und blieben folglich der Einrichtung fern.

Die Jugendministerkonferenz, die sich 1997 mit dem Thema „Kinder- und Jugenddelinquenz“ befaßt hat und darunter selbstredend auch rechtsextreme Gewalt subsumiert, verlangt von der Jugendhilfe „lebenswelt- und zielgruppenorientierte ... Angebote ..., die sich verstärkt in die soziale Wirklichkeit von Kindern und Jugendlichen einbringen“ /4/. Damit wird deutlich, daß in völliger Verkenntung der tatsächlichen Situation braune Gesinnungen erstens als Jugendproblem und zweitens als primär soziales Problem verstanden werden. Daß der soziale Absturz im Osten eine Ursache für die steigende Akzeptanz rechtsextremer Ideologien ist, soll überhaupt nicht in Abrede gestellt werden. Daß aber der in einem ganz anderen Sektor, nämlich der Drogenarbeit, entwickelte Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit ein adäquates Mittel sein soll, den Nazis ihre Anhängerschaft zu entziehen,



ist nicht zu erklären. Im Zusammenhang mit Naziaktivisten ist der Ansatz akzeptierender Arbeit schon für sich widersinnig: Jugendarbeit hat ihre Klientel generell als selbständige Menschen zu akzeptieren. Weshalb Nazis darüber hinaus noch als Nazis akzeptiert werden sollen, können selbst die Jugendminister nicht ernsthaft plausibel machen. Deshalb kann von Jugendsozialarbeit bestenfalls erwartet werden, daß sie Jugendlichen hilft, soziale Problemlagen nach ihren Möglichkeiten selbst zu bewältigen. Insofern ist es notwendig, daß Sozialarbeit sich mit Jugendlichen befaßt, die neben ihrer sozialen Situation auch rechtsextreme Wertmuster übernommen haben. In der Realität wurde mittels Jugendhilfe hingegen erreicht, daß aufgrund von Unkenntnis, Inkompetenz und Ignoranz Nazikaderstrukturen nun erst wirklich Raum zur Verfügung gestellt wurde, in dem sie durch Repression oder dem Angebot von Teilhabe an der Kontrolle des Raumes ihr Rekrutierungspotential in Anspruch nehmen konnten. In der Öffentlichkeit bekamen sie selten Gegenwind: aus unterschiedlichsten Motivationen äußerten mit dem Komplex Rechtsextremismus befaßte sogenannte Verantwortungsträger und betreuende Personen Verständnis, baten um Toleranz, verteidigten ihre „Kids“, machten als Störfaktoren im Zweifelsfall diejenigen aus, die auch von ihrem Klientel zur Bedrohung erklärt wurden: die Abweichenden.

„Das ist doch nun wirklich Ihr Problem! Was stellen sie auch einen Neger ein“, empörte sich die Mutter eines Rechtsradikalen beim Treptower Jugendamt, nachdem ihr Sohn den afrodeutschen Mitarbeiter eines Klubs beschimpft hatte und Hausverbot erhielt. Treptow ist als Rekrutierungsfeld der Rechtsextremen bekannt und beschäftigte schon im vergangenen Jahrzehnt die entsprechenden Sicherheitsorgane. Zu Beginn der Neunziger ging der Kern des Potentials zunächst in der FAP auf. Nicht erst nach dem Verbot der FAP

und der Umstrukturierung der Szene durch die Nationalen e.V. in unabhängige Kameradschaften haben sich die Treptower Aktivisten vornehmlich der „nationalen Jugendarbeit“ zugewendet /5/. Aus Sicht der KlubmitarbeiterInnen stellte sich die Situation so dar: seit 1993 konstatierten sie zunehmende Hilflosigkeit bei der Durchsetzung der Klubregeln – keine rechtsextreme Propaganda, Parolen und Gewalt. Auch im Klubklientel war eine deutliche Differenzierung zu verspüren: Jugendliche, die sich um eine Zentralfigur gruppierten und Druck auf die abnehmende Minderheit ausübten, die sich dem Anpassungsdruck nicht unterwerfen wollte. Der Einfluß der MitarbeiterInnen nahm ab, der des rechten Kerns zu. Dieses Geschehen wurde unter den MitarbeiterInnen aller Klubs im Treptower Jugendamt thematisiert. Als es zur Eskalation kam, die Regeln im Klub offen und konfrontativ gebrochen wurden, Mitarbeiter beschimpft und Parolen skandiert wurden, ließ das Amt den Klub räumen und erteilte dem Rechtsradikalen, der offensichtlich als „Mittler“ zentral in Erscheinung trat, Hausverbot. Als die Rechtsextremen in andere Klubs ausweichen wollten, bissen sie dort auf Granit /6/.

Hingegen kommt es nur zu oft vor, daß nicht die Rechtsorientierungen „pädagogisch“ eliminiert werden, sondern umgekehrt rechte und nationalistische Argumentationsketten oder Argumente in das Umfeld, bis hin zu den BetreuerInnen und PolitikerInnen, eingehen. Insoweit war Sozialarbeit in dieser Form Bodenbereiter brauner Strukturen und Gesinnungsmuster.

3. Aber was tut ein Schulleiter, der nach den Sommerferien feststellt, daß statt bisher zweier nun fünfundzwanzig SchülerInnen im klassischen rechten Outfit auftauchen? Nazisymbole werden provokant zur Schau gestellt. Bei Schülerbefragungen distanzieren sich die wenigsten SchülerInnen von den geläufigen Parolen /7/. In Gesprächen mit Jugendlichen in einer

Thüringer Disko habe ich bestätigt gefunden, daß rechtsradikale Gesinnungen weniger durch gefestigte Ideologien gekennzeichnet sind als durch Übernahme eines Wertesystems, welches auf der Überzeugung unterschiedlicher Wertigkeiten einzelner Menschengruppen und der Notwendigkeit bestimmter Disziplin- und Ordnungsprinzipien beruht /8/. Man glaubt an Überfremdungsbedrohungen und an die Legitimität von Selbstjustiz, weil „die da oben nichts tun“. Gewalt und das Gesetz der Stärke sind Bestandteil dieses Bildes. Daß dies durch die herrschende Politik letztlich auch getragen wird und damit Legitimation vermittelt, ist unbestreitbar. Wenn die SPD in Berlin so gerade erst Zugzugssperren für „soziale Problemquartiere“ fordert /9/, stützt sie ohne weiteres jede strukturell rassistische Sichtweise. Daß solche Denkweisen auf komplett unsinnigen Prämissen beruhen, schadet nicht: wer täglich mit der Überzeugung aufsteht und ins Bett geht, daß die Erde eine Scheibe ist, muß diese Überzeugung auch nicht mehr in Frage stellen. Es ist eine Scheinrealität, die in den Köpfen existiert und schon deshalb (für sie) wahr ist. Man versteht sich nicht als politisch, sondern als normal. „Links“ oder „Zecken“ sind schon all diejenigen, die, anders als der Mainstream in einem solchen Kreis, Toleranz und Gewaltlosigkeit bevorzugen oder ein differenziertes Weltbild an den Tag legen.

Allein dies zeigt die Verpeilung politisch Verantwortlicher, die allein und vordergründig individualpsychologische Probleme oder Lehrstellenmangel der „entwurzelten Jugendgeneration“ für grassierende rechtsextremistische Orientierungen verantwortlich machen. Rechtsextremismus ostdeutscher Prägung als ein spezifisches Sozial- und Jugendproblem hinzustellen, ist ein falsches Erklärungsmuster. Dies wirkt genauso kontraproduktiv wie der Versuch ostdeutscher, oftmals selbst gewendeter KommunalpolitikerInnen, aus Angst

vor Investorenverschreckung und besorgt um das „Image“ ihres Städtchens, rechtsextreme Umtriebe schlechthin zu negieren. Solche Verharmlosung und Vertuschung, die im übrigen bis in die Linke hinein weit verbreitet ist, braucht Widerspruch. Bereits zweimal verschafften sich Marzahnner PDS-Stadträte Ärger, Rücktrittsforderungen und Abwahlenträge ihrer eigenen Genossen, indem sie Glanzstücke dieser Form von Wahrnehmungsstörungen an den Tag gelegt hatten: Bürgermeister Buttler verheimlichte 1996 einen geplanten JN-Aufmarsch, weil er für Marzahn keine rechtsextremistische Gefahr mehr ausmachte und „Chaoten von links und rechts“ für gleichsetzungswürdig hielt. Er sei nicht dafür, „Randalebegehren politisch zu decken und zu schützen“ /10/. Jugend- und Kultur(!)-stadtrat Kieke hingegen unterzeichnete 1998 hinter dem Rücken des Bezirksamtes mit der NPD einen Vertrag, mit dem dieser der größte Raum im kommunalen Freizeitforum zur Verfügung gestellt wurde. Dieser wurde gekündigt, nachdem der Ältestenrat der Bezirksverordnetenversammlung schärfsten Protest übte und die Bezirksverordneten Eigenbedarf für eine Sondersitzung anmeldeten /11/. Beim letzten Vorgang kann man nicht mal mehr gutwillig Unkenntnis unterstellen.

Während Schulleiter und Lehrer Öffentlichkeit suchen und ihre Hilflosigkeit gegenüber komplett nazifizierten Klassen diskutieren, sieht auch der Senat in Berlin kein Problem: 1996 waren ihm keinerlei rechtsextreme Aktivitäten in Schulen bekannt, 1997 gerade fünf! /12/

Organisierter Faschismus und sein kulturelles Umfeld, Unkenntnis und Opportunismus der gesellschaftlichen Akteure, die soziale und kulturelle Realität der im Gegensatz zur DDR als heile Welt gepriesenen real existierenden Bundesrepublik, und letztlich auch das Fortwirken von in der DDR gepflegten und als

„sozialistisch“ begriffenen Tugenden griffen wie Zahnräder ineinander.

Gegen diesen Komplex aktueller Entwicklungen hilft kein Verbot, kein Polizeieinsatz, keine Antifaaktion für sich. Braune Gesinnungen zu stoppen ist eine Aufgabe, die keiner einzelnen Institution oder Gruppe von Akteuren allein zufallen kann. Die Herstellung einer Gegenkultur, der Kampf gegen den „normalen“ Nationalismus, Aufklärung und aktive Gegenwehr gegen organisierte Neonazis aller Couleur ist in der Entwicklung. Hier hilft plakatives Haudrauf überhaupt nicht weiter. Die Beispiele von Hellersdorf, den Nazis die Straße zu nehmen, und Treptow, ihnen bereits kontrollierte Infrastrukturzonen wegzunehmen, zeigen, wie man dem Rechtsradikalismus der Alltagskultur einen spürbaren Rückschlag versetzen kann, wenn AntifaschistInnen in kommunalpolitischen Funktionen, Gruppen, Schulen und Clubs ihre Orientierungen und Einstellungen gegen nationalistische Gesinnungen gemeinsam verteidigen.

Quellen:

1 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; zu berücksichtigen sind aber die nicht ganz dekungsgleichen Wahlkreise und die bei der Bundestagswahl um 5,7% höhere Wahlbeteiligung.

2 Rede vom 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz.

3 Vgl. B. Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, 1998, S. 7.

4 Beschluß der Jugendministerkonferenz zu Kinder- und Jugenddelinquenz vom 20. Juni 1997.

5 Zu personellen Kontinuitäten: Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg 1996, S. 172 ff.

6 Geschildert von S. Kirschnick, Das Kind beim Namen genannt. In Treptower Jugendklubs begegnet man Kameraden offensiv, in Bulletin des Zentrums Demokratische Kultur 2/1998, S. 9.

7 ebd., S. 3.

8 Diese Ansicht wird dadurch gestützt, daß die Vorurteile oder Vorbehalte gegenüber AusländerInnen in verschiedenster Weise begründet werden, etwa von einem ethnisch und vom anderen sozioökonomisch.

9 Weddings Bezirksbürgermeister Hans Nisblé zur Innenstadtkonferenz „Problemkiez“ Soldiner Straße.

10 Berliner Zeitung vom 8. Mai 1996, Lokalteil.

11 Berliner Zeitung vom 22. Und vom 23. Mai 1998, Lokalteil.

12 Schlußbericht auf die Kleinen Anfragen Nr.

13/988 & Nr. 13/1888 des Abg. Klemm (PDS).



Faschistische Vergangenheit in der DDR

Dirk Teschner

In der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR gab es nur eine einseitige Faschismusrezeption, die im Kern als Ursachen von Hitler, Holocaust und 2. Weltkrieg „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischsten, am meisten imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals“ ausmachte. Aus diesem Grund kann es nicht verwundern, daß es bis heute nie zu einer offenen Diskussion darüber kam, was in einem deutschen sozialistischen Staat nach dem deutschen faschistischen Staat, nach dem Holocaust, mit den in Deutschland lebenden deutschen Menschen passieren sollte. Hinzu kam, daß der sozialistische Staat auf deutschem Boden nicht durch eine Revolution, sondern vielmehr während der Besetzung der Roten Armee der Sowjetunion aufgebaut wurde.

Es wäre unumgänglich gewesen, eine offene, demokratische Aufarbeitung und Diskussion zu führen: über die Machtergreifung Hitlers und die Unterstützung durch den Großteil des deutschen Volkes und den Wiederaufbau nach der Befreiung Deutschlands. Aber dem stand Stalin im Weg und das Mißtrauen der Überlebenden, Antifaschisten und Juden, gegenüber einem Großteil des deutschen Volkes. Es bleibt der Eindruck einer schizophrenen SED-Führung, die einerseits dem Volk mißtraute, gleichzeitig aber auch Alt-Nazis in führende Positionen hievte – und deswegen nie eine wirklich die Gesellschaft erfassende antifaschistische

Umwälzung in die Wege bringen konnte.

Als im April 1945 der Endkampf um Berlin einsetzte, übten einzelne Beauftragte des ZK der KPD und die Frontbeauftragten des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ Kontrollfunktionen aus. Gleichzeitig wurden in Moskau die Voraussetzungen für die Planung und Vorbereitung des Einsatzes deutscher kommunistischer Funktionäre und anderer bewährter Antifaschisten aus den Reihen der Kriegsgefangene geschaffen. Sowohl in der Schulungsstätte der KPD in Kusnarenkovo als auch in der zentralen Antifa-Schule in Krasnogorsk wurden Kader vorbereitet, so daß bei Kriegsende auf eine Liste von Kommunisten und Antifaschisten zurückgegriffen werden konnte, die auf die Arbeit in Deutschland vorbereitet waren.

Eine führende Gruppe deutscher Kommunisten wurde gebildet, die ihre Aufgaben von der auf Berlin vorstoßende 1. Belorussischen Front Marschall Shukovs aus wahrnehmen sollte. Dieser Führungsgruppe wurden je eine Arbeitsgruppe von drei Kommunisten für die Gebiete Mecklenburg-Pommern/ Gustav Sobottka, Berlin-Brandenburg/ Walter Ulbricht und Sachsen-Halle-Merseburg/ Anton Ackermann nachgeordnet, die entsprechend den Operationsbereichen der sowjetischen Heeresgruppen den jeweiligen Frontstäben der

1. Belorussischen, der 2. Belorussischen und der 1. Ukrainischen Front zugeteilt werden sollten.

Vordringliche Aufgabe dieser Kader war der schnelle Aufbau von Stadt- und Gemeindeverwaltungen. „Ein Teil von ihnen übernimmt Funktionen in der Stadt für längere Zeit, während andere beauftragt werden, in den kleinen Städten und Gemeinden des betreffenden Kreises bei der Schaffung der Gemeindeverwaltungen zu helfen bzw. zu kontrollieren, ob die geschaffenen Gemeindeverwaltungen aus zuverlässigen Antifaschisten bestehen und wirklich im Sinne der Richtlinien arbeiten“, so hieß es in den Richtlinien über den Aufgabenbereich der Gruppenmitglieder. Der Aufbau erster neuer Verwaltungen und die Konsolidierung der KPD bedeutete gleichzeitig das Ende der Antifa-Ausschüsse. Die Auflösung der antifaschistischen Komitees war auch eine Eliminierung erster Ansätze einer selbständigen antifaschistischen Bewegung innerhalb der deutschen Bevölkerung.

Zu der Not und dem Elend des deutschen Zusammenbruchs kamen für die deutschen Kommunisten spezifische Schwierigkeiten dazu: So war es für sie außerordentlich schwierig, Kontakt zur Bevölkerung zu bekommen oder gar ein Vertrauensverhältnis herzustellen.

Am 30. Oktober 1945 verfügte die SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) mit dem Befehl Nr. 124 umfangreiche Beschlagnahmen diverser Eigentumskategorien. Der Beschlagnahme verfielen deutsches Staatseigentum, der Besitz faschistischer und militärischer Organisationen, das Eigentum der Verbündeten des „Großdeutschen Reiches“, sowie der Besitz von Amtsleitern der NSDAP, deren führende Mitglieder und einflußreichen Anhängern. Die neuen deutschen Verwaltungsorgane mußten den sowjetischen Militärkommandanten bis zum 20. November 1945 entsprechende Listen einreichen.

Die Frage welche Betriebe zu enteignen waren, sorgte gut zwei Jahre für Unruhe. Die betroffenen Belegschaften schalteten sich in die Auseinandersetzungen ein. In Sachsen fanden 1947 Streiks und Arbeitsniederlegungen statt, weil die Arbeiter befürchteten, daß eine Anzahl von Betrieben früherer Nazis diesen wieder zurückgegeben werden soll.

Im Jahre 1948 verkündete die SMAD mit dem Befehl Nr. 64 das Ende der Enteignung und mit dem Befehl Nr. 35 das Ende der Entnazifizierung. Nach Einschätzung der Verantwortlichen war der „volkseigene Sektor“ vorerst groß genug, und andauernde Auseinandersetzungen in dieser Frage würden nur Unruhe ins Bürgertum tragen. Im Zeichen des sich entwickelnden Kalten Krieges war das bündnispolitisch unerwünscht.

Gleichzeitig wurden ab Kriegsende Speziallager der SMAD geschaffen, wo vor allem Kriegsgefangene, später auch Naziverbrecher interniert waren. Nach Schätzungen sollen 45 000 Nazis und Kriegsverbrecher von sowjetischen Militärgerichten auf deutschen Boden verurteilt worden sein. Von SBZ/DDR Gerichten wurden zwischen 1945 und 1955 12761 NS- und Kriegsverbrecher verurteilt, darunter 106 Personen zum Tode. In den drei westlichen Besatzungszonen wurden, bei ungleich höherer Bevölkerungszahl und ungleich höherer Zahl alter Nazis, nur 6450 verurteilt, 1949 saßen nur noch 300 Kriegsverbrecher im Gefängnis

In der Sowjetischen Besatzungszone wurden die von allen Alliierten gemeinsam beschlossene personelle und strukturelle Entnazifizierung sehr viel radikaler durchgeführt. Dies betraf drei Bereiche: 1. Bodenreform (Stichwort „Junkerland in Bauernhand“) 2. Enteignung und Verstaatlichung der großen Industriebetriebe (Stichwort „Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“) 3. Personelle Säuberung in

der staatlichen und kommunalen Verwaltung.

Von 1945 bis 1948 waren 520.000 Mitglieder der NSDAP aus allen Bereichen der Verwaltung und der Industrie der Sowjetischen Besatzungszone entfernt worden. Von den rund 40.000 Lehrern allgemeiner Schulen (rund 70% hatten zum Kriegsende der NSDAP angehört) wurden 20.000 entlassen. In der Justiz waren rund 16.000 beschäftigt, davon ca. 2.500 Richter und Staatsanwälte (zu etwa 80% Mitglieder der NSDAP). Etwa 2.000 (80%) der Richter und Staatsanwälte wurden entlassen. Bei den Rechtsanwälten wurde nicht in gleicher Weise verfahren, noch Ende 1949 befanden sich unter den 999 zugelassenen Rechtsanwälten 224 (22%) ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen.

Bei, für den Wiederaufbau benötigtem Fachpersonal, Spezialisten, Technikern, Ärzten, wurde im Konflikt zwischen politischem Entnazifizierungsprinzip und wirtschaftlichem Interesse die Fachkompetenz zuweilen höher bewertet, als die politische Belastung. Beispiel.: Land Sachsen-Anhalt, Stand 31. Januar 1947, NSDAP-Anteil in %: Volksbildung: 0,2; Polizei: 0,8; Gesundheitswesen: 25,0; Industrie: 10,0;

Postwesen: 17,1; Justiz/Gerichte/Staatsanwaltschaft: 6,0 usw.

Einfache NSDAP-Mitglieder und Mitläufer erhielten im August 1947 ihr aktives und passives Wahlrecht wieder, nachdem im September 1946 die ersten Gemeindewahlen, im Oktober 1946 die ersten Wahlen zu den Land- und Kreistagen in der Sowjetischen Besatzungszone stattgefunden hatten. „Es lebe die SED, der große Freund der kleinen Nazis“ formulierte damals ein ehemaliges NSDAP-Mitglied anlässlich einer von der SED einberufenen Versammlung. 1953 zählte die SED etwa 150.000 Mitglieder, die ehemalige Wehrmachtsangehörige im Offiziers- bzw. Unteroffiziersrang waren oder der NSDAP bzw. einer ihrer Gliederungen angehört hatten, damaliger Gesamtmitgliederstand: rund 1,2 Millionen. Im Mai 1948 wurde für einen Teil ehemaliger Nazis die NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) als weitere Blockpartei gegründet, die bis zum Ende der DDR in der Volkskammer mitregierte.

Es ist einzigartig, wie schnell nach Gefangennahme von Nazi-Offizieren und Soldaten „Lehren“ aus der Vergangenheit gezogen wurden und aus Feinden Verbündete wurden. Ein



kurzer Aufenthalt in den Antifa-Schulen oder Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion reichte aus. .

Im Jahre 1965 waren so noch 53 Alt-Nazis Abgeordnete der Volkskammer, 12 Mitglieder und Kandidaten des ZK der SED, 2 Mitglieder des Staatsrates der DDR und 5 besaßen Landesministerposten. Etliche Alt-Nazis halfen beim Aufbau der „Volkspolizei“ und der NVA. In den Medien besaßen sie großen Einfluß. Sie bekleideten die Stellungen von Chefredakteuren und bildeten z.B. in den Redaktionen des „Neuen Deutschland“ und der „Deutschen Außenpolitik“ eigene Arbeitsgruppen. In all diesen „roten“ Institutionen ließen sich Nazis finden, dort gab es ehemalige SS-Mitglieder, SA-Führer, Vertrauensleute der Gestapo, Angehörige von Propagandakompanien, Mitarbeiter des NS-Rundfunks, des „Völkischen Beobachters“, des „Schwarzen Korps“, Beamte des Propagandaministeriums, Mitglieder des „SS-Rasse und Siedlungshauptamtes“, Angehörige der „Legion Condor“.

In all den Jahren des 40jährigen Bestehens der DDR wurden die zuständigen DDR-Einrichtungen durch verschiedene Archive und Organisationen – vom Dokumentationszentrum des Bund Jüdischer Verfolgter des Naziregimes in Wien bis zu dem Westberliner Verein „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“ – auf die Arbeit von Alt-Nazis in führenden Gremien der DDR hingewiesen. Es wurden regelmäßig Listen von belasteten Personen überreicht. Die Reaktion war immer gleich Null. Während Hinweise auf Nazis im eigenen Apparat ignoriert wurden, wurde zur Verfolgung und Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen in der BRD eine Extraabteilung geschaffen. Deren Aufgabengebiete wurden mit dem Befehl Nr. 39/67 vom 23.12.1967 des Ministeriums der Staatssicherheit festgelegt: „...1. Mit Wirkung vom 1.2. 1968 wird in der Hauptabteilung IX des

Ministeriums für Staatssicherheit die Abteilung 11 gebildet. Sie ist verantwortlich für die einheitliche, systematische Erfassung, Archivierung, politisch-operative Auswertung und Nutzbarmachung aller im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit vorhandenen und noch zu beschaffenden Materialien des Faschismus aus der Zeit bis 1945, um die in Westdeutschland und auf dem Territorium Westberlin im Staats-, Wirtschafts- und Militärapparat sowie in Parteien und Organisationen tätigen und durch ihre faschistische Vergangenheit belasteten Personen noch zielgerichteter zu entlarven.“

Bis Mitte/Ende der sechziger Jahre sollen in der BRD an Alt-Nazis tätig gewesen sein: 21 Minister und Staatssekretäre, 100 Generale und Admirale der Bundeswehr, 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Botschaften und Konsulate, 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes.

Unter den Alt-Nazis, die in der DDR blieben und beträchtlichen Anteil am Aufbau besaßen und führende Positionen bekleideten gab es immer zwei Seiten. Eine ganze Reihe bereuten schon während des 2. Weltkrieges ihre Teilnahme am faschistischen Verbrechen und zeigten das an aktiven Widerstandsaktionen oder in der Gefangenschaft. Dem anderen Teil war die Ideologie scheinbar zweitrangig. Er arrangierte sich ziemlich schnell mit der neuen politischen Situation nach 1945 und kam sehr schnell wieder an Posten.

Die Schwierigkeit des Umgangs mit ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die sich nach 1945 in der SBZ/DDR engagierten, zeigt das Beispiel Gustav Just, der in den 50er Jahren stellvertretender Chefredakteur der Wochenzeitung „Sonntag“ war und zur oppositionellen Gruppe innerhalb der SED um Janka und Harich gehörte.

Gustav Just nahm, als Leutnant der Wehrmacht,

der Panzerjäger-Abteilung 156, 1. Kompanie, 2. Zug, im Rahmen des Einsatz in der Sowjetunion, in Masikowka in der Nähe von Cholm, am 15. Juli 1941 an der Erschießung von 6 Juden teil. Er erhielt im Laufe des Krieges f. militärische Auszeichnungen: „Eisernes Kreuz I: Klasse“, „Infanterie-Sturmabzeichen“, „Ostmedaille“, „Verwundetenabzeichen in Schwarz“.

Beihilfe zum Mord. Wegen Verfolgungsverjährung wurde das Verfahren eingestellt.

Nach 1945 trat Just in die KPD/SED ein. Auf dem Lebenslauffragebogen verschwieg er fast alle Angaben, die seine Tätigkeiten bei der Wehrmacht betrafen. 1957 wurde er wegen oppositioneller Tätigkeit verhaftet. Bei seiner Festnahme durch die Staatssicherheit wurden seine Kriegstagebücher mit ausführlichen Schilderungen seiner Kriegserlebnisse gefunden. Auf die Frage, warum er auf seinem Fragebogen die Angaben über seine Kriegsteilnahme nicht eintrug, äußerte Just: „Durch die unwahren Angaben über meine Haltung in der Zeit des Faschismus wollte ich ein besseres Bild über mich geben, als es den Tatsachen entsprach. Ich hatte nach meiner Umsiedlung in die damalige Sowjetische Besatzungszone den festen Willen, hier tatkräftig mitzuarbeiten und war mir nicht bewußt, daß der erste Schritt dazu die offene, schonungslose Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit ist. Im Gegenteil, ich wollte die unangenehmen Punkte dieser Vergangenheit zudecken, um später einmal, wenn man mich aus meiner Arbeit kennen würde, darüber zu sprechen. Mit dem Verschweigen obiger Angaben verfolgte ich außerdem das Ziel, Lehrer zu werden.“ Just wurde wegen „staatsfeindlichen, konterrevolutionären Aktivitäten“ 1957 verurteilt. Die Teilnahme an der Erschießung 1941 war für das Gericht unerheblich und wurde nicht geahndet.

Nach dem Herbst 1989 wurde Just als Alt-Oppositioneller gefeiert. Er trat in die SPD ein und wurde Alterspräsident des Landtages Brandenburg. 1990/91 beschäftigten sich verschiedenen Gerichte mit Gustav Just wegen

Antifa-Ausschüsse und ihre Zerschlagung in der SBZ/DDR

Dietmar Wolf

Unmittelbar vor bzw. nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Deutschland und der Zerschlagung des Dritten Reiches entfalteten antifaschistische Kräfte in Deutschland eine sprunghaft gesteigerte Aktivität. In nahezu allen Städten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), vor allem in den industriellen Ballungsgebieten im Südteil der Zone und im Berliner Raum, entstanden Antifaschistische Ausschüsse mit einer zum Teil beträchtlichen Mitgliederzahl. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der Faschismus die Strukturen der ihm feindlich gegenüber stehenden Organisationen, also vor allem KPD, der SPD und der Gewerkschaften, weitgehend zerschlagen hatte, wird verständlich, daß diese Bewegung weitgehend spontanen Charakter hatte. Entsprechend vielfältig waren ihre Ausdrucksformen.

Die Zusammenschlüsse in den einzelnen Städten, die sich als Antifaschistische Ausschüsse, als Volkskomitees, als Gruppen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) oder unter anderen Bezeichnungen konstituierten, hatten ein durchaus unterschiedliches Verständnis ihres Charakters und ihrer Aufgaben nach der Befreiung. Sie verstanden sich zum überwiegenden Teil als Volksfront-Komitees, teilweise aber auch als Gewerkschaftsgruppen, als Keimform einer künftigen einheitlichen Arbeiterpartei oder auch als Räte.

Gemeinsam war ihnen vor allem die Tatsache, daß sie sich überwiegend aus Arbeitern zusammensetzten und ihre Wurzeln in der illegalen antifaschistischen Widerstandsarbeit hatten, die in den meisten Fällen von KPD und SPD-Mitgliedern gemeinsam initiiert worden war. Aber auch Parteilose des ehemaligen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und Anarchisten waren in den Ausschüssen zu finden.

Die meisten Antifa-Ausschüsse (oder ähnliche Organisationen) begannen selbständig – also ohne Weisungen der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), deren Organe in den betreffenden Orten oft noch gar nicht eingerichtet waren – mit der Säuberung der Verwaltungen und Betriebe von Nazis. Sie übernahmen die für das Überleben notwendigen öffentlichen Funktionen, setzten die Strom- und Wasserversorgung wieder in Gang, organisierten die Lebensmittelversorgung und Aufräumarbeiten usw.

Der Umfang dieser Bewegung ist nicht genau bekannt. In Sachsen wurden mindestens 68, für Thüringen 80 Komitees ermittelt. In Meißen fand die „Gruppe Ackermann“ einen kompletten „Rat der Volkskommissare“ vor. In Sachsen arbeiteten mehrere aktive anarchistische Gruppen im Industriegebiet Zwickau.

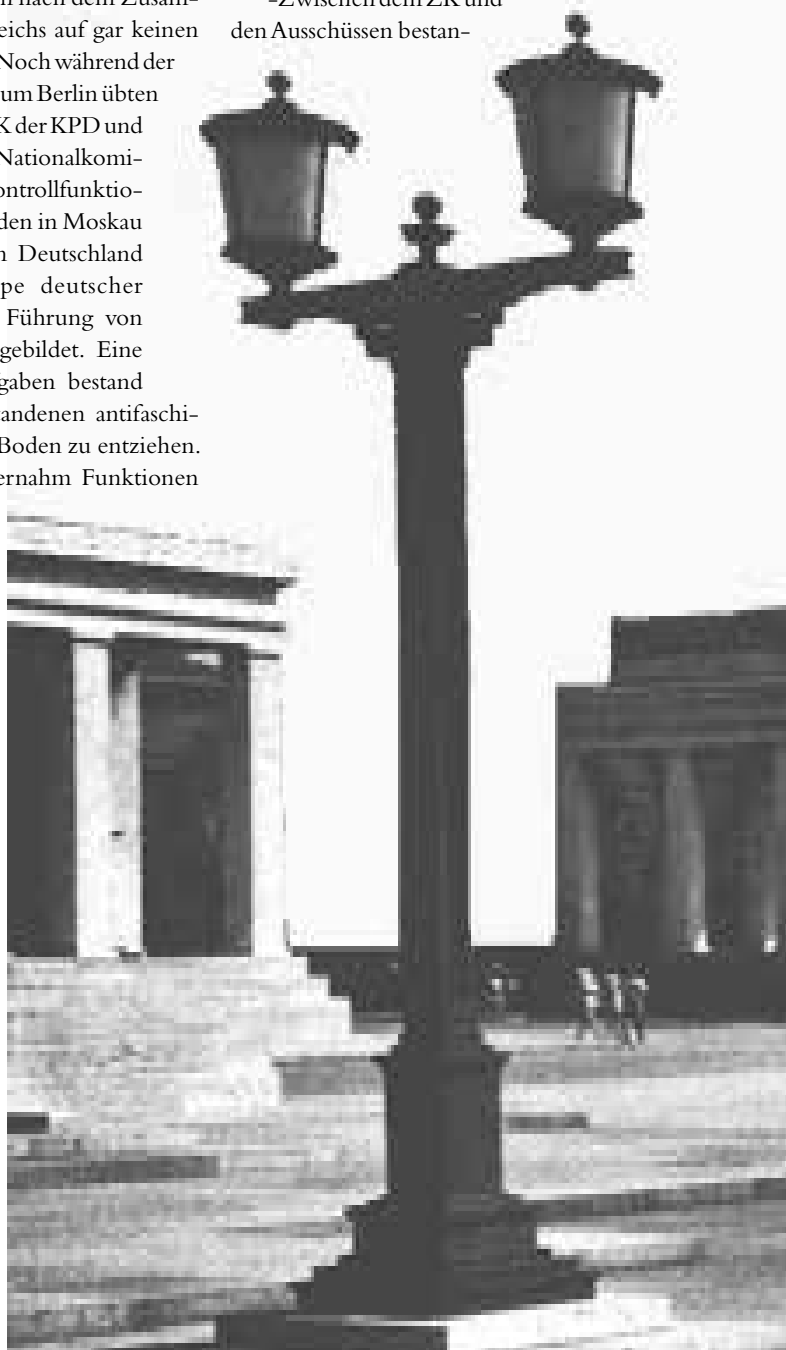
Die KPD-Führung betrachtete die spontan entstandenen, von ihr nicht kontrollierten, Antifa-

Ausschüsse und -Komitees mit erheblichen Mißtrauen und drängte auf ihre Eliminierung. Bereits im April 1945 waren die Politischen Hauptverwaltungen der Roten Armee und der KPD in erster Linie darauf bedacht gewesen, daß sich in Deutschland neue politische und gesellschaftliche Strukturen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs auf gar keinen Fall spontan entwickelten. Noch während der letzten Kampfhandlungen um Berlin übten einzelne Beauftragte des ZK der KPD und die Frontbeauftragten des Nationalkomitees Freies Deutschland Kontrollfunktionen aus. Gleichzeitig wurden in Moskau Kader auf die Arbeit in Deutschland vorbereitet. Eine Gruppe deutscher Kommunisten unter der Führung von Walter Ulbricht wurde gebildet. Eine ihrer vordringlichen Aufgaben bestand darin, allen spontan entstandenen antifaschistischen Ausschüssen den Boden zu entziehen. Ein Teil dieser Kader übernahm Funktionen in der Stadt für längere Zeit, während andere beauftragt wurden, in den kleinen Städten und Gemeinden des betreffenden Kreises bei der Schaffung der Gemeindeverwaltungen zu helfen bzw. zu kontrollieren, ob die geschaffenen Gemeindeverwaltungen aus zuverlässigen Antifaschisten bestehen und wirklich im Sinne der Richtlinien arbeiten.

Doch die meisten Mitglieder von Antifa-Ausschüssen weigerten sich kategorisch, ihre Organisationen aufzugeben. Von einer

Aufhebung ihrer schon in der Illegalität und Halblegalität entstandenen Gruppen konnte für sie keine Rede sein. Für die ablehnende Haltung, die das ZK der KPD gegenüber den Antifa-Ausschüssen insgesamt einnahm, waren wohl vor allem zwei Gründe ausschlaggebend:

-Zwischen dem ZK und den Ausschüssen bestan-



den zum Teil erhebliche Differenzen über den Charakter der in der SBZ zu vollziehenden sozialen Umwälzung.

- Das vom ZK entwickelte Konzept für den Aufbau neuer Staatsstrukturen stützte sich vor allem auf ein zu schaffendes Bündnis der neu- bzw. wiederentstandenen Parteien, was teilweise im Widerspruch zu den

Ausschüssen als einer wesentlich spontanen, überparteilichen Bewegung stand.

Die im Aufruf des ZK niedergelegten Konzeptionen stießen auf erheblichen Widerstand gerade bei vielen Kommunisten in den Antifa-Ausschüssen. Das durch die faschistische Diktatur erzwungene Exil der meisten kommunistischen Parteiführer hatte eine einheitliche

Programmmatische Linie der gesamten Partei kaum möglich werden lassen und so hatten sich unter den Illegalen teilweise Vorstellungen herausgebildet, die mit denen des ZK nicht übereinstimmten und kollidierten. Diese Parteikader sahen sich unmittelbar nach der Befreiung mit dem Vorwurf des „Sektierertums“ konfrontiert. In einem Bericht von Anton Ackermann heißt es: „Meistens galt es 'linke Überspitzungen' zu korrigieren. So in der Stadt Meißen, wo wir einen kompletten Rat der Volkskommissare

vorfanden. Der Genosse Mücke, der dann längere Zeit als Bürgermeister tätig war (...) wollte zunächst nicht einsehen, was politisch notwendig war. Aber es half nichts. Auch in Meißen mußten die Genossen unsere Argumente anerkennen und sich auf die Linie der Partei begeben.“ /1/

Wie stark diese als „linke Über-



spitzungen“ bezeichneten Ansichten in großen Teilen der KPD vertreten waren, geht aus einem Brief von Walter Ulbricht hervor, den er im Mai 1945 an Wilhelm Pieck in Moskau schrieb: „Wir müssen uns Rechenschaft ablegen darüber, daß die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist, und daß möglichst bald die Zusammensetzung der Partei geändert werden muß durch die die Hereinnahme aktiver Antifaschisten, die sich in der Arbeit bewähren.“ /2/

Die KPD-Führung drängte verstärkt auf die Umsetzung ihrer Konzepte und somit auf eine rasche Auflösung der Antifa-Ausschüsse. In einem Brief an Georgi Dimitroff schreibt Ulbricht: Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung 'Freies Deutschland' und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben die Büros geschlossen und den Genossen klargemacht, daß jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Stadtverwaltungen konzentriert werden müssen. Die Mitglieder der Ausschüsse müssen ebenfalls zur Arbeit in die Stadtverwaltungen übergeführt und die Ausschüsse selbst liquidiert werden.“ /3/

Diese Überführung bereitete aber offensichtlich Schwierigkeiten, da viele ihre Arbeit in den Ausschüssen nicht aufgeben wollten. Noch Ende Juni 1945 sah sich Ulbricht bei einer Instruktion der KPD-Führung Berlin/Brandenburg genötigt, die andauernde „Rummurkserei mit der Antifa“ zu kritisieren. Er erklärte: „Wir sind nicht für solche Organe. Wenn die Partei eine richtige Politik betreibt, dann bleibt für antifaschistische Sekten kein Platz mehr.“ /4/

Der Aufbau erster neuer Verwaltungen und die Konsolidierung der KPD bedeutete dann auch das Ende der Antifa - Ausschüsse. Sie wurden 1948 endgültig zerschlagen.

Die Bildung der Verwaltungsorgane in der SBZ wurde dann im wesentlichen durch die jeweiligen Organisationsebenen der Blockparteien vollzogen. Die Bestätigung der Bürgermeister erfolgte durch den Militärkommandanten bzw. durch die Sowjetische Militäradministration.

Die verschiedenen antifaschistischen Organisationen, Komitees und Ausschüsse, als direkte Nachfolger der deutschen Widerstandsbewegung verkörperten das Potential, auf das sich eine echte antifaschistische Umwälzung hätte stützen können. Zudem hatte die Bewegung mit dem Einmarsch der alliierten Streitkräfte tatsächlich Massencharakter angenommen. Insofern war die Haltung der KPD-Führung gegenüber den Ausschüssen, die faktisch auf ein Abwürgen dieser Bewegung zielte, nicht geeignet, die selbständige Initiative der Menschen in der SBZ zu fördern und ihr antifaschistisches Potential zu entwickeln.

Quellen:

1 Staat und Recht, Nr. 5/65, S.674

2 W. Ulbricht, Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin (DDR) 1966, S.205

3 W. Ulbricht, Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin (DDR) 1966, S.417

4 W. Ulbricht, Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin (DDR) 1966, S.233

Vom Kampf gegen den „Kosmopolitismus“ zum Kampf gegen den „Aggressorstaat“

Thomas Leusink

Dieser Beitrag soll sich mit dem Antizionismus und Antisemitismus in der DDR beschäftigen. Dabei scheinen, gerade wegen der Abwehrreaktionen, die insbesondere Vertreter der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS bei der Behandlung von Tabu-Themen zeigen (z.B. in der Tageszeitung junge welt vom 25. u. 26.09.1998), einige Vorbemerkungen notwendig. Viele von uns erinnern sich ganz bestimmt noch gut an ein Argument der SED-Dogmatiker, mit dem sie versuchten, Kritik zu unterdrücken: Kritik, erst recht veröffentlichte, und Diskussionen arbeiten dem Klassenfeind in die Hände und können deshalb nicht zugelassen werden.

Auf der einen Seite stehen die unermüdlichen Bemühungen des Staates BRD und seiner Beamten, die DDR zu delegitimieren. Das hat verschiedene Gründe, denen jetzt und hier nicht nachgegangen werden soll. Klar ist jedoch, daß die ideologische These vom Totalitarismus eine analytische, folglich differenzierende Auseinandersetzung mit Geschichte verhindert. Wenn beispielsweise die beauftragte Behörde für die Stasiunterlagen neue Erkenntnisse veröffentlicht, so z.B.: „Hundertere rechtsextreme Delikte in der Nationalen Volksarmee“ (Tageszeitung Tagesspiegel vom 24.09.1998), geht es ihr kaum um „Aufklärung“, sondern es geht ihr darum, die Medienmaschine zu festgelegten Zeiten mit vorsortierten Meldungen anzutreiben.

Auf der anderen Seite sind wir sicher, daß es unbedingt notwendig ist, sich mit bestimmten, für den einen oder die andere unangenehmen Themen kritisch auseinanderzusetzen.

Auf der anderen Seite sind wir sicher, daß es unbedingt notwendig ist, sich mit bestimmten, für den einen oder die andere unangenehmen Themen kritisch auseinanderzusetzen. Wir brauchen diese Auseinandersetzung mit Fehlern und Schwächen der linken Bewegung, um uns letztlich selbst zu stärken.

Neuanfang

1946/47 und in den folgenden Jahren kehrten einige tausend Juden aus unterschiedlichen Gründen nach Deutschland zurück, ein Teil davon aus politischen Motiven in die Sowjetische Besatzungszone.

Z.B. Romy Silberman: „Wir baten sofort nach Kriegsende darum, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen, und zwar bei der sowjetischen Besatzungsmacht, denn für uns kam nur ein sozialistisches Deutschland in Frage ... Ich glaubte als Deutsche, als Kommunistin, als Humanistin, daß dort in Berlin mein Platz war. Ich dankte ... Palästina und dem jungen Staat Israel, daß sie mir die Möglichkeit zum Überleben gegeben hatten. Ich beschloß, so schnell wie möglich nach Berlin zurückzukehren ... Ich kam nicht zurück, weil ich verzeihen wollte ... ich wollte meinen Teil dazu beitragen, ein anderes Deutschland erstehen zu lassen. Das Deutschland, für das ich erzogen worden war.“ /1/

1947/48 gab es seitens der „Ordnungskräfte“ widersprüchliche Reaktionen darauf: Teilweise

wurde keine Einreise gewährt, teilweise der Arbeitsort und der Wohnort zugewiesen und mit Auflagen versehen. Diese Reaktionen hatten zum überwiegenden Teil keine antisemitische Grundlage, ursächlich war das generelle Mißtrauen gegenüber denen, die im Westen (d.h. alle Länder außer der Sowjetunion) in der Emigration waren.

Am 04.05.1948 wurde der Staat Israel gegründet. Am 14.05. wurde die Unabhängigkeits-Proklamation veröffentlicht (zeitgleich begann der erste Israelisch-Arabische Krieg). Auch in der Jüdischen Gemeinde Dresden fand zur Staatsgründung eine Feierstunde statt, bei der auch Vertreter der Landesleitung der SED zur Gratulation anwesend waren.

Am 12. Juni 1948 gab die Presseabteilung des ZK der SED eine Information heraus, die die damalige pro-israelische Einstellung der sowjetischen Regierung verdeutlicht, unter deren Einfluß sie stand:

Information der Abt. Werbung u. Presse des ZK der SED am 12. Juni 1948:

„Im Kampfe um Palästina stoßen gewaltige Interessen des angloamerikanischen Imperialismus zusammen ... Die jüdische werktätige Bevölkerung kämpft um ihre Heimstätte.... Der Kampf der jüdischen Werktätigen in Palästina ist ein fortschrittlicher Kampf. Er richtet sich nicht gegen die werktätigen Massen der Araber, sondern gegen deren Bedrücker. Er findet die Unterstützung der Sowjetunion und der gesamten fortschrittlichen Menschheit.“

Auch am 8. Mai hatte der SED-Pressedienst eine projüdische Meldung zu den militärischen Auseinandersetzungen veröffentlicht:

Meldung des SED-Pressedienstes vom 8. Mai 1948: „Die Jewish Agency und die Haganah (jüdische Selbstverteidigung) ließen sich jedoch von dem hinterhältigen Verhalten der USA-

Imperialisten nicht beirren. Seit Monaten waren bereits heftige Kämpfe zwischen den Kräften der Haganah und der Arabischen Legion im Gange, die weitere 2.400 Todesopfer u. 5.100 Verletzte kosteten. Der Jewish Agency und der Haganah blieb infolgedessen keine andere Alternative, als entweder vor der Arabischen Legion, die vorwiegend aus faschistischen Elementen zahlreicher Nationalitäten zusammengesetzt ist und die zum Teil unter der Führung von deutschen SS-Leuten der Rommel-Armee steht, zu kapitulieren oder alles daran zu setzen, um die Teilung Palästinas und damit den Beschluß [der UNO - T.L.] aus eigener Kraft durchzuführen ... Es kam nun darauf an, dieses Land auch zu halten.“

Für kurze Zeit hatte die Sowjetunion mit der Rede von Andrej Gromyko im November 1947 vor der UNO die alte antizionistische Kominternlinie aufgegeben. Im Herbst 1948 allerdings schwenkte sie wiederum auf diese alte Linie ein. Dies hatte innen- wie außenpolitische Gründe. Die SED folgte diesem alten Kurs bis 1989: „Unter bewußter Mißachtung der von der UN beschlossenen Regelung des Palästina-Problems wurde 1948 durch einen Gewaltakt das künstliche Staatsgebilde Israel geschaffen.“ /2/

Die SED sah sich in der Tradition der Arbeiterbewegung, in der die Aufhebung des Klassenwiderspruches sozusagen wie von selbst die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus erledigt, da dieser dann „mit der Wurzel ausgerottet“ sei und alle Menschen zu gleichberechtigten Gesellschaftsmitgliedern werden.

Der vorbereitete Prozeß

Bereits 1950 setzten die ersten „Säuberungen“ in der DDR ein, nachdem in ganz Osteuropa eine von Stalin und seinen Getreuen inszenierte Prozeßwelle angelaufen war. Beginnend in

Albanien, dann in Bulgarien, anschließend in Ungarn, hatten Schauprozesse gegen „Agenten und Saboteure“ stattgefunden. Von der ersten Welle betroffen waren in der DDR vor allem Juden. Sie wurden aus der SED ausgeschlossen und/oder verloren ihre Arbeit und/oder ihre Funktionen, z.B.: Bruno Goldhammer (früher KPD-Funktionär, Intendant des Berliner Rundfunks), Leo Bauer (Chefredakteur beim Deutschlandsender), Lex Ende (ehemal. Chefredakteur des ND), Rudolf Feistmann (Redakteur Außenpolitik des ND), Alexander Abusch, Wolfgang Langhoff, Jürgen Kuczynski und viele andere jüdische Kommunisten.

Schon im Zusammenhang mit den Überprüfungen der Parteikontrollkommissionen im Frühjahr 1950 wurde bei den Westemigranten gesondert die jüdische Herkunft vermerkt. Im Januar 1952 wurde die SED-Führung durch die Sowjetische Kontrollkommission (SKKD) aufgefordert, alle Juden zu registrieren und Erich Mielke als damaliger Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit angehalten, eine solche Kartei anlegen zu lassen. /3/4/ Der Staat verfügte auch über Gemeindemitgliedlisten. /5/ Diese Unterlagen konnten dann

genutzt werden, als es 1952/53 darum ging, Juden und Emigranten, die aus „westlichen“ Ländern zurückgekehrt waren, u.a. mit dem „Kosmopolitismus“-Vorwurf zu Parteifeinden zu erklären.

Meyers Neues Lexikon, VEB Bibliograph. Institut Leipzig, 1963: „Kosmopolit: 1. im 18. Jh. aufgekommener Begriff für „Weltbürger“ im Sinne der Aufklärung; heute unter Bedeutungswandel Anhänger des Kosmopolitismus. - 2. *Pflanzen- und Tiergeographie* auf der ganzen Erde, an zusagenden Standorten, verbreitete Art; ökologisch sehr anpassungsfähig ... Kosmopolitismus: 1. unwissenschaftliche, äußerst reaktionäre Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie, die in verschiedenen Spielarten auftritt. Der K. verlangt den Verzicht auf das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, auf staatliche Unabhängigkeit und Souveränität ... Er wird bes. vom amerikanischen ... Imperialismus propagiert, deren Expansionsbestrebungen er apologetisch mit „allgemein menschlichen Interessen“ zu verschleiern sucht. Der K. ist eine demagogische, historisch unwahre Kritik der angeblich „überlebten“ und „egoistischen“ Ideen der nationalen Souverä-



nität ... Die Kehrseite des K. ist der bürgerliche Nationalismus. K. und Nationalismus sind dem proletarisch-sozialistischen Internationalismus und Patriotismus völlig entgegengesetzt ... 2. Vorkommen einer Pflanz- oder Tierart auf der ganzen Erde ...“.

Meiner Meinung wurde das Wort „Kosmopolit“ als Synonym für Jude benutzt. So wurde der Kosmopolitismus zur verwerflichen Ideologie, derer sich vor allem Juden bedienten!

Bereits 1948 wurde das im Jahre 1942 gegründete „Jüdische Antifaschistische Komitee“ in der Sowjetunion aufgelöst, seine Mitglieder Anfang 1949 verhaftet und 15 von ihnen im Juli 1952 hingerichtet.

Vom 20. – 27. November 1952 fand in Prag der „Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slansky an der Spitze“ statt, von den 14 Angeklagten waren 11 Juden. Sie wurden angeklagt des Hochverrats, der Spionage, Sabotage und des Militärverrats, und wurden „als trozkistisch-titoistische, zionistische, bürgerlich-nationalistische Verräter“ bezeichnet. Sie gehörten fast alle der Partei- und Staatsführung an. Sie waren bereits 1951 verhaftet worden, drei bekamen lebenslänglich, die anderen wurden hingerichtet. (1963 wurden die Urteile aufgehoben.)

Im Dezember 1952 hielt Klement Gottwald (Rückkehrer aus dem sowjetischen Exil, Vorsitzender der KPC und Staatspräsident) ein Referat zum Slansky-Prozeß. Darin glaubte er noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen zu müssen, daß die „Entlarvung“ und „Ausmerzung“ der „imperialistischen Agentur“ des Zionismus in der CSR nichts mit Antisemitismus oder Rassenwahn gegen Juden zu tun hat. /6/ Es wurde versucht, den Unterschied deutlich zu machen. /7/

Um sich gegen den Antisemitismus-Vorwurf zu schützen, bemühte man sich, auch unterstützende Statements von Juden einzuholen, ein auch in der Bundesrepublik nicht unübliches Verfahren.

Schreiben der Abteilung Propaganda der Leipziger Volkszeitung an Helmut Looser vom 10. Dezember 1952: „Werter Genosse Looser [Helmut Salo Looser war Vorsitzender der Leipziger Gemeinde-T.L.] ... Wir halten es im Zusammenhang mit dem Slansky-Prozeß für wichtig, wenn eine leitende Persönlichkeit der jüdischen Gemeinde zur Frage des angeblichen „Antisemitismus“ in der CSR Stellung nimmt und bitten Dich, für uns einen entsprechenden Artikel zu schreiben. Die Linie des Artikels findest Du in dem beiliegenden Artikel aus dem Pressedienst. ... Es kommt vor allem darauf an, die Agenten Israels, die Agenten des internationalen Zionismus und die Lüge vom „Antisemitismus“ in der CSR zu entlarven. Man muß nachweisen, daß die Zerschlagung der Slansky-Bande kein antisemitischer Akt, sondern im Gegenteil ein Schlag gegen die amerikanischen Rasse- und Pogromhetzer war. Ein Sieg der Slansky-Bande hätte die Errichtung des Faschismus in der CSR bedeutet ...“ usw. /3/ Looser übrigens zog der Loyalität gegenüber Staat und Partei und seiner möglichen Verhaftung die Flucht in den Westen vor.

Drei Wochen nach dem Prozeß in Prag veröffentlichte das ZK der SED die „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“. (Das Gerichtsprotokoll erschien Anfang 1953 in deutscher Übersetzung in großer Auflage /8/9/.) Eine der Lehren war, Juden als Angestellte von Stadt- und Bezirksverwaltungen zu entlassen, nicht weil sie Juden waren, aber weil sie möglicherweise zionistische Agenten waren.

Zur Vorbereitung von Verhaftungen in der DDR wurden die Kaderunterlagen der „Genossen jüdischer Abstammung“ überprüft. /3/4/ Es

fanden Hausdurchsuchungen in den Räumen jüdischer Gemeinden und bei Personen statt, gegen die offensichtlich die Absicht bestand, Prozesse zu führen. Vorsitzende der Gemeinden wurden verhört und mehrere Juden zur Vorbereitung eines entsprechenden Prozesses in der DDR verhaftet z.B.: Bruno Goldhammer, Hans Schrecker (Vorsitzender der Nationalen Front in Sachsen), Leon Löwenkopf (früher Funktionär in der SPD, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Dresden und Präsident der Sächsischen Notenbank).

Zahlreiche Politiker flüchteten nach ersten Verhören, um Verhaftungen vorzukommen, z.B. Leo Zuckermann (zeitweilig als Staatssekretär Chef der Kanzlei des Präsidenten W. Pieck), Julius Meyer (Vorsitzender des Verbandes der jüdischen Gemeinden, Volkskammerabgeordneter, VVN-Mitglied) mit ihnen auch die meisten Gemeindevorsitzenden. Sie wurden nachträglich aus der VVN ausgeschlossen und zu zionistischen Agenten und Verrätern erklärt. Paul Merker, Nichtjude, wurde wegen seiner Forderung nach „Wiedergutmachung“ als „Subjekt der US-Finanzoligarchie“ beschimpft. 1918 USPD-, 1920 KPD-Mitglied, 1926 ZK-, 1928 Politbüro-Mitglied, war Merker 1946 aus dem mexikanischen Exil zurückgekehrt, wurde Mitglied des ZK und des Politbüros der SED, 1950 aus der SED ausgeschlossen, 1952 verhaftet und in einem Geheimprozeß erst im März 1955 (!) verurteilt (1956 entlassen und rehabilitiert).

Beschluß des ZK der SED zu Paul Merker:

„Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß Merker ein Subjekt der USA-Finanzoligarchie ist, der die Entschädigung jüdischen Vermögens nur forderte, um dem USA-Finanzkapital das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Das ist die wahre Ursache seines Zionismus.“

Merker habe auch die Haltung des kleinbürgerlich-opportunistischen „Bund“ vertreten,

der statt der Assimilation der Juden ihre national-kulturelle Autonomie forderte. Auf die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten, Bundisten u. Zionisten soll hier nicht eingegangen werden.

Unter Zionismus verstanden die DDR-Propagandisten eine national-chauvinistische Ideologie der jüdischen Bourgeoisie. Er sei eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung. Er habe die reaktionäre Idee von der jüdischen Gemeinschaft entwickelt, die die Klassenfrage ignorierte, um das jüdische Proletariat vom revolutionärem Klassenkampf abzulenken und die Lösung der sog. Judenfrage in der Schaffung eines jüdischen Nationalstaates zu sehen. Natürlich konnte eine differenzierte Darstellung der unterschiedlichen Strömungen des Zionismus, auch des sozialistischen Zionismus, nicht erfolgen, da es mit Ideologie nicht zu vereinbaren ist, differenzierte Auffassungen über politische Gegenstände zu entwickeln.

Am 13. Januar 1953 meldete die Prawda: „Agenten der internationalen bürgerlich-nationalistischen jüdischen Organisation 'Joint', die vom amerikanischen Nachrichtendienst gegründet worden ist ... abscheuliche Spione und Mörder in der Maske von Professoren und Ärzten ... hatten sich zum Ziel gesetzt ... das Leben aktiver öffentlicher Persönlichkeiten der Sowjetunion zu verkürzen.“ In dem sich anbahnenden neuen Prozeß wurde ein Vorspiel zu neuen massiven Säuberungen gesehen. /10/11/12/

Nicht nur die russischen Juden lebten in Angst. Es lag in der Luft, daß die DDR hinter dem ideologischen Vorbild nicht zurückbleiben wollte. Es gab zahlreiche Verhöre. Es setzte eine große Fluchtbewegung ins Ausland ein, so daß von ungefähr 5.000 Juden (1947) nur ca. 1.500 übrig blieben /13/ (abweichende Zahlenangaben: 900 Juden, von ca. 2.600 Gemeindegliedern, verließen die DDR). Juden, die z.T.

bei ihrer Rückkehr bewußt die Sowjetische Besatzungszone gewählt hatten.

Im März 1953 starb Stalin und wenig später kam aus Moskau die Weisung zur Einstellung der Repression. Da aber viele Juden die DDR bereits verlassen hatten, sollten die Gemeinden sich davon nicht mehr erholen.

Wie in den anderen Ländern Osteuropas ging es bei den Prozessen darum, eigene Machtpositionen zu festigen und kritische Stimmen einzuschüchtern oder auszuschalten.

Anfang 1956 fand der XX. Parteitag der KPdSU statt, mit Stalin und dem Stalinismus wurde sich zeitweilig kritisch auseinandergesetzt. Im Zusammenhang mit den Prozessen wurde in der Sowjetunion von offizieller Seite von „antijüdischen Handlungen“ gesprochen./15/

Juden blieben in der DDR unter Beobachtung, da sie offensichtlich einen Unsicherheitsfaktor für den Staat und einige seiner Funktionäre darstellten; die Begründung war, sie seien sozial nicht mit der Arbeiterklasse verbunden, da sie zumeist kleinbürgerlichen Schichten entstammten, sie hätten überall im Westen Verwandte und Bekannte und bildeten daher für den Klassengegner sehr geeignete Ansatzpunkte./4/

„Schade um jede Mark“ – die Ablehnung von „Wiedergutmachung“

Nur im Land Thüringen wurde im September 1945 ein „Wiedergutmachungsgesetz“ verabschiedet. Die anderen Länder der Sowjetischen Besatzungszone folgten Thüringen nicht. Eine Übernahme in die DDR-Gesetzgebung fand 1949 nicht statt. Selbst Siegbert Kahn, der 1948 eine kleine Schrift veröffentlichte /14/, aus der später immer wieder gern zitiert wurde (sozusagen die Parteirichtlinie, wenn es um Antisemitismus ging), hatte die Wiedergutmachung für die

an den Juden begangenen Verbrechen gefordert. Ulbricht dagegen soll gesagt haben: Da die Opfer des Faschismus die entscheidenden Träger dieses Staates sind, wäre es doch lächerlich, wenn sie sich selbst eine Wiedergutmachung zahlen wollten. Und die Juden? Nun, wir waren immer gegen die jüdischen Kapitalisten genauso wie gegen die nichtjüdischen. Und wenn Hitler sie nicht enteignet hätte, so hätten wir es nach der Machtergreifung getan.

Bei der „Wiedergutmachung“ ging es eigentlich um Restitution, Reparation, materielle Entschädigung für geraubtes („arisiertes“) Eigentum. Manche verstanden darunter irrtümlich „Wiedergutmachung“ für Mord und Folter, physisches und psychisches Leid.

Die SED sah die DDR als antifaschistischen Staat nicht in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches, für „Wiedergutmachung“ empfand sie deshalb keine Verpflichtung. Zudem würde den in der DDR lebenden ehemals verfolgten Juden Hilfe und Unterstützung gewährt. In anderem Zusammenhang erklärte sie, die DDR hätte die ihr von den Alliierten auferlegten Reparationen abgeleistet. Natürlich ein Widerspruch: Warum sollte man Reparationen zahlen, wenn die eigene Bevölkerung mit der Vergangenheit, den Verbrechen des NS-Staates nichts zu tun hat? Die Mitläufer und Faschisten hatte man längst alle (ideologisch) nach Westdeutschland geschickt, wenn sie nicht selbst schon geflüchtet waren. Die 16 Millionen in der DDR brauchten sich diesbezüglich keine Fragen mehr zu stellen, sie hatten in der Mehrheit das Identifikationsangebot angenommen und so schon immer zu den Gegnern des faschistischen Systems gehört. Der Faschismus war im DDR-Geschichtsbild das Werk „der reaktionärsten und aggressivsten Teile des deutschen Finanzkapitals“, diese hatten deshalb ausschließlich die Verantwortung zu tragen. Die Arbeiterklasse war unterdrückt und terrorisiert, daß deutsche Volk mißbraucht,

verführt, belogen und betrogen worden, sozusagen Opfer des Nationalsozialismus. So war die deutsche Bevölkerung der DDR von Verantwortung für die NS-Verbrechen und der Auseinandersetzung mit dieser ausgenommen.

Im Jahr 1976 wollte das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer bedürftigen US-Bürgern jüdischen Glaubens, die vom Naziregime verfolgt wurden, aus humanitären Gründen eine einmalige finanzielle Unterstützung gewähren. Dabei handelte es sich insgesamt um eine Million Dollar. Die „Conference on Jewish Claims against Germany“ lehnte ab. (Die Bundesrepublik soll bis zu diesem Zeitpunkt ca. 25 Milliarden Dollar gezahlt haben.) Die DDR hatte mit dem Angebot jedoch zum erstenmal auch ihre Verantwortung für eine „Wiedergutmachung“ anerkannt.

In den 50er und 60er Jahren wurde immer gegen die Zahlungen der Bundesrepublik polemisiert, sie wurden als versteckte Militärhilfe für Israel, als Unterstützung für die Aggressoren dargestellt, insbesondere gegenüber den arabischen Staaten. Mitte der 60er Jahre warb die DDR vehement um die arabischen Staaten und ihre Staatsmänner. Mit deren Hilfe sollte es gelingen, die Hallstein-Doktrin (automatischer Abbruch diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Staaten, die die DDR anerkennen) zu durchbrechen, um eine wachsende internationale Anerkennung zu erreichen. Ende der 60er Jahre begannen tatsächlich die Anerkennung der DDR und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Gern übernahm die staatliche Nachrichtenagentur ADN Meldungen aus arabischen Quellen. So fanden sich unzählige kommentarlose Meldungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Z.B. forderte im „Horizont“, der außenpolitischen Zeitung der SED, 1969 der Präsident der Republik Irak (Ahmed Hassan Al Bakr)

die „Ausrottung des bösartigen zionistischen Tumors mit seinen Wurzeln“. Unkommentierte antizionistische Propaganda nährte so erneut antisemitische Ressentiments und Vorurteile. Den Zionisten und Israel widmete sich der Propagandaapparat dabei intensiver und häufiger, als „anderen imperialistischen Staaten“.

So stellte Nahum Goldmann (1938 bis 1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) 1976 in einem Gespräch fest: „Von allen kommunistischen Staaten verhält sich die DDR zweifellos am feindseligsten gegenüber Israel, und ihre Presse ist überaus aggressiv.“ /15/

Die Gemeinden und ihre Vertreter haben sich immer geweigert, Israel öffentlich zu verurteilen. Die Antizionisten haben in ihrer Neigung zur Vereinfachung nie begriffen, daß dies nicht einschloß, die Politik Israels gegenüber den Palästinensern unkritisch zu sehen. Wie mit widerständigen Juden umgegangen wurde, die gegen die immer schamlosere antiisraelische Propaganda auftraten, beschreibt Peter Maser am Beispiel von Eugen Gollomb, einem „verdienten Kämpfer gegen den Faschismus“, Auschwitzhäftling, Partisan und Offizier in der polnischen Volksarmee, Vorsitzender der Leipziger Gemeinde von 1967-1988. /16/

Antisemitismus - Ja und Nein

Natürlich fand man auch immer Juden, die die Ansichten von SED und Politbüro praktisch jüdisch bekräftigten und die gleichen Argumentationslinien vertraten. Die Aussage, es gebe keinen Antisemitismus, weil er „in der DDR mit seinen ökonomischen Wurzeln ausgerottet worden“ sei, wurde jedoch nicht dadurch wahrer, daß sie ein Jude aussprach. Mit der Zunahme antisemitischer Vorfälle wurden auch ehemals staatsloyale oder eher zurückhaltende Gemeindemitglieder und Nichtmitglieder in ihrer Kritik in den späten 70er und vor allem

in den 80er Jahren immer deutlicher.

Während Peter Kirchner (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde von Ostberlin) 1974 in einem Interview sagte, daß Juden in der DDR in einer Gesellschaft leben, in der Antisemitismus ausgerottet ist /17/, mußte er 1985 in einem Interview feststellen: „...daß auch wir nicht mehr herum können, die hautnahe Verwandtschaft dieser antiisraelischen Einstellung zum traditionellen Antijudaismus festzustellen. Wenn ein heranwachsender Jugendlicher fast täglich - aus politischen Gründen - mit negativen

verständlich nicht in den Medien berichtet. Beispielsweise seien hier die gelegentlichen Friedhofsverwüstungen genannt: Zittau 1947, Berlin 1953, Berlin 1971, Dresden 1973, Zittau 1974, Potsdam 1975, Dresden 1977, Berlin 1977, 1978, 1988 - eine mit Sicherheit unvollständige Aufzählung. Allerdings sind diese Beschädigungen und Schmierereien im Vergleich zu der Vielzahl der antisemitischen Ausfälle in der Bundesrepublik in ihrer Zahl fast unbedeutend. Es protestierten jedoch auch hier, wie in der Bundesrepublik, fast immer zuerst die Juden, als sei der Antisemitismus nicht vor allem eine



Daten über die israelischen Juden gefüttert wird, kann er kaum umhin, diese negative Zeichnung auch auf die Juden in seiner Umgebung zu übertragen. Wir haben diese Befürchtungen auch gerade jetzt wieder dem Staatssekretär für Kirchenfragen mit Nachdruck vorgetragen und die Bitte geäußert, den historisch-kulturellen Anteil der Juden an der deutschen Geschichte besser hervorzuheben, um ein objektiveres Bild von den Juden zu vermitteln.“ /18/

Über antisemitische Vorfälle wurde selbst-

Angelegenheit der Nichtjuden. In der SED-Bezirks-„Berliner Zeitung“ tauchte in Jahresabständen immer mal wieder ein karierter Jude - im Dezember 1985 ganz in Stürmermanier mit Hakennase - auf, als israelischer Siedler oder Soldat in den besetzten Gebieten. Den Protesten folgten Entschuldigungen. Die Konsequenzen für den Karikaturisten oder Journalisten, den Hakenkreuz- und „Jude verrecke“-Schmierer, waren, wenn sie überhaupt öffentlich wurden und zur Anzeige kamen, meist formal-bürokratischer und repressiver, also auch strafrechtlicher

Art. Kam es sogar zu Prozessen, war man in den Urteilen nicht zimperlich. Verharmlosung, Verleugnung und Verdrängung der antisemitischen Potentiale beförderten jedoch nicht die Auseinandersetzung und Veränderungen. Die Unterdrückung von Informationen mußte einfach zu einer falschen Realitätswahrnehmung und zu „falschem Bewußtsein“ führen.

Jochanaan Christoph Trilse-Finkelstein berichtet, wie seit dem 9. November 1978, dem 40. Jahrestag der Pogromnacht, bei seiner Mutter, bis zu ihrem Tode 1985, jedes Jahr in der Nacht zum 9. November die Scheiben ihrer Wohnung in Berlin-Lichtenberg eingeschlagen wurden. /19/

Peter Honigmann schildert, wie er 1979 von der Leitung der Akademie der Wissenschaften vor die Wahl gestellt wurde, seine Stelle an der Akademie zu behalten oder seinen geplanten Vortrag über „Einsteins jüdische Haltung“ vor der Berliner Gemeinde zu halten. /20/ Die Erscheinungsformen von Antisemitismus waren vielfältig und die Beispiele ließen sich auch durch eine Reihe weiterer persönlicher Erfahrungen fortsetzen.

Die andere Seite: Der Staat finanzierte einen Teil der Gemeindeverwaltungen, da die Gemeinden aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage waren. (Ende 1989 gab es nur noch ca. 300 Gemeindemitglieder - und nach Schätzungen, ca. 3.000 Juden, die nicht Mitglied einer Gemeinde waren.)

Die DDR hatte einige Synagogen instand setzen und ein Drittel der 130 jüdischen Friedhöfe unter Denkmalschutz stellen lassen und als sich Mario Offenberg von der kleinen Israelitischen Synagogen-Gemeinde Adass Jisroel im Jahr 1985 an Erich Honecker wandte und um Hilfe bat, da auf dem Gemeinde-Friedhof in Berlin-Weißensee von ca. 3.000 Grabsteinen nur noch 100 standen, der Rest umgeworfen

und zerschlagen worden war, gab Honecker umgehend die Anweisung ans Staatssekretariat für Kirchenfragen und den Rat des Stadtbezirkes Weißensee, bis 1986 die Rekonstruktion und Aufräumarbeiten durchzuführen.

Noch 1994 wundert sich eine ehemalige Mitarbeiterin für Staatspolitik in Kirchenfragen und ehemaliges SED-Mitglied, warum 1988 plötzlich so viele FDJ'ler auf jüdische Friedhöfe geschickt wurden. Sie kann sich das nicht erklären und glaubt, daß es darauf wohl keine Antwort mehr geben wird. Sie schreibt, daß im staatlichen Sprachgebrauch das Wort „Jude“ vermieden wurde, statt dessen von „jüdischen Mitbürgern“ und „Bürgern jüdischen Glaubens“ die Rede war. Das ist richtig, falsch aber ihre Begründung, das Wort „Jude“ sei ein Schimpfwort und deshalb vermieden worden, um niemanden zu verletzen. Noch weiterer lesenswerter Unsinn findet sich in ihrem Aufsatz /21/.

Nicht jede Kritik an der Politik Israels muß Antisemitismus befördert haben. Allerdings: Um Antisemitismus zu verhindern, wäre eine umfassende und differenzierende Information und Diskussion über Judentum und Israel nötig gewesen. Davon konnte jedoch keine Rede sein. Israel erschien immer im Negativ-Zusammenhang mit „Zionismus“, „Massenvertreibung der Araber und Palästinenser“, mit „Raub“, „der Annexion arabischer Gebiete“, „der israelischen Soldateska“, „israelischen Aggressoren“, „Israel, als gegen die Rechte des arabischen Volkes und dessen Kampfes für die Befreiung und Fortschritt gerichtete Speerspitze des Imperialismus“ usw. usf.

Genauso blieben auch Unterschiede und Differenzen zwischen den arabischen Staaten in den Medien der DDR fast vollständig ausgeblendet.

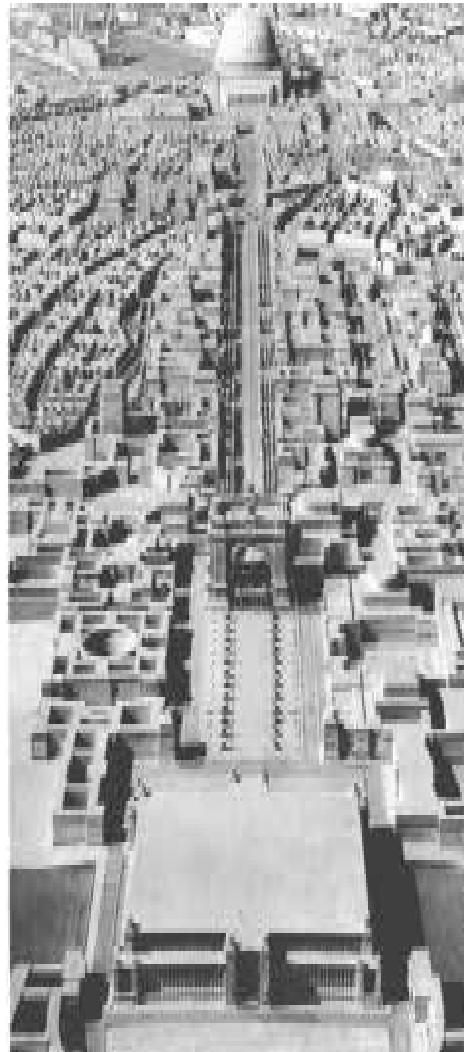
Beispiel einer Berichterstattung zur Erinne-

rung: Berliner Zeitung, Montag 02.05.1988: „Nach vorsichtigen Sondierungen zeichnete sich jetzt im Verhältnis zwischen Syrien und der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO eine Wende zum Besseren ab. [Vorher hatten wir durch die Zeitung nicht erfahren, daß es schlecht gestanden hatte – T.L.] ... Die PLO und Syrien sind unmittelbare Beteiligte des Nahost-Konflikts. Im Herangehen an seine Lösung besteht ein Teil ihrer Differenzen. Das sind komplizierte Probleme, und noch wurden nicht alle Reibungspunkte aus der Welt geschafft.“

Erst im Februar 1990 schrieb Oskar Fischer, Außenminister der DDR, in einem Brief an Ministerpräsident Hans Modrow: „... daß es auf dem Wege zur Herstellung diplomatischer Beziehungen für die DDR notwendig wird, eine neue Position zur Klärung jüdischer materieller Ansprüche zu erarbeiten“ und „Die Position der DDR zum Zionismus ist neu zu bestimmen.“ /3/

1953 wurde die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aufgelöst. Aus den Verfolgten wurden einerseits die (aktiven) Antifaschistischen Widerstandskämpfer (mit neu gebildetem Komitee) und andererseits die (passiven Juden als) „Opfer des Faschismus“.

Die Inschrift auf dem Gedenkstein für die Widerstandsgruppe Herbert Baum verweist auf Symptomatisches: Während der Stein, der 1981 auf den Platz vor dem Alten Museum (neben dem Berliner Dom) gestellt wurde, den Hinweis enthält, das es sich um Kommunisten im Widerstand handelte, die hier 1942 einen Anschlag auf die Propaganda- und Hetzausstellung „Das Sowjetparadies“ durchgeführt hatten, und es keinen Hinweis darauf gibt, daß es sich bei der Gruppe auch um eine jüdische Widerstandsgruppe handelte, können die Antikommunisten in der derzeitigen Großen Koalition des Berliner Senats bei der gerade



laufenden Umgestaltung des Platzes den Stein

gerade deshalb nicht wegbaggern, weil die Mitglieder der Baum-Gruppe Juden waren. Juden hatten auch in der DDR lediglich als beklagenswerte Opfer des Faschismus zu erscheinen, ihr Anteil am Widerstand wurde selten erwähnt. (Übrigens auch eine Gemeinsamkeit

beider deutscher Staaten.)

Antizionismus und Antisemitismus in der Linken ist ein Thema, welches eine eigenartige Erscheinungsform entwickelt hat. Es verschwindet für einige Zeit und kehrt dann mit einer Vehemenz und Ignoranz zurück, als hätte sein letztes Auftreten nicht eine sehr hart und emotional geführte politische Diskussion und Auseinandersetzung ausgelöst. Sie beginnt praktisch immer wieder am Ausgangspunkt der letzten Runde, also bei Null und ist deshalb so anstrengend. Tatsächlich erinnert auch dies an das Bild des Sysiphus.

So transportierte sowohl der Golfkrieg Anfang der 90er Jahre als auch die folgenden Debatten um die Positionen der Beteiligten und Unbeteiligten wieder einmal eruptionsartig antisemitische Einstellungen bei einem Teil der Friedensbewegung und der Linken an die Oberfläche. Vom ehemaligen Flottenadmiral i.R. Elmar Schmähling, 1982/83 Chef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), als Berufsoffizier einer der Militärexperten der Friedensbewegung der 80er Jahre, 1998 kurzzeitig PDS-Direktkandidat im umkämpften Wahlbezirk Mitte/Prenzlauer Berg (s. telegraph 2/98), stammen aus dieser Zeit folgende Worte: „Dieser Krieg ist nicht unser Krieg ... Für das Recht der USA, ihre 'neue Weltordnung' mit *alttestamentlicher* Rücksichtslosigkeit durchzubomben, und die Freiheit der *internationalen* Rüstungsgeschäftemacher, sich mit Hilfe einer korruptierten Politik vor, während und nach diesem Krieg eine goldene Nase zu verdienen, lassen sich diese Soldaten nicht verheizen.“ /22/ Der Satz provoziert antisemitische Assoziationen. Der deutsche Militär wendete sich hier nicht gegen deutsche Firmen, die deutsche Soldaten verheizen wollen.

Ich erinnere eine Diskussionsrunde mit Radikalen Linken, in der ein nichtzionistischer Jude aufgrund seiner Kritik am aufgetretenen Antisemitismus während des Golfkrieges im

nachhinein als Mossad-Agent diffamiert wurde. Solche paranoiden Vorwürfe wurden ja auch bei den schon beschriebenen Ereignissen der 50er Jahre aufgeboten. Vor allem jedoch liegt beiden Haltungen, der stalinistischen wie der „undogmatischen“, ein gemeinsamer Fehler zugrunde: die Stellung gegenüber Juden und der „jüdischen Frage“ wird von der Klassenfrage abhängig gemacht. Dies hat eine lange Tradition in der Geschichte der Arbeiterbewegung, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann (s. z.B. /23/24/25/26/). Diesbezügliche Ähnlichkeiten zwischen der dogmatisch-stalinistischen und der undogmatisch-Neuen Linken sind deshalb nicht zufällig /z.B. 27/.

In beiden deutschen Staaten wurden die Juden und der Umgang mit ihnen politisch und moralisch instrumentalisiert. In der Bundesrepublik unter anderem, um im Westen als demokratischer Rechtsstaat anerkannt zu werden, in der DDR als Beweis des Antifaschismus. Schließlich war der Antifaschismus ein wesentlicher Teil der politischen Legitimation des sozialistischen deutschen Staates. In der DDR verneigte sich keine Staats- und Parteiführung vor SS-Gräbern, neofaschistische Parteien und Gruppierungen konnten nicht legal agieren. Die Reduzierung aber des Faschismus auf seine sozialökonomischen Grundlagen verhinderte die Auseinandersetzung mit der Frage, warum die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung (inklusive der Arbeiterklasse!) die Nazis willig unterstützt hatte bzw. selbst Nazi geworden war.

Der Antizionismus diente einerseits der Entlastung von historischer Verantwortung und andererseits konnten sich in ihm antisemitische Einstellungen und Verhalten, Vorurteile und Stereotypen ausleben und erhalten.

Quellen:

- 1 Wegweiser durch das jüdische Berlin. Berlin, 1987.
- 2 MOHRMANN, Walter: Antisemitismus. Berlin, 1972.
- 3 TIMM, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Bonn, 1997.
- 4 GROEHLE, Olaf; KESSLER, Mario: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und der frühen DDR. Hefte zur ddr-geschichte Nr. 26. Berlin 1995.
- 5 BURGAUER, Erica: Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945. Reinbek, 1993.
- 6 NEUES DEUTSCHLAND, 18.12.1952.
- 7 NEUES DEUTSCHLAND, 06.12.1952.
- 8 Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky. In: Dokumente der SED. Bd. IV. Berlin, 1954.
- 9 PROZESS gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums mit Rudolf Slánský an der Spitze. Prag, 1953.
- 10 RAPOPORT, Louis: Hammer, Sichel, Davidstern. Berlin, 1992.
- 11 HODOS, Georg Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54. Berlin, 1990.
- 12 LONDON, Artur: Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky. Berlin, 1991. vgl. auch verschied. Lebensberichte u. Autobiographien z.B. BRANDT, Heinz: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Berlin, 1977. Oder: MAYER, HANS: Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen. Bd. II. Frankfurt a.M., 1984. Oder: ESCHWEGE, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Berlin, 1991.
- 13 DEUTSCHKRON, Inge: Israel und die Deutschen. Köln, 1970.
- 14 KAHN, Siegfert: Antisemitismus und Rassenhetze. Berlin, 1948.
- 15 GOLDMANN, Nahum: Das jüdische Paradox: Zionismus u. Judentum nach Hitler. Köln, 1978.
- 16 MASER, Peter: Juden und Jüdische Gemein-
- den in der DDR bis in das Jahr 1988. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 1991. 17 STANDPUNKT. (Ev. Monatszeitschrift) 2 (1974) 2.
- 18 American Jewish Yearbook, 1984.
- 19 WROBLEWSKY, Vincent von (Hg.): Zwischen Thora und Trabant. Berlin, 1993.
- 20 ARNDT, Siegfried Theodor u.a.: Juden in der DDR. Sachsenheim, 1988.
- 21 LIEBSCH, Heike: Scheidewege um Nahost. In: Renger, Reinhard (Hg.): Die deut. „Linke“ u. der Staat Israel. Leipzig, 1994.
- 22 DER SPIEGEL. 7/1991.
- 23 SILBERNER, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage. Berlin, 1962.
- 24 KNÜTTER, Hans-Helmuth: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik. Düsseldorf, 1971
- 25 BRUMLIK, Micha u.a. (Hg.): Der Antisemitismus und die Linke. Frankfurt a.M., 1991.
- 26 KESSLER, Mario: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Mainz, 1993.
- 27 AUTONOME NAHOSTGRUPPE HAMBURG: Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld. Bremen, 1989.

Junge Faschisten in der DDR

Dirk Teschner

Ob der Rechtsextremismus in den „neuen Ländern „ nur zu verstehen ist, wenn man die Entwicklung vor 1989 mit einbezieht, wie das Bernd Wagner in seiner Studie „Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern“ behauptet und als Kernthese deklariert, ist auf den ersten Blick fraglich. Dennoch ist eine Beschäftigung mit Rechtsextremismus in der DDR unumgänglich im Hinblick auf die Diskussion über eine Wertekontinuität zwischen der Entwicklung in der DDR und der heutigen Stimmung in Ostdeutschland.

Nach der Studie von Bernd Wagner gab es in der DDR vier Entwicklungsstufen für die Entwicklung rechtsradikaler Erscheinungen.

1. Phase 1980/81

Sie war gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Richtungen in der jugendkulturellen Szene. Gewaltausübende und Opfer gehörten in die gleiche jugendkulturelle Szene.

2. Phase 1982/83

Das Gewaltmonopol in der jugendkulturellen Szene ging auf die Skinheads über. Körperliche Gewalt wurde gezielter als Disziplinierungsinstrument und zur Eroberung von Räumen eingesetzt. Die Anhängerschaft der Skinheads wuchs.

3. Phase 1985/86

In dieser Phase tauchten neue Opferstrukturen auf, denen ein zunehmend ideologisiertes Feindbild zugrunde lag: Ausländer, Schwule, Guffies und Punks. 1985 kam es zur Gewalt gegen dunkelhäutige Ausländer in Eberswalde, Dresden, Ostberlin, Cottbus, Görlitz und Königs Wusterhausen. Eine neue Qualität wurde erreicht und die Gewaltanwendung hat sich differenziert.

4. Phase: 1987/89

Das Jahr 1987 markierte eine qualitativ neue Entwicklungsstufe mit einer Ausdifferenzierung der rechten Szene in „Faschos“ (Selbstbezeichnung) und Skinheads. Die Gruppenstruktur und die Aktivität der Gruppe wurde durch Führer, intelligente Führungskadern, die die Gruppenmitglieder befehligten, geprägt. Es kam zu ersten regelmäßigen Kontakten zwischen ostdeutschen Rechtsextremisten und rechten westdeutschen Parteien. Schon 1989 gab es ein DDR-weites funktionierendes kommunikatives Netzwerk. Die Phase der Ablösung von der jugendkulturellen Bewegung setzte ein, es entstanden neonazistische Konglomerate. Die meisten Kreis- und kreisangehörigen Städte der DDR hatten 1989 Nazi-Szenen etwa in der Stärke von 5-50 Personen. Ein Hindernis für die weitere Verbreitung der rechtsextremen Szene waren die Sicherheitsorgane der DDR und die mangelnde Medienpräsenz.

Rassistische, antisemitische und faschistische Äußerungen und Handlungen gab es unter DDR- Jugendlichen schon immer. Aus persönlichen Erlebnissen sind uns aus Mitte der siebziger Jahre Hitlergeburtstagsfeiern, Sammeln von faschistischen Symbolen, Überfall auf Schwulen-Klappen, Hakenkreuz-Schmiere-reien an sowjetischen Ehrenmalen, wie auch Auseinandersetzungen mit Wolgadeutschen, sowjetischen Soldaten und afrikanischen ArbeiterInnen bekannt. Es waren meistens spontane Überfälle, Möglichkeiten zur Organisation von rechten Jugendlichen waren kaum gegeben. Die Hauptabteilung XX des MfS registrierte in den Jahren 1978/1979 insgesamt 188 Fälle von schriftlicher staatsfeindlicher Hetze mit „faschistischem Charakter.

In den siebziger Jahren waren die Fußballfans und Jugendclubs bunt gemischt. Fußballspiele waren die einzigen Orte, wo eigene Fahnen, Symbole und Sprechchöre ohne Repressionen viele Leute erreichten. Es gab regelmäßig Prügeleien mit der Polizei und dem gegnerischen Fanblock. Anfang der achtziger Jahre wurde der Fanblock des 1. FC Union Berlin vom Ministerium für Staatssicherheit mehrheitlich als von „Assozialen und Chaoten“ unterwandert eingeschätzt. Ab 1981/1982 verstärkte sich der Einfluß faschistischer Ideologie in den Fußballstadien der DDR. Das nötige Propagandamaterial und die jeweiligen Kleidungsstücke kamen aus dem Westen von ausgereisten DDRlern oder Naziorganisationen. Die Nationalistische Front (NF) unterstützte so den Fanblock des Stasi-Fußballclubs BFC Dynamo, die Jungen Nationalen (JN) unterstützten den Fanclub des 1. FC Union Berlin. In den Fußballstadien kam es zu Sprechchören, wie „Wir machen Judenverbrennung“, „Hängt ihn auf, das schwarze Schwein“, „Gib Gas, gib Gas wenn der... durch die Gaskammer rast“, „Fußball in der Mauerstadt, Union spielt jetzt hinter Sta-

cheldraht- was Neues in der DDR der BFC ist jetzt der Herr- Zyklon B für Scheiß Union – in jedem Stadion ein Spion- selbst Ordner sind in der Partei – Deutschland, Deutschland, alles ist vorbei“ (gesungen nach der Melodie des bekannten Fehlfarben-Songs).

Am 28. 2. 1982 kam es nach dem Fußballspiel Motor Hennigsdorf gegen FC-Union Berlin zu antisowjetischen Ausschreitungen, als auf dem Bahnhofsgelände ein sowjetischer Militärtransport einen Aufenthalt hatte. Nach Buh-Rufen kam es zu Beschimpfungen und Gesängen wie „Ras, dwa, tri, – Russkis werden wir nie“. Es hagelte Steinwürfe auf sowjetische Soldaten und ein Militärfahrzeug wurde zerstört. Solche Aktionen brachten Sympathie bei vielen Jugendlichen, aber auch älteren Menschen.

Nach Erkenntnissen der Hauptabteilung Kriminalpolizei lautete es zu der Zeit, Anfang der 80er: *„Seit 1981 treten sichtbare Elemente nationalistischer und neofaschistischer Ideologie in Erscheinung. Den Personen galt als Symbol des Angriffzieles- faule, stinkende, anarchistische Punks, Ausländer, Graftis, Homosexuelle und Menschen jüdischen Glaubens bzw. ihre Objekte. Im Feld weitestgehenden öffentlichen Schweigens entfalten Skinheadgruppen ein sendungsbewußtes Eigenleben, gekennzeichnet von erfolgreichem Bemühen um Anhangsgewinn in allen Territorien und den Aufbau konspirativer Strukturen.“*

Gründungen von faschistischen Kadergruppen, wie der „Wehrsportgruppe Bitterfeld“, die sich 1983 gegründet haben soll, wurden nur sporadisch bekannt. 1986 gründeten Lichtenberger rechte BFC-Hooligans die „LICHTENBERGER FRONT“ und 1988 die „BEWEGUNG 30. JANUAR“ – beide hatten engen Kontakt zur FAP. 1988 gründeten ältere Personen, vereinzelt aus staatlichen Organisationen kommend in Wolgast die „SS-DIVISION WALTER KRÜGER“. In Blankenhain ernannte sich eine Gruppe Anfang 1989 zu „GRAUE

WÖLFE“, mit der Forderung „Blankenhain muß Negerfrei werden“.

In der Gesellschaft und den Medien wurde das Thema Rechtsradikalismus erst ab dem Überfall auf ein Konzert in der Berliner Zionskirche 1987 wahrgenommen. Auch das MfS erstellte erst nach dem Überfall eine Übersicht über die in der DDR existierenden Gruppen.

Am 17.10.1987 stürmten 30 organisierte Nazis Skinheads nach dem Konzert der Musikgruppen „Element of Crime“ und „Firma“ die noch halbvolle Zionskirche. Den Überraschungseffekt ausnutzend prügelten sie auf die Leute ein, die gerade aus einer Tür den Raum verlassen wollten. Dabei riefen sie „Sieg heil“ und „Juden raus aus deutschen Kirchen“. Die Polizei beobachtete nur und griff nicht ein. Auf dem „Nachhauseweg“ schlugen die Naziskins mehrere Männer vor einer Schwulenklappe zusammen.

Nachdem die westlichen Medien darüber berichteten, kirchliche Gruppen protestierten, sich eine Antifa-Gruppe bildete und nicht zuletzt als klar wurde, daß sich mehrere Westberliner Faschisten am Überfall beteiligt hatten, reagierten die DDR- Presse und die Volkspolizei.

Beteiligte wurden festgenommen und im Dezember 1987 zu 1,5 bis 4 Jahren Haft verurteilt. Danach wurden in schneller Folge auch andere faschistische Überfälle bekannt:

22.3.1987 Zusammenschlagen eines NVA-Angehörigen durch sechs Skinheads in Berlin-Marzahn,

29.3.1987 Zusammenschlagen von Punks durch Naziskinheads in einem Bungalow in Berlin-Hellersdorf,

11.9.1987 Zusammenschlagen mocambiquanischer Menschen in Dresden,

31.10.1987 Ausschreitungen im Anschluß an

einer Tanzveranstaltung in Velten (Potsdam), Besucher wurden verletzt, die Gaststätteneinrichtung wurde zerstört und danach gab es eine Auseinandersetzung mit der Polizei.

Im Zeitraum vom 1.10.1987 bis 20.1.1988 wurden durch das MfS und der Kriminalpolizei insgesamt 40 Strafverfahren gegen 108 rechte Jugendliche eingeleitet, davon gingen 94 Personen in Haft. 1988 wurden 185 faschistische Straftaten registriert und 44 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Im Jahre 1989 wurden 300 „rechte“ Straftaten registriert und 144 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Die meisten faschistischen Aktionen wurden aber nicht registriert. Viele Ausländer brachten rassistische Übergriffe gar nicht zur Anzeige. Meistens hieß es von den „Betreuern“, daß sie sich eben an bestimmten Orten nicht aufhalten sollen. Nur Pech, daß sich in vielen Städten die Ausländerwohnheime in den Neubauvierteln also gerade dort, wo rechte Jugendgruppen am stärksten präsent waren – befanden.

Offiziell wurde als Begründung für die Existenz faschistische Gedankenguts in einem „realsozialistischem – antifaschistischem Staat“ natürlich der negative Einfluß aus dem Westen an erster Stelle genannt. So hieß es bezeichnend in einer Einschätzung der Hauptabteilung XX des MfS vom 2.2.1988: „*Wirkungserscheinungen der politisch-ideologischen Diversionen des Gegners zeigen sich auch nach wie vor in der Herausbildung, Existenz und Profilierung von Zusammenschlüssen negativ-dekadenter Jugendlicher. Kennzeichnend für die politische Entwicklung in der BRD und anderen Ländern Westeuropas, wie auch Westberlins ist, daß sich der Einfluß rechtsextremistischer Kräfte auf Jugendliche verstärkt hat und weiter zunimmt. Rechtsextremistische Vereinigungen der BRD versuchen verstärkt, Skinheads, Rockgruppen und*

jugendliche Fußballfans auf neonazistische Ziele auszurichten. Diese Aktivitäten der rechtsextremistischen Vereinigungen in der BRD blieben nicht ohne Auswirkungen auf Entwicklungstendenzen unter negativ-dekadenten Jugendlichen in der DDR, insbesondere durch die Reisetätigkeit von Skinheads aus dem Operationsgebiet in die DDR.“

Von dieser rechten Entwicklung waren sowohl die staatlichen Institutionen, als auch die meisten Oppositionsgruppen völlig überfordert. Mit Erklärungsversuchen und Alternativen wurde es sich in den bürgerlich-kritischen Gruppen ziemlich einfach gemacht: Realsozialistische Verhältnisse sind nicht gefeit gegen die Entwicklung faschistischen Gedankengutes und faschistischer Gruppierungen, denn faschistische Ideologie ist flexibel genug, um auch unter spezifisch realsozialistischen kleinbürgerlichen und bürokratischen Bedingungen ihren Nährboden zu finden. Die entscheidende Antwort auf aufkommende faschistische Bewegungen sei darum die Demokratisierung. 1988/89 entstanden in mehreren Städten der DDR Antifa-Gruppen, die zumeist aus Leuten der Offenen Arbeit bestanden. In der kirchlichen Jugendarbeit wurden Versuche der Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen gestartet, was gerade in Berlin mit Konflikten und Prügeleien endete, da Punks und rechte Skinheads die gleichen Räume benutzten.

Die Ursachenforschung des Staates wurde neben dem MfS und der Kripo vom Ju-

gendforschungsinstitut in Leipzig und an der Humboldt-Universität in Berlin durchgeführt. Die Ergebnisse und Schlußfolgerungen kamen nie in die Öffentlichkeit. Bei der Kriminalpolizei wurden die Strafverfahren ausgewertet und analytisch aufgearbeitet.

In einer vorliegenden Studie wurden dazu verwendet:

Beschuldigtenvernehmungen, Zeugenvernehmungen, Protokolle von Hausdurchsuchungen, Beurteilungen von Arbeitskollektiven, Leitern von Schulen, Jugendhilfe, Verhandlungsproto-

kolle von einer Personengesamtheit 596 rechter Personen im Zeitraum Oktober 1987 bis 1989.

Daraus ergaben sich folgende Kommunikationsinhalte informeller rechter Gruppen:

-Ausländer in der DDR

-Geschichte der Teilung Deutschlands in Folge des 2. Weltkrieges

-Alleinvertretungsanspruch der BRD für das deutsche Volk

-Geschichte des Na-

tionalsozialismus und des 2. Weltkrieges

-Arbeitsdisziplin und Organisation im Alltag

-Schlamperei und Vergeudung in der Wirtschaft
-Reiseprobleme und Versorgung mit Konsumgütern

-Probleme mit der Währung der DDR

-Antikommunismus

-sozialpsychologische Aspekte der Massenmanipulation

Die Analyse der sozialen Zusammensetzung



rechter Gruppen ergab, daß deren Mitglieder 78% Arbeiter oder Lehrlinge waren. Die Klassenzugehörigkeit der Eltern bestand aus 47% Arbeitern und aus 24% Intelligenz (dabei muß berücksichtigt werden, daß in der DDR Mitarbeiter des Staatsapparates und der bewaffneten Organe ebenfalls zur Klasse der Arbeiter gerechnet wurden).

Nach Altersstruktur aufgeschlüsselt: unter 18 Jahren 15%, 18-21jährige - 60%, 22-25jährige - 22%.

Als Gründe für die eigene rassistische Haltung der rechten Gruppen wurden genannt:

„Ausländer nehmen den DDR-Bürgern Wohnraum weg, reduzieren durch spekulative Käufe das Industriewarenangebot, schleppen AIDS in die DDR ein, behandeln jede Frau wie eine leicht käufliche Prostituierte, spielen mit ihrer konvertierbaren Währung den dicken Max; ohne dafür ein wirkliches Äquivalent erbracht zu haben, sind auf Krawall und Randalen aus, ihnen wird in der Öffentlichkeit und in den Arbeitsstätten allorts Zucker in den Hintern geblasen.“

An dieser rassistischen Argumentation schloß sich sofort die Kritik an der Haltung der DDR-Regierung an, die dieses alles erst möglich gemacht hätte. Da man keinen Einfluß auf diese Politik ausüben könne, müsse man es eben am „Objekt“ selbst versuchen.

Am Ende der Studie hieß es. „Wir haben es mit einer DDR-spezifischen Modifikation eines allgemeinen Problems der Auseinandersetzung mit Sozialismus und Demokratie zu tun. Die Sozialstrukturanalyse beweist, daß die tragenden sozialen Kräfte vorerst aus der jungen Arbeiterklasse kommen und durch bisher nicht identifizierte Schichten-Vertreter der Bevölkerung Unterstützung finden.“ Das klingt doch wesentlich anders als es der damalige Mitverfasser der Studie, Bernd Wagner, heute formuliert: „Dem Ursprung nach handelt es sich um spontane Reaktionen auf die wirtschaftliche und soziale Stagnation in der DDR...“



Ausländerinnen und Ausländer und die Staatspolitik der DDR

Dirk Teschner

Die DDR war nie ein offenes Aufnahmeland gewesen. Im Gegensatz zum außenpolitischen Internationalismus wurden Ausländer größtenteils als Arbeitskräfte ins Land geholt. Abgeschirmt lebten sie in Wohnheimen, gezwungen zur Anpassung an die DDR-Gesellschaft.

Den Anfang mit dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte innerhalb der RGW-Staaten machten die CSSR und die Sowjetunion im Jahre 1957. Damals erklärte sich die Sowjetunion bereit, zur Urbarmachung von Gebieten in Kasachstan 15 000 Arbeiter aus Bulgarien zu übernehmen, die damals keine Arbeit in ihrem Land finden konnten.

Gleichzeitig wurden in den Medien die Lebens- und Arbeitsbedingungen der *Gastarbeiter* in den westeuropäischen Ländern verurteilt. Vor allem, daß ihnen keine volle Gleichberechtigung mit den deutschen Arbeitern gewährt wurde, daß sie nur die Arbeitserlaubnis für einen bestimmten Betrieb besaßen, sie nur niedrige Arbeit durchführten und in Gemeinschaftsunterkünften leben mußten. Die Medien der DDR reagierten auf solche Entwicklungen ungewöhnlich hart.

Im Berliner Rundfunk ertönte es damals: „Die *Gastarbeiter* müssen in einem Land Verdienst suchen, um sich ihre und der ihren Existenz zu sichern. Hier prägt sich ein nationalsozialistischer Zug aus, den wir aus der Vergangenheit nur zu gut kennen. Unterdrückung, Ausbeutung anderer Völker, Rassenhaß und Herrenmenschentum.

Letztendlich ist aber auch in der DDR genau das eingetreten, wovor DDR-Institutionen in den 50er Jahren gewarnt haben, als sie die damalige Nichtaufnahme von ausländischen Arbeitern begründeten.

Denn zur gleichen Zeit verließen immer mehr Menschen die DDR Richtung Westen. Im Jahre 1960 waren es ca. 200 000 DDR-Bürger. Nach der Grenzsperrung am 13. August lag bis zum Jahre 1988 die jährliche Rate der Flucht- und Übersiedlungsbewegung bei ca. 20 000 Personen. 3,5 Millionen Menschen verließen insgesamt die DDR zwischen 1949 und 1989. Die Flüchtlingsbewegung 1960/61, wie auch die angestrebte Steigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, von Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 verkündet, und die etappenweise Einführung des „Neuen ökonomischen Systems“ ab 1964, leitete in der „Gastarbeiterfrage“ einen „Umdenkprozeß“ in den Partei- und Regierungsinstanzen ein.

Im Jahre 1965 wurden erstmals 700 polnische Arbeiter und Techniker am Bau der Ölleitung zwischen dem Rostocker Hafen und dem Erdölverarbeitungswerk in Schwedt und Leuna II eingesetzt. Danach wurden polnische Arbeiter für Arbeiten bei der Reichsbahn und dem Bau der Hochöfen in Eisenhüttenstadt geholt. In der

Mehrzahl der Fälle erfolgte dies im grenznahen Gebiet, so daß keine Unterbringung notwendig wurde. Zwischen der DDR und der VR Ungarn wurde im Jahre 1967 ein Abkommen über die Tätigkeit ungarischer Arbeiter in Betrieben der DDR unterzeichnet. Das Abkommen regelte, daß während fünf Jahren insgesamt 16 000 ungarische Arbeiter zum Arbeitseinsatz in die DDR geschickt wurden.

Im Jahre 1977 waren insgesamt 50 000 Arbeiter aus dem Ausland in der DDR. Diese Zahl erhöhte sich um weitere 50 000 im folgenden Jahr, darunter waren auch 18 000 Arbeiter aus Algerien, die aber bald wieder von ihrer Regierung, aufgrund sozialer Spannungen und Ausschreitungen, denen sie ausgesetzt waren, nach Algerien zurück geholt wurden. Ende der 70er Jahre wurden dann Regierungsabkommen über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte mit Vietnam, Mocambique, Angola, Kuba und China geschlossen. Weiterhin lebten in dieser Zeit eine nicht näher bekannte Anzahl von chilenischen politischen Flüchtlingen in der DDR, die eine privilegierte Sonderrolle einnahmen. Sie hatten Privatwohnungen, konnten in ihren Berufen weiterarbeiten und verfügten über eigene Treffpunkte, eigene Clubs. In den 80er Jahren lebten auch einige hundert Menschen aus Libyen, Nordkorea, Kamerun und dem Irak in der DDR.

Die weitaus größte ausländische Gruppe auf dem Territorium der DDR bildeten aber die Angehörigen der sowjetischen Streitkräfte mit 380 000 Soldaten und Offizieren und ihren 200 000 Familienangehörigen. Im letztem Jahr der DDR lebten offiziellen nach Staatsangehörigkeit aufgeschlüsselt:

aus Vietnam 60 100 Personen, aus Polen 51 700 Personen, aus Mocambique 15 500 Personen, aus Ungarn 13 400 Personen, aus Kuba 8 000 Personen, aus Angola 1 400 Personen.

Die bilateralen Abkommen zwischen der DDR

und den Vertragsstaaten enthielten eine ganze Reihe von repressiven Vereinbarungen, die die Voraussetzung für die Einreise der *Kontraktarbeiter* darstellten, wie z.B.: Abführung von 12% des Lohnes in die Heimatländer, strenge Kontrollen durch DDR-Behörden und Botschaften, keine Familienzusammenführung, Abschiebung im Schwangerschaftsfall oder Zwangsabtreibung, Abschiebung bei politischer Betätigung, keine Mitgliedschaft in Vereinen und in Parteien der DDR, Zwangsmitgliedschaft beim FDGB und Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen. Genau festgelegt waren auch die Wohnbedingungen. Die gemeinsame Unterbringung ausländischer Arbeiter in Wohnheimen war obligatorisch. Dabei sollte die Monatsmiete pro Arbeiter 30 Mark nicht überschreiten und die vereinbarte Wohnfläche mußte wenigstens 5 qm pro Person betragen. In einem Raum durften 4 Personen leben, denen eine Kochgelegenheit, sowie Besteck und Kochgeschirr zur Verfügung gestellt wurde. Frauen und Männer lebten in getrennten Unterkünften.

Selbst diese unzumutbaren Bestimmungen wurden nicht immer eingehalten. Wohnheime wurden überbelegt und gelegentlich mußten sich bis 40 Personen 5 Kochstellen teilen. In den Unterkünften gab es für Besucher Anmeldepflicht und in einigen Fällen auch Ausweispflicht. Es wurden nächtliche Kontrollen durchgeführt. Die Heimleitung besaß Schlüssel zu allen Räumen, und konnte diese jederzeit durchsuchen.

In den 80er Jahren erhielten ausländische *Kontraktarbeiter*, im Gegensatz zu den Jahren zuvor, seltener eine Berufsausbildung. Auf ihre soziale und familiäre Situation wurde keine Rücksicht genommen, sie hatten praktisch kein Recht, in der DDR eine Familie zu gründen. Sie waren auf den Gebrauchswert als Arbeitskraft reduziert worden.

Interview mit einem polnischen Antifaschisten

*Begreift man den **Braunen Osten** als eine Folge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels seit 1989, so stellt sich die Frage, welche Rolle nationalistische Entwicklungen in den anderen ehemaligen Ostblock-Staaten spielen. In Polen sorgten Nationalisten mit Überfällen auf deutsche Fernfahrer und mit einer Demonstration durch den Ort Auschwitz für internationale Schlagzeilen.*

Folgendes Gespräch entstand im Juni diesen Jahres im Anschluß an eine Veranstaltung mit polnischen Antifas in Berlin. Rafal Pankowski, Mitglied der Organisation 'Nigdy Wiecej' und Redakteur der gleichnamigen Zeitschrift, spricht über Faschisten in Polen, die Rolle der katholischen Kirche und der ehemaligen Kommunisten.

telegraph: *Welche faschistischen Strukturen gibt es in Polen?*

Pankowski: Rechtsextreme Parteien außerhalb des Parlamentes haben in Polen nur eine geringe Akzeptanz. Nichtsdestotrotz sind diese Parteien trotzdem gefährlich. Wir stehen aber viel mehr vor dem Problem, daß in der Regierung nationalistische Parteien mitarbeiten. Dazu zählt das Aktionsbündnis *Solidarnosc*, das im September 1997 die Wahlen gewann. Das Aktionsbündnis setzt sich aus vielen verschiedenen Gruppen zusammen. Darunter sind viele rechtskonservative, nationalistische und antikommunistische Gruppen, wie die *Nationale Rechte (PN)* oder

die Gruppierungen um das *Radio Maria*.

Das Aktionsbündnis ist von der gleichnamigen Gewerkschaft inhaltlich scharf zu trennen. *Solidarnosc* war in den achtziger Jahren eine Massenorganisation mit 10 Millionen Mitgliedern. Nationalistische Tendenzen waren damals noch nicht sichtbar, einfach weil in der Gewerkschaft sehr unterschiedliche Spektren vereinigt waren. Momentan hat die Gewerkschaft *Solidarnosc* noch 1 Million Mitglieder und es macht sich dort ein gewisser Nationalismus bemerkbar. Die führenden Mitglieder von damals sind in andere Parteien gegangen.

Das Aktionsbündnis *Solidarnosc* ist etwas Neues. In dem Bündnis sammelten sich, um ihre Wahlchancen zu erhöhen, die verschiedenen zersplitterten rechten Parteien, mit teilweise sehr unterschiedlichen politischen Zielrichtungen.

Insgesamt gehen wir davon aus, daß schätzungsweise 20.000 Menschen in rechtsradikalen Gruppen organisiert sind. Seit 1990 sind etwa 20 Menschen Opfer faschistischer Gewalt geworden. Das größte Gewaltpotential liegt bei den Gruppen *Gemeinschaft zur nationalen Wiedergeburt Polens (NOP)*, *Polnische Nationale Gemeinschaft (PFN)* und *Polnische Nationale Front (PWN)*. Ein Beispiel macht diese konkrete Bedrohung deutlich: Jugendliche aus Legionowo, in der Nähe von Warschau, führen in ein von der *PFN*



organisiertes Wehrsportlager. Anschließend setzten sie ihre dort erworbenen Kenntnisse in die Praxis um und terrorisierten die Stadt. Diesem Terror fielen 3 Menschen zum Opfer. Die rechtsradikalen Gruppierungen begannen ihre Aktivitäten in Großstädten wie Warschau oder Krakow. Nun ist aber festzustellen, daß sie ihre Tätigkeit mehr in kleinere Städte und in die Provinz verlagern. So ist auch der Kampf gegen sie zunehmend schwieriger. Zudem existiert eine rechte Musikszene, deren Erzeugnisse auch überall erhältlich sind.

Die Aktivitäten von Gruppen wie der *PFN* verstoßen dabei ausdrücklich gegen den Artikel 13 der polnischen Verfassung. Daß es überhaupt zu der Aufnahme dieses Artikels in die Verfassung kam, ist Verdienst des Engagements antifaschistischer Gruppen. Allerdings kommt es kaum zu einer Umsetzung dieses Artikels. So bleibt es eine Hauptaufgabe polnischer Antifaschisten, auf ein Verbot dieser Organisationen hinzuwirken.

telegraph: *Wie erklärt Ihr den polnischen Nationalismus, zumal es ja nur sehr wenige Ausländer in Polen gibt?*

Pankowski: In Polen hat ein rasanter gesellschaftlicher Wandel stattgefunden. Die Leute suchen also nach Sachen, die dauerhafter erscheinen und gewissen Halt geben. Im Nationalismus suchen viele Leute einen solchen Halt. Man kann so in der gesamten polnischen Gesellschaft einen gewissen Nationalismus beobachten. Auch aus der Geschichte entwickelte sich in Polen ein starkes Nationalbewußtsein, das aber nicht immer in Nationalismus umschlagen mußte. Die polnischen Nationalisten begreifen dabei die polnische Tradition, auf die sie sich immer berufen, überhaupt nicht. Diese polnische Tradition war immer multikulturell und hat mit dem heutigen polnischen Nationalismus nichts gemein. Erst nach dem Krieg kam es dazu, daß in Polen nur wenig nationale Minderheiten

leben. Davor war Polen eine Art Schmelztiegel verschiedener Kulturen. Ein „ethnisch reines“ Polen, wie es die Nationalisten fordern, hat es in der Geschichte nie gegeben.

telegraph: *Also polnische Arbeitsplätze zuerst für Polen?*

Pankowski: Es geht mehr darum, daß sie nicht wollen, daß Ausländer polnische Fabriken kaufen – also eher eine Frage des Eigentums. Die Privatisierungen sind, anders als in der ehemaligen DDR, noch im vollen Gange und die Diskussion darum zur Zeit sehr aktuell. Der entscheidende Fehler der Gewerkschaften, aber auch anderer gesellschaftlicher Kräfte ist, daß nationalistische Forderungen geduldet werden. Rechtsextreme Organisationen werden, obwohl sie zahlenmäßig klein sind, nicht isoliert, sondern sind eben auch in der Regierungskoalition. Wir haben die Hoffnung, daß durch Polens Bemühungen, Mitglied der EU zu werden, die Normalität von rechtsradikaler Politik zu einem Image-Problem für die polnische Regierung wird.

telegraph: *Warum setzt Ihr darauf Hoffnung? In Frankreich gibt es zum Beispiel auch eine starke extreme Rechte.*

Pankowski: Zumindest wird die *Front National* in Frankreich so isoliert, daß niemand mit ihr zusammenarbeiten will.

telegraph: *Wie ist die Haltung der polnischen Rechten zur EU-Integration Polens und einem möglichen NATO-Beitritt? Inwieweit können sie in der Bevölkerung vorhandene Stimmungen aufgreifen?*

Pankowski: Generell läßt sich feststellen, daß eine Mehrheit in Polen für diese Beitritte ist. Je näher der Termin dafür rückt, desto mehr bröckelt dieser Konsens jedoch. Demzufolge nutzen die Rechten dieses Thema. Wir den-

ken, daß es in den nächsten Jahren zu ihrem Hauptthema werden wird.

telegraph: *Kommt es dennoch zu einer Zusammenarbeit von polnischen und westeuropäischen Rechten?*

Pankowski: Bislang war es so, daß polnische Faschisten mehr Kontakte mit dem Osten pflegten, beispielsweise mit Rußland. Die beiden Organisationen PFN und PWN haben gute Kontakte zu Shirinowskis Partei. Nun läßt sich erkennen, daß sich die Kontakte mehr in den Westen verlagern. Besonders die stärker werdende NOP bemüht sich darum sehr stark.

telegraph: *Wie kam es dazu, daß sich polnische Faschisten nach 1989 zuerst an Gruppierungen im Osten und jetzt mehr an denen im Westen orientieren?*

Pankowski: Generell läßt sich sagen, daß sich die polnische Gesellschaft verstärkt am Westen orientiert, die polnischen Faschisten inklusive. Es gibt jedoch eine pro-russische Strömung unter den polnischen Faschisten. In der Geschichte der polnischen Rechten wurde Deutschland schon immer als größerer Feind im Vergleich mit Rußland gesehen. Dazu kommen die gemeinsamen slawischen Wurzeln. Schon Anfang des Jahrhunderts bildete sich diese Strömung namens *Endecja*. Heutzutage kann Rußland kaum noch Anregungen bieten, während die französischen Rechtsextremen um Le Pen eine größere Anziehungskraft ausüben.

telegraph: *Woher erhalten polnische Faschisten Unterstützung?*

Pankowski: Es kam in Polen zur Gründung einer *Nationalsozialistischen Front*, die jetzt aber in der NOP aufgegangen ist. Es gibt eine Gruppe *Pologna* in den USA, die speziell die NOP finanziell unterstützt. Die NOP ist zudem in dem internationalen Zusammenschluß *Third Position* organisiert.

telegraph: *In Rußland gibt es eine nationalbolschewistische Bewegung. Gibt es derartige Strömungen auch in Polen?*

Pankowski: 1968 kam es bei einer antisemitischen Kampagne, die zu dem Pogrom in Grunwald führte, zu einer Kopplung von Nationalismus und Kommunismus. Die kommunistische Regierung unterstützte diese antisemitische Kampagne. Nach dem Pogrom verließen viele Juden Polen. In den 80er Jahren gründete sich mit Genehmigung der Behörden eine *Patriotische Vereinigung Grunwald*. Diese Gruppe war nationalkommunistisch und antisemitisch eingestellt und kämpfte auch gegen die Gewerkschaft *Solidarnosc*. Führende Ideologen der Grunwald-Vereinigung sind heute in der PFN zu finden. Die Chefs von PFN und PWN waren früher kommunistische Funktionäre, was sie gern verschweigen. Gegenwärtig gibt es keine ausgesprochen nationalbolschewistische Strömung innerhalb der polnischen Rechten.

telegraph: *An der deutsch-polnischen Grenze kommt es durch die Propaganda des BGS zu einer rassistischen Stimmungsmache gegen Flüchtlinge, die versuchen über die Grenze zu kommen. Wie sieht es auf der polnischen Seite der Grenze aus?*

Pankowski: Bisher ist das bei der Bevölkerung noch kein Thema, weil Polen nur ein Transitland für die Flüchtlinge ist. Andererseits sind Antifas darauf vorbereitet, daß dort in den nächsten Jahren viel Arbeit auf sie zukommen wird. Die Flüchtlingspolitik der Regierung ist momentan sehr chaotisch.

Rechte Politiker fordern verstärkt eine sichere Grenze zu Rußland und zur Ukraine. So wurde kürzlich der Grenzverkehr von der Regierung erschwert.

telegraph: *Welche Rolle spielt die katholische Kirche? Gibt es neben Radio Maria noch weitere Beispiele für eine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen?*

Pankowski: Ganz wesentlich ist, daß die meisten Faschisten ihren Katholizismus stark betonen, um ihr Prestige in der Bevölkerung zu erhöhen. Beispielsweise versuchte die NOP zusammen mit der Jugendorganisation *Allpolnische Jugend (MW)*, den Papst bei seinem Besuch in Wrocław zu begrüßen, was glücklicherweise nicht gelang. Die Kirche freut sich, daß es Jugendliche gibt, die so religiös sind. In dem landesweit ausgestrahlten *Radio Maria* kann man oft nationalistische Politiker hören. Der Direktor der Radiostation, der gleichzeitig Priester ist, nimmt als Personenschutz Mitglieder der *Altpolnischen Jugend*. In der Kirche gibt es viele Diskussionen zum Thema Nationalismus. Einige Bischöfe und auch der Papst sind vehement gegen *Radio Maria*, während andere damit sympathisieren. Dieser Konflikt wird wohl noch eine Weile andauern und sein Ausgang ist für die gesamte Gesellschaft von großer Bedeutung. Es wird angestrebt, von *Radio Maria* aus parteiähnliche Organisationen zu gründen, und demnächst plant *Radio Maria* einen Fernsehsender.

telegraph: *Ist dies eine Fortsetzung des Konflikts Anfang der Neunziger Jahre, als ein Teil der katholischen Kirche die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus einforderte, während ein anderer Teil jede Verantwortung strikt ablehnte?*

Pankowski: Dieses Thema wird nach wie vor kontrovers diskutiert. In bestimmten Milieus ist Antisemitismus in Polen immer noch ein Tabu.

telegraph: *Welche Aktionen gehen von der antifaschistischen Bewegung in Polen aus und welche Möglichkeiten hat sie?*

Pankowski: Die antifaschistische Bewegung in Polen ist noch sehr jung. Die ersten Gruppen entstanden erst 1992 in Städten wie Bydgoszcz und Wrocław als Reaktion auf die zunehmenden faschistischen Übergriffe. Zu dieser

Zeit wurden einige Innenstädte komplett von Faschisten kontrolliert. Die Haupttätigkeit der Antifas bestand darin, die Innenstädte wieder zurückzuerobern. Doch Faschismus ist ein gesellschaftliches Problem, das sich nicht nur auf der Straße widerspiegelt. So wurde es notwendig, die antifaschistischen Aktivitäten nicht nur auf Verteidigungskämpfe zu beschränken, sondern auch auf anderen Feldern aktiv zu werden. Die Aufgabe von *Nigdy Wiecej* ist es, Informationen über rechtsextreme Organisationen zu liefern und so Aufmerksamkeit für diese Problematik zu schaffen.

telegraph: *Gibt es Kontakte und Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kommunisten?*

Pankowski: Teilweise ist es schwierig, da viele ältere ehemalige Kommunisten auch an der antisemitischen Kampagne 1968 beteiligt waren. Doch es gibt auch Beispiele von Zusammenarbeit, wie bei der Durchsetzung des Artikels 13. Ehemalige Aktivisten der Gewerkschaft *Solidarność* stehen antifaschistischer Politik jedoch aufgeschlossener gegenüber.

telegraph: *In einem Film sahen wir eine Antifa-Demo in Warschau skandieren: Nieder mit dem Faschismus, Nieder mit dem Kommunismus! - Wie ist in der Antifa-Szene das Verhältnis zu sozialistischen Perspektiven und welche Rolle spielt dabei die realsozialistische Erfahrung?*

Pankowski: In dem Film waren Anarchisten zu sehen, die jedoch nicht die gesamte Antifa-Bewegung repräsentieren. Die ideologische Ausrichtung ist sehr unterschiedlich. Bei *Nigdy Wiecej* arbeiten Leute mit unterschiedlichen Weltanschauungen mit. Das Verbindende zwischen den verschiedenen Einstellungen ist der Antifaschismus. Wir verstehen Antifaschismus als Plattform für unterschiedliche Menschen, die gegen Faschisten aktiv werden wollen.

Dabei sind wir gegen jede Art von totalitärem

System, denn es wäre einfach nicht ehrlich, gegen Faschismus vorzugehen und gleichzeitig dem Stalinismus zu huldigen.

telegraph: *Spielen demzufolge neostalinistische, maoistische oder trotzkistische Sekten in der Antifa-Bewegung keine Rolle?*

Pankowski: Ich habe noch nie einen Maoisten in Polen getroffen. Es gibt trotzkistische Gruppen, die Antifaschismus als Instrument für ihre eigene Propaganda verwenden.

telegraph: *Steht Nigdy Wiecej nun für eine breite Front bürgerlich-demokratischer Kräfte, die für die bürgerliche Demokratie eintreten?*

Pankowski: Wir sehen die bürgerliche Demokratie als einzige Alternative zum Faschismus. Diese Meinung wird nicht von allen bei *Nigdy Wiecej* geteilt, aber ich sehe zur bürgerlichen Demokratie im Moment keine Alternative.

*Stowarzyszenie 'Nigdy Wiecej',
PO Box 6,
03700 Warszawa 4,
Polen,
<http://www.zigzag.pl/rafalpan>*

Wir danken Agnes, Agnieszka und Andrea für die freundliche Unterstützung.



Willi Israel und Ernesto Kroch – Deutsche Antifaschisten in Montevideo

Wolfgang Kaleck

Schon vor meiner letzten Reise in den uruguayischen Sommer 1996/97 hatte mich mein Freund Gert Eisenbürger von der Zeitschrift *ila* (Informationsstelle Lateinamerika/Bonn) auf die Biographien von Willi und Ernesto aufmerksam gemacht. Gert veröffentlicht in der *ila* seit Ende 1991 in der Serie „Lebenswege“ Interviews und kurze Texte von Menschen, deren persönliche und politische Biographie zwischen Europa und Lateinamerika verläuft. Unter dem Titel „Lebenswege“ wurde 1995 auch eine Sammlung dieser Texte im Verlag Libertäre Assoziation in Hamburg veröffentlicht.

Bereits letztes Jahr traf ich Willi und Ernesto mehrfach zu Hause, in der Bar „Esmo“, einem der typischen Cafés in Montevideo an der Straßenecke San José/Julio Herrera oder in der Casa Bertolt Brecht, dem Sitz des deutsch-uruguayischen Kulturinstitutes.

Wahrscheinlich ist die Casa Bertolt Brecht weltweit das einzige DDR-Kulturinstitut, das die Wende überstanden hat. Den Mitarbeitern war zwar nach der Wende signalisiert worden, daß sie mit keinerlei Unterstützung mehr rechnen können, aber aufgrund des sehr positiven Umfelds entschlossen sich damals Willi, Ernst und die anderen, die Casa weiter zu betreiben.

Derzeit sucht man ein wenig nach einer politischen Perspektive, man bietet in der Casa Bertolt Brecht vorwiegend Sprachkurse an. Die

Idee, die dahinter steckt, ist vor allem, Kontakte zur neuen linken Szene in der BRD und dem linken politischen Spektrum in Uruguay zu vermitteln. Man hat auch einige Veranstaltungen und Ausstellungen durchgeführt. In Zukunft soll vor allem ein Austausch zwischen Kommunalpolitikern aus Berlin sowie aus dem Rest von Deutschland und Uruguay organisiert werden.

Über die Biographien der beiden sei nur kurz gesagt:

Willi Israel wurde 1922 in Trier geboren, floh dann 1936 mit seinen jüdischen Eltern nach Montevideo, arbeitete dort als Autoschlosser und war während des Krieges im deutschen antifaschistischen Komitee in Montevideo tätig. Nach dem Krieg trat er in die KP Uruguays ein. Er wurde dann später als Journalist tätig. 1962 gründete er dann zusammen mit anderen das Instituto Cultural Uruguay – Republica Democratica Alemania. 1975 mußte er aufgrund der Übernahme der Macht durch die Militärs in Uruguay erneut exilieren. Er arbeitete dann 1975 bis 1985 bei der Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur (ADN) in Ostberlin. Danach ging er mit seiner Frau zurück nach Montevideo.

Ernesto Kroch wurde 1917 in Breslau geboren. 1934 wurde er als Mitglied einer antifaschistischen Jugendgruppe verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 18 Monaten



Gefängnis verurteilt. Nach seiner Haftentlassung aus dem KZ Lichtenburg hatte er ausgesprochenes Glück, als ihm die deutschen Behörden eine kurze Frist zur Ausreise gaben. Er floh dann über Jugoslawien nach Uruguay. Als Metallarbeiter war er gewerkschaftlich stark engagiert und wurde auch später Mitglied der KP Uruguay. Als engagierter Gewerkschafter wurde 1982 die Gefahr für ihn durch die Militärs in Uruguay so groß, daß er ebenfalls nach Deutschland fliehen mußte. Er verbrachte die Zeit bis 1985 in Frankfurt und kehrte dann mit seiner Lebensgefährtin nach Montevideo zurück.

In Montevideo führte ich ein langes Gespräch mit den beiden, dessen Inhalt ich hier in einer verkürzten Fassung wiedergeben möchte:

Wolfgang Kaleck: *Was hattet Ihr für Hoffnungen nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Rote Armee und die Westalliierten?*

Ernesto Kroch: Als der Faschismus 1945 vor allem durch die Rote Armee geschlagen wurde, ist zwar nicht unser Traum in Erfüllung gegangen, daß sich die deutsche Arbeiterschaft aus eigener Kraft erhebt, aber es ergab sich für uns die Chance, daß ein antifaschistisches und antikapitalistisches Deutschland entsteht.

Ich hatte zwar kein blindes Vertrauen in alles, was die Sowjetunion machte und war auch durchaus kritisch gegenüber dem Stalinkult, ohne allerdings die tieferen Zusammenhänge zu erblicken. Aber ich glaubte auch nicht mehr an die ideale Welt und war daher bereit, auch Dinge in Kauf zu nehmen, denen ich kritisch gegenüberstand. Ich trat daher 1946 in die KP Uruguays ein. Das war aus meiner Sicht das Beste, was möglich war und gab mir eine Basis, meine sozialistischen Ideen umzusetzen. Ich hatte allerdings auch damals schon Verbindung zu Leuten, die man aus der KP herausgeworfen hatte.

Obwohl ich mich in Uruguay eingelebt hatte und eine uruguayische Frau und ein Kind hatte, schien für mich nach dem Krieg eine Fortsetzung dessen möglich, was ich vor meiner Verhaftung in Breslau politisch gemacht hatte. Ich war dort in der KJO, der Jugendorganisation der KPO (Kommunistische Partei Deutschlands Opposition), einer antistalinistischen Abspaltung der KPD, tätig. Auch meine Frau war bereit, mit mir gemeinsam in das Trümmerfeld Deutschland zu gehen.

Ich stellte daher 1947/48 den Antrag bei der Botschaft der Sowjetunion, zusammen mit meiner Frau in die SBZ gehen zu dürfen. Ich hatte auch eine Wohnstätte, denn der Vater eines unserer Genossen vom Deutschen Antifaschistischen Komitee, Tetzner, war Oberbürgermeister in einer kleinen Stadt in Sachsen. Auf diesen Antrag erhielt ich jedoch nie eine Antwort. Ich weiß nicht, ob es die generelle Skepsis gegenüber den Emigranten aus dem Westen war, oder ob meine Zugehörigkeit zur KJO aktenkundig war.

Ich habe mich jedoch im weiteren Verlauf immer mehr in die gesellschaftliche, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung Uruguays integriert, wir bekamen dann auch ein weiteres Kind, so daß wir uns entschlossen, hier in Uruguay zu bleiben.

Ich sah in der DDR aber weiterhin eine antifaschistische und antikapitalistische Alternative, auf die ich bis 1989 setzte. Bis dahin hatte ich auch Reformen erhofft auf eine andere DDR, aber eben auf die DDR.

Willi Israel: Wir hatten innerhalb des Deutschen Antifaschistischen Komitees viel darüber diskutiert, wie die deutsche Nachkriegsordnung aussehen sollte. Selbst die Farben der neuen Nationalflagge hatten uns beschäftigt. Als abzusehen war, daß die Anti-Hitler-Koalition gewinnt, war daher für mich die Umsetzung

der Potsdamer Verträge eine Perspektive. Durch die Komiteearbeit war daher der Schritt, in die SBZ, die spätere DDR, umzusiedeln, eine logische Folge.

Ich bin dann auch 1946 mit Kurt Wittenberg, der später nach Texas und dann nach Hamburg zog, auf die Botschaft der Sowjetunion gegangen, um dort meine Übersiedlung zu beantragen. Der damalige Konsul Ryabow ließ mich dann auf einer großen Deutschlandkarte zeigen, wo ich geboren bin, nämlich in Trier im Saarland. Das war dann seine Antwort. Aber auch Kurt Wittenberg, der in Königsberg, heute Kaliningrad, geboren war, erhielt eine abschlägige Antwort.

Später, etwa 1947, schickte ich dann über Bekannte einen Brief an Paul Merker, der im mexikanischen Exil Angehöriger des KP orientierten Kreises „Freies Deutschland“ war. Er war mir daher aus Begegnungen im Exil bekannt. Paul Merker war damals in der Parteileitung, und ich erhoffte mir Hilfe bei meinem Antrag. Aber auf diesen Brief bekam ich ebenfalls keine Antwort. Später erfuhr ich, daß Paul Merker damals schon angeschossen war und mir deswegen auch nicht helfen konnte. Andere Antifaschisten, vor allem Berliner, sind dann einfach rüber nach Deutschland. Wir aber blieben hier und integrierten uns immer besser in die uruguayische Arbeiterbewegung.

Wolfgang Kaleck: *Wie entwickelte sich dann Euer Verhältnis zu Deutschland, insbesondere zur DDR?*

Willi Israel: Da sich auch das Deutsche Antifaschistische Komitee aufgelöst hatte, wurde dann die uruguayische Politik mehr und mehr unser Bezugspunkt.

Dies änderte sich erst ab 1956. In diesem Jahr eröffnete die DDR eine Handelsvertretung in Montevideo. Der erste Handelsrat, Delegationsrat Schreiber, suchte in Uruguay Kon-

takte zu fortschrittlichen Deutschen. Dadurch kamen wir dann wieder mehr und mehr in Kontakt mit Kreisen in der DDR. So kam es dann bald zu einem Treffen mit Feist, dem Schwager von Honecker. Dieser reiste in den 60ern getarnt als Handelsmann in Südamerika herum. Er kam dann von einer Industriestaube in Sao Paulo zu uns nach Montevideo. Wir führten dann ein Treffen durch mit unserer Gruppe, mit Leuten vom Arbeiterklub „Vorwärts“ in Argentinien und einigen Chilenen. Thema war die Hallstein-Doktrin, die ja bedeutete, daß die Staaten, die die DDR offiziell anerkannten, von der schon damals wirtschaftlich wesentlich stärkeren BRD sanktioniert wurden. Wir diskutierten, wie man der DDR helfen konnte. 1964 war es dann soweit. Vor allem Leute aus dem antifaschistischen Komitee setzten sich zusammen und suchten uruguayische Partner, vor allem Gewerkschafter und Kulturschaffende. Wir versammelten uns dann zunächst in Gewerkschaftshäusern. Dann aber mieteten wir in der Innenstadt von Montevideo eine Etage, um unsere Arbeit durchzuführen. 1965 zogen wir dann in die Casa Bertolt Brecht ein, die bis heute unser Sitz ist. Wir wurden von der DDR unterstützt und lehnten uns auch politisch an diese an. Im Mittelpunkt stand das politische Zwischenziel, in Uruguay und in Lateinamerika eine Anerkennung der DDR zu erreichen, und damit eine Zerschlagung der Hallstein-Doktrin zu bewirken. Wir führten dann vor allem einen Austausch zwischen der DDR und Uruguay durch. Viele Uruguayer gingen in die DDR. Es reisten vor allem Gewerkschafter und Kulturschaffende aller linken politischen Schattierungen in die DDR. Wir hatten das vermittelt. Es wurden dann auch später viele Broschüren mit den Eindrücken dieser Leute in Uruguay veröffentlicht. Diese Zeit war ein Höhepunkt unserer Arbeit. 1971 erreichten wir dann unser politisches Zwischenziel, die DDR wurde in Uruguay anerkannt.

Wie erfolgreich unsere Arbeit damals war kann man daran sehen, daß die BRD Uruguay als Einfallstor der DDR zu Lateinamerika sah. Argentinien war sicherlich viel größer und viel bedeutender. Doch die kleine deutsche Kolonie ging in der Millionenstadt Buenos Aires eher verloren und hatte keine derartige Ausstrahlung auf die einheimische Bevölkerung.

Ernesto Kroch: Ich war 1963 das erste Mal wieder in Europa. Während dieser Reise war ich auch in der DDR. Ich reiste damals als Pedro Fuentes, dies war mein Deckname für die Lateinamerikakorrespondenz der Weltbühne.

Obwohl nach Kriegsende bis Anfang der 60er Jahre für uns ein wenig ein Vakuum entstanden war, und Deutschland sehr fern von uns war, hatten wir natürlich die wesentlichen Ereignisse in Deutschland mitbekommen.

Der 17. Juni 1953 wurde von uns aufmerksam verfolgt. Wir bekamen in Uruguay die Schilderung von beiden Seiten mit. Es entstand aber hier keine gemeinsame Diskussion darüber, was dieser Arbeiteraufstand zu bedeuten hatte. Für uns war politisch vorrangig die DDR-Interpretation, wonach der Aufstand eine Aktion des westdeutschen Imperialismus war.

Der Ungarn-Aufstand 1956 änderte meine Sichtweise, dies war für mich eindeutig ein Arbeiteraufstand. Den Ausgang sah ich politisch als Bestätigung für meine Sicht der Dinge. Denn er bedeutete eine Konzession an die Aufständischen und zeigte damit, daß bis zu einem gewissen Grade von den Herrschenden im Sozialismus Forderungen anerkannt wurden. Die Stalin-Debatte war demgegenüber für mich keine Offenbarung. Denn für mich war seit den Moskauer Prozessen klar, daß Stalin ein Machtpolitiker war. Allerdings blieb die Sowjetunion für mich ein Versuch, eine neue gesellschaftliche Ordnung antikapitalistischer Art einzurichten. Ich muß gestehen, ich bin



mit meiner Kritik an der Sowjetunion nicht weiter gekommen, als den Kult um die Person Stalins und seine Machtpolitik zu kritisieren. Damals war der Stellenwert von Demokratie und Freiheitsrecht für mich relativ gering.

Willi Israel: Wir waren ja durch unsere ganze Sozialisierung in entsprechenden Organisationen ebenfalls sehr mit dem zentralistischen Prinzip vertraut. Auch die KP Uruguays war derartig organisiert, daß die Willensbildung vertikal von oben nach unten verlief.

Ernesto Kroch: Wir hatten bis 1954 hier in Uruguay eine schlechte Kopie von Stalin als Parteivorsitzenden, namens Eugenio Gomez. Die uruguayische Entwicklung machte es dann aber für uns einfacher, sich mit der Politik der KP anzufreunden. Denn 1954 putschte der spätere Vorsitzende Arismendi gegen Gomez und seine Genossen. Dies war praktisch eine kleine eigene antistalinistische Erhebung hier in Uruguay. 1956 wurde dann ein neues Programm entwickelt, das eine Analyse der Situation in Lateinamerika und Uruguay vornahm und ganz auf die Bedürfnisse der Realitäten Uruguays abgestellt war. Es sollte eine breite Allianz zwischen Volksbewegung und Gewerkschaften usw. geben. Man wollte sich von den Direktiven in Moskau abschneiden. 1959 wurde dann von allen politisch linken Kreisen in Uruguay auch die Revolution in Kuba sehr stark aufgenommen. Dies alles machte es uns relativ einfach, die Politik der KP hier weiter zu unterstützen.

Der Prager Frühling 1968 war für mich dann auch ein richtiger Frühling. Die Niederschlagung habe ich als sehr schlimm empfunden. Als besonders schlimm empfand ich, daß auch wieder deutsche Truppen in die CSSR einmarschierten.

Willi Israel: Ich persönlich habe nicht erkannt, wie fehlerhaft es war, diese Reform zu erdros-

seln. Wir waren einfach nicht richtig informiert und glaubten auch nicht den Berichten der bürgerlichen Presse.

Ernesto Kroch: Mein Verhältnis zur DDR läßt sich auch ganz gut an meinen Reisen dahin ablesen. 1963 überwogen die positiven Seiten bei meinem ersten Besuch dort. Dies sah ja nicht nur ich so, sondern auch die vielen uruguayischen Politiker, und die von uns vermittelten Besucher in der DDR ganz unterschiedlicher politischer Schattierungen sahen ja durchaus die positiven Seiten an der DDR. Wir hatten hier ja auch in Uruguay einen anderen Maßstab, bspw. was soziale Gerechtigkeit und einen materiellen Standard betraf. Noch 1968 war ich positiv eingestellt. Ich stieß mich aber an den bürokratischen Äußerlichkeiten. Skeptisch machte mich vor allem die Präsenz der Propaganda, z.B. die Marx-Zitate in Fleischerläden. Die Zeitungen waren schon damals eine Katastrophe, sie enthielten keinerlei Informationen. Das sah ich als Manko an, aber das System als solches war für mich in Ordnung. Es bedurfte allerdings einer Reform. Es war für mich aber nach wie vor ein antikapitalistisches und antifaschistisches System. Die Ausgangssituation war ja nun mal auch für die Ostzone eine schlechte.

Nach meiner Auffassung hat die DDR bis Anfang der 70er Jahre eine ungeheure Leistung erbracht. Dies ist nicht nur mit Bonzen und Bürokraten zu erklären. Dies betrifft vor allem die Sozialeinrichtungen, das Gesundheits- und Bildungswesen sowie die Errichtung von Wohnungen. Immerhin war ja die DDR eine der weltweit führenden Industrienationen. Man sah damals nicht die Schulden, die schlechte Rentabilität und die anderen Schwächen des Systems.

Willi Israel: Ich habe ja 10 Jahre in der DDR gelebt während der uruguayischen Militärdiktatur und habe für den ADN gearbeitet. Das schlimmste Manko war für mich der allmäh-

liche Abbau der Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozeß als Teil des Systems. Sie hatte ja praktisch keinerlei Beteiligungsrechte. Dieser Abbau geschah für mich stufenweise. 1987 war dann schon ein absolutes Tief. Skepsis sowie die Entfernung zwischen Bevölkerung und Regierung waren enorm groß. Schon damals fehlte jegliche Perspektive. Nach 1971, nach dem Abgang von Ulbricht, gab es für mich noch einen Aufwärtstrend. Vorher war die Errichtung der Großindustrie ein Schwerpunkt, dann widmete man sich anderen Sektoren der Gesellschaft. Ein Dauerbrenner war auch die Frage, wie kann ich die Arbeitsproduktivität steigern, die ja schon damals weit unter dem westlichen Standard lag.

Quantität und Qualität der Produktion lagen weit hinter der kapitalistischen Produktion zurück.

Ernesto Kroch: Diese Distanz der weiteren Bevölkerungsschichten war für mich der Kern, warum das Ganze nicht funktionieren kann. Bei meinen Besuchen in der DDR in den 80er Jahren war für mich besonders beispielhaft, als Freunde jedesmal, wenn sie von ihrem Betrieb sprachen, „die da“ und nicht „wir“ sagten. Sie erklärten mir dann, wie die Betriebe liefen, daß die Vorarbeiter zwar linientreu, aber unfähig waren. Dies erinnert mich an unsere heutige Diskussion hier in Uruguay um die Empleados Publicos, die Angestellten im öffentlichen Dienst, die auch lediglich eine künstliche Bewegung darstellen und auch keinerlei Produktivität haben.

Identität mit einem wirklich sozialistischen System wird meiner Meinung nach anders geschaffen. Für die Leute war es auf diese Weise unmöglich, sich mit einem Kollektiv zu identifizieren, in das sie sich nicht einbringen konnten.

Willi Israel: 1989 war für mich aufgrund der geschilderten vorangegangenen Entwicklung

keine so große Überraschung. Die Partei war ja schon schwach. Als besonders kritisierenswert fand ich die Ablehnung von Perestroika in der DDR, die DDR stand damals über den Dingen, man ging davon aus, daß man schon in die richtige Richtung fuhr. Und Krenz hatte dann schon gar keine Konzeption mehr. Für mich war schon während meiner Zeit bei ADN 1975 bis 1985 klar, daß niemand mehr an nichts glaubte und kein Platz mehr für Kritik war. Die Leute konnten sich mit dem System schon nicht mehr identifizieren. Es war im Prinzip schon damals viel zu spät für Veränderungen.

Eine der positivsten Seiten der DDR war für mich die materielle Solidarität mit Chile und den anderen Ländern Lateinamerikas, in denen Militärdiktaturen herrschten. Chile war natürlich unter diesen Ländern das bedeutendste, zum einen wegen der größeren internationalen Bedeutung und zum anderen wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen Honeckers.

Ich war ja dann in der DDR in der Solidaritätsbewegung tätig. Wir konnten sogar eine eigene Radiosendung zur Solidarität mit Uruguay machen. Dies werte ich ohne Abstriche positiv. Damit trat die DDR in die Fußstapfen der internationalistischen Tradition der alten Arbeiterbewegung.

Auch die DDR-Botschaft in Montevideo wurde trotz der vielen Schwierigkeiten nicht geschlossen, um den Linken dort zu helfen.

Ernesto Kroch: Ich bin ja damals in die BRD gegangen. Dies hatte sicherlich auch mit meiner Lebensgefährtin Eva zu tun und damit, daß wir eine gewisse materielle Basis in Frankfurt fanden. Es hatte allerdings auch schon damit zu tun, daß ich damals nicht mehr so blauäugig bezüglich der DDR war und ich außerdem dachte, wir könnten in der BRD mehr für die Solidarität mit Uruguay tun, wir haben ja auch viel getan.

Auch die damalige BRD-Botschaft in Montevideo hat sich durchaus für politische Flüchtlinge eingesetzt, vor allem der damalige Botschafter Johannes Maree. Sie setzten sich nicht nur für deutschstämmige Bürger ein, sondern auch für andere. Mitunter auch sehr unbürokratisch, beispielsweise wurde meinem Sohn, der damals politischer Häftling war, die deutsche Staatsbürgerschaft verliehen.

In der BRD hat sich vor allem die IG Metall unter den DGB-Gewerkschaften eingesetzt, und es gab auch einen großen Arbeitskreis Uruguay in Frankfurt am Main. Aber auch vielen uruguayischen Flüchtlinge wurde damals Asyl gewährt, was den damaligen Gesetzen entsprach.

Abschließend möchte ich noch sagen, daß für mich die DDR die Idee des Sozialismus

diskreditiert hat sowohl vor der eigenen Bevölkerung als auch insgesamt in der westlichen Welt. Es hat allerdings Elemente gegeben, die den Leuten Sehnsucht hinterlassen haben. Es war eine Gesellschaftsordnung, die von einem Weniger an Rivalität und einem Mehr an Gemeinschaftssinn geprägt war.

Nachzutragen bleibt noch, daß sowohl Willi als auch Ernesto sehr engagiert in der gesellschaftlichen Bewegung in Uruguay sind. Sie arbeiten im Umfeld der Frente Amplio mit, vor allem Ernst ist mit seiner Lebensgefährtin Eva sehr stark in der Stadtteilarbeit verankert. Sie gehören auch beide zu dem Kreis von älteren und jüngeren Deutschen, die die Arbeit der Casa Bertolt Brecht fortführen.

Der lange Weg in den Volkskrieg

Die UCK und der Volksaufstand im Kosovo

Matthias Bernt

Obwohl der Kosovo kaum weiter von Berlin weg ist als London, kam der Volksaufstand im Frühjahr für die meisten Beobachter völlig unerwartet. Noch im Winter letzten Jahres verkauften uns die Medien die UCK als ein kleines Häuflein durchgeknallter Hardliner - wenige Monate später war die albanische Guerilla zur wichtigsten politischen Kraft im Kosovo geworden, nach deren Führern westliche Diplomaten verzweifelt suchten. Sowohl der Übergang von den Aktionen einer bewaffneten Gruppe zum Volksaufstand, wie die Diffusität der politischen Führung, als auch die Abwesenheit eines Regierungsprogrammes haben die Unsicherheit noch verschärft.

Zeit also, sich der Entstehungsgeschichte der UCK im Kontext der kosovo-albanischen Gesellschaft zuzuwenden.

Kosovo-Albaner - Nation ohne Staat

Wie immer im Balkan geht die Entstehungsgeschichte des modernen albanischen Nationalismus auf die Situation gegen Anfang des 20. Jahrhunderts zurück. Im Verlauf der Balkankriege eroberte Serbien 1912 das bis dahin zum Osmanischen Reich gehörige Kosovo. Aus serbischer Sicht war damit ein jahrhundertealter Kampf gegen die Osmanen glücklich zu Ende gegangen und das Herzstück des mythischen mittelalterlichen serbischen Königreiches zurück erobert worden. Für die Albaner, die Bevölkerungsmehrheit im Kosovo, war die

serbische Eroberung eine Katastrophe. Quer durch den albanischen Siedlungsraum wurde eine Grenze gezogen und die Cousins, Tanten und Onkel vom Nachbardorf wohnten plötzlich jenseits von ihr. Wichtige Reproduktionszusammenhänge der um Großfamilien herum gruppierten albanischen Agrargesellschaft wurden damit zerschnitten.

Während des 2. Weltkrieges wurde der größte Teil Kosovos von Italien besetzt und in das neu geschaffene Groß-Albanien eingegliedert. Der antifaschistische Widerstand (im Kosovo operierte vor allem der albanische „Balli kombetar“ und nicht die Tito-Partisanen) hatte darum zwei Ziele: Vertreibung der italienischen Okkupanten und Befreiung von „ganz“ Albanien. Entgegen diesen Hoffnungen wurde 1945 mit der Gründung der SFRJ die Grenze wieder eingeführt. Anfangs war das kaum ein Problem, denn Albanien und Jugoslawien waren schließlich sozialistische Brudervölker, die gemeinsam in eine glückliche Zukunft marschierten. Onkels und Tanten konnten sich wieder besuchen und Heiraten im Nachbardorf war auch wieder möglich.

Mit dem großen Schisma Jugoslawiens 1948 änderte sich das grundlegend: Jugoslawien war für das sozialistische Lager zum „konterrevolutionär-titoistischen“ Erzfeind geworden, während Albanien in unverbrüchlicher Treue zu

Stalin hielt und die Grenze wurde wieder dicht gemacht. Die albanische Mehrheitsbevölkerung des Kosovo wurde für den jugoslawischen Staat (lange Zeit) zum potentiellen kollektiven Kollaborateur mit dem albanischen Gegner.

Gleichzeitig blieb der Kosovo das Armenhaus Jugoslawiens, in dem trikontinentale Verhältnisse herrschten. Auch ein in den 60er Jahren einsetzendes gewaltiges Investitionsprogramm vermochte die weitgehend agrarisch strukturierte kosovo-albanische Gesellschaft kaum aufzubrechen. Mit Staatsgeldern wurden vor allem kapitalintensive Basisindustrien in Bergbau und Energieversorgung aufgebaut, die wenig Arbeitsplätze schufen. Ungeachtet des Mangels an industriellen Basisstrukturen wurde in den 60er und 70er Jahren durch den jugoslawischen Staat eine gewaltige Expansion des („albanischen“) Bildungssektors in Gang gesetzt, u.a. wurde die Universität Pristina in den 70ern zur größten Jugoslawiens. Die sozialen Probleme des Kosovo waren so allerdings nicht zu lösen: Während in Industrie und Dienstleistungsbetrieben nur relativ wenig Jobs entstanden, explodierte das Bevölkerungswachstum (der Kosovo wies damals die höchsten Geburtenraten Europas auf) und der immer noch weitgehend auf traditionellen Familienstrukturen basierende Agrarsektor war immer weniger in der Lage, die entstehende versteckte Arbeitslosigkeit aufzufangen. Die Großfamilie blieb weiterhin der wesentliche soziale Bezugsrahmen, der allerdings durch den Modernisierungsprozeß in die Krise geriet. Da, wie ein Sprichwort sagt, im Kosovo „jeder mit jedem verwandt ist“ erscheint es nur logisch, daß eine Konzeption, die den Bezugsrahmen Großfamilie zu einem nationalen Projekt hoch kopierte (ausgehend von albanischen Intellektuellen an der Universität Pristina) und damit eine Antwort auf das immer sichtbarer werdende Auseinanderklaffen zwischen gesellschaftlicher Basis und jugoslawisch-zentralstaatlichem Modernisierungsprojekt bot, unter der kosovo-

albanischen Bevölkerung wieder mehr Zustimmung erlangen konnte.

Genährt wurden die separatistischen Ambitionen durch die offensichtliche Unterrepräsentation albanischer Interessen im jugoslawischen Föderalismus. Auf der politischen Ebene blieben die Kosovo-Albaner als einzige größere Nationalität in Jugoslawien ohne eigenen Bundesstaat. Obwohl 1974 weitgehende Autonomierechte, so z.B. ein eigenes Parlament (damit verbunden eine eigene politische Klasse) und eine eigene Polizei, eingeführt wurden, blieb der Kosovo immer Teil Serbiens. Das hatte zwei Folgen: erstens konnte der Kosovo im Gegensatz zu den anderen Republiken auch formell nicht aus dem jugoslawischen Staatsverband austreten, zweitens wurde Kosovo-Politik zu einem wesentlichen Teil in Belgrad gemacht, Sicherheitsangelegenheiten des Kosovo waren serbische Sicherheitsangelegenheiten.

Auf diese Weise vermischten sich Ende der 70er Jahre soziale Krise und serbische Vorherrschaft zu einem Problembündel, das den Kosovo zum Pulverfaß machte.

Die dunklen 80er Jahre

1981 sollte das Pulverfaß explodieren. Im März kam es in Pristina zu Studentenprotesten gegen die schlechte Qualität des Mensaessens im besonderen und die schlechten Lebens- und Arbeitsverhältnisse überhaupt, die sich zu einer Straßenschlacht entwickelten, bei der mehrere Milizionäre schwer verletzt wurden. In den darauf folgenden Wochen entwickelten sich im gesamten Kosovo militante Auseinandersetzungen mit der Polizei, der sich nach und nach weite Teile der Bevölkerung anschlossen. Am 2. April wurde schließlich der Ausnahmezustand verhängt und das Militär zur Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt. Nach über 100 Toten war die Ruhe wieder hergestellt.

Die 80er Jahre hindurch glich der Kosovo einem serbischen Polizeistaat. Unmittelbar nach dem Aufstand wurden die Parteiorgane, und d.h. auch die Behörden und Fabriken von unsicheren Elementen gesäubert, tausende Albaner verloren ihren Arbeitsplatz. Gegen die Gefangenen des Aufstandes wurden extrem hohe Gefängnisstrafen verhängt, selbst kleinste Vergehen (wie Flugblätter verteilen und Parolen malen) wurden mit drakonischer Härte verfolgt. Investitionen flossen kaum noch in den Kosovo, die schon seit den 60er Jahren andauernde Emigration nach Westeuropa schwoll zu einem Strom an (es wird geschätzt, daß in den 80ern 200.000

war, kann heute nur schwer eingeschätzt werden. Mit Sicherheit bot der Leninismus aber eine gute Folie für die ideologische Ausgestaltung einer konspirativen politischen Praxis und der Bezug auf Hoxha einen Ausdruck der Ablehnung serbischer Vorherrschaft und der Hinwendung zum alten „Mutterland“ Albanien.

Zur wichtigsten dieser militanten Gruppierungen wurde in den 80er Jahren die „Levizja Popullore e Kosoves (LPK)“, oder „Volksbewegung für den Kosovo“ die als Reaktion auf die Ermordung von drei Militanten durch den jugoslawischen Geheimdienst 1982 in



Albaner, bei einer Bevölkerung von ca. 2 Mio., den Kosovo verließen).

Die albanische Opposition wurde dadurch zwar auf kurze Frist zum Schweigen gebracht, auf lange Frist aber extrem radikalisiert. Im Untergrund und im Exil der 80er Jahre liegt darum der Ausgangspunkt für die heutige Guerilla. Nach der Niederschlagung des Aufstandes entstanden zahlreiche marxistisch-leninistische Untergrundzirkel, die sich in Anlehnung an Enver Hoxhas Albanien als „Enveristen“ bezeichneten. Wie weit ihre Ideologie wirklich leninistisch

Deutschland gegründet wurde. Die LPK warb von Westeuropa aus für den Widerstand gegen die Besatzer, schaffte über die Gastarbeiter-Community Finanzen heran und baute im Kosovo eine geheime Zellenstruktur auf. Währenddessen radikalisierten sich die Verhältnisse vor Ort. Der Zerfall Jugoslawiens setzte ein, aus dem in Serbien die nationalistische Milosevic-Fraktion als Sieger hervor ging. Sie stellte die Kosovo-Problematik in den Mittelpunkt einer neuen großserbischen Kampagne – am 28. Juni 1989, dem 600. Jahrestag der Schlacht vom Amselfeld (bei der Serbien seine

Vorherrschaft im Kosovo an das Osmanische Reich verloren hatte) mobilisierten serbische Nationalisten hunderttausende Serben auf das ehemalige Schlachtfeld. 1990 schließlich wurde das kosovare Provinzparlament endgültig abgesetzt und auch de jure die Militärdiktatur eingeführt. Mit der Eskalation des Krieges in Kroatien, Bosnien und der Herzegowina nahm die Unterdrückung auch im Kosovo Konturen einer drohenden ethnischen Säuberung an.

Fragmentierte Politiklandschaft und kosovare Zivilgesellschaft

Obwohl die Autonomie der Kosovo-Provinz 1990 beendet wurde, entwickelte sich Serbien im Zuge des weltweiten Zusammenbruchs kommunistischer Regimes zu einem parlamentarischen Mehrparteiensystem. In diesem Kontext konnte auch eine legale Partei der Kosovo-Albaner aufgebaut werden – die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) mit Ibrahim Rugova, einem Gewaltlosigkeit predigenden Akademiker mit Kashmir-Schal, an der Spitze. Die unerwartete Öffnung des politischen Systems verursachte einen Zustrom von ehemaligen Militanten zur Rugova-Partei – übrig blieb der „harte Kern“ in den konspirativen Gruppen, der die Arbeit in einer vom serbischen Staat geduldeten Organisation als Verrat betrachtete und weiterhin für den bewaffneten Kampf warb.

Die Machtverhältnisse blieben hybrid: der Kosovo hatte zwar 1990 seine Unabhängigkeit erklärt, angesichts der militärischen Kräfteverhältnisse blieb das aber eher die Deklaration eines Wunsches, als die Feststellung von Fakten. Trotzdem wurde mit dem Aufbau von staatlichen Basisorganisationen begonnen, die sich der serbischen Kontrolle entziehen sollten. Auf diese Weise entstand ein paralleles Bildungs- und Gesundheitssystem, eine Exilregierung wurde aufgebaut und sogar Steuern eingetrieben. Die Macht des kosovarischen Staats-Torsos beruhte und beruht

dabei vor allem auf der Akzeptanz durch die albanische Gesellschaft. Da die Administration über keinen eigenen Repressionsapparat verfügt, können ihre Anordnungen auch nicht mit Zwang durchgesetzt werden, sondern nur dann greifen, wenn sie sich im Konsens mit der Mehrheit der kosovo-albanischen Gesellschaft befinden. Grundlage dieser Akzeptanz war vor allem der Glaube, daß ein bewaffneter Kampf gegen den hochgerüsteten serbischen Staat Selbstmord sei und daß ein Leben auf Serbiens Gnaden einem Massakriertwerden immer noch vorzuziehen sei. Die Erfahrung der Kriegsgreuel in anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens verstärkte diese Überzeugung noch. Trotz Hilfsersuchen durch Bosnien und Kroatien hielt sich der Kosovo so aus den Kriegen heraus und hoffte auf bessere Zeiten und auf eine Intervention der internationalen Gemeinschaft.

Der Friedensvertrag von Dayton im November 1995 bereitete dieser Hoffnung ein jähes Ende. Denn obgleich der Vertrag den Status von Bosnien neu festlegte, konservierte er den Status des Kosovo. Da der Kosovo nie eine jugoslawische Republik, sondern nur eine serbische Provinz gewesen war, sollte er Bestandteil Serbiens bzw. Rumpf-Jugoslawiens, bleiben. Nach dem Dayton-Abkommen erkannten alle EU-Staaten Rumpf-Jugoslawien, und damit Kosovo als seinen integralen Bestandteil, an – Rugovas passiver Widerstand war in eine Sackgasse geraten.

Die UCK taucht auf

Die Militanten von der LPK und anderen Gruppen machten derweil ihre eigenen Pläne. Nach einigen geheimen Treffen in Deutschland und Makedonien wurde Anfang 1993 in Pristina, der Provinzhauptstadt, die Kosovo-befreiungsarmee, die „Ushtria Clirimtare Kosoves“ (UCK) gegründet. Die ersten Jahre verbrachte die Organisation mit dem Organisationsaufbau, mit dem Sammeln von Spenden

in den albanischen Communities in Westeuropa und mit dem Aufbau eines Netzwerkes von Schläfern zu Hause.

1994 war die Organisation schon genügend gefestigt, um mit rund 100 Militanten militärische Trainingslager in Deutschland oder in der Schweiz abzuhalten. Ausbilder sollen dabei Gerüchten zufolge westeuropäische und ex-jugoslawische Offiziere außer Dienst gewesen sein, auch über die Rolle westlicher Geheimdienste wird spekuliert.

In der Folgezeit sorgte die UCK vor allem für

Der albanische Kollaps kommt in's Spiel

Mit dem Zusammenbruch des passiven Widerstands in Folge von Dayton (s.o.) erhielt die UCK immer mehr Zulauf. Das Grundproblem der Guerilla blieb bestehen: Wie konnte man ausreichend Waffen und Munition in den Kosovo schaffen, um der serbisch/jugoslawischen Armee Paroli zu bieten?

Die Lösung für das Problem kam auf die denkbar bizarrste Weise: Im Frühjahr 1997 implodierte



ihr Image, indem sie – in einer Art „Propaganda der Tat“ – immer mal wieder einen serbischen Polizisten erschoss. Anfangs wurden diese Aktionen oft noch für ein Werk serbischer Ultras gehalten, die die Lage im Kosovo eskalieren wollten, um auch hier mit ethnischen Säuberungen zu beginnen. Mit der Zeit festigte sich aber der Ruf der UCK und die Erkenntnis, daß im Kosovo eine Untergrundarmee existiert, setzte sich durch. Im Januar 1997 endlich wurde die Existenz der UCK „offiziell“ als drei ihrer Kämpfer in einem Feuergefecht mit der Polizei fielen.

der albanische Staat. In der Folge des Konkurses von „Pyramiden“ – Finanzierungssystemen verlor ein großer Teil der Bevölkerung sämtliche Ersparnisse. Die Skipetaren stürmten die Banken, zündeten Regierungsinstitutionen an und ließen, wie die westliche Presse entsetzt schrieb, das Land allgemein „im Chaos versinken“. Vor allem aber stürmten die aufständischen Volksmassen die Waffendepots der Regierung, die in Folge von Enver Hoxhas „maoistischem“ Konfrontationskurs in den siebziger Jahren, gut gefüllt waren. Auf diese Weise kamen innerhalb kürzester Zeit Hunderttausende von

Kalaschnikows auf den lokalen Markt und die Preise für sie purzelten auf 10–20 \$ pro Stück. Gleichzeitig war der albanische Staat kaum noch existent und auf jeden Fall nicht einmal auf seinem eigenen Territorium in der Lage, die Waffenzirkulation zu unterbinden.

Damit stand der UCK auf einen Schlag eine äußerst preisgünstige Versorgungsbasis in unmittelbarer Nähe zum Operationsgebiet zur Verfügung. Sie intensivierte ihren Organisationsaufbau, erschoss noch mehr Polizisten und unternahm ein erstes (nach irischem oder baskischem Vorbild) von Maskierten eskortiertes Propaganda-Begräbnis.

Im Januar 1998 erhielten die Auseinandersetzungen ein neues Niveau, die Untergrundarmee ging dazu über, serbische Polizeifahrzeuge zu überfallen und „Kollaborateure“ zu erschießen. Die UCK heizte die Lage an und bereitete sich darauf vor, sie in einen Aufstand hinübergleiten zu lassen.

Nach übereinstimmenden Berichten teilte sie das auch mehreren westlichen Journalisten mit, die sie kontaktierte, um sie auf den kommenden Aufstand einzustimmen. Aber irgendwie glaubte niemand der Guerilla..

Der Volksaufstand kommt überraschend

Im März 1998 überholte die Realität die politische Dramaturgie der UCK.

In einem Dorf in der Region Drenica wohnte ein alter albanischer Hardliner mit dem Namen Adem Jashari. Vor einigen Jahren war er verurteilt worden, einen serbischen Polizisten erschossen zu haben. Aber irgendwie schaffte es die Staatsmacht über Jahre hinweg nicht, das Urteil zu kassieren, da Jashari immer auf die Polizei schoß, wenn sie sich seinem Haus näherte.

Dem englischen Guardian zufolge war Jashari allerdings „kein ideologischer Guerilla. Er liebte es einfach, sich zu betrinken, auszugehen und auf Serben zu schießen.“ Irgendwann hatte die Polizei die Nase voll. Am 4. März stürmte sie sein Anwesen und richtete ein Massaker an. 80 Leute wurden getötet, vorwiegend Mitglieder der weitverzweigten Familie Jasharis.

Der Kosovo kochte, Massendemonstrationen und Streikaufrufe florierten – und die UCK wagte sich aus ihren Verstecken. Waffen wurden verteilt, Schläfer aktiviert und in einem Wechsel von Selbstorganisation und UCK-Unterstützung gründeten sich Dorfmilizen und nahmen den bewaffneten Kampf auf. Viele der neu entstehenden bewaffneten Formationen begannen sich einfach UCK zu nennen, weil das der konsequenteste Ausdruck für den Widerstand gegen die serbischen Besatzer zu sein schien. Auf diese Weise fand sich die kleine Guerilla-Bewegung, die immer noch dabei war, sich vorzubereiten, über Nacht mitten in einem Volksaufstand wieder.

Die jugoslawische Ordnungsmacht war von dem Aufstand genauso überrascht wie die Albaner selbst. Aus diesem Grund gelang es den Aufständischen, eine rasche Kette von militärischen Erfolgen zu erringen. Wie ein Präriefeuer breitete sich im Frühsommer die Anzahl der „befreiten Gebiete“ aus und die Guerilla expandierte (zahlen- und flächenmäßig) rasch. Die rasche Expansion und die damit verbundene Diffusität erwies sich aber zusehends auch als Schwachpunkt des Volksaufstandes. Da sich mittlerweile fast jede aufständische bewaffnete Gruppe UCK nannte und die Organisation selbst über keinen politischen Arm verfügte, konnte sie auf dem Höhepunkt ihres Erfolges ihre militärischen Siege nicht in politische umwandeln. Im Gegenteil ist sie immer wieder bedroht, ihre Verhandlungsmacht an die Rugova-Regierung zu verlieren, die der

einzigste „demokratisch-legitimierter“ Ansprechpartner(sowohl für Jugoslawien, wie für den Westen) ist.

Darüber hinaus verhinderte die Diffusität bewaffneter Formationen eine abgestimmte Kriegsführung, was zu einer Anzahl von Debakeln führte. Von den raschen Erfolgen betrunken, besetzte so ein lokaler UCK-Kommandeur ein bedeutendes Bergwerk, ein anderer beschloß, die serbischen Polizeikräfte aus der Stadt Orahovac zu vertreiben. Beide Unternehmen erwiesen sich als Debakel. Als die Serben schließlich mit

zurück und weichen durch die Berge in eine andere Gegend oder nach Nordalbanien aus. Die Polizei rückt ein und nimmt Massenverhaftungen unter allen Leuten vor, die sie verdächtigt, die UCK unterstützt zu haben. In einigen Fällen ist es dabei zu den aus Bosnien bekannten willkürlichen Erschießungen und Folter unter der Zivilbevölkerung gekommen, die vor allem das Ziel haben, die Großfamilien, die die agrarisch strukturierte kosovo-albanische Gesellschaft zusammenhalten, zu liquidieren. Ein zweiter Schwerpunkt der Auseinandersetzungen ist die Grenze zu Albanien, das das Rückzugs- und



der überlegenen Feuerkraft schwerer Waffen zurückschlugen, waren beide Stützpunkte von der nur leicht bewaffneten UCK nicht zu halten. Dasselbe gilt für die großen Verbindungsstraßen.

Seit Juli befindet sich die Guerilla auf dem Rückzug. Soweit das von hier erkennbar ist, spielen sich die Auseinandersetzungen nach folgendem Muster ab: Die serbisch/ jugoslawische Polizei greift ein Dorf an, das sie für einen Guerilla-Stützpunkt hält. Nach einigem Hin und Her ziehen sich die Guerilla-Einheiten

Versorgungsgebiet der UCK bildet. Während die Guerilla unbedingt einen Korridor halten muß, um überhaupt operieren zu können, setzt die jugoslawische Armee alles daran, diesen zu schließen. Da die Gegend aber sehr bergig ist, ist das kaum möglich und es kommt immer wieder zu Gefechten zwischen Grenztruppen und Waffenkarawanen.

Vom Aufstand zum Guerilla-krieg?

Die weitere Entwicklung des Konfliktes läßt sich nur schwer prognostizieren, da sie sowohl von der Fähigkeit der UCK abhängen dürfte, den Umbau zu einer klassischen Guerrilla zu bewältigen, als auch von den Ereignissen in Albanien, der Entwicklung in Jugoslawien und der Haltung des Westens.

Gerade Albanien bewegt sich durch seine offene Unterstützung der UCK am Rande eines Krieges mit Jugoslawien. Daß dieser noch nicht ausgebrochen ist, liegt vor allem daran, daß eine jugoslawische Aggression unabdingbar eine westliche militärische Intervention, ob mit oder ohne UN-Mandat, nach sich ziehen würde. Falls die Grenze aber von albanischer Seite geschlossen würde, würde das der UCK die Luft abdrehen, ohne schwere diplomatische Verwicklungen nach sich zu ziehen. Zur Zeit scheint diese Variante eher unwahrscheinlich, aber die Entwicklung der albanischen innenpolitischen Verhältnisse ist immer wieder chaotisch.

Ähnlich unübersichtlich scheint die politische Lage in Jugoslawien selbst zu sein. Westliche Beobachter setzen dabei viel Hoffnung auf einen Sieg der demokratischen Opposition über den Hardliner Milosevic. Ob diese Hoffnungen aber realistisch sind oder ob nicht vielmehr durch die militärischen Drohungen der NATO in der serbischen Innenpolitik eine Dynamik erzeugt wird, die nationalistische Werthaltungen forciert und auch die demokratische Opposition in diesen Strudel mit hineinzieht, ist fraglich.

Auch eine, in den letzten Wochen immer wieder angedrohte, militärische Intervention des Westens wird die Lage im Kosovo nur schwerlich zum Guten wenden. Aus praktischen Gründen würde sie genötigt sein, sich darauf zu beschränken, den Serben über Luftangriffe den Einsatz schwerer Waffen zu verunmög-

lichen. Damit würde das Gleichgewicht der Waffen in der Region wieder hergestellt und der serbische Vernichtungsfeldzug gestoppt. Gleichzeitig könnte eine solche Intervention aber kaum „befreite Gebiete“ dulden, für die es keinen völkerrechtlichen Status gibt. Die Appeasement-Politik würde darum kaum zu Frieden in der Region führen, sondern eher das Hinübergleiten in eine low-intensity-warfare mit den aus Bosnien bekannten Massakern durch unkontrollierbare paramilitärische Einheiten beschleunigen.

Auf jeden Fall wird also der Krieg im Kosovo weitergehen. Ob man auf einen demokratischen Umruch in Belgrad hoffen sollte oder eher auf eine von der Gnade der NATO abhängige kosovare Bananenrepublik setzt, ist fraglich. Voreilige Sympathiebekundungen sind nicht angebracht. Was bleibt, ist die Tatsache des Volksaufstandes im Kosovo und die Gefahr, daß zehntausende Flüchtlinge den Winter in den Wäldern nicht überleben.

Totale Kontrolle

**Vor dem Hintergrund der technischen Möglichkeiten heutiger Staatssicherheitsorgane drängt sich einem immer öfter die Frage auf:
Was war an der STASI eigentlich so schlimm?**

Andreas Schreier

In der Bundesrepublik wird pro Kopf im Schnitt 10mal häufiger abgehört als etwa in den USA. /1/ „Von 1990 bis 1996 stieg die Zahl der Anordnungen auf Telefonüberwachungen um 257%, verglichen mit dem Wert Ende der 70er Jahre um 2000%.“ /2/

Strafrechtler schlossen aus der Zahl der bei einer Strafverfolgung betroffenen Telefonanschlüsse und der Überwachungsdauer auf eine Million, nur durch die Polizei 1996, abgehörte Bürger. /3/

Konkrete Daten zu Telefonüberwachungen der Geheimdienste, speziell der „strategischen Überwachung“ durch den BND unterliegen der Geheimhaltung.

Begleitet werden diese Überwachungsorgien, rechtsstaatlich, durch Gesetzesänderungen. Seit Mitte der 90er Jahre stehen den deutschen Staatssicherheitsbeamten technische Möglichkeiten zur Verfügung, von denen ihre ostdeutschen Brüder und Schwestern vor 1989 nur träumen konnten. Im Gegensatz zur Volkszählung Anfang der 80er Jahre in Westdeutschland oder dem Unfug des MfS in der DDR provozierte das bisher jedoch von einer breiten Öffentlichkeit, geschweige denn von ostdeutschen Ich-bin-ein-Stasi-Opfer-Bürgerbewegten, keine Reaktion.

Dabei kommt dem im Grundgesetz verankerten Fernmeldegeheimnis durch die größer werdende Bedeutung von Telekommunikation und Internet in der sogenannten Informationsgesellschaft eine besondere Rolle zu. „Der wachsende Anteil der Datenkommunikation öffnet Bereiche dem Einblick der Überwacher, die gesonderten Schutzrechten unterliegen: Die Überwachung des Tele-Banking hebt das Bankgeheimnis aus, die von Telemedizin-Anwendungen das Arztgeheimnis. Wer Telearbeit überwacht, greift in den Schutz von Unternehmensgeheimnissen ein. Die zunehmende Abwicklung einer Vielfalt von Aktivitäten – insbesondere solche vertraulicher Natur – per Telekommunikation gibt dem Fernmeldegeheimnis einen neuen Charakter.“ /4/

Der systematische Abbau eines Grundrechts

Das Fernmeldegeheimnis in Artikel 10 des Grundgesetzes soll den Bürger vor staatlichen Zugriffen schützen. Wie bekannt, ist aber ein Grundrecht oft nicht das Papier wert, auf dem es geschrieben steht. Andere Gesetze können es bei Bedarf einschränken. In der Vergangenheit waren es vor allem die Strafprozeßordnung (StPO), das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und das G-10-Gesetz, die den Abhörbedarf der westdeutschen Staatssicherheitsbehörden deckten. Seit 1995 wird das Telekommunikations-Recht in schnellen Schritten novelliert und

an neue Technologien bzw. an die sogenannte „Liberalisierung des Marktes“ angepaßt – vor allem aber im Sinne der Hardliner der „Inneren Sicherheit“.

Hier die Chronologie der Aushöhlung des Fernmeldegeheimnisses:

1995 Fernmeldeverkehrsüberwachungsverordnung (FÜV): Sie schreibt die technischen Einzelheiten der Telekommunikations(TK)–Überwachung des konventionellen Telefonverkehrs vor. Abgehörter TK-Verkehr muß unverschlüsselt (Handys waren bis dato relativ abhörsicher) an Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdienste und Zollkriminalamt – sogenannte „Bedafsträger“ – geliefert werden. Zusätzlich sind die Übermittlung der Nummern aller ein- und abgehenden Verbindungen, inklusive mißglückter Versuche sowie die Übermittlung genutzter Dienste, etwa von Online-Diensten und Newsgroups in Computer-Mailboxen vorgeschrieben.

Durch die gesetzliche Weitergabe der Funkzelle können, z.B. schon beim Anrufversuch über ein Handy, erstmals ansatzweise Bewegungsbilder in Mobilfunknetzen erstellt werden.

1996 Telekommunikationsgesetz (TKG): Das TKG betrifft sämtliche Netzbetreiber, die Einrichtungen zur Nachrichtenübermittlung für Dritte zur Verfügung stellen. Es ermöglicht den Staatssicherheitsbehörden den automatischen Abruf von Kundendaten der Betreiber von TK-Anlagen und –Netzen schon zur Ermittlung von Ordnungswidrigkeiten, wie z.B. Falschparken. Der bewußt unkontrollierbare Datenabruf läßt die Kundendateien von Telekommunikationsanbietern zu Adressdatenbanken der Staatssicherheit werden.

Der BND erhält mit dem Gesetz zusätzlich das Recht auf Information über Netzstrukturen. Der Betrieb einer TK-Anlage wird nach dem TKG überhaupt erst möglich, wenn der

Betreiber auf eigene (!) Kosten eine Überwachungseinrichtung installiert hat.

1998 Begleitgesetz zum TKG (TKBeglG):

Das TKBeGlG erweiterte die Überwachungsmöglichkeiten drastisch auf neue elektronische Medien und auf alle, die „geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste“ anbieten (z.B. Nebenstellenanlagen in Hotels, Krankenhäusern und Betrieben). In dessen zweiten Artikel wurden Änderungen an 42 (!) Gesetzen, Verordnungen und anderen Regelungen vorgenommen. Während man in der Vergangenheit vorwiegend aus organisatorischen Gründen nur auf die Anbieter von (Sprach-) Telekommunikation achtete, wird die Überwachung jetzt auf sogenannte „Telekommunikations-Kennungen“ ausgedehnt. Dieser Begriff beinhaltet Telefon- und Faxnummern, Email-Nummern, Internet-Namen und die dort gültigen IP-Nummern.

Hinzu kommt, daß durch die Änderung des § 41 AWG nun Geheimdienste offiziell Zugriff auf Daten haben, die aus besonderen Gründen präventiv durch eine Telefonüberwachung gesammelt wurden. Damit durchbrach der bundesdeutsche Staat wieder einmal das seit einem Alliiertenbeschluß der Nachkriegszeit geltende Tabu der unzulässigen Vermischungen von polizeilicher mit geheimdienstlicher Tätigkeit (GESTAPO).

1999(?) Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV):

Die TKÜV soll gemäß §88 TKG die alte FÜV ersetzen. Nach dem Entwurf werden Internetzugangsknoten aller Art der Telekommunikationsüberwachung unterworfen. Internetprovider, Online-Dienste und Mailbox-Betreiber sollen Schnittstellen einrichten, um den Staatssicherheitsbehörden zu ermöglichen, sich beliebig in den Datenaustausch einklinken zu können. Mit Inkrafttreten wären schlagartig rund 400.000 Dienstanbieter von der Verordnung betroffen. Da sie die Kosten

der technischen Umsetzung (pro einzurichtender Schnittstelle ist die Rede von einem sechsstelligem Betrag) natürlich selber tragen sollen, wären viele kleinere Internetprovider in ihrer Existenz bedroht. Die Folge des zu erwartenden Providersterbens wäre u.a. eine Zentralisierung von Internetzugängen bei großen Anbietern, was wiederum der Stasi eine leichtere Überwachung ermöglichte.

Den Markt so offensichtlich dem Primat der Überwachung unterzuordnen, ging dann einigen Wirtschaftsvertretern wohl doch etwas zu weit. Selbst der CDU-Wirtschaftsrat kritisierte das Vorhaben. Der damals zuständige Wirtschaftsminister Rexrodt verschob die Diskussion auf den Herbst nach den Bundestagswahlen in der leider irrigen Annahme, dann den Konflikt mit der Wirtschaft austragen zu können.

1999(?) Technische Richtlinie FÜV (TR FÜV): Die als Verschlusssache eingestufte TR FÜV ist das Update der FÜV. Sie ist offensichtlich der Joker der Überwachungsfetischisten. Sollte die TKÜV scheitern, so enthält der „Teil Internet“ der TR FÜV im Prinzip ähnlich weitgehende Spitzelei-Befugnisse. So ist zum Beispiel festgelegt, daß der Dienstleister Kommunikationsinhalte, die der Kunde in das Internet schickt oder von dort erhält, kopieren muß, um sie auf Verlangen der „Bedarfsträger“ dann an diese zu versenden. Natürlich müssen auch hier die Netzbetreiber die Kosten der Überwachungsmaßnahme selbst tragen.

Der logisch folgende Schritt in dieser Kette wäre das Verbot von Verschlüsselungsmethoden.

Ausblick und Schluß

Bevor man sich in Einzelaspekten verliert, ist nach dem Sinn dieser ganzen Gesetzgebung zu fragen. Als Zielobjekt wird kampagnenartig immer wieder die sogenannte „organisierte Kriminalität“, bzw. der Kinderpornohandel angeführt. Dabei wird in der Öffentlichkeit oft unhinterfragt hingenommen, daß die Mafia für

ihre interne Kommunikation Kommunikationsnetze aufbauen würde und noch willig den Aufforderungen der Strafverfolger zustimmt, den Verkehr auf diesem Netz abzuhören, sogar dafür entsprechende technische Einrichtungen auf eigene Kosten einzubauen.

Davon abgesehen ist laut „Lagebild Organisierte Kriminalität Deutschland 1997“, erstellt vom BKA, das organisierte Verbrechen rückläufig, bzw. in der Form, in der es immer wieder zur Rechtfertigung der Abhörmöglichkeiten herangezogen wird, also weitvernetzt, extrem einflußreich und höchst gefährlich für die innere Sicherheit, faktisch nicht vorhanden. /5/ Michael Müller, zuständiger Beamter für TK-Überwachung im niedersächsischen LKA: „Die Erfahrung zeigt, daß Kriminelle die Möglichkeit von Computertechnik in der Regel nicht nutzen“ /6/

Zum Kinderpornohandel, einem anderen oft zur Rechtfertigung von Überwachung herangezogenen Bereich, sagte Dirk Büchner, Pressesprecher des BKA: „Das Internet hat die Postboxen bislang nicht verdrängt und wird es auch nicht tun.“ Für den professionellen Handel mit Kinderporno-Videos, aber auch Fotos, ist nach wie vor der Postversand, vornehmlich über das Ausland, der wichtigste Vertriebsweg. Das Internet bietet keine derart anonymen Wege wie bare Vorkasse und postlagernden Versand. /7/ Wenn es um das alles also in Wahrheit nicht geht, worum dann?

Um das Sammeln eines kompletten elektronischen Persönlichkeitsbildes – präventiv – ein Schelm wer Böses dabei denkt.

Mit dem Antritt der Rot-Grünen Regierung im Herbst 98 wäre theoretisch der Zeitpunkt gekommen, den Abbau des Fernmeldegeheimnisses zu stoppen und die bestehenden Gesetze zu novellieren. Die Medienexperten der beiden Parteien, Jörg Tauss und Manuel Kiper, gehörten zu Zeiten der Kohlregierung im Bundestag zu den Kritikern der Lauschgesetze. Mitgetragen wurden viele aber trotzdem vom

SPD dominierten Bundesrat. Aus diesem war auch immer wieder der Ruf nach Verschärfung der Gesetze zu hören. So etwa danach, zur Perfektionierung der Bewegungsprofile in Funknetzen „aktiv gemeldete“ Handys als Peilsender zu benutzen. Oder um unbekannte Handy-Rufnummern ermitteln zu können und um Gesprächsinhalte mitzuhören, sogenannte „Imsi-Catcher“ einzusetzen.

Mit dem zum Fan von Lauschgesetzen mutierten Bundesinnenminister Otto Schilly jedenfalls wird die Staatssicherheit offensichtlich keinen harten Gegner haben. Neben der uralten Tatsache, daß die „Sozen“ an der Macht immer zwanghaft den Beweis antreten mußten keine „Vaterlandsverräter“ zu sein, bekommt man „mit Porno- und Neonazi-Schreckensbildern... fast jeden SPD-Abgeordneten dazu, einer Einschränkung der Grundrechte zuzustimmen“. /8/

Da sich mittelfristig wohl keine breite Gegenbewegung dem Durchmarsch der Befürworter der flächendeckenden Überwachung entgegenstellen wird, kann man, so absurd das auch klingen mag, nur auf den Teil der Wirtschaft setzen, der ungehindert mit Internet und Telekommunikation Geld verdienen will – und ob das gut ist?

Quellen:

- 1 <http://pweb.de.uu.net/kipper.bn/surv.htm>
- 2 I.Ruhmann, C. Schulzki-Haddouti, Abhör-Dschungel; c't 5/1998, S.86
- 3 Heribert Prantl, Die Pistole war eine Lack-spritzpistole; SZ, 16.4.97, S.4
- 4 <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune3-98/atelekom.htm>
- 5 DER SPIEGEL 21/98
- 6 http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_98/28/10b.htm
- 7 Norbert Luckhardt, Zandvoort und die Folgen; c't 16/98, S.16
- 8 Peter Lökk, Friedrich-Ebert-Stiftung



Mediales

Knobi

Schier unüberschaubare Bücherberge wurden in Frankfurt/M. zur diesjährigen Buchmesse aufgetürmt. Nur ein Bruchteil von dem, was einen so interessieren könnte, wäre schon nicht mehr bezahlbar.

Da die Jahreszeit jetzt wieder mehr den Aufenthalt in geschlossenen Räumen gebietet, hier nun in gedrängter Form einige Hinweise auf Neuerscheinungen: „Als Nachfolgeblatt der Umweltblätter erschien am 9. Oktober 1989 erstmals der telegraph.“ So steht geschrieben bei **Bernd Drücke; Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? – Anarchismus und libertäre Presse in Ost- und Westdeutschland (Verlag Klemm und Oelschläger / 640 S. / 59,80 DM)** auf S. 123, damit Ihr Euch schon mal für das nächste Jahr einen Eintrag in den Kalender machen könnt für das 10jährige Jubiläum dieser Zeitschrift. Diese Dissertation des Münsteraners Bernd Drücke zeigt die Entwicklung von ca. 21 libertären Untergrund-Blättern aus der Ex-DDR (ab 1983) und ca. 457 BRD-Blättern (ab 1968). Gut zu lesen und von hohem Informationswert.

Aber nichts ist (eigentlich) so spannend wie ein Krimi: **Luis Sepúlveda** schrieb mit seinem Roman **Die Spur nach Feuerland (Verlag der Buchläden Schwarze Risse / Rote Straße & Verlag libertäre Assoziation / 198 S. / 26,-DM)** einen eigenwilligen Krimi über ei-

nen chilenischen Ex-Guerillero, der in Hamburg lebt und von seiner Vergangenheit eingeholt wird. Sein Gegner, ein „abgehalfterter ehemaliger DDR-Agent“ verfolgt ihn bis nach Feuerland usw. usw.

Vom fiktiven Krimi zum wahren Leben. Von einer treuen Fan-Gemeinde heiß erwartet: **Fritz Mierau; Das Verschwinden von Franz Jung – Stationen einer Biographie (Edition Nautilus / 336 S. / 58,-DM)**. Jung, der wohl zu einer der interessantesten Figuren in der deutschen Literaturgeschichte gezählt werden muß und ein exemplarisches Leben in diesem Jahrhundert führte, bekommt hier sein Denkmal gesetzt. Müßte eigentlich ein Bestseller werden.

Ebenfalls eine Biographie eines Literaten mit vielen Brüchen ist das prachtvolle Buch: **Franz Fühmann – Eine Biographie in Bildern, Dokumenten und Briefen (Hinstorff Verlag / Großformat / 400 S. / 68,-DM)**. Literaten, die in Deutschland nach „Wahrheiten“ suchen sind rar geworden. Dieser fast ausschließlich aus Dokumenten bestehende Band wurde von **Barbara Heinze** herausgegeben, die den Fühmann-Nachlass in der Akademie der Künste Berlin verwaltet. Ich wünschte mir, daß vielleicht noch zwei, drei andere Literaten das Glück hätten, in einem so schönen (durchaus auch kritischen) Band geehrt zu werden. Literatur und Philosophie liegen ja doch (bei



einigen zumindest) dicht beieinander. Ein Mann von hoher Moral war sicherlich **Albert Camus (1913-1960)**. Im **Verlag Graswurzelrevolution** erschien jetzt **Lou Marin; Ursprung der Revolte - Albert Camus und der Anarchismus (326 S. / 39,80 DM)**. Camus, Literaturnobelpreisträger, Kulturgänger zwischen Afrika und Europa, war sich nicht zu schade, auch für kleine libertäre Blätter zu schreiben oder vehement libertäre Positionen öffentlich zu beziehen. Dieses kenntnisreiche Buch zeigt die verschiedenen Facetten des Dichters und Philosophen Camus, wenngleich auch immer vom bedingungslos gewaltfreien Standpunkt.

In diesem Jahr wurde der **ID-Verlag** 10 Jahre alt. Aus diesem Anlass erschien jetzt der **Subversionsreader - Texte zu Politik und Kultur (264 S. / 20,-DM)**. Die Texte stammen aus z.T. inzwischen vergriffenen Büchern des Verlages, die aber weiterhin als wichtig erachtet werden. Herausgeber **Martin Hoffmann** war von Anfang an dabei, und kommentiert dann auch im Anhang die Bibliographie seiner 10jährigen Verlegertätigkeit. Witzig ist noch, daß im Anhang auch jene Bücher kommentiert werden, die zwar mal angekündigt worden sind, aber aus diversen Gründen nie erschienen sind: „Die Bibliographie der imaginären Bücher“. Es soll wohl Leute geben, die darauf beharren, sie hätten das eine oder andere Buch gesehen.

Ähnlich rückblickend, ohne nostalgisch zu wirken, aus dem selben Verlag: **Zwischenberichte - Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz. (247 S. / 24,-DM)**. Eine Dokumentation der gleichnamigen Veranstaltung vom Mai 1997 in der „Roten Fabrik“ Zürich. Erstmals diskutierten öffentlich ehemalige Militante aus verschiedenen Ländern das Konzept „Stadtguerilla“. Im Buch befinden sich außerdem noch zusätzliche Texte, wie z.B. die vollständige „Auflösungser-

klärung der RAF“.

Ebenfalls aus einem Kongreß entstand das Buch: **Diedrich Diedrichsen (Hg.); Loving the Alien - Science Fiction, Diaspora, Multikultur (ID-Verlag / 216 S. / 36,-DM)**. Der Kongreß fand im November 1997 mit internationaler Beteiligung in der Berliner Volksbühne statt. Nach dem Motto: Wenn Außerirdische die Feinde der Herrschenden sind (sprich: der Weißen), dann müßten sie eigentlich unsere Freunde sein (die der Schwarzen z.B.). Was es also damit auf sich hat, wenn schwarze Musiker wie Lee Peery oder Sun Ra über den Weltraum philosophieren, kann man hier nachlesen. Interessant.

Selbst das Feiern von Gedenktagen muß man inzwischen den Staatsträgern streitig machen. Nun, selbst wenn 1848 eben „nur“ eine bürgerliche Revolution war, so sollten doch auch die linken Töne darin zu hören sein. Der **Unrast-Verlag** hat nun seinen zweiten Band in der **Reihe Klassiker der Sozialrevolte** vorgelegt: **Otto Rühle; 1848 - Revolution in Deutschland (111 S. / ca. 14,-DM)**. Dieser Reprint aus dem dreibändigen Werk Rühles über „Die Revolutionen Europas“ soll einen Einblick in Zeit und Verhältnisse vermitteln. Durchaus ein lesbares Stück Geschichte.

Periodische Erscheinungsweise gibt es nicht nur bei Zeitschriften sondern auch bei wissenschaftlichen Sammelwerken. So gibt z.B. das „**Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit**“ in Bochum seit 1980 eine gleichnamige Schriftenreihe heraus. **Band 15** ist nun gerade erschienen und mit **672 Seiten** die umfangreichste Ausgabe, die je erschienen ist (**Germinal Verlag / 36,-DM**). Neben zahlreichen Beiträgen zur linken Geschichte und Politik (im möglichst breiten Spektrum), enthält dieser Band ca. 91 (!) Buchrezensionen und Hinweise. Ansonsten von und über

Castoriadis, über Marx und Bakunin in der ersten Internationale, über und von Fritz Gross (Franz Jung-Fans wissen Bescheid), Manifest der tschechischen Anarchisten von 1896, über 1968, über die Goldhagen-Kontroverse uvm.

Wie schon im letzten telegraph erläutert erscheint **Die Beute (Neue Folge Heft 2)** jetzt nur noch halbjährlich, dafür mit mehr Seiten (225 S. / 28,-DM / ID-Verlag). Diesmal ist der Schwerpunkt: **Der kurze Sommer der Kritik: Die Linke nach '68.** – Allerdings immer wieder bezogen auf die Jetztzeit.

Von der Politik zur Literatur wandelte sich – ohne Reibungsverluste – das Magazin **Papillon**, ehemals **Molli**. Nennt sich jetzt halt „**politische Zeit-Schrift für Literatur**“. Hier erschien das Heft zwei mit dem Themenschwerpunkt: **Frauenliteratur (Bezug: Vapet-Vlg., Grottenstr. 14 in 44789 Bochum / Einzelheft: 48 S. / 5,80 DM)**. Das Heft hat wirklich das Zeug, zum Sprachrohr der Klein- u. Sub-Literatur-Szene zu werden.

Ob man das noch periodisch nennen kann? Nach 15 Jahren gibt Klaus Schmitt eine neue Ausgabe der legendären **883 (26 S. / 4,-DM / Bezug: Klaus Schmitt, Apostel-Paulus-Str. 26 in 10823 Berlin)** heraus, die in West-Berlin ein wichtiges Blatt der Anarcho-Szene war. Im berühmten (unhandlichen) A-3-Format sind hier alte und neue Redakteure versammelt, die zum Thema **1968 und die Folgen** schreiben. Mit Beiträgen von Andreas Hansen, Bernd Kramer, Bernd Rabehl, Uwe Timm, Bernd Senfu.a.

Tja, das muß erstmal alles gelesen werden. Und dabei ist ein neuer **P.M.** im **Verlag Paranoia City Zürich** angekündigt, den es sogar schon geben soll, und ich habe den noch nicht, her damit, her damit ...



Echo

In flauen Zeiten braucht Widerstand Phantasie – und die hat die neue telegraph-Redaktion. [...]

Doch letztlich reicht schon ein Blick auf das Titelbild des ersten neuen Heftes, um festzustellen, daß hier mal wieder alter Wein in neuen Schläuchen kredenzt wird. Da wird ein nationaler Befreiungstheoretiker (Fanon) auf BRD-Format zurecht gestutzt, mit etwas Praxis-Gramsci angereichert und dann an die lange Tradition antikolonialen Kampfes von links angeknüpft, die hier vom Schlageter-Kurs der KPD über den Kampf der SED gegen Adenauers „Regime des nationalen Verrats“ geht [...] Im Fall der Ex-DDR aber zu behaupten, der westdeutsche Kolonialherr und sein Anhang rassifizierte die Autochthonen Ost, ist schlicht Mumpitz. Schließlich erfolgte die Vereinigung nicht umsonst unter der Parole ‘Wir sind ein Volk’ [...]

Der Kolonialisierungsdiskurs legt aber nicht nur solchen Unfug wie den vom in der Verelendungsspirale rumkurvenden Ostvolk geradezu nahe, sondern hat für seine Protagonisten und so auch für den telegraph auch die strategische Funktion, sich und seine Klientel zu doppelt und dreifach Unterdrückten, ja gar ‘Schwarzen’ zu stilisieren. Auch und gerade in innerlinken Debatten wird gern auf Machtressourcen wie die des ‘Opfers des Kolonialis

mus’ zurückgegriffen, um sich eine beeindruckende Identität/Autorität zu basteln und eine Position einzunehmen, von der aus sich gewichtig, weil schön marginalisiert sprechen läßt. [...] Und da folglich etwaige nationalistische und rassistische Subjektentwürfe im Osten selbst bei steigender Tendenz nicht nur nicht wirklich authentisch und damit sicher sehr fragil sind, sondern auch auf einen antikolonialen Reflex verweisen könnten, bleibt uns ja noch genug Zeit, diesmal rechtzeitig die neue Version des schon von Old Dimitroff schön skizzierten „Programms der sozialen und nationalen Befreiung“ anzuwenden: Wir distanzieren uns von jedem nationalen Nihilismus, der in der Bevölkerung eh nur potentielle Faschisten sieht, rufen die Ostdeutschen bei ihrer (sub)nationalen Identität an, ..., stellen unsere Analysen und Forderungen in einen separatistischen Kontext, damit sie auch ja zuhören, und singen ihnen dann so lange „soziale Frage, soziale Frage“ auf ostdeutsch vor, bis sie ihrer eigentlichen Interessen wieder gewahr werden und sich revolutionär entfalten. [...] Entgegen der sozialisationshypothetischen Revolutionsmetaphysik des telegraphs stellt die Erfindung einer sich ‘ostdeutsch’ definierenden Spezies vielmehr eine spezifische Reaktion auf die Folgen des Vereinigungsprozesses dar – und setzte just in dem Moment ein, in dem die sich nunmehr als ‘Ostdeutsche’ entwerfenden vormaligen ‘Volksdeutschen’ mitbekamen, daß der Einzugs ins Wirtschaftswunderland wohl

nicht erwartungsgemäß verlaufen werde und sie angesichts des eher peripheren Status der Ex-DDR auf längere Zeit dazu verurteilt sein könnten, 'Deutsche 2. Klasse' zu bleiben. [...] Und hier liegt der Hase im Pfeffer: 'Ostidentität' stellte und stellt keinen Bruch mit der 'deutschen Identität' dar, sondern einen Appell an die Volkssolidarität. [...]

Aber vielleicht gelingt es ihm (dem telegraph) ja, statt dessen die Konstitution einer 'ostdeutschen' Linken voranzutreiben, die das alles für bare Münze nimmt, in das Kolonialisierungs- und Fremdherrschaftsgerede einfällt, Gesellschaftskritik durch Herkunftskritik ersetzt und die 'Ostdeutschen' solange begriffebesetzend umgarnt, bis sie entweder alles progressive hingartikuliert hat und zu einer kruden Mischung aus Heimatschutzbund, Ostmittelstandslobby und IG Rächer der Beleidigten und Enterbten mutiert ist [...]

Ralf Peters

Selbst libertäre Kreise sind für ... Ost-Mythologisierung anfällig. In der ehemaligen DDR-„Oppositionszeitschrift“ *telegraph* war im April diesen Jahres ebenfalls von „Kolonialisierung“ die Rede. Als besonders gelungen wurde folgender Witz charakterisiert: „Wann ist die deutsche Einheit vollendet? Wenn der letzte Ossi aus dem Grundbuch gestrichen ist.“ Bei diesem „Witz“ geht es nicht darum, daß der Westler ein böser Kapitalist ist und deshalb hassenswert. Hier wird die pure Angst des „Ossis“ vor der Überfremdung unterstützt. Fremdheit wird nicht in einem Unterdrückungsverhältnis ausgemacht, sondern in der fehlenden Heimatverbundenheit oder kulturellen Unterschiedlichkeit. Das ist der Boden, auf dem die DVU im quasi ausländerfreien Sachsen-Anhalt ihren Wahlkampf führt, auf dem die NPD den deutschen Arbeiter mobilisiert. [...]

Ivo Bozic in der taz.

„Nationale Befreiungsbewegung Ost“

...Während Ostlinke in den letzten Jahren hauptsächlich dadurch (nicht) aufgefallen sind, daß sie sich fast ausschließlich mit der Vergangenheit beschäftigen, ist der Vorteil dieses Ansatzes, daß er versucht, Perspektiven zu entwickeln. [...] In Bezug auf die Transformation der Eigentumsverhältnisse ist ihrer Argumentation nichts entgegenzusetzen, doch der politische Prozeß, der die soziale Transformation in Ostdeutschland ermöglichte, hat nichts mit einer „Kolonie“ oder einem „Anschluß“ zu tun. Es war schließlich die überwältigende Mehrheit der DDR-BürgerInnen, die das Volkseigentum so schnell als möglich loswerden wollte. [...]

Die Volkssolidarität ist .. ausschließend, nicht einschließend und deshalb potentiell gefährlich für alle, die keine OstlerInnen sind. Sie stellt nicht die Klassenfrage, sondern „ethnisiert“ eine Differenz auf eine Weise, die nicht zu ihrer emanzipatorischen Überwindung beiträgt. Ein Bezug auf „Ostidentität“ birgt für linke Politik die Gefahr – ungewollt – zu Rassismen und Fremdenfeindlichkeit beizutragen. [...] „Nationale Befreiungsbewegungen“ können nur dann emanzipatorisches Potential entfalten, wenn sie eine universale Vision von Befreiung entwickeln und nicht, wenn sie sich aus der Vergangenheit eines autoritären Staates speisen. Natürlich ist es wichtig, ostspezifische Probleme und Diskriminierungen, die als solche durchaus existent sind, als Ausgangspunkte linksradikaler Politik zu nehmen, aber nur verbunden mit einer klaren internationalistischen, antirassistischen, antipatriarchalen Perspektive und ohne den Klassenbezug zu verlieren. [...]

B.K. in der ARRANCA! /15, Berlin

Matthias Bernst suggeriert nicht zuletzt durch die Architektur seines Textes, daß er Ostidentität für eine potente Quelle sozialistischer Politik hält. An dieser Stelle erscheint der Spruch: „So schnell schießen die Preußen doch nicht“ in

völlig neuem Licht. Den Potenzen von Ostidentität für reaktionäre, sexistische und rassistische Politik sollte mehr als nur ein Konditionalsatz gewidmet werden.[...]

Wie bereits oben skizziert sind die sozialen Konflikte in der DDR kein Unterklassenproblem, wie M.B. uns glauben machen will. Sie sind vielmehr ein Problem der Unterprivilegierung in einem kolonialen Kontext.[...]

Wie aus dem Gesagten zu entnehmen, ist auch unser Verhältnis zu „Ostidentität“ durchaus ambivalent. Denn wie andere kollektive Identitäten ist „Ostidentität“ nicht nur Ausdruck gemeinsamer sozial-ökonomischer Interessen, sondern folgt der Logik der Ausgrenzung in Situationen von Konkurrenz und Kampf. Jedoch gilt unser besonderes (keinesfalls jedoch ausschließliches) Interesse Ostdeutschland aus zwei Gründen:

1. weil die Zone das Versuchsfeld für Projekte der neoliberalen und konservativen Modernisierung darstellt und daher für die gesamtdeutsche Entwicklung der nächsten Jahre interessant sein dürfte und

2. weil die PDS (nicht unbedingt aufgrund ihrer tatsächlichen Politik, sondern zunächst nur aufgrund ihres politischen Vokabulars) sich im Widerspruch zum herrschenden Bewußtseins des endgültigen Sieges des Kapitalismus befindet. In diesem Sinne: Freundschaft!

FM in der Zeitschrift KlaroFix, Leipzig

Antifa-Taschenkalender 1999



Neben den typischen Servicefunktionen eines guten und übersichtlichen Kalenders bietet der Antifa-Kalender 1999 wieder eine Reihe von Texten, die sich mit Geschichte und Gegenwart antifaschistischer Bewegung auseinandersetzen.

266 Seiten, 12 DM, ISBN 3-926000-78-4

In jedem Buch- und Infoladen, oder bei uns:

UNRAST Verlag

Postfach 8020 — 40043 Münster

Tel (0251) 666293 — Fax 666120

Abschiebehaft in Sachsen

Ausstellung

14 Tafeln, 100x140 cm

Fluchtursachen, §57 AuslG,

Bedingungen in der Abschiebehaft:

Theorie und Praxis,

Pro & Contra, Einzelfälle u.v.m.

Broschüre

64 Seiten

Ausstellungstexte,

Artikel der Abschiebe-

haftgruppe, Dokumente,

Presseberichte

Bestelladresse:

Flüchtlingsrat Leipzig e.V.

Magazingasse 3

04109 Leipzig

Tel./Fax: 03 41 / 9 61 38 72

Preis:

7,- DM

ab 5 Exemplare 5,- DM

(inkl. Porto)

Vielen Dank für die Unterstützung an:



**GEGEN
AUS
GREN
Z
UNG**

20 Jahre
NETZWERK bedeutet zwei
Jahrzehnte finanzielle + aktive Unterstützung
widerständiger Kultur in dieser Stadt.

Unterstützen SIE unsere Förderpolitik durch eine Spende
auf das Konto: Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Postbank Berlin Kto-Nr. 424 262-104, BLZ 100 100 10

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Greiseraustr. 2a, 10961 Berlin Telefon 030 / 691 30 72

+ + + letzte Meldung + + + letzte Meldung + + + letzte Meldung + + +

Mumia Abu-Jamal - neuer Hinrichtungsbefehl droht

Der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania hat die Berufung im Wiederaufnahmeverfahren von Mumia Abu-Jamal am 29.10.98 zurückgewiesen. Nun droht in allernächster Zeit ein neuer Hinrichtungsbefehl durch den Gouverneur des US-Bundesstaates. 1995 konnte auf internationalen Druck die Hinrichtung des afro-amerikanischen Journalisten und Autors („Ich schreibe um zu leben“, „...aus der Todeszelle“ - beide im Atlantik Verlag erschienen) verhindert werden.
Die internationale Kampagne braucht dringend Unterstützung.

Weitere Informationen: Kampagne Mumia Abu-Jamal c/o Archiv 92,
Postfach 150323, 28093 Bremen, Tel: 0421-354029, Fax: - 353918.

Alle Informationen über den Wiederaufnahmeantrag in: „Freiheit für Mumia! Hintergründe eines Fehlurteils und juristische Fakten gegen einen drohenden Justizmord“ von dem Anwalt Leonard Weinglass, Atlantik Verlag)

Alle Bücher sind auch über die alVe-Adresse zu beziehen.

+ + + + +

Bernd Drücke

Serxwebun!

**Gesellschaft, Kultur und
Geschichte Kurdistan**

Eine soziologische Analyse aus libertärer Sicht. Inhalt:

Begriffliche Klärung & allgemeine Informationen: Geographische Lage, Bevölkerung, Gelände, Natur, Klima, Sprache, Religion, Ökonomie, Landwirtschaft, halbnomadische Transhumanz, nomadische Weidewirtschaft, Stammesverbände, feudale Beziehungen. Die Rolle des dörflichen Haushalts. Die Situation der Frauen in Kurdistan. Geschichte Kurdistan: Ethnische Zuordnung/legende Ursprünge. Der kurdische Nationalismus. Die Entwicklungen in Kurdistan nach dem 1. Weltkrieg. Der kurdische Widerstand gegen die „Zentralstaaten“ Irak, Iran, Syrien, Türkei. Gegenöffentlichkeit in der Türkei/Türkisch-Kurdistan: Die pro-kurdischen Tageszeitungen Özgür Gündün/Özgür Ülke/Yeni Politika/Özgür Politika. Die anarchistischen „Feuerdiebe“: Libertäre Presse in der Türkei & in Kurdistan. Der Menschenrechtsverein IHD. Die Parteien HEP, DEP & HADEP. Die PKK. Ausblick.

1. Aufl., Bielefeld, Aug. 1998, 64 S.

6 DM (& 1,50 DM Porto)

Edition Blackbox

Libertäre Leihbücherei

Wittekindstr. 42

D-33615 Bielefeld

Tel. 521/122700

Links lesen!

Der neue Antiquariatskatalog ist da, mit rund 1.500 Titeln zu sozialen Bewegungen, linker Geschichte und Kultur u.v.m.

Einfach
anfordern!

Anares Nord

Postfach 2011 · 31315 Sehnde · Fax 05132/93833

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

SOZIOKULTUR 2000 - EINE UTOPIE? Von der Bewegung, über's Zentrum, zum Stillstand? **ZIVILER UNGEHOBSAM** Öffentliche

Ernteaktionen auf gentechnischen Versuchsfeldern? **NEW WORK** Ein kritischer Blick auf Frithjof Bergmanns Konzept

ALTERNATIVER GENOSSENSCHAFTSTAG

EVGs und Wohnungsbaugenossenschaften diskutierten über Zukunftsperspektiven

ERSTER UMSONST-LADEN von der »Wegwerf-Gesellschaft« in Hamburg gegründet

Ein Schnupperabo (3 Monate frei Haus ohne Verlängerung) für 10 DM nur gegen Vorkasse (Schein/Briefmarken/V-Scheck).

BUNTE SEITEN 1998 Das einzige Adressverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.000 Anschriften aus der BRD, CH, A & internationale Kontaktanschriften. Jetzt mit Reader der AlternativMedien im Innenteil. 1033 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. 262 Seiten (DIN A3) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-9240085-04-8. Bestellungen über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, Tel. (0 62 21) 16 24 67

<http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/>

infobüro

+++ das infobüro leipzig verknüpft verschiedene projekte der stadt: ein Archiv zu verschiedenen themen +++ die Rechtshilfe (koordinierungsgruppenbüro) +++ ein öffentlich zugängliches Antifaschistisches Pressearchiv +++ den Buchladen „Bruchsteine“ +++ das bildungs- und informationszentrum naher- und mittlerer osten KAHINA e.V. +++ infobüro c/o Küchenholz e.V. Peterssteinweg 13, 04107 Leipzig/ Tel.: 0341-2119322 / Fax: 0341-9608303

braucht Spenden

Sachbezogenen Einzelspenden für die jeweiligen Projekte sind unter Angabe des Projektnamens möglich. Ab 1999 sind die Spenden steuerabzugsfähig.

Sparda-Bank BLZ: 12096597 Kontonr.: 5931967 Küchenholz e.V. Kennwort: infobüro

Naturkatastrophe in Nicaragua

**Spenden Sie für
Soforthilfe und
Wiederaufbau!**

Konto 976 738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00
Stichwort: »Mitch«



Infobüro Nicaragua, Pf 101320, 42013 Wuppertal
Tel. 0202-300030, Fax 314346, eMail nica@wtal.de



**proudly
presents:**

Der neue aLiVe-Katalog Herbst 1998

92 lesenswerte Titel aus den Bereichen
Internationalismus, Politische Theorie,
Feminismus, Antifa, Romane und
politische Kalender für 1999 ...

Katalog kostenlos anfordern bei:



**aLiVe, Postfach 167,
63703 Aschaffenburg
fon/fax: (06021) 15744**

**NORBERT KÜHL PAPIERVERARBEITUNG
INDUSTRIEBUCHBINDEEI
10405 BERLIN, GREIFSWALDER STR. 201
Tel. 4410836, Fax 44055131**

FALZEN, SAMMELN, HEFTEN

BEI UNS SIND SIE KOLLEKTIV EINGEBUNDEN

Impressum

Die Redaktion:

Matthias Bernt, Matthias Bogisch, Malte
Daniljuk, Andrej Holm, Thomas Leusink,
Matthias Naumann, Wolfgang Rüdten-
klau, Rainer Rutz, Andreas Schreier, Dirk
Teschner, Dietmar Wolf, Michael Wuttke

V.i.S.d.P.: Wolfgang Rüdtenklau

Einzelhandelspreis: 9,00 DM
Wiederverkäufer erhalten 30% Rabatt.

Internet-Ausgabe:

<http://www.schliemann.com/telegraph/>

Herausgeber:

Prenzelberg Dokumentation e.V.,
Schliemannstr. 23, 10437 Berlin,
Tel.: 4445622, Fax: 4445623
(Hinweis "für "telegraph"),

E-Mail: [telegraph @ schliemann.com](mailto:telegraph@schliemann.com)

Konto: Berliner Bank, BLZ 10020000
Neue Kto-Nr.: 7191547800

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese
Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis
sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt
wurde. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine per-
sönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.
Wird die Zeitung dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absen-
der mit dem Grund der Nichtaushändigung
zurückzuschicken. Wird die Zeitschrift nur
teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die
nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem
Absender mit dem Grund der Nichtaushän-
digung zurückzusenden.

★ telegraph-Abonnement
Ich bestelle den telegraph ab: _____

für ____ 4 Ausgaben (24,- DM / Ausland 32,-DM)

_____ auf Probe (2 Hefte für 12,- DM / Ausland 16,- DM)

Das Abo verlängert sich bei Nichtkündigung automatisch!
Alle Abos nur gegen Vorkasse.

Datum/Unterschrift

★ telegraph - das Geschenk
Ich verschenke den telegraph als Abo für
4 Ausgaben (24,- DM) an:
Name: _____

Str./Nr.:

ORT/PLZ

Das Geschenkaboo verlängert sich nicht automatisch!
Der Auftrag kann innerhalb von 10 Tagen widerrufen werden

Datum/Unterschrift

An

Redaktion telegraph
Schliemannstr. 23
10437 Berlin

Name:

Str./Nr.:

ORT/PLZ:

Zahlungsweise:

_____ Rechnung _____ bar _____ per Abbuchung

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Name der Bank/ORT

Abobedingungen

Der telegraph ist im voraus zu bezahlen. Mit der letzten bezahlten Ausgabe ist eine Zahlungserinnerung verbunden, entweder als beigelegtes Blatt im Heft oder auf dem Adreßetikett. Erfolgen bis zur nächsten Nummer keine Zahlungen, stoppen wir den Vertrieb bis die Zahlungen erfolgt sind.

Zum Abschluß noch ein Hinweis : Bitte bei allen Zahlungen, Adressänderungen etc. Eure Kundennummer angeben!

Bildnachweis:

S. 12/13, 17, 21, 26, 27, 29, 30, 31, 35, 36, 39, 42, 47, 48, 56, 57, 65, 76, 87, 88, 111, 115, 117, 120, 137, 139 "Kunst im Dritten Reich"; Rogner und Bernhard, Hamburg

S. 53, 61, 105 "Kunst im Dritten Reich"; Vista Point Verlag, Köln

S. 71, 72, 107 "Berlin Moskau 1900-1950"; Prestelverlag, München

S. 80, 83, 92, 97, 126, 128, 130, 135 "Albert Speer, Le Plan de Berlin 1037-1943, AAM-Edition, Brüssel

S. 99 "Peter Behrens im Dritten Reich"; Verlag und Datenbank für Geisteswissenschaften, Weimar

--	--